

KAPITALISMUS HEUTE



Bernd Röttger
Glanz und Elend der
Regulationstheorie

Christoph Zöpel
Politik in der
Weltgesellschaft

Gerhard Trabert
Gesundheitsreform
für wen?

Michael Mohri
Die Steuerreform als
Fortsetzung der
neoliberalen
Agenda 2010

**Im Forum DL21
schreiben u.a.:**
Andrea Nahles, Detlev
Albers, Michael Müller,
Uli Brand, Jürgen
Meyer, Burkhard
Zimmermann

Von Thomas Westphal

Während dieses Kurzum entsteht, läuft gerade die Nachricht über den Bildschirm, dass Klaus-Uwe Benneter im Zuge der halben Demission Schröders neuer Generalsekretär der SPD wird. Zeitgleich läuft im Fernsehgerät hinter mir ein lebhaftes Streitgespräch zwischen zwei Journalisten, ob dem Trainerwechsel beim 1. FC Kaiserslautern von Eric Gerets zu Kurt Jara, irgendetwas Positives abzugewinnen ist.

Bin ich ein Opfer der modernen Multi Tasking Welle? Verlaufen jetzt alle Bilder, Spots und Nachrichten zu einer leidvollen Story des Scheiterns und des irgendwie Weitermachens? Hätte ich lieber das Fernsehgerät ausmachen oder mein Parteibuch einsenden sollen? Ist Gerd Schröder der Rene C. Jäggi und Klaus Uwe Benneter der Kurt Jara der SPD?

Aber im Ernst, was ist von dem (letzten) Versuch des personellen Befreiungsschlages durch den Kanzler zu halten? Über die politischen Fähigkeiten und programmatischen Vorzüge des neuen Generalsekretärs mögen die älteren der spw-Abonnenten wohl mehr sagen können. Über die Fähigkeiten des neuen Parteivorsitzenden gibt es wohl nirgends zwei Meinungen. Aber sonst? Am Gesamtdilemma der sozialdemokratischen Regierungspolitik ändert sich jedenfalls nichts.

Kurzum: Auch wenn jetzt die Auguren von links und rechts die neue Wetterfront – wie die Fußballfans am Betzenberg – eifrig hin und her interpretieren (Anfang vom Ende des Kanzlers, Neubeginn des Gerechtigkeitsdiskurses etc.), das eigentliche Thema, nämlich die Schaffung eines Wachstumskurses für Beschäftigung und industrielle Erneuerung in Deutschland und Europa ist mit diesem Theater nicht einmal berührt. Am 6.02..2004 zog der Kanzler lediglich seine Person aus der ersten Linie des Kugelhagels zurück. Krieg, Schlachten, Gefechte oder auch nur Scharmützel sind damit weder gewonnen noch verloren.

*

In diesem Zusammenhang ist eine Meldung des Zukunftsinstitutes um Matthias Horx mehr als interessant. In ihrem Delphi zur Zukunft der deutschen Republik entwirft das Institut das Szenario der „Verflohmärkung“ der Republik:

„Deutschland 2015, das ist eine endlose Einfallstraße voller Discounter, eine einzige, plärrende Verkaufsshow, in der die Preise stündlich, minütlich, SEKÜNDLICH fallen. Glücksspiel ist zum Volkssport geworden, nach dem Wuchern der Trash-Läden schießen flächendeckend Garküchen aus dem Boden. Straßenhändler, die den Passanten aufdringlich nachstellen, prägen die Fußgängerzonen, die man nun „STADTDASARE“ nennt. Alles wird recycelt, wiederverkauft, gedealt, dreifach verwendet. multipel

genutzt. Ebay hat gewaltige Warenlager an allen Autobahn-Knotenpunkten errichtet, in denen man alles findet, was man zum Leben braucht – auch wenn man keinen Computer bedienen kann. ALDI heißt nun ALDI WORLD und beherrscht die gigantischen Handelsmärkte eines Billig-Europa von Cherbourg bis Kasachstan. Das Geheimnis hört auf den Namen „Gesteuerte Deflation“: Jedes Jahr sinkt das Bruttosozialprodukt um 1 Prozent – aber die Preise sinken um 3 Prozent. Für den Bürger ist das ein Gewinnspiel. Reisen, Autos, Computer, selbst Mieten verbilligen sich ständig. Auch die Wohlhabenden profitieren, denn überall gibt es nun billige Arbeitskräfte – Putzpersonal, Babysitter, Gärtner, Handwerker. So bekommt man jedes Jahr mehr für sein Geld, obwohl man weniger verdient.“

Nun ist der Horx endgültig verrückt geworden, mögen die einen denken, während die anderen sich fragen ob ein solches Szenario realistisch ist.

Aber abseits vom Horxschen Stilmittel der maßlosen Übertreibung benennt dieses Zukunftsszenario einen zentralen Punkt des eigentlichen sozial-ökonomischen Dilemmas der aktuellen Bundespolitik. Wie nicht nur die Sonderaktionen zur Einführung des neuen Golf V zeigt, ist das Regime der „gesteuerte Deflation“ bereits ökonomische Realität. Der permanente Verfall der Marktpreise hat kaum eine Branche verschont. Gleichzeitig entsteht über Werbung, Internet und auch durch politische Sparappelle ein „Schnäppchen-Diskurs“ der den Geiz aus der Hölle der Todsünde, zur Leittugend des modernen Konsumenten erhebt. Wer einmal auf der Web-Site www.geizhals.de die dortigen Einträge studiert, hält diese Entwicklung nicht mehr für ein Märchen.

Ebenso aufschlussreich sind die ritualisierten Tänze der Besserverdienenden wenn sie zu Beginn des Jahres, ihre Gehaltsstreifen vergleichen und sich lauthals darüber beschweren, das der monatliche Rentenversicherungsbeitrag von 497 Euro auf 502 Euro gestiegen ist.

Kurzum: Bei dieser fortschreitenden „Verflohmärkung“ der Republik bleibt jede Reformpolitik stecken, erst recht wenn die Politik sich dieser Tendenz längst angeschlossen hat und eine „verflohmärkte Gesundheitsreform“ und eine „basarähnliche Steuerreform“ anbietet. Solange Gerd Schröder glaubt er sei die „Mutter aller Politik-Schnäppchen“ ist es völlig egal wer Vorsitzender und Generalsekretär der altehrwürdigen SPD ist oder wird.

Ein halbwegs ernstzunehmender Diskurs über die Frage für welche gesellschaftlichen Ziele, der Staat wie viel Steuergelder einsetzen sollte und wie diese gewollten Lasten zu verteilen sind, ist wohl selbst für einen Matthias Horx ein völlig aberwitziges Szenario.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Milfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 René Rösper (Hagen)
 Thomas Sauer (Mölin)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zachert (Apsen)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Ulf Banscheraus
 Björn Böhring
 Tanja Breuer
 Stefanie Gerszewski
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Dirk Meyer
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Frank Schauff
 Inkeri Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Alfred Vöges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 34,-
 (bei Bankeinzug Euro 32,-)
 Auslandsabonnement Euro 37,-
 Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatlierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2004.

Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kief, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Noite-Druck, Iserlohn
 1.-2. Tausend, Februar 2004

Kurzum	2
<i>Andrea Nahles</i> Die letzte Patrone im Lauf – und die Linke in der Verantwortung	4
<i>Christoph Meyer</i> Das Positive an der SPD	5
<i>Burkhard Zimmermann</i> Machtlos, aber nicht ohnmächtig – die ostdeutsche SPD-Linke	7
<i>Jürgen Meyer</i> EU-Verfassung pro	8
<i>Uli Brand</i> EU-Verfassung contra	9
<i>Detlev Albers, Michael Müller, Andrea Nahles</i> Innovationen für einen neuen Fortschritt	10
<i>AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagfraktion</i> Das Jahrzehnt der Innovation, der Bildung und der Forschung	11
<i>Interview mit dem Vorsitzenden des AstA der TU Berlin, Marius Pöthe</i> „Ich will offene und demokratische Unis“	12

KAPITALISMUS HEUTE

<i>Reinhold Rünker, Kai Burmeister</i> Kapitalismus heute Die zweite Brenner-Debatte und ihre Bedeutung für linke Politik	13
<i>Bernd Röttger</i> Glanz und Elend der Regulationstheorie	17
<i>Thomas Günther, Annett Herrmann, Boris Michel, Hans-Günter Thien, Ceren Türkmén</i> Fragen zum Kapitalismus heute	21
<i>Klaus Dörre, Bernd Röttger</i> Neues Marktregime – Zwischenbilanz einer Debatte	24

JAHRESREGISTER 2003

spw intern	33
<i>Christoph Zöpel</i> Politik in der Weltgesellschaft	34

INTERNATIONALE POLITIK

<i>Kai Burmeister, Lars Klingbeil, Simone Burger</i> Eine andere Welt ist möglich – Welt-Sozialforum in Mumbai	38
<i>Dietrich Sperling</i> Wahlen als „Hilfeschrei“ – Das „alte“ Georgien mit neuem Führungspersonal	40
<i>Wolf Stettler, Adrian Zimmermann</i> Rechtsruck in der Schweiz	42

THEORIE & STRATEGIE

<i>Gerhard Trabert</i> Gesundheitsreform für wen?	43
<i>Heike Hellmeister, Christian Möls, Olaf Perrey, Ulrich Rückin, Roy Schmidtke</i> Überschuldungsberichte als Bestandteil kommunaler Armuts- und Reichtumsberichte	45
<i>Michael Mohri</i> Die Steuerreform als Fortsetzung der neoliberalen Agenda 2010	47
<i>Olaf Struck</i> Die „demographische Zeitbombe“?	52
Rez.: Wirtschaft, die arm macht (Peter)	56
Rez.: Gelebte Geschichte (Scholle)	57
Rez.: Fit für den Postfordismus (Gombert)	58
Rez.: Nebensache Mensch (Stolze-Willig)	59

Die letzte Patrone der SPD ... und die Linke in der Verantwortung

Die Chance auf einen neuen Start muss politisch geerdet werden.

von Andrea Nahles

Pyrrhus – eine Form von Siegen, die die Niederlage schon im Namen mitführen. Nein, es ist kein guter Stil, sich selber zu zitieren. Aber dieses eine Mal möge man es mir nachsehen. Im März/April Heft der spw 2003 – kurz nach der berühmt-berüchtigten Agenda 2010-Rede des Bundeskanzlers – habe ich Gerhard Schröder und seine Politik wie folgt charakterisiert:

„Schröder – der Pyrrhus der SPD? So scheint es. Einer der siegt und siegt – für sich selbst. Unter Inkaufnahme großer Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverluste. In der Hoffnung, dass der nächste Aufschwung alle Grausamkeiten vergessen macht. Unter Vernachlässigung der ‚Spätfolgen‘ für die SPD als eine bisher noch nicht vollständig auf das Niveau von Kaderehorsam geschrumpften Partei.“

Von Pyrrhus-Sieg zu Pyrrhus-Sieg

Gerhard Schröder hat die SPD am 1. Juni auf dem Sonderparteitag der SPD auf seinen Kurs gezwungen.¹ Beinharte, mit Rücktrittsdrohungen gespickte Auseinandersetzungen um die Gesundheits- und Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung folgten in den nächsten Monaten. Die SPD sackte auf historische Tiefstwerte bei den Umfragen, die Mitgliederverluste erreichen Rekordhöhe. Dann der Parteitag in Bochum...²

Zwischen Resignation und Protest schwankend zwingt die SPD Schröder zu einer Re-Sozialdemokratisierung der SPD-(Regierungs-)Politik. Miserable Wahlergebnisse für Olaf Scholz und Wolfgang Clement unterstreichen den Wunsch der Sozialdemokraten nach einer eigenständig sozialdemokratischen Perspektive in der Sozialpolitik (Stichwort: Bürgerversicherung und Erwerbstätigenversicherung), einer selbstbewussten Stimme der SPD gegenüber der Regierung und einer klaren Prioritätensetzung für mehr Gerechtigkeit und mehr Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung. Das Signal war deutlich und ebenso die Hoffnung, dass die Umsetzung der Beschlüsse in 2004 zusammen fallen möge mit einem erkennbaren ökonomischen Aufschwung.

Neues Jahr, alte Fehler

Das Erwachen in der Realität des neuen Jahres ist bitter: die konkrete Agenda kommt an, eine Empörungswelle – angestachelt von Lobbygruppen und der BILD – bricht sich Bahn. Hinzu kommen Dilettantismus einzelner Ministerien, der sich mit echter Enttäuschung über einen als allseits richtig erkannten, aber dann auf eine Elite-Diskussion geschrumpfte Innovationsdebatte paart. Resignation schlägt in Zorn um. Die Parteibücher fliegen.

Im Parteirat kommt es zu einer nie da gewesenen Einmütigkeit der Kritik: ein anderer Politikstil sei erforderlich. Erst Reformen diskutieren, dann ihre Wirkungen auf einzelne Bevölkerungsgruppen prüfen. Unterscheidbarkeit. Erfolgreiche Kommunikation. Umsetzung von Bochum. Kein Bruch mit den Gewerkschaften usw..

Der Rücktritt Gerhard Schröders ist kein Zufall – so überraschend er gekommen ist. Er ist Konsequenz einer Politik, die so vom Kanzleramt geplant und vorbereitet und dann – alle Einwände und Hinweise niederwalzend – in Gesetze gegossen wurde. Er ist Folge von Fehlern, die hätten vermieden werden können. Er ist Folge einer allgemeinen Reform-Manie in den Medien, die allerdings nur in dieser Allgemeinheit von der Bevölkerung mitgetragen, im Konkreten jedoch mit Erbitterung abgelehnt werden.

Müntefering Supermann?

Die SPD hatte ihren Kompass verloren. Kann sie ihn mit Franz Müntefering wieder finden?

Ja, sie kann. Franz Müntefering ist kein Superman. Ein einzelner „Vorturner“ kann die tiefe Desorientierung und Verunsicherung in der eigenen Anhängerschaft, die mangelnde Weitsicht der Sozialpolitik, kann die Strategiedefizite der letzten Jahre nicht auflösen. Aber Franz Müntefering kann Kraft – und Koordinierungszentrum sein. Er kann neue Räume für Debatten und Eigenständigkeit in der SPD eröffnen, er kann SPD neu buchstabieren. Wenn es gute Inputs aus derselben gibt, gelingt das noch besser. Er kann einen neuen Teamgeist befördern, ihn aber nicht alleine herstellen. Dazu braucht

es Mitgestalter. Dazu braucht es Ideengeber. Dazu braucht es Verantwortungs- und Gestaltungsbereitschaft – auch und gerade der Linken in der SPD.

Franz Müntefering wird keinen Linksruck der SPD organisieren, wird ihr aber wieder eine Mitte zurückgeben können. Der Parteivorsitzende wird einen Dauerspagat bestehen müssen zwischen Regierung, (Medien-)Opposition und dem Bemühen, eine Partei aufzurichten, die sich weggeduckt hat. Eine inhaltliche Kurskorrektur erreicht die Linke in dieser Situation mit dem neuen Parteivorsitzenden durch öffentliches Einfordern alleine nicht.

Was die SPD kurzfristig und dringend braucht ist mehr Klarheit und Perspektive über ihren Kurs. Dazu muss der Parteitag mehr tun als einen neuen Parteivorsitzenden und Generalsekretär zu wählen.

Wir brauchen einen Fahrplan für Gerechtigkeit und einen Fahrplan für Innovationen. Wir brauchen Multiplikatoren für unsere Politik. Dazu wird ist es erforderlich, die vielen Entwürfe zur Parteireform in eine konkrete Umsetzung zu bringen.

Chancen des Umbruchs nutzen

Die Linke wird einige ihrer wichtigsten Anliegen mit Franz Müntefering verhandeln und einige durchsetzen können. Sie wird jedoch selber wieder Debatten aufmachen müssen. Eine originäre Positionierung der SPD wird nur gelingen, wenn wir eine wirtschaftspolitische Debatte neu anstoßen, die eben nicht, dem Globalisierungsgerede und der Marktgläubigkeit hinterher plappern oder aber den Grundcharakter internationalisierten Wirtschaftens einerseits und das Versprechen der Freiheit, die der Marktgläubigkeit zugrunde liegt, zu leugnen.

Eine solche eigenständige wirtschaftspolitische Position, die in der Neuformulierung eines Europäischen Sozialstaatsmodell mündet, setzt die Entschlossenheit voraus, sowohl neoliberale Anfeindungen abzuwehren, als auch gleichzeitig Konkurrenzfähigkeit dieser Lebens- und Wirtschaftsform sicherzustellen. Bildung, Weiterbildung, Wissenschaft und offenere Grenzen sind dazu unerlässlich.

Die Sozialdemokratie kann eine zeitgemäße Vision vom Ziel einer europäischen Kultur-, Wirtschafts- und Wissensgesellschaft neu ableiten. Das klingt zwar allgemein, ist aber von tagespolitischer Aktualität (s. den Bei-

trag von Michael Guggemos in spw 134 oder auch den Beitrag von Dörre/Röttger im aktuellen spw-Heft). Die aggressive Tarifpolitik der Arbeitgeber, die neue Sozialstaatsfeindlichkeit der CDU (Stichwort: Kopfpause) muss mit der Definition einer europäischen Beschäftigungsperspektive beant-

wortet werden. Nur so sind Alternativen zum Steuerabwertungswettlauf, zur weiteren Deregulierung und Privatisierung und zur Kurzfrist-Börsenlogik machbar. Den Rahmen, in dem ein Aushandeln von sozialdemokratischer Politik möglich ist, setzen wir selber mit.

Die letzte Patrone hat die SPD noch im Lauf, wir sollten sie richtig einsetzen – und am besten auf den Gegner halten.

Forum DL21

¹ Herakleia, 280 v. u. Z.

² Ausculum, 279 v. u. Z.

Die SPD steht auch nach den heutigen Entscheidungen vor einem politischen und kulturellen Kraftakt. Die Jusos fordern deshalb Parteispitze und Regierung auf, jetzt einen „Fahrplan Gerechtigkeit“ mit folgenden Bausteinen zu entwickeln.

1. Sofortige Umsetzung eines Gesetzes zur Umlagefinanzierung ohne weitere Querschüsse aus dem Bundeswirtschaftsministerium.

2. Eine Gesetzesinitiative zur Erhöhung der Erbschaftssteuer spätestens im Sommer. Mit den Einnahmen wollen wir die Finanzmisere des Bildungssystems beheben.

3. Die endgültige Absage an alle Formen von Studiengebühren.

4. Einen „Masterplan Bürgerversicherung“ für die Neugestaltung der Gesetzlichen Krankenversicherung

5. Eine Offensive zur Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sowie einen familienpolitischen Neuanfang.

6. Die Förderung sozialer Innovationen durch ein neues Weiterbildungsgesetz und einer institutionalisierten Förderung lebensbegleitenden Lernens. Dies wäre die erste Etappe zu einer flexiblen Absicherung neuer Lebens- und Erwerbsläufe („Arbeitsversicherung“).

(aus einer Erklärung des Juso-Vorsitzenden Niels Annen vom 06.02.2004)

Das Positive an der SPD

Zur Aktualität des Demokratischen Sozialismus

Von Christoph Meyer

Ziellos und unpolitisch – so kommt (FAZ, 23.1.2004) manchen Mitgliedern und der immer kritischeren Öffentlichkeit die SPD des Jahres 2004 vor. Einst angetreten, um den Traum der breiten Massen des Volkes von gleichen Chancen und einem besseren Leben zu verwirklichen, hetzt die Partei mit Kanzler, Generalsekretär, Apparat und den weniger werdenden Mitgliedern von Meinungsumfrage zu Meinungsumfrage, von Wahlkampagne zu Wahlkampagne. Worum es dabei geht? Um Prozente und Posten. Welchen anderen Sinn das macht? Es wird vielen zunehmend unklar – wäre da nicht die CDU, der politische Gegner, der auf keinen Fall an die Macht kommen darf, weil seine Vorstellungen zum Abbau sozialer Strukturen vollkommen indiskutabel sind. Einer der Autoren der „Berliner Republik“, des Organs des Netzwerks, das ja bekanntlich die sozialdemokratische Führungsschicht der näher kommenden Zukunft stellen wird, rät der SPD, vom Begriff des „demokratischen Sozialismus“ Abschied zu nehmen, weil dieser „die romantischen

Sehnsüchte einer Überwindung von Gegenwartsproblemen bündelt“. Nun, wenn das stetige Bestreben, Gegenwartsprobleme zu überwinden, tatsächlich im Wunschreich romantischer Sehnsüchte verbliebe statt konkretes soziales und politisches Handeln zu produzieren, dann gäbe es eigentlich keinen Grund mehr, Politik (das Regeln der Dinge, die alle angehen, so sagte es Herbert Wehner) zu machen, denn wen ginge das noch an außer diejenigen, die ihr Geld damit verdienen (wollen bzw. müssen)? Also: Wo bleibt das Positive?

Profilierung

Selbst die Karrieristen und Postenjäger müssen sich das fragen. „Wenn wir kein klares politisches Profil entwickeln, wählen uns die Leute nicht“, tönt es auf vielen Parteitag und Versammlungen. Und auf diesem Umweg kommt das Politische im Zeitalter der Dauerkampa doch wieder zurück in die „ziellose und unpolitische“ Partei. Dabei gibt es jedoch zwei Probleme: Authentisch wirkt es nicht, weil es das nicht ist. Und leider führt



Christoph Meyer

der Wunsch nach Profilierung eben nicht zur klaren Orientierung. Denn ein Profil kann ich an vielen Themen erwerben: Gesundheitspolitik, Rente, Steuern, Wirtschaft, Umwelt, Außenpolitik, innere Sicherheit, Bildung. Die Themen lassen sich benennen, aber es fehlt dann immer noch die Richtung, die mit den Themen verbundene Zielstellung.

Wenn Profilierung der Zweck von Politik ist, werden Themen und Ziele nur Mittel und daher austauschbar. Da ist Beweglichkeit gefragt, und fest stehende Werte und Traditionen stören, sie sind Hindernisse und gehören aus dem Weg geräumt. Darum sollte die SPD künftig auf den Sozialismus verzichten, auch auf den „demokratischen“.

Wenn allerdings der letzte Maßstab für erfolgreiche Politik nicht Prozente bei Wahlen sind, sondern Verbesserungen der sozialen, ökonomischen und ökologischen Lage,

Schritte zur weiteren Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, zur Gleichberechtigung aller Menschen, warum dann nicht dieses politische Streben bei seinem Namen nennen, nämlich „Sozialismus“?

Historisches

Schließlich nannte die alte Arbeiterbewegung, in deren Tradition die SPD steht, ihre grundsätzliche Zielvorstellung „sozialdemokratisch“ und „sozialistisch“, das waren einmal Synonyme. Es war eine Allianz aus Kommunisten und Konservativen, die den Zusammenhang von Sozialdemokratie und Sozialismus in Frage stellten.

Die Kommunisten spalteten sich von der Sozialdemokratie ab, und sie versuchten, den Begriff des Sozialismus zu stehlen. Der „real existierende Sozialismus“ diskreditierte sich selbst und stellte damit alle in ein schlechtes Licht, die sich als Sozialisten bezeichneten. Die Konservativen machten sich das zunutze; sie behaupteten, „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“ und forderten „Freiheit statt Sozialismus“.

Auf den doppelten Angriff von links und rechts reagierte die Sozialdemokratie in einer Mischung aus Abwehr und Angriff. Das Adjektiv „demokratisch“ diente der Abgrenzung des Sozialismus von kommunistischer

Ideologie; ebenso wurde eine Klarstellung vorgenommen: Das Godesberger Programm der SPD erklärte den weltanschaulich neutralen Grundwertesozialismus, der aufhörte, die vorhandene Demokratie der Bundesrepublik transzendieren zu wollen, sondern die Sozialdemokratie mit beiden Beinen auf den Boden des freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland stellte. Nicht ein neues, anderes System, sondern der demokratische Auf- und Ausbau des bestehenden Staates war und ist das Ziel des demokratischen Sozialismus.

Auch die durch und durch realpolitisch gesinnten Partei- und Fraktionsführer der 60er, 70er und beginnenden 80er Jahre sahen sich und ihre Partei als durchaus sozialistisch an. „Die Demokratie als die allgemeine Staats- und Lebensordnung in ganz Deutschland durchzusetzen, das ist der erklärte Wille allein der Sozialdemokratischen Partei“, stellte Herbert Wehner 1961 sein Verständnis von sozialdemokratischer Identität klar, und im Jahr 1972 benannte er diesen Inhalt sozialdemokratischen Demokratieverständnisses: „Demokratie aber, wenn sie nicht durch Sozialismus ergänzt oder erfüllt werden kann – mangelnder Mehrheitsmöglichkeiten wegen – geht dann – wie Erfahrungen lehren – manchmal schief.“

Der Parteivorsitzende Willy Brandt setzte der 1976er CDU-Kampagne „Freiheit statt Sozialismus“ ein offensives Bekenntnis zum Demokratischen Sozialismus entgegen.

Östliches

Es ist ein Treppenzwischenraum, dass nach 1989/90 eine Partei, die in einer ganz anderen, antidemokratischen Tradition steht, nämlich die vormalige SED, sich das Etikett „Partei des Demokratischen Sozialismus“ umgehängt hat. Und dass in Teilen der Ost-SPD der frühen 90er Jahre der Begriff „Sozialismus“ verpönt war, ebenso wie andere Traditionssymbole der alten Arbeiterbewegung, zum Beispiel der Händedruck oder die Anrede „Genossinnen

und Genossen“. Doch haben all diese Traditionen und Begriffe auch im Osten längst ihre Schrecken verloren. Die „Rote-Socken-Kampagne“ wurde durch die Waschmittelwerbung veralbert, der umstrittene „Händedruck“ wird seit einiger Zeit von einem finnischen Mobiltelefonhersteller salonfähig gemacht, ohne dass es zu nennenswerten Protesten gekommen wäre. Und der Demokratische Sozialismus – nun, zu diesem Begriff beschloss mit großer Mehrheit der Landesparteitag der sächsischen SPD am 20. September 2003 in Leipzig, er bekenne sich „zum Demokratischen Sozialismus“, wie er seit Godesberg 1959 und weiter ausgeformt in Berlin 1989 wesentlicher Bestandteil unseres Parteiprogramms ist“. Und weiter: „Der Landesparteitag lehnt jeden Versuch ab, diesen Begriff, der gewissermaßen die Orientierung unseres politischen Tuns beschreibt, aus unserem Grundsatzprogramm zu streichen.“ An diesem Beschluß ist allenfalls das „gewissermaßen“ überflüssig.

Horizonte

Der sächsische Beschluß steht auch für die durch inzwischen jahrelange Praxis und Beobachtung des politischen Betriebs in Sachsen und den Vergleich mit demjenigen in Westdeutschland zur festen Gewissheit gewordene Erkenntnis, dass, wer um die Zukunft der Sozialdemokratie Gesamtdeutschlands wissen will, gut daran tut, die Gegenwart der Sozialdemokratie in Ostdeutschland zu studieren.

Ein Kölner Geschichtsprofessor, ein Wirtschafts- und Sozialhistoriker übrigens, hat dem Autor dieser Zeilen Anfang der 90er Jahre einmal gesagt: „Sozialismus, sozialistische Ideen von einer besseren Gesellschaft, die werden immer wieder kommen.“

Die Bundesschatzmeisterin der Partei hat in ihrem diesjährigen Jahresbeitragsquittungsbegleitschreiben gemutmaßt, es würden vor allem diejenigen die SPD verlassen, die im Gegensatz zur Schatzmeisterin selbst „die notwendigen Reformen schwer verstanden haben“. Mir wäre es sehr lieb, wenn solche Mitglieder mit mir in der SPD blieben und auch welche von denen, die nicht „davon zu überzeugen“ sind, „dass es zu diesen Reformen keine Alternativen gibt, wenn wir unsere solidarischen Sicherungssysteme bewahren wollen“. Diese, die meisten anderen sowie die noch neu als Mitglieder zu Gewinnenden werden der SPD besonders dann die Stange halten, wenn es einen über den Tag hinausweisenden Bedeutungshorizont sozialdemokratischer Politik gibt – und die tägliche Politik vor statt neben diesem Horizont erkennbar ist.

Der Demokratische Sozialismus gehört nicht an den Rand unseres Gemeinwesens, der Demokratische Sozialismus gehört in die Mitte von Partei und Gesellschaft.

Forum DL21



Du kannst diese Motive als Plakat (DIN A1, für nur 40 Cent zzgl. Versandkosten), als Flyer oder als Postkarte (für nur jeweils 10 Cent zzgl. Versandkosten) bestellen.

- Ich möchte Plakate A, Plakate B, Plakate C, Plakate D, Plakate E bestellen.
- Ich möchte Flyer A, Flyer B, Flyer C, Flyer D, Flyer E bestellen.
- Ich möchte Postkarten A, Postkarten B, Postkarten C, Postkarten D, Postkarten E bestellen.
- Ich hätte gerne weitere Informationen über das Jugendwerk der AWO.

Mein Name: _____

Meine Anschrift: _____

Mein Wohnort und PLZ: _____

Telefon: _____ E-mail: _____

Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes der AWO

Oppelner Straße 130, 53119 Bonn

Telefon: 0228/6685-117

e-mail: info@bundesjugendwerk.de

www.einer-fehlt-noch.de

Machtlos, aber nicht ohnmächtig

Treffen der ostdeutschen Parteilinken

Von Burkhard Zimmermann

Zu ihrem alljährlichen Frühjahrstreffen kamen am 10. Januar über ca. 40 ostdeutsche parteilinke Genossinnen und Genossen zusammen. Seit 10 Jahren findet dieses Treffen regelmäßig am Vortag der großen Manifestation zu den Gräbern von Rosa Luxemburg und Karl-Liebknecht statt.

Nach gemeinsamen Kabarettbesuch im Kabarett KARTOON, dem alten Studentenkabarett der HfÖ, Hochschule für Ökonomie, diese spielen mittlerweile in der Axel-Springer-Passage an der Kochstr. (wenn dies der Kalte Krieger Axel Springer wüsste) erfolgte am Sonntag die Beteiligung an der Rosa und Karl-Manifestation, natürlich mit SPD-Fahne.

Wer noch nie dabei war, dies ist ein absolutes Phänomen und ein gewaltiger Ansporn zur Arbeit: wenn völlig freiwillig am zweiten Sonntag im Januar von 9 bis 13 Uhr bis zu Hunderttausend Menschen in Friedrichsfelde an den Gräbern von Rosa und Karl vorbeiziehen. Schweigend, aber nicht ohnmächtig

Vor dem Gedenken stand jedoch die Analyse der Lage der ostdeutschen Linken in der SPD.

Situation der SPD im Osten und der Parteilinken

Anwesend waren einige Landtagsabgeordnete z.B. Karl-Heinz Reck aus Sachsen-Anhalt und Rudi Borchert, stellv. Fraktionsvorsitzender aus Mecklenburg-Vorpommern. Sachsen war wegen der zum gleichen Zeitpunkt geplanten Veranstaltungen zur Urwahl des Spitzenkandidaten sehr schwach vertreten. Einig waren sich alle in der verheerenden Perspektiven für Ostdeutschland. Wenn Thierse vor einigen Jahren schon recht hatte, dass der Osten auf der Kippe steht, so wird die Agenda 2010 diese Auswirkungen noch verschärfen. Im Osten senkt dies fatal die Glaubwürdigkeit der SPD und das Vertrauen in das parlamentarische System überhaupt. Unsoziale Politik der Bundesregierung erhöht die Gefahren von populistischen und sich sozial aufführenden Rechtsextremen. Die Wahlbeteiligungen dieses Jahres werden dies belegen. In den brandenburgischen Kommunalwahlen gab es in einigen Regionen unter 30 % Wahlbeteiligung.

Die Parteilinke ist in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich organisiert: am besten in Form der SPD-Linken Mecklenburg-Vorpommern mit einem erheblichen Einfluss im Landes-

verband. Zudem verfügt sie über ein eigenes Informationsorgan.

In Sachsen-Anhalt ist die Situation schwieriger, die Parteirechte meint, die Niederlage der letzten Landtagswahlen der Linken anlasten zu können. Dies erschwert die parteilinke Arbeit in Sachsen-Anhalt.

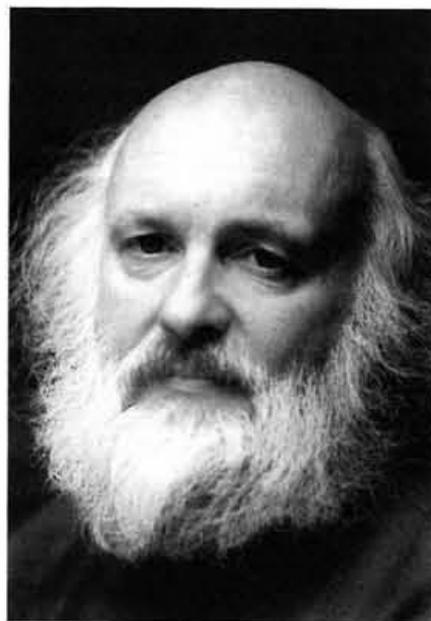
Aufgrund der „Bedeutung“ der sächsischen SPD ist die Situation in Sachsen besonders problematisch: ein Streit um die Spitzenkandidatur erscheint recht sinnlos, wenn die sächsische SPD um einen Wahlanteil von 10% zu kämpfen hat. Jedoch geht es um mehr, es geht um die Öffnung der sächsischen SPD weg von der CDU. Außerdem entwickeln sich in einigen Unterbezirken des sächsischen Landesverbandes bemerkenswerte Perspektiven. Die rechten Mehrheiten sind in Sachsen in der SPD nicht mehr so klar

Ebenfalls schwierig ist die Lage in Brandenburg. Hier gibt es auf Landesebene keine linke Koordination, sondern nur in einzelnen Kreisen z.B. im Leegebrucher Kreis. In Berlin ist die Situation nicht weniger kompliziert, da die Parteilinke zwar über eine „strukturelle Mehrheit“ im Landesverband verfügt, aber diese nur in wenigen Punkten durchzusetzen versteht. Dazu kommt eine Aufspaltung in zwei linke Gruppierungen, den alten, eher fundamentalistisch orientierten Donnerstagskreis und die im Aufbau befindliche Berliner Linke. Eine Vereinigung ist schwer durchzuführen, das ostdeutsche Treffen drängte jedoch auf eine engere Zusammenarbeit.

Einigkeit bestand in einer Kritik am Forum DL21. Viele ostdeutsche SPD-GenossInnen arbeiten darin nicht (mehr) mit, weil ihnen die politische Strategie unklar ist. Das Herz der ostdeutschen GenossInnen steht eher bei den „Abweichlern“ als beim manchmal unklarem Agieren der DL21. Sie wollen eine engere Verzahnung von DL21, Parlamentarischer Linken, Abweichlern und Unterstützern des Mitgliederbezugs.

Das Ostdeutsche Mezzogiorno

Am Nachmittag diskutierten Rudi Borchert, Landtagsabgeordneter aus Waren, Edelbert Richter, ehemaliger Bundestagsabgeordneter aus Weimar und Klaus Steinitz aus der PDS über linke Perspektiven für Ostdeutschland – linke Zielstel-



Burkhard Zimmermann

lungen für Ostdeutschland. In der Analyse waren sich alle Beteiligten einig. Die Situation ist noch schlimmer als damals erwartet. Ein Gutachten der Otto-Brenner-Stiftung zu den arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen der Agenda 2010 analysiert katastrophale Folgen. Was „Mobilität und Flexibilität“ genannt wird, ist in Wirklichkeit ein massiver Bevölkerungsrückgang. Bereits heute haben mehr Menschen Ostdeutschland verlassen als zu DDR-Zeiten. Dabei sind nach wie vor erhebliche Qualifikationsreserven vorhanden. Die reale Arbeitslosenquote liegt in vielen Bereichen weit über 20%. Viele ostdeutsche Städte haben bereits ein Drittel der Bevölkerung verloren – natürlich oft die, die am besten qualifiziert und arbeitsfähig sind. Die jungen Menschen ziehen mit Mobilitätsprämien der Arbeit hinterher

Das Ergebnis dieser Tagung ist ein neuer Anlauf für den Erhalt von wirtschaftlichen Perspektiven Ostdeutschlands und überhaupt der Randregionen. Diese Absicht kann nur über die Parteigrenzen hinaus erfolgen. So gibt es den Initiativkreis „Perspektiven für Ostdeutschland“, den Edelbert Richter seit Jahren organisiert und in dem nun der unter Federführung von Rudi Borchert MdL, Karl Nolle MdL, Waltraud Wolff MdB Wissenschaftler und Gewerkschafter über die SPD-Parteigrenzen hinaus mitwirken.

Perspektiven?

Aber bei den Perspektiven wird es schwierig: das einstige Schreckgespenst eines ostdeutschen Mezzogiorno ist längst Wirklichkeit. Es geht um realistische Perspektiven, um regionale Strukturentwicklungspläne und zudem um die Entwicklung von gesellschaftlichen Perspektiven. Dies soll durch die Planung eines Kongresses im Sommer 2004 zu diesem Thema und der Erarbeitung eines gemeinsamen Perspektivpapiers geschehen. Wir brauchen über Parteigrenzen hinaus Impulse mit politischem Gebrauchswert, um Alternativen wenigstens punktuell mehrheitsfähig zu machen.

Forum DL21

Burkhard Zimmermann, SPD-Ortsvereinsvorsitzender Berlin-Dahlem, Vorstandsmitglied DL21, mit Rudi Borchert Koordinator der ostdeutschen SPD-Linken

Warum die Europäische Union eine Verfassung braucht

Von Prof. Dr. Jürgen Meyer

Die europäische Union bekommt einen doppelten Charakter als Bürger- und Staatenunion. Sie erhält Rechtspersönlichkeit. Das Europäische Parlament wirkt im Gesetzgebungsverfahren gleichberechtigt mit dem Ministerrat zusammen. Der Rat tagt öffentlich, wenn er Gesetzgebungsfunktionen ausübt. Das Mitentscheidungsverfahren wird vereinfacht und zum Regelverfahren erkoren. Das Europäische Parlament wählt mit Beteiligung des Rates den Kommissionspräsidenten. Der Kommissionspräsident erhält Richtlinien- und Organisationskompetenz. Die Zahl der Kommissionsmitglieder wird reduziert. Die Aufgaben des Vorsitzenden bzw. Präsidenten des Europäischen Rates beschränken sich im Wesentlichen auf die Sitzungsvorbereitungen und die Vertretung der Europäischen Union auf internationaler Ebene anlässlich der Treffen der Staats- und Regierungschefs. Es gibt eine klare Kompetenzordnung mit einer Unterscheidung zwischen ausschließlichen, geteilten und unterstützenden Kompetenzen. Kompetenzen, die durch die Verfassung nicht zugewiesen werden, verbleiben in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Das Subsidiaritätsprinzip wird als politisches Prinzip mit Hilfe der nationalen Parlamente kontrolliert. Eine qualifizierte Minderheit von Bürgern kann die Kommission im Wege eines Bürgerbegehrens auffordern, eine Gesetzesinitiative vorzulegen.

Fehlgeschlagen ist zum Beispiel der Versuch, qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einzuführen. Die Handlungsfähigkeit kann also noch immer in „wichtigen“ Entscheidungen durch ein Land per Veto blockiert werden, was die Möglichkeit begrenzt, künftig international geschlossen und damit wirksamer aufzutreten.

Wenn die Verfassung für Europa nicht in Kraft treten sollte, bliebe es bei dem Vertrag von Nizza. Das wäre ein schwerer Schlag für die europäische Integration, wie ein Blick in die jüngste Geschichte zeigt. Der Vertrag von Nizza war noch nicht in Kraft, als seine Änderung bereits eingeleitet wurde. Plakativ kann Kritik wohl kaum zum Ausdruck gebracht werden. Rückkehr nach oder besser Verharren bei Nizza ist deswegen keine

verlockende Alternative. Es ist dem Konvent gelungen, viele Probleme zu lösen, an denen sich frühere Regierungskonferenzen sozusagen die Zähne ausgebissen haben. Die Verfassung für Europa wagt mehr Demokratie, weil sie neben dem Europäischen Parlament, das künftig grundsätzlich über alle Gesetze mitentscheidet und den Kommissionspräsidenten wählt, auch die nationalen Parlamente erheblich aufwertet. Außer in zwei Protokollen sind sie in zwölf Artikeln ausdrücklich erwähnt. Demgegenüber finden sie sich gegenwärtig nur in dem Protokoll über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der EU. Wichtig ist zum einen, dass die nationalen Parlamente von folgenden fünf Organen der Union Dokumente unmittelbar übermittelt bekommen: der Kommission, dem Rechnungshof, dem Europäischen Parlament, dem Ministerrat und dem Europäischen Rat. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang das so genannte Frühwarnsystem. Danach kann jedes nationale Parlament oder jede Kammer eines nationalen Parlaments binnen sechs Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Gesetzgebungsvorschlags der Kommission in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Ministerrats und der Kommission darlegen, weshalb der Vorschlag nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Die Unionsorgane haben die Stellungnahme zu berücksichtigen. Die Kommission muss ihren Vorschlag überprüfen, wenn von einem Drittel der Parlamente eine begründete Stellungnahme abgegeben worden ist. Die Parlamente können also tätig werden, „solange das Eisen noch heiß ist.“ Allerdings kann die Kommission an ihrem Vorschlag festhalten, ihn abändern oder zurückziehen. Damit allein hätten die nationalen Parlamente nicht viel an Einfluss gewonnen. Jedoch ist der Europäischen Gerichtshof für Klagen wegen Verstoßes eines Gesetzgebungsaktes gegen das Subsidiaritätsprinzip zuständig, die von einem Mitgliedstaat gemäß seiner Rechtsordnung im Namen seines nationalen Parlaments oder einer Kammer des Parlaments übermittelt werden. Im Außenverhältnis handeln zwar die Regierungen, haben aber lediglich die



Jürgen Meyer

Funktion, die Klagen der Parlamente zu überbringen. Die Klagemöglichkeit nimmt die Parlamente stärker als bisher in die europäische Verantwortung. Sie dürfte zumindest die politische Wirkung haben, dass die von den nationalen Parlamenten geltend gemachten Bedenken wesentlich ernster genommen werden als in der Vergangenheit.

Eine bedeutsame Neuerung stellt auch das Bürgerbegehren dar: Wenn sich mindestens 1 Million Bürger aus einer erheblichen Zahl von Mitgliedstaaten zusammenfinden, können sie die Kommission auffordern, Vorschläge zu Rechtsakten zu machen. Näheres ist in einem europäischen Gesetz festzulegen. In einer Union, in der nach der Erweiterung 450 Millionen Bürger leben, sind 1 Million Stimmen für ein Bürgerbegehren eine erreichbare Menge. Aufgrund dieses direktdemokratischen Elements ist die Verfassung für Europa bürger- und damit demokratiefreundlicher als das Grundgesetz.

Mit der Verfassung für Europa müssen wir die Bürger für Europa begeistern. Der Europäische Konvent hat ein gutes Ergebnis erzielt, das selbstverständlich einen Kompromiss darstellt. Durch Diskussion und Suche nach Kompromissen wurden Entwicklungen in Gang gesetzt, die bisher unmöglich waren. Der Konvent hat sich auf einen einheitlichen Verfassungsentwurf geeinigt und Optionen, welche die Regierungen gegeneinander auspielen können, vermieden. Dieser Verfassungsentwurf hat Gewicht; angesichts seiner Einheitlichkeit, angesichts der hochrangigen Persönlichkeiten des Konvents, die ihn erarbeitet haben, und angesichts seines Inhalts. Ich sehe nicht die realistische Möglichkeit, dass der Kompromiss verbessert wird, wenn die konsensualen Konventsdiskussionen in konfrontativen Regierungsdiskussionen wiederholt werden.

Warum wir die EU-Verfassung ablehnen sollten!

von Ulrich Brand

Die jüngsten EU-Entwicklungen – Osterweiterung und Verfassung – sind weitere Meilensteine eines zutiefst neoliberalen und militaristischen Projekts. Dies wird etwa daran deutlich, dass die im EU-Vertrag von Nizza noch mit Ausnahmeregeln versehenen Bereiche Sozialen, Bildung und Gesundheit nun den Liberalisierungsgeboten der EU unterworfen werden. Zusätzlich wird damit eine öffentliche Diskussion schwerer, denn von einer europäischen Öffentlichkeit kann kaum gesprochen werden.

In der sozialwissenschaftlichen Debatte wird die aktuelle Ausrichtung der allermeisten regionalen Wirtschaftsabkommen und -räume als „lock in“ der neoliberalen Entwicklungen und Kräfteverhältnisse bezeichnet. Die herrschenden Kräfte sind international besser organisiert; ihr gewachsener Handlungsspielraum soll rechtlich dauerhaft gesichert werden. In diese Reihe fügt sich die EU und insbesondere ihre Verfassung.

Unterschiedliche Strategien

Die gegenwärtige Weltordnung und ihre institutionelle Absicherung sind aber nicht nur neoliberal, sondern auch zutiefst militaristisch. Im Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents heißt es: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Das ist einmalig in der Verfassungsgeschichte: Eine Verpflichtung zur Aufrüstung. Der Entwurf legt zudem fest, dass über militärische Einsätze zukünftig der Ministerrat entscheidet. Zudem wird in den Diskussionen um die Verfassung deutlich, dass die EU – zusammen mit den USA – „den Süden“ zunehmend als „Sicherheitsproblem“ definiert. Die desaströsen Folgen des globalen neoliberalen Kapitalismus für die meisten Menschen auf dieser Erde werden, wenn diese aufbegehren, repressiv bearbeitet. Dagegen sollte man sich von der entwicklungspolitischen Rhetorik nicht vernebeln lassen.

Der regierungsoffizielle Streit um die Verfassung wurde im vergangenen Dezember deutlich und wirft einen Blick auf zukünftige Konfliktlinien. Es gibt zwei konkurrierende Pfade: Regierungen und herrschende Kräfte in Spanien, Polen und anderswo verfolgen eine abhängige Entwicklung kapitalistischer Weltmarktintegration, die sich eng an die USA anlehnt. Der Wiener Ökonom Joachim Becker machte in jüngeren Beiträgen deutlich, dass diese Länder auf diese Weise ihre relativ schwache Position in Europa stärken wollen.

Andere Regierungen, voran die deutsche und französische, vertreten die Interessen jener Kräfte, die eine um Deutschland und Frankreich zentrierte Entwicklung favorisieren. Sie wollen die EU als relativ autonome Kraft stärken und daher mit der Verfassung die neoliberale und militaristische Ausrichtung konstitutionell absichern. Der Streit um die Stimmenverteilung in den EU-Institutionen spitzte dies zu. Für kritisch-emanzipative Kräfte gibt es allerdings keinen Grund, für einen dieser Pfade zu sein oder – als „kleineres Übel“ – sein zu müssen. Wohl aber könnte die „Atempause“ für eine breitere kritische Diskussion und eventuelle Verhinderung der Verfassung genutzt werden. Dabei ist ein Sachverhalt wichtig: Die jüngsten sozialen Bewegungen sind bislang lediglich in der Lage, die „schöne neue Welt“ des Neoliberalismus bzw. dessen vermeintlichen Imperative des „Sachzwangs Globalisierung“ in der Öffentlichkeit und damit seine Legitimität anzukratzen. Politisch-institutionell sind die neoliberalen Kräfte weiterhin uneingeschränkt am Drücker wie die jüngsten „Reformen“ der Bundesregierung zeigen.

Verfassung als Klassenkompromiss

Was bedeutet das alles politisch-strategisch? Horst Peter äußerte kürzlich während einer Podiumsdiskussion in Kassel, dass in Anlehnung an Wolfgang Abendroth Verfassungen als „Klassenkompromisse“ bezeichnet



Ulrich Brand

net werden könnten. Wenn das stimmt, dann ist erst recht nicht einzusehen, dass angesichts der derzeit noch unumschränkten Herrschaft neoliberaler Interessen und der schwach ausgebildeten Kampfkraft der Subalternen gerade jetzt die Linke für eine solche Verfassung bzw. einen Kompromiss („mit Bauchschmerzen“ versteht sich) sein sollte.

Die Verfassung stärkt in der jetzigen Form die herrschenden neoliberalen und militaristischen Interessen, dann ist sie heute und in einer vielleicht in einigen Jahren sich verändernden Konstellation ein Hemmschuh für kritisch-emanzipative Interessen. Deshalb muss sie abgelehnt werden.

Meines Erachtens muss sich die politisch-institutionelle Linke daher aus ihrer Defensivhaltung lösen und sich stärker auf die jüngsten Bewegungen beziehen. Und zwar nicht, um diese zu instrumentalisieren, sondern um in produktiver Spannung sich gegenseitig zu stärken. Dies bedeutet vor allem, Differenzen mit den neoliberalen Kräften (inklusive derer mit rot-grünem Anstrich) herauszuarbeiten und Bewegungen in spezifischen Fragen die Vermittlung ins politisch-institutionellen System zu ermöglichen.

Für Bewegungen und andere linke politische Kräfte geht es darum, den neoliberal-militaristischen Charakter der EU zu kritisieren und an so wichtigen Punkten wie der Verfassung aufzuhalten versuchen oder ihr zumindest jegliche Legitimität („aber hier und dort gibt es doch Möglichkeiten“) zu entziehen. Die Chancen für emanzipative Kräfte wachsen, denn der Unmut vieler Menschen äußert sich zunehmend nicht mehr in Zynismus und individuellen Überlebensstrategien, sondern in Politisierung, Protest und der Suche nach Alternativen. Hier ist auch eine Parteilinke, die sich in ihrem emanzipativen Anspruch ernst nimmt, gefragt.

Zum Jahresauftakt hat die Bundesregierung das Jahr 2004 zum „Innovationsjahr“ erklärt und damit eine heftige hochschulpolitische Debatte angestoßen. Die gefassten Beschlüsse geben aber den unter dem Deckmantel der Innovation wiederkehrenden Diskussionen um Elitenbildung und Studiengebühren neue Nahrung. Ein Beispiel dafür ist der Wettbewerb „Brain Up“, mit dem Deutschlands Spitzenunis gefunden werden sollen. Die ganze Diskussion erinnert aber mehr an ein Medienevent als an ein durchdachtes politisches Konzept.

Unterdessen protestieren in mehreren Bundesländern Studierende gegen Kürzungen im Bildungsbereich. Im Blickfeld des öffentlichen Interesses waren dabei die Proteste in Berlin. Zu den Ergebnissen der Proteste haben wir den Vorsitzenden des AStA der TU Berlin, Marius Pöthe, interviewt. Aber auch in der SPD gibt es andere Forderungen als die nach Elitehochschulen, wie die hier dokumentierte Erklärung der Parteilinken zeigt. Auch die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion hat einen eigenen Forderungskatalog vorgelegt, in dem sie andere Prioritäten setzt. Wir dokumentieren einen Auszug aus dem Diskussionsbeitrag.

spw-Redaktion

Innovationen für einen neuen Fortschritt

Von Detlev Albers, Michael Müller, Andrea Nahles

Die SPD-Linke hat vor rund einem Jahr die Debatte um Innovation und Erneuerung des „europäischen Gesellschaftsmodells“ angestoßen. Die Debatte, die Konkretisierung und die Umsetzung der Innovationsstrategie werden der Schwerpunkt der nächsten Zeit sein. Damit wird eine neue Etappe eingeleitet.

Die SPD-Linke versteht unter „Innovationen“ eine Antwort auf die Frage „Was ist Fortschritt?“, die sich heute wieder in aller Schärfe stellt. In den vergangenen Jahrzehnten gab es in der Bundesrepublik den Konsens, dass es nicht nur Markt und Kapital gibt, sondern dass wir eine Gesellschaft sind und bleiben wollen. Im Niedergang der Idee von Gesellschaft seit Anfang 1980-er Jahre liegt eine entscheidende Ursache für die politischen und sozialen Erschütterungen unserer Zeit. Zuvor hatte es nämlich eine Politik gegeben, die sowohl die individuelle Freiheit erweitert, als auch die Anforderungen der Gesellschaft berücksichtigt hat. Das waren ab 1950 die „soziale Marktwirtschaft“ (Wohlstand für alle) und ab Ende der 1960-er Jahre „Innere Reformen“ und „Mehr Demokratie wagen“.

In den 1980-er Jahren begann das Versagen, weil anders als in anderen europäischen Staaten unter Kohl die notwendige Weiterentwicklung in Deutschland ausblieb. In den letzten Monaten wurde unter sehr schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit den „Aufräumarbeiten“ begonnen. Doch die entscheidende Phase beginnt jetzt: Die Erneuerung eines längerfristigen Modells aus wirtschaftlicher Leistungskraft, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit, das die Gesellschaft wieder zusammenführt und den Menschen eine sichere Perspektive gibt. Darum geht es

insbesondere bei der Debatte um Innovationen.

Mit der Globalisierung stand in den letzten Jahren eine einseitig kapitalorientierte Unternehmens- und Wirtschaftsverfassung im Zentrum. Sie basiert auf der falschen Auffassung, dass sich letztlich alles an wirtschaftlichen Zielen orientieren muss, die zudem angesichts der ungleichen Konkurrenz äußerst kurzfristig angelegt sind. Die knappe Ressource Kapital wurde als Hebel für die Ausrichtung an die Interessen der Unternehmen, in erster Linie der Aktionäre, missbraucht. Die Folgen waren ein kurzfristiger Boom, dem anschließend eine schwere Erschütterung folgte, die zu Lasten der sozialen Qualität der Gesellschaft ging. Die Entwicklung beendete die soziale Marktwirtschaft. Diese kapitalorientierte Management-Philosophie hat ausgedient.

Nun ist die große Chance da, die Weichen neu zu stellen, in Richtung auf Kreativität, neue Ideen, Wissen, Teamarbeit, kurz: auf die „strategische Ressource Mensch“. Unser Verständnis von Innovationen setzt mehr Vielfalt in allen Bereichen voraus. Die Absicherung der Pressefreiheit ist hierbei von zentraler Bedeutung. Die Mitarbeiter können dann nicht mehr in erster Linie als Kostenfaktor gesehen werden, sondern in seiner Kreativität, sozialen Kompetenz und der Fähigkeit zur Teamarbeit.

Dies entspricht den Grundzügen des europäischen Sozialmodells, das damit eine neue Chance bekommt. Das ist keine Frage von Harvard-Buissnes-School oder Elite-Universitäten, sondern der vernünftigen Verbindungen von Breitenqualifizierung und Spitzenleistungen. Hier können wir unsere Stärken nutzen und ausbauen,

wenn zusätzliche Mittel eingesetzt werden, um die Qualität und Breite der Lehre und ihre interdisziplinäre Vernetzung zu verbessern.

Mit der neuen Phase sind Reformen in den Sozialsystemen nicht abgeschoben, sondern wird das Gesamtkonzept der Agenda 2010 stärker in den Vordergrund gerückt. Dadurch wird auch der Spielraum für Sozialreformen erweitert (z. B. Bürgerversicherung und Erwerbstätigenversicherung mit Generationenfonds).

Mit der Innovationsstrategie wollen wir die wirtschaftliche Basis, auf der sich unsere Gesellschaft gründet, stärken. Die elementare Säule ist die technologische Leistungsfähigkeit. Nachdem die Blase der „new-economy“ geplatzt ist, brauchen wir eine große Gemeinschaftsanstrengung, denn der Staat kann die notwendigen Aufbauleistungen alleine nicht finanzieren. Dabei geht es um eine moderne Industrie- und Dienstleistungsstrategie, die mehr Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigungssicherung und Nachhaltigkeit verbindet

Ein zentraler Baustein dieser Innovationsstrategie muss die Fortentwicklung unseres Profils „Arbeit und Umwelt“ sein. Die beiden Säulen – Effizienzrevolution und Solarwirtschaft – sind eine Basisinnovation, die weltweit mit steigender Nachfrage gebraucht werden. Die wissensbasierten Produktions- und Dienstleistungsbereiche eröffnen ganz neue Chancen, viel intelligenter mit der physischen Seite der Produktion, mit Energie, Ressourcen und Material umzugehen. Hier liegt die höchste Kostenbelastung im Wirtschaftsprozess.

Innovation heißt „Vorreiter“ zur sein. Mit einer Effizienzrevolution, eng verbunden mit der Solarwirtschaft, nutzen wir umfassend die Humanressource Mensch. Material, Energie und Ressourcen werden durch menschliche Arbeit und Technologien ersetzt. Gleichzeitig werden die regionalen Kreisläufe gestärkt. Wir schaffen die Grundlage einer multilateralen Welt.

Das Jahrzehnt der Innovation, der Bildung und der Forschung

AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagfraktion

Bildung und Forschung sind zentrale öffentliche Güter. Das Innovations-Jahrzehnt ist durch einen langfristig angelegten öffentlichen Diskurs zu begleiten. In diesen Diskurs bringen wir unsere sozialdemokratische Orientierung ein, die aus unserem Selbstverständnis heraus immer wertorientiert, transparent in den Zielen und Mitteln und wirksam in den Problemlösungen sein muss.

Zu diesem offenen Diskussionsprozess legt die AG Bildung und Forschung vor:

- zwölf wesentliche Leitmotive für den Beitrag von Bildung und Forschung im Innovationsprozess;
- politische Forderungen in den zentralen Handlungsfeldern aus der Sicht der AG;
- organisatorische Vorschläge für eine langfristige Vertiefung der sozialdemokratischen Diskussion.

I. Die 12 allgemeinen Leitmotive

1. *Die Steigerung von Lebensqualität und Nachhaltigkeit.* Eine ausschließliche Fixierung auf Wachstum und Produktionssteigerung entspricht nicht unseren Grundwerten.
2. *Gesellschaftspolitischer Diskurs über Wege und Ziele der Forschung.* Eine Reduzierung der Forschungspolitik auf technologische und ökonomische Aspekte greift zu kurz
3. *Grundlagenforschung und Wissenschafts- und Forschungsfreiheit.* Der unmittelbare wirtschaftliche Ertrag kann nicht das alleinige Kriterium für die Förderung von Wissenschaft und Forschung sein – ohne Grundlagenforschung keine marktfähigen Innovationen.
4. *Interdisziplinarität und Integration von Forschungsfeldern.* Fachliche Fixierung und Abgrenzung verhindern innovative Entwicklungen.
5. *Mehr Bildungschancen für alle und Bildungschancen ein Leben lang,* um früher Selektion und andauernder Dequalifizierung entgegen zu wirken.
6. *Recht auf Bildung und staatlich gesicherte Ansprüche an Staat und Wirtschaft.* Eine Privatisierung, Kommerzialisierung und einseitige Nachfrageorientierung von Bildung lehnen wir ab.

7. *Fördern und Fordern der persönlichen Potenziale.* Denn mehr Eigenverantwortung kann nur wahrgenommen werden, wenn das Bildungssystem die entsprechenden Voraussetzung bereitstellt.

8. *Leistung in der Breite und Exzellenz in der Spitze.* Eine einseitige Fixierung auf Elitenbildung entspricht nicht unseren Vorstellungen von Innovation und Gerechtigkeit.

9. *Durchlässigkeit und Vernetzung der Bildungs- und Forschungsinstitutionen.* Tendenzen zur Abschottung und zu institutionellem Egoismus schmälern die Leistungsfähigkeit des Bildungs- und Forschungssystems und die individuellen Bildungschancen.

10. *Bildungsplanung und Bildungskooperation.* Ein reiner Wettbewerbsföderalismus ohne gesamtstaatliche Bildungsverantwortung läuft dem Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse entgegen.

11. *Internationalität und europäische Kooperation.* Nationale Alleingänge und Abgrenzung sind nicht mehr zeitgemäß.

12. *Umweltschutz und ökologische Modernisierung als Innovationsmotor.* Die immer noch verbreitete Vorstellung, dass eine anspruchsvolle Politik für Umwelt und Ressourcenschutz Innovationen behindert, ist durch die auch ökonomisch erfolgreiche rot-grüne Politik der ökologischen Modernisierung eindeutig widerlegt.

II. Politische Forderungen in den zentralen Handlungsfeldern

- a) Zur stärkeren finanziellen Förderung von Bildung und Forschung
 - Stiftung Bildung und Forschung (4 Milliarden Grundkapital aus dem Goldvermögen der Bundesbank)
 - Novellierung der Erbschaftssteuer für Aufwuchs der Mittel für Forschung und Bildung (Länder – Anteil) im Sinne eines zweiten Generationenvertrages
 - Bildungs- und Forschungsausgaben haushaltstechnisch als Investitionen führen und aus dem Subventionsabbau herausnehmen
- c) Zur Sicherung von Bildungsrechten
 - nationaler Aktionsplan „Grundbildung für alle“

- Bekämpfung des Analphabetismus
- Halbierung der Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss
- Ansprüche auf sprachliche Förderung von Migrantinnen und Migranten im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes
- Erhalt des gebührenfreien (...) Erststudiums
- Sicherung der BAföG-Leistungen
- d) Zur Qualitätsverbesserung der Hochschulbildung
 - Bund-Länder-Programm zur Verstärkung von Umfang und Qualität der Lehrkapazitäten Pakt für die Hochschulen zur Verbesserung der Studienbedingungen in der Breite;
 - Spitzenförderung des Bundes für ausgewählte Hochschulen
 - Ausbau des Hochschulzugangs ohne Abitur
- e) Zur Modernisierung der beruflichen Bildung
 - Ausbildungsplatzsicherungsgesetz
 - Hochschulzugang ohne Abitur mit qualifiziertem beruflichen Bildungsabschluss;
 - Sicherung von Fördermaßnahmen zum Nachholen von Schulabschlüssen; „Schule der zweiten Chance“
 - Sonderprogramme zur Integration ausländischer Jugendlicher
- f) Zur Reform der Weiterbildung
 - Entwicklung einer Strategie für „Lebensbegleitendes Lernen“
 - Bündelung und Erweiterung von Weiterbildungsansprüchen (Lernzeitkonten) unter Berücksichtigung betrieblicher, tariflicher und gesetzlicher Regelungen
- g) Zur Stärkung von Forschung und Entwicklung
 - Konzentration auf Kernziele staatlicher Forschungspolitik
 - Problemorientierte Forschungsschwerpunkte
 - Vorsorgeforschung / Forschung für den Menschen
 - Forschung für eine nachhaltige Entwicklung
 - Forschung für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung

III. Vorschläge zur Vertiefung der sozialdemokratischen Diskussion

- Einberufung eines Bundesparteitages Bildung und Innovation / Verabschiedung eines innovationspolitischen Programms
- Gemeinsamer Kongreß von SPD und Gewerkschaften „Qualität des Lebens 2010“ in Anknüpfung an den IG-Metall-Kongress aus den 70er-Jahren (Otto – Brenner – Kongreß)

„Ich will offene und demokratische Unis“

Interview mit Marius Pöthe

spw: Marius Pöthe, die studentischen Proteste in Berlin eben ab, ist das Glas halb voll oder halb leer?

Marius Pöthe: Ich denke, es ist halb voll, einfach deshalb, weil ein deutlicher Unterschied zum letzten Semester festzustellen ist, in dem die Leute nicht wirklich aktiv waren. Die ASten hatten bereits im Sommersemester versucht, eine Protestbewegung gegen die Kürzungen zu organisieren. Bei der Abschlusskundgebung kamen aber nur 300 Leute. Jetzt ist das anders, jetzt kommen selbst im Ausklang des Streiks noch mehr als 400 Leute. Es gibt jetzt viele Leute, die sehr motiviert sind und was machen wollen. Deshalb schaue ich sehr optimistisch in die Zukunft.

spw: Was ist denn der Unterschied zu vergangenen Streiks?

Lernprozesse

Pöthe: Ich habe bisher erst einen früheren Streik als Beobachter mitgemacht, den ich von der außen stehenden Position aber kaum wahrnehmen können. Dieser Streik



Marius Pöthe

ist weitaus mehr in der Öffentlichkeit präsent. Es war ein Streik, der über zwei Monate die Medien bestimmt hat. Wir waren regelmäßig auf den ersten Seiten der Tageszeitungen und teilweise auch in der Tagesschau. Man konnte diesen Streik

nicht übersehen.

spw: Tragen sich die Proteste selbst oder müssen die ASten viel an Zuarbeit leisten?

Pöthe: Das haben wir die ganze Zeit nicht gemacht. Nach den Erfahrungen aus dem Sommer haben wir von vorn herein gesagt: Das ist ein basisdemokratischer Streik. Wir leisten Hilfe zur Selbsthilfe. Zwar waren auch viele Leuten aus dem AStA im Streik aktiv, aber das ist kein Streik von oben.

spw: Also ein Streik, der unten gewachsen ist.

Pöthe: Und auch unten geblieben ist. Das ist ja der Vorteil zum Beispiel zum 97er Streik, als sich eine kleine Gruppe von Machern durch die Talkshows quatschte und den Streik auch dominierte. Das ist diesmal überhaupt nicht so. Dieser Streik hat keine Gesichter, was aus meiner Sicht ein großer Vorteil ist.

spw: Kann man diese Offenheit, diese Unbestimmtheit nicht auch Substanzlosigkeit nennen?

Pöthe: Viele Linke tun das. Ich bin da selbst hin- und hergerissen. Aber allein, dass wir es geschafft haben, einen Dialog mit der Gesellschaft anzufangen, dass wir es geschafft haben, den Zusammenhang zu sehen zwischen Sozialabbau und Bildungsabbau, das ist für mich ein Riesengewinn. Das habe ich nicht erwartet.

Isolierte Proteste?

spw: Glaubst Du wirklich, dass die Studierenden einen Zusammenhang zur allgemeinen politischen Lage herstellen? Das war ja sonst nie so.

Pöthe: Ich glaube, das hat sich stark geändert. Zum einen haben die Studierendenschaften diese Botschaft in den Köpfen plaziert, zum anderen gibt es wieder eine soziale Bewegung aufgrund der Einschnitte der Agenda 2010. Das hat damit zu tun, klar.

spw: Trotzdem besteht in der Öffentlichkeit weitgehend das Bild von Studierenden als Verteidigern von Partikularinteressen. Ist das so falsch?

Pöthe: Durch den Streik hat sich auch diese Wahrnehmung in der Öffentlichkeit verschoben. Viele Leute haben mittlerweile ein differenzierteres Bild

als früher. Wir konnten viele Vorurteile wie das vom faulen Langzeitstudierenden abbauen, aber das ist natürlich in vielen Köpfen immer noch drin.

spw: Glaubst Du, Ihr habt was erreicht mit dem Streik?

Pöthe: Ich glaube, es ist noch nicht vorbei. Natürlich haben wir den Haushalt des Landes Berlin nicht gekippt. Auch die Studienkonten sind noch nicht komplett vom Tisch. Aber wir haben deutlich gemacht, dass Bildung ein Gut ist, das es zu schützen gilt. Das braucht eine ausreichende Finanzierung, das ist nichts, was man einfach wegekürzen kann.

spw: Es gibt nicht nur in Berlin Proteste. Woran liegt es denn, dass jetzt in vielen Bundesländern Proteste stattfinden?

Pöthe: Das liegt einfach an der Bildungspolitik sämtlicher Bundesländer. In Bayern, Hamburg und Hessen gibt es eine ähnliche Situation wie in Berlin. Da werden auch Langzeitstudiengebühren oder Studienkonten eingeführt, die für viele Studierende ganz heftige Einschnitte bedeuten. Gerade für die, die nebenbei noch Geld verdienen müssen, die Kinder haben oder mit anderen sozialen Schwierigkeiten umgehen müssen.

Alternativen?

spw: Wie sieht Deine Alternative aus?

Pöthe: Ich will offene und demokratische Unis, zu denen der Zugang offen ist für alle, die studieren wollen.

spw: Geht das ohne Gebühren?

Pöthe: Natürlich entstehen dem Staat Kosten. Wenn man aber allgemeine Studiengebühren einführt, und wir reden hier über bis zu 5.000 Euro pro Jahr, dann führt das zu sozialer Ausgrenzung. Solche Gebühren tun dem Arztsohn nicht weh, schrecken aber die Maurer Tochter ab. Das Ziel einer breiten Bildungsbeteiligung kann man nur finanzieren, wenn man die Vermögenssteuer wieder einführt, den Spitzensteuersatz nicht weiter senkt und die Unternehmen vernünftig besteuert.

spw: Kann es denn eine Mehrheit für diese Positionen geben?

Pöthe: Ja, das ist auch was, das man aus den Protesten lernen kann. Wir haben Leute aus allen politischen Richtungen eingebunden. Die haben sogar mitgemacht und die Forderungen unterstützt. Wenn man richtige politische Inhalte auch offensiv vertritt und eben nicht nur die Interessen der Wirtschaft erfüllt, dann kann man damit auch Erfolg haben.

spw: Vielen Dank für das Gespräch. Forum DL21

Marius Pöthe ist Vorsitzender des AStA der TU Berlin und seit 1996 Mitglied der SPD.

Das Gespräch für *spw* führte Ulf Banscherus

Vor einem Jahr veröffentlichte der VSA-Verlag das Buch „Boom & Bubble“ von Robert Brenner, in dem dieser auf einer breiten empirischen Grundlage die ökonomische Entwicklung insbesondere der USA in den zurückliegenden 30 Jahren analysiert. Die deutsche Übersetzung wurde von einigen Vorschusslorbeeren begleitet, die durch Klaus Drägers Beitrag „Baustelle Neomarxismus“ in Prokla 123 (Dräger 2001) genährt wurden. Dräger erhoffte sich von der deutschen Übersetzung eine inspirierende Diskussion über marxistisch orientierte Krisentheorie und Kapitalismusanalyse im deutschsprachigen Raum, wie sie durch Brenner seit Erscheinen des Ursprungstextes „The Economics of Global Turbulence“ in der New Left Review im Jahre 1998 für den angloamerikanischen Raum zutraf.

Die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung

Im Mittelpunkt steht die Gesamtschau der Entwicklung der kapitalistischen Zentren seit dem 2. Weltkrieg. Die Kernthese lautete hier, dass die verschärfte Konkurrenz zwischen den USA und den sich nun entwickelnden beiden anderen Triadenregionen Europäische Union und Japan zu einem Aufbau von Überkapazitäten geführt habe. Die Folge dieser Entwicklung sei zudem in einem Absinken der Profitraten sowie in der Abschwächung der gesamten wirtschaftlichen Dynamik insgesamt zu sehen.

Robert Brenner kommt zusammen gefasst zu drei wesentlichen Ergebnissen:

1. Die US-Wirtschaft, und in ihrem Gefolge die anderen kapitalistischen Zentren EU-Europa und Ost-Asien, befinden sich seit 1973 in einem lange währenden ökonomischen Abschwung, der auch durch die „Boomjahre“ der New Economy in den 1990er Jahren nicht überwunden werden konnte. Im Gegenteil – ursächlich für den anhaltenden Abschwung sei, dass die Überkapazitäten im weltweiten Sektor des verarbeitenden Gewerbes sich nicht nur verschärft, sondern durch Ausbreitung und Vertiefung in weiten Bereichen der gesamten Volkswirtschaft, und hier vor allem in der Hochtechnologie, ergänzt wurden. Als Resultat sei die Profitabilität im Sektor der nicht-finanziellen Unternehmen steil gefallen, die Rendite auf den Kapitalstock sei zwischen 1997 und 2000 um phänomenale 20 % zurück gegangen.

2. Die Boomphase der 1990er in die New Economy und die daraus resultierenden Fehlinvestitionen wurden vor allem durch eine massive Deregulierungspolitik der US-Regierung einerseits und eine Niedrigzins-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



politik der Fed begünstigt bzw. verlängert. Der Investitionsboom der New Economy in den 1990er Jahren sei durch die Börse und die Zentralbank der USA „geradezu gewaltsam hochgepöppelt“ worden, ohne dass als Folge der beschleunigten Kapitalakkumulation die erwartete Produktivitätsentwicklung über die kurze Frist hinaus erreicht worden sei.

3. Für die Zukunft besteht keine Hoffnung auf einen ökonomischen Aufschwung, soweit nicht die vorhandenen Überkapazitäten beseitigt werden. Die „schöpferische Zerstörung der Krise“ wurde in den 1990er Jahren durch politische Interventionen aufgehalten bzw. aufgeschoben. Von der „spekulativen Blase“ profitierten zwar zunächst sowohl die asiatischen Volkswirtschaften (z. B. Japan, Taiwan, Südkorea, Singapur), als auch Deutschland und andere EU-Länder, nachdem die US-Nachfrage durch massive Importe aus diesen Ländern befriedigt wurde. Insgesamt betrachtet sei aber auch dort kein entscheidender Wachstumsimpuls erfolgt, der eine neue dynamische Entwicklung der Weltwirtschaft hätte hervorrufen können.

Die Voraussetzungen für den US-Boom in den 1990er Jahren

Sollen die Träger des Wirtschaftswachstums der US-Wirtschaft in den 1990ern identifiziert werden, muss in Betracht gezogen werden, dass sich die Wirtschaft seit Anfang der 1970er in einer zwei Jahrzehnte andauernden Stagnationsphase befunden hat. Dieser

langen Abschwungsphase wiederum ging eine landanhaltende Prosperitätsphase voran.

Brenner argumentiert, dass die abgewehrten Arbeiterkämpfe der 1930ern zu einem Absenken der Reallöhne und dadurch zu überdurchschnittlichen Profitraten geführt haben. Die Kette von hohen Überschüssen, hohen Investitionen und schnellem Produktivitätswachstum bildeten die Grundlage für eine sich selbsttragende Aufwärtsspirale in den folgenden drei Jahrzehnten.

Dass diese Entwicklung zum Stillstand gekommen ist, hängt u.a. damit zusammen, dass zunehmend ab den 1960ern die herstellenden Sektoren in Japan und Deutschland eine Weltmarktorientierung und steigende Exporterlöse realisieren konnten, die auf einer Kombination relativ billiger Löhne und einer fortgeschrittenen Technik basierte. Es stellte sich heraus, dass die US-Industrie überinvestiert hatte. Der vorhandene Kapitalstock war damit in einer inflexiblen Kostenstruktur gefangen war, wodurch sich die Profitraten reduzierten. Neu in den Markt tretende Produzenten verschärften die Lage noch, da die Ausstoßmenge hierdurch erweitert wurde und die Güterpreise gedrückt wurden. „Kurzum, es gab nicht nur zu wenig Aussteiger, sondern auch noch zu viele Einsteiger.“ (Brenner, S.61)

Als Folge auf die rückgängige Profitraten übte das Unternehmerlager außerdem Druck auf die Arbeiter und ihre Organisationen aus. Die Profitraten sollten dabei durch einen verlangsamten Lohnanstieg stabilisiert werden, wodurch bei einer normalen Produktivitätsentwicklung die Löhne und damit die Arbeitskosten einen relativ geringeren Anteil an den gesamten Produktionskosten ausmachen. Gleichwohl konnte die Profitabilität aber nicht verbessert werden,

Kai Burmeister, Diplom-Volkswirt und Mitglied im Juso-Bundesvorstand, Mitglied im spw-Arbeitsausschuss

Reinhold Rünker, Historiker, arbeitet als Organisationsberater und lebt in Leichlingen, Mitglied der spw-Redaktion

Tabelle 1: Vergleich des Bruttoinlandproduktes 1960 bis 2000
(durchschnittliche jährliche Veränderung in %)

BIP	1960-1969	1969-1979	1979-1990	1990-1995	1995-2000
USA	4,6	3,3	2,9	2,4	4,2
Japan	10,2	5,2	4,6	1,7	0,8
Deutschland	4,4	3,6	2,15	2	1,7
G7	5,1	3,6	3	2,5	1,9

Quelle: Brenner, Boom & Bubble, Seite 81

denn das vorhandene hohe Fixkapital habe einen Anreiz gebildet, auch bei einer sinkenden Profitabilität in der bestehenden Produktion zu bleiben. Das Problem wurde also an der falschen Stelle zu lösen versucht, denn nicht die Lohnkosten drückten die Profitabilität, sondern das in den Produktionsanlagen versunkene Kapital.

1971 beendete die US-Regierung das Bretton-Woods-System und brach die Konvertibilität des US-Dollar zum Gold und stieg 1973 vollständig aus dem System der festen hin zu frei flottierenden Wechselkurse aus. Gleichzeitig sollte durch eine expansive Geldpolitik sowohl die eigene Wirtschaft stimuliert als auch der Außenwert des Dollars absenken, um die Exportmöglichkeiten der US-Industrie zu erhöhen und Importe zu erschweren.

Gleichzeitig forcierte die US-Administration internationale Verhandlungen, mit denen sie die jedoch nicht das vielfach proklamierte Ziel eines freien Handels, sondern ganz im Gegenteil den Schutz der heimischen Industrie, z. B. der Automobil- und Stahlbranche durch „freiwillige Handelsbeschränkungen“ japanischer Anbieter, verfolgte. Der Versuch der US-Industrie, aufgrund günstiger Kredite und einer erhöhten Rate der Kapitalakkumulation die eigenen Produktionskapazitäten zu erhöhen, gelang nur in diesem „geschützten Kontext“ und erzielte nur für kurze Zeit eine günstige Wirkung auf die Profitrate, denn es gelang der US-Industrie nicht, ihren Welthandelsanteil auszubauen.

Auf die Periode „billigen Geldes“ und Nachfrageanreize der Regierung, die durch wachsende öffentlicher Verschuldung und Inflation, die „die Realzinsquote unter Null“ drückte (Brenner, S. 64), folgte eine Phase restriktiver Geld- und Zinspolitik, die die US-Wirtschaft in eine schwere Rezession stürzte und Auftakt zu einer längst überfälligen Markt-

bereinigung wurde: „Beabsichtigt war, durch diese Politik ganz allgemein die Profitabilität zu erhöhen, indem die Arbeitslosigkeit weiter angehoben wurde, um so das Lohnwachstum zu dämpfen, und eine direkte Einkommensumverteilung zugunsten des Kapitals durch Senkung von Unternehmenssteuern und einen Abbau der Sozialausgaben vorzunehmen. Diese Politik zielte aber auch ganz speziell darauf, den Überhang an Produktionskapazitäten im verarbeitenden Gewerbe abzubauen, indem unter der ganzen, großen Schicht von Unternehmen, welche als Herstellerfirmen mit hohen Kosten und geringen Profiten von der keynesianischen Ausweitung des Kredits am Leben gehalten worden waren, ein Prozess der Bereinigung in Gang gebracht wurde.“ (Brenner, S. 70).

Die Umsetzung einer stark am Monetarismus orientierten Politik war jedoch unvereinbar mit wirtschaftlicher Stabilität, so dass Reagan und später auch Georg Bush erneut den Versuch unternommen die Profitabilität der ersten Nachkriegsjahrzehnte durch eine Verschuldung öffentlicher Haushalte herzustellen. Beide Regierungen erhöhten massiv die Militärausgaben und senkten die Steuern für Reiche. Zwar kam es bis Mitte der 1980er Jahre wieder zu einem konjunkturellen Aufschwung, aber „er konnte nur wenig ausrichten, um die Kapitalakkumulation wieder in Gang zu bringen, da er nicht dazu in der Lage war, das grundlegende Problem der niedrigen Profitabilität anzugehen. Das lag daran, dass eben die beschleunigte öffentliche Verschuldung eine Depression abwendete und die Weltwirtschaft am Laufen hielt, damit auch den Prozess des „Gesund-schrumpfens“ der mit hohen Kosten belasteten und geringen Profiten versehenden Produktionsmittel verlangsamt, wie er notwendig war, um die Profitrate im verarbeitenden Gewerbe wiederherzustellen.“ (Bren-

ner, S. 72). Ergänzend ist zu berücksichtigen, dass auch die Monopolisierung des Kapitals einer Bereinigung durch den Konjunkturzyklus entgegenstand.

Mythos New Economy

Alle drei großen kapitalistischen Blöcke haben in der ersten Hälfte der 1990er nur sehr geringe Wachstumsraten erreicht. Tabelle 1 unterstreicht deutlich, dass in Vergleich mit vorangegangenen Perioden die Zuwachsraten des BIP sowohl in den USA als auch in der G7 in dieser Periode auf einem einmalig niedrigem Niveau angelangt waren.

Die sich vor allem in der zweiten Hälfte der 1990er entfaltende langanhaltende Wachstumsphase der US-Wirtschaft ist in diesem historischen Kontext keine Ausnahmeerscheinung. Dennoch gilt es die Ausgangsbedingungen für den in den 1990ern beginnenden Aufschwung herauszuarbeiten.

Kurzgefasst erscheinen folgende Punkte wesentlich

- die Wiederherstellung der Profitabilität des Industriekapitals,
- die durch eine Hochzinspolitik gefördert wurde,

- sowie durch das Plaza-Abkommen (1985), in dessen Folge es 10 Jahre zu einer Dollarabwertung gekommen ist und damit die internationale Wettbewerbstätigkeit des Industriekapitals erhöht werden konnte.

Ein sinkender Dollarkurs löste ab 1985 die Erholung des us-amerikanischen Herstellungssektors aus und führte auch zu einer Förderung des Wirtschaftswachstums in den südostasiatischen Tigerstaaten, die sehr eng an den (sinkenden) Dollar gebunden waren. Negativ schlug sich diese Entwicklung aber in Japan durch, da einerseits der dortige Herstellungssektor in eine verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit gekommen ist und andererseits den Weg für die sich nun aufbauende Spekulationsblase frei gemacht hat, die dann erst später wieder durch ein Absenken der Wertpapierkurse auf ihr realwirtschaftliches Niveau angepasst wurden. Der exportgestützte Boom der USA wurde also vor allem auf Kosten Japans realisiert.

Ein Wendepunkt der weltwirtschaftlichen Entwicklung bildete das Mitte der 1990ern zwischen den USA, Japan und Deutschland ausgehandelte „umgekehrte Plazaabkommen“, durch das der japanische Herstellungssektor gerettet wurde. Die USA gaben somit zwar den Konkurrenzvorteil eines schwachen Dollars auf, erhielten aber die zweifache Hoffnung, sowohl ausländische Investitionen als auch Importe zu verbilligen. Dadurch, so die Erwartung, sollte das wachsende Leistungsbilanzdefizit gedeckt und Zinssenkungen sowie ein Anstieg der Wertpapierpreise eingeleitet werden.

1995 vertauschten sich die Rollen: der hohe Dollar drückte den Profit und belastete den US-Herstellungssektor, wohingegen eben

Tabelle 2: Vergleich des Kapitalstocks der Privatwirtschaft außerhalb der Wohnungswirtschaft 1960 bis 2000
(durchschnittliche jährliche Veränderung in %)

Kapitalstock	1960-1969	1969-1979	1979-1990	1990-1995	1995-2000
USA (netto)	3,9	3,8	3,0	2,0	3,8
Japan (brutto)	11,3	9,5	6,9	5,3	4,5
Deutschland (brutto)	6,6	4,5	3,0	3,0	3,1
G7 (brutto)	4,8	4,6	3,9	k.A.	k.A.

Quelle: Brenner, Boom & Bubble, Seite 81

dieser Sektor in Japan und Deutschland sich erholen konnte. Der US-Boom hielt trotz des nun hohen Dollarkurses an und führte zu einem enormen Kapitalzufluss, der kreditfinanziertes und auf den Binnenmarkt ausgerichtetes Wachstum ermöglichte.

Im etwa gleichen Zeitraum kam es zu einer massiven Aktienhaussee, die auch noch anhielt, als die Profitraten des verarbeitenden Gewerbes schon wieder zu sinken begannen. Aus dem Höhenflug der Aktien entwickelte sich zudem ein enormer Vermögens-effekt bei den privaten Haushalten, der wiederum den Aufschwung am Binnenmarkt unterstützt hat. Nachdem die Profitabilität, die Exporte und die Wettbewerbsfähigkeit in der Zeit 1995-2000 abgesunken sind, wurde die Wirtschaft durch den privaten Konsum getrieben (Zuwachs p.a. 4,3%). 1998/1999 kam es zu einer widersprüchlichen Entwicklung. Während die Profitraten des verarbeitenden Gewerbes bereits im Fallen begriffen waren, stiegen die Aktienkurse und führten bis zum Crash im Frühjahr 2000 zu einem Vermögenseffekt, von denen sowohl die privaten Haushalte als auch die Unternehmen durch einen erleichterten Zugang zu Geldmitteln profitierten.

Der Aktienwert war von 4 Billionen US\$ in 1994 auf 12,2 Billionen US\$ in 2000 gestiegen. Zu unterstreichen ist an dieser Stellen, dass es in den USA keine breite Verteilung von Aktien in der Bevölkerung gegeben hat. So besaßen 20 % der Wertpapierbesitzer zwischen 96 % und 98 % der Aktienwerte. Der Vermögenszuwachs vollzog sich also vor allem bei den oberen Fünftel der Gesellschaft. Diese Gruppe erhielt 79 % des aggregierten Zuwachses des Verhältnisses zwischen den Nettovermögenswerten und dem persönlich verfügbaren Einkommen. Der Vermögenseffekt kann somit auf die Formel gebracht werden, dass der Reichtum nur bei den Reichen gewachsen ist.

Als ein neues Phänomen der 1990er Jahre ist zudem der Bedeutungsgewinn der Börsenfinanzierung nicht-finanzieller Unternehmen, besonders im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien hervorzuheben. Der Finanzsektor befriedigte die gestiegene Kreditaufnahme wiederum durch einen Anstieg der eigenen Kreditaufnahme.

Dass es nicht eher zu einem Zusammenbruch des aufgeblähten Finanzmarktes kam, ist dem Eingreifen der Federal Reserve, der us-amerikanischen Bundesbank, geschuldet, die z. B. den vollständigen Zusammenbruch des Hedgefonds LTCM- während der Asienkrise verhinderte.

Während die Profitabilität von Investitionen seit 1997 deutlich nach unten zeigte, stiegen die Börsenkurse weiter an. Dieses Börsenverhalten, die damit einhergehende Lockerung des Zugangs zum Kredit und die Begeisterung von Wirtschaftsexperten und öffentlicher Meinung begünstigte die fatale Zunahme des sogenannten „Ponzi Zustand“ vieler

Unternehmen hinsichtlich des Finanzierungsgrades. Kreditaufnahmen werden nicht notwendig, um zusätzliche Investitionen zu tätigen, sondern werden unumgänglich, um den Bestand des Unternehmens überhaupt aufrecht zu erhalten.

Im Frühjahr 2000 kam es dann zum Platzen der spekulativen Blase an den Aktienmärkten, mit dem vor allem die Über- und Fehlinvestitionen im Sektor Information, Telekommunikation und Medien korrigiert wurde. So wurden Millionen Kilometer Glasfaserkabel verlegt, die kaum gebraucht werden. Die Nutzungsrate dieser Netze liegt im nationalen Bereich bei 2-3 % und bei Übersee-kabeln bei ca. 15 %.

Die Marktkapitalisierung der Telekommunikationsunternehmen von 2,7 Billionen \$ mit 15 % des Gesamtwerts aller US-Firmen ist Ausdruck dieser Ansammlung „versunkenen Kapitals“.

Brenners Fazit

Brenner spricht sich in seiner Argumentation deutlich gegen Krisenerklärungen wie die keynesianische Unterkonsumtion aus. Seine Argumentation baut stattdessen darauf auf, dass im globalen Maßstab massive Überkapazitäten aufgebaut worden seien: das entscheidende Moment der diagnostizierten Krise ist die Verschärfung der globalen Konkurrenz durch die nachholende Industrialisierung Japans und Westeuropas sowie zeitlich später in den südostasiatischen Tigerstaaten.

Ein Ausbrechen aus der Krisensituation durch die Entwertung vom fixem Kapital und dem Abbau von Überkapazitäten sei deswegen blockiert, da die einzelnen Unternehmen einzelwirtschaftlich auch dann noch rational handeln, wenn sie mit weniger produktiven Maschinen weiterproduzieren und noch die durchschnittliche Profitrate erreicht werden kann.

Als ein entscheidender Wendepunkt in der nationalen Kapitalakkumulation der USA wird der Zusammenbruch des Bretton Woods Systems gewertet, da es den USA hierdurch gelungen ist, temporär auf Kosten anderer Länder die Überkapazitäten abzufedern.

Die zweite „Brenner-Debatte“ in Deutschland

So richtig ist die Debatte über das Buch von Robert Brenner noch nicht in Fahrt gekommen. Die Rezeption beschränkt sich auf einige zumeist wohlwollend Rezensionen aufgrund der empirischen Fülle des Bandes. Dass das Buch bei uns die theoretische Debatte über den Charakter der zeitgenössischen kapitalistischen Krisen nicht so beflügelt hat, liegt sicherlich an der Schwäche der wissenschaftlichen Debatte in Deutschland, in der Arbeiten in marxistischer Traditionen weniger als in anderen Ländern Eingang finden. Zum anderen ist die geringe Rezeption in politi-

www.dampfboot-verlag.de



Karl Christian Führer/ Karen Hagemann/
Birthe Kundrus (Hrsg.)

Eliten im Wandel

Gesellschaftliche Führungsschichten
im 19. und 20. Jahrhundert
2003 - 433 Seiten
€ 45,00 - SFR 77,00
ISBN 3-89691-550-9

Achim Brunnengräber (Hrsg.)
Globale Öffentliche Güter unter
Privatisierungsdruck

Festschrift für Elmar Altvater
2003 - 322 Seiten
€ 29,80 - SFR 51,00
ISBN 3-89691-548-8

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf
Grenzen der Globalisierung
Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft
6. Auflage 2004 - 600 Seiten
€ 29,80 - SFR 53,00
ISBN 3-929586-75-4

Willi Hoss
„Komm ins Offene, Freund“

Autobiographie
herausgegeben von Peter Kammerer
2004 - 256 Seiten
€ 19,90 - SFR 34,60
ISBN 3-89691-562-2

Jürgen Prott
Öffentlichkeit und Gewerkschaften
Theoretische Ansätze und empirische Erkenntnisse
(Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung)
2003 - 253 Seiten
€ 24,80 - SFR 42,90
ISBN 3-89691-558-4

www.prokla.de

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

PROKLA 134
Deflation und Krise
2004 - 160 Seiten
ISBN 3-89691-334-4

PROKLA 133
Imperialistische Globalisierung
2003 - 158 Seiten
ISBN 3-89691-333-6

PROKLA 132
Gesundheit im Neoliberalismus
2003 - 156 Seiten
ISBN 3-89691-332-8

Einzelheft € 10,50

Verlag Westfälisches Dampfboot
Hafenweg 26a - D-48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de



analyse+kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

**Jetzt testen:
3 x ak für 5 €***

*Schein/Scheck beilegen!
Verlängert sich zum Jahresabo,
wenn nicht nach Erhalt der
zweiten ak gekündigt wird.

ak – analyse + kritik
Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175
redaktion@akweb.de
www.akweb.de

schen Kreisen sicher auch an einer gewissen „Hartleibigkeit“ in Bezug auf die von Brenner gewählte Darstellung als Wirtschaftshistoriker geschuldet. „Boom & Bubble“ ist keine einfache Lektüre, sondern fordert von seinen LeserInnen sowohl den ökonomisch geschulten Blick für empirische Daten als auch die Kenntnis der historischen Rahmenereignisse. Beachtenswert ist dieses Buch deswegen, weil die US-Wirtschaft unter Berücksichtigung des Wechselspiels von Außen- und Binnenwirtschaft betrachtet wird und die Entwicklung der anderen kapitalistischen Zentren mit in die Analyse einbezogen wird. Deutlich wird, dass der Erfolg nationaler Ökonomien vor allem von den jeweils aktuellen Beziehungen innerhalb der Triade und den Währungsrelationen abhängt. Der Aufschwung einer der Triadenregionen vollzieht sich augenscheinlich auf Kosten der anderen. Der Wechselkurs erscheint hier als ein wichtiger Indikator. Allerdings muss vor einer allzu mechanischen Betrachtung gewarnt werden, da hohe bzw. niedrige Währungskurse neben Vorteilen auch mit gegenteiligen Effekten einhergehen. Die Einschätzung Brenners, dass die New Economy keine langanhaltende Prosperitätsphase markiert, erscheint uns heute in Kenntnis der Entwicklung seit Erscheinen des Originalmanuskript im Jahre 2000 wenig spektakulär. Die dahinter steckende Frage ist aber noch

unbeantwortet, bzw. sie wurde von Brenner nicht in dieser Form gestellt und konnte daher auch gar nicht beantwortet werden: welche Bedeutung ist den technologischen Innovationen, die im Gefolge der massiven Investitionen in die Informations- und Kommunikationstechnologien entstanden sind, für die Entwicklung des Kapitalismus zuzumessen. Die Frage nach der Innovationsleistung stellt sich auch methodisch, wenn Brenner vorgeworfen wird, Software als Investition nicht berücksichtigt zu haben.

Während es in der ersten Brennerdebatte in den 1980er Jahren noch um die Analyse der ökonomischen, sozialen und technologischen Triebkräften des Wandels vom Feudalismus zum Kapitalismus ging, bleibt Brenners Betrachtung des gegenwärtigen Kapitalismus überraschend einseitig. Problematisch an seiner allein historisch-empirischen Analyse des Kapitalismus auf der Makroebene ist, dass soziale Verhältnisse, Institutionen und technische Entwicklung ebenso wie Veränderung der Arbeitsorganisation ausgeblendet werden. Es geht hier jedoch nicht um den Vorwurf an einen Historiker, dass er sich nur mit dem Vergangenen beschäftigt, sondern es stellt sich die Frage, in wie weit es sich eine Kapitalismusanalyse heute leisten kann, allein auf ökonomische Daten zu fokussieren und dabei Aspekte der Veränderung in den Lebensbedingungen und –weisen der Menschen im gegenwärtigen Kapitalismus außen vor zu lassen. Brenners empirisch-historischer Debattenbeitrag zur Analyse des Kapitalismus beleuchtet eben nur eine Sphäre kapitalistischer Realität. Klaus Dräger weist z. B. darauf hin, dass heute Aspekte der Ökologie, der Emanzipation oder gerade der Nachhaltigkeit für eine zeitgemäße Kapitalismusanalyse unumgänglich sind. Der Beitrag von spw zur zeitgemäßen Kapitalismus-Analyse konzentrierte sich in den zurückliegenden Jahren auf Schwerpunkte zu Flexibilisierungsprozessen in der Produktions- und Reproduktionsweise, die Herausbildung eines veränderten Sets von Anforderungen, denen sich die im heutigen Kapitalismus lebenden Menschen ausgesetzt sehen. Stichworte wie „Arbeitskraftunternehmer“ oder „Kollege Proteus“ markieren hierbei die Versuche, von der abstrakten Benennung von Veränderungsprozessen zu den konkreten Auswirkungen auf die Le-

bensweisen und Identitäten zu kommen. Zahlreiche Beiträge haben sich z. B. vor diesem Hintergrund mit den Auswirkungen auf den sozialstaatlichen Reformbedarf sowie mit der Ausweitung der gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten beschäftigt. Darin kommt nicht nur die Verortung von spw in der Tradition der Auseinandersetzung mit der Regulationsschule (die Bedeutung politischer Kräfte für soziale Arrangements) und der Gramsci-Rezeption über hegemoniale Prozesse zum Ausdruck, sondern auch die schlichte Tatsache, dass spw kein wissenschaftliches Forschungsprojekt ist, sondern für uns immer wieder die Frage nach der politisch-praktischen Relevanz für radikale Reformpolitik auf der Tagesordnung steht. Es ist der Linken bis heute jedoch nicht gelungen, eine überzeugende ökonomische Logik zu etablieren, die sowohl einer empirischen Analyse stand hält, als auch einen politisch mobilisierenden Effekt zu erzielen. Zu dieser Debatte bietet Brenner den Hinweis nicht nur zu den ökonomischen Verflechtungen innerhalb der Triade, sondern auch, dass vor einem langfristig tragenden Aufschwung die Beseitigung nicht profitablen, „versunkenen Kapitals“ erforderlich ist. Hierzu erscheint anstelle von Modediskussionen eine vertiefte und erneute Verständigung über die Ursachen für die abgeschwächte Akkumulationsdynamik. Eine klassische und umfassende Kapitalismusanalyse erscheint zwingend für die Linke. Produktiv anzuknüpfen wäre hier an die Diskussion um Unterkonsumtion oder Überakkumulation. Dass sich beide Argumentationen nicht grundsätzlich gänzlich ausschließen, wird durch den gemeinsamen Anknüpfungspunkt des abgeschwächten Massenkonsums deutlich. Strittig ist, ob die fehlende Nachfrage eine Ursache oder Resultat der Krise darstellt. Es kommt darüber hinaus darauf an, durch eine neue Qualität gesellschaftlicher Regulierung Schritte zur Überwindung dieser Krise herauszuarbeiten. Die Stichworte für eine solche radialreformerische Strategie sind mit Sozialstaat, Nachhaltigkeit und einer demokratisierten Eigentums- und Wirtschaftsverfassung gesetzt.

spw 1/2004

Literatur

Robert Brenner, Boom & Bubble – Die USA in der Weltwirtschaft, Hamburg 2003
Robert Brenner, The Economics of Global Turbulence, New Left Review 229, London 1998
Klaus Dräger, Baustelle Neomarkismus. Die Regulationsschule und Robert Brenner zu den Turbulenzen in der Weltwirtschaft, in: Prokla 123, S. 177-202, Münster 2001
Prokla, spw, Sozialismus, Memorandum, IMSF, Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg 1986
Thomas Sablowski, Robert Brenner: The Boom and the Bubble, in: Das Argument Nr. 248, S. 880-882, Berlin 2002
Mario Scalla, Im Zentrum der Blase, in: Freitag Nr. 48 v. 21.11.2003
Herbert Schui, Klaus Peter Kister, Unterkonsumtion? Überakkumulation? Diskussion, in: Sozialismus 2/1998, S. 25-28, Hamburg 1998

Tabelle 3: Rückgang der wirtschaftlichen Dynamik - verarbeitendes Gewerbe in den USA: (durchschnittliche jährliche Veränderung in %)

	1993 bis 2000 i	1982 bis 1990
Realer Brutto-Output:	4,0	5,3
Arbeitsproduktivität:	3,1	4,7
Nettokapitalstock:	1,3	2,5
Bruttoinvestitionen:	4,1	7,8
Nettokapitalstock zu Arbeit:	0,5	2,2

Quelle: Brenner, S. Seite 260

Glanz und Elend der Regulationstheorie

Einige Reflexionen zum Begriff der Regulation

Von Bernd Röttger

Im Unterschied zu den 1980er Jahren sind die Wogen, die die französische Theorie der Regulation in der neomarxistischen Theoriebildung einst schlug, deutlich abgeebbt. In den 1980er Jahren nämlich fungierte sie noch – neben der Rezeption der politischen Theorie Antonio Gramscis – als entscheidendes Vehikel für eine nicht-ökonomistische Neupositionierung kritischer Gesellschaftstheorie. *Tempi passati*. Heute scheint der Regulationsansatz weder als eine Theorie des Kapitalismus und seiner Periodisierung noch als analytisches Konzept zur Erforschung der Grundstrukturen eines historisch-spezifischen Entwicklungsmodells oder eines Prozesses kapitalistischer Transformation und der in ihm wirkenden Umwälzungen sozialer und politischer Formen zu taugen. Die Regulationstheorie – nur noch ein Konzept des „besseren Regierens“? Aufstieg und Fall der Regulationstheorie

Die Regulationstheorie – folgt man der die „*école de la régulation*“ grundlegenden Arbeit von Michel Aglietta (1979a: 16) – verstand sich als ein Konzept für die Analyse der „Transformation sozialer Beziehungen, die sowohl ökonomische wie nicht-ökonomische Formen neu produziert, in Strukturen organisiert und ihrerseits eine determinierende Struktur reproduzieren, die Produktionsweise“. Im Mittelpunkt des regulationstheoretischen Erkenntnisinteresses stand also – in den Worten von Alain Lipietz (1985: 109) – die Frage nach der historischen Kontinuität des Kapitalverhältnisses, nach der „Art und Weise, in der sich dieses Verhältnis trotz und wegen seines konfliktorischen und widersprüchlichen Charakters reproduziert“. Den empirischen Ausgangspunkt regulationstheoretischer Forschung markierte die fordistische Revolutionierung der Lohnarbeit, letztlich der Einbau der Arbeiterbewegung in den „keynesianischen Staat“ (Buci-Glucksmann/Therborn). Die Theorie der Kapitalakkumulation konnte auf diesem historischen Hintergrund als Theorie der Regulation reformuliert werden. Das wechselseitige Konstitutionsverhältnis von Ökonomie und Politik wurde ins Zentrum der Untersuchungen gerückt. Von diesem Standpunkt gelang es, – in durchaus unterscheidbaren Ausprägungen – Elemente einer allgemeinen Theo-

rie kapitalistischer Reproduktion in krisentheoretischer Perspektive mit empirischen Untersuchungen zur Stabilisierung kapitalistischer Gesellschaftsformationen durch Wandel zu integrieren. Dies begründete ihre zunächst ungezügelte Attraktivität. Sie konnte sowohl als Theorie und Kritik des Kapitalismus fungieren, zugleich aber war sie als eine sog. „Theorie mittlerer Reichweite“ empirisch anschluss- und letztlich mainstreamfähig (nicht zuletzt durch die Einbindung eines makroökonomischen oder institutionentheoretischen Analyseinstrumentariums).

Als ein Ansatz der Kritik der politischen Ökonomie hatte die Regulationstheorie – wie es Marx vorexerziert hat – zwei Dimensionen zu integrieren: erstens die Kritik theoretischer Vorläufer bzw. konkurrierender Erklärungsansätze, zweitens die Kritik realer Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Machtverhältnisse. Faktisch wurde in der Regulationstheorie vor allem die Kritik der neoklassischen Ökonomie (Robert Boyer) und eines wesentlich von Louis Althusser bestimmten strukturalen Marxismus (Alain Lipietz) akzentuiert; die Kritik fordistischer Unterordnungsverhältnisse blieb dagegen unterbelichtet. Sie findet sich noch in den früheren Arbeiten (in Gestalt der Kritik einer fordistischen Kanalisierung der Klassenkonflikte in mit den Gesetzen der Akkumulation kompatible Formen (Aglietta) oder durch Bezug auf Gramsci und die Metapher vom „dressierten Gorilla“ (Lipietz)), ist aber mit anhaltender nachfordistischer Restrukturierung weitgehend einer sozialstaatlichen Verklärung der fordistischen Formation gewichen.

Es kam, wie es vielleicht kommen musste: Die Theorie kapitalistischer Regulation, von Aglietta am „Experiment USA“ entwickelt, war als Theorie einer Formation entstanden, die schon zum Zeitpunkt ihrer Theoretisierung dem Untergang geweiht war. Die Eulen der Minerva setzten auch für die Theorie der Regulation erst spät zu ihrem Flug an. Die Theorie der Regulation schien weniger als ein Konzept zur Erforschung kapitalistischer Umwälzungen und Restrukturierungsprozesse zu taugen, als zu einer Theorie eines kapitalistischen „Wachstumsmodells“ (Robert Boyer) oder einer „Prosperitätskonstel-

lation“ (Burkhard Lutz) zu werden. In Frankreich folgte eine Phase formaler Bilanzierungen oder sogar (eingeschränkter) Abgesänge. In der deutschen Rezeption rückten nicht mehr die Verdienste, sondern die Lücken der Regulationstheorie in den Vordergrund, die man glaubte, mit anderen Theorieversatzstücken füllen zu können. Dies bildete den Hintergrund, auf dem ich mich zu der Formulierung hinreißen ließ, „wie viele Lücken eigentlich eine Theorie aufweisen (kann), um nicht als ‚Grundgerüst‘ einer kritischen Gesellschaftstheorie zusammen zu purzeln? Der immer ausgefuchster werdende Methoden-Eklektizismus jedenfalls“ – so meine Befürchtung – „erledigt einen strukturierten Gesellschaftsbegriff *en passant* gleich mit und lässt eine kritische Gesellschaftstheorie ... weit hinter sich“ (Röttger 2001). Schon früher hatte ich vermutete, dass die Malaise vor allem damit zusammen hing, dass die Analysen dahin tendierten, die „fordistische Bedingungskonstellation ... zum Maßstab der Geschichte“ zu machen, „an dem die Widersprüche des neoliberalen Kapitalismus und die politischen und sozialen Formen ihrer Bearbeitung vermessen wurden“ (Röttger 1997: 101).

Erst die Neuauflage von Michel Agliettas Theorie der Regulation grundlegenden Buches 1997 in Frankreich, für die Aglietta ein neues Nachwort schrieb (dt.: Aglietta 2000) schien das Blatt erneut zu wenden und meine pessimistischen Verdüsterung zu entkräften. Allerdings erhielt die Theorie der Regulation hier eine grundlegende Wendung. Nicht mehr die „rationalistische Endzeiterwartung“, von der Alain Lipietz selbstkritisch einst die regulationstheoretische Vorstellung von der Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus bezeichnete, sondern das „Einrichten in den Verhältnissen“ dominierte von nun an die Debatte. Die neue Epoche des Kapitalismus bedeutet für Aglietta (2000: 107), „eine Konzeption des sozialen Fortschritts (gleich: Regulation, B.R.) zu erarbeiten, die mit dem Regime des Vermögensbesitzes zusammenpasst, vor allem aber mit der Globalisierung und der Ausrichtung des technischen Fortschritts auf die Dienstleistungen“.

Diese Neukonzeption erscheint als Ausdruck einer regulationstheoretischen Kultur der „neuen Bescheidenheit“ (Dräger 2001). Aglietta möchte den Weltkapitalismus und seine sozialen Polarisierungstendenzen sozial regulieren und den Kapitalismus so (erneut)

„auf sozialen Fortschritt“ programmieren. Boyer (2000) dagegen zieht es vor, weiterhin eine (keynesianisch motivierte) Kritik einer Politik hoher Profitraten zu formulieren, um die Krisentendenzen des „Akkumulationsregimes des Vermögensbesitzer“ aufzudecken. Lipietz (1998: 121ff.) hält ungeachtet der interessenpolitischen Rückschritte in der nachfordistischen Produktionsweise des „rheinischen Kapitalismus“ an „verhandelten Strategien zur intensiven Mobilisierung der Humanressourcen“ fest, um das Potenzial einer „high-road“-Restrukturierung dieses Kapitalismusmodells die Stange zu halten. Dieses eher diffuse *mixtum compositum* vertretener Positionen und Ansätze scheint mir vor allem der Tatsache geschuldet, dass die Regulationstheorie ihre Maßstäbe für die Bewertung der kapitalistischen Entwicklung eingebüßt hat: während für die einen der Durchbruch zum Shareholder-Value-Kapitalismus und des ihn ihm wirkenden Zusammenspiels von Weltmarktstrukturen und Interessen eine neue Formation des Kapitalismus bereist eingeläutet hat, können andere aufgrund seiner makroökonomischen Widersprüche und Krisenanfälligkeiten kein neues Regime erblicken.

Meine These ist, dass sich hinter dieser Ungeheimtheit letztlich ein defizitärer Begriff der Regulation verbirgt, der mit dem Gerede von der *Regulationsweise* als Ausdruck spezifischer „institutioneller Formen“ der kapitalistischer Produktionsverhältnisse nicht verbergen kann, dass die „Gesetze“, unter denen das Kapital in der Geschichte immer wieder an die „Kette der Regulation“ (Marx) gelegt wird und im Prozess kapitalistischer Restrukturierung eine ständige „Neuproduktion und Destruktion der alten (sozialen und politischen) Formen“ durchgesetzt wird, in denen sich die Menschen der Widersprüche bewusst werden und sie ausfechten (ebenfalls Marx), gar nicht mehr enthüllt werden können. In der gegenwärtigen Verfassung jedenfalls stößt der regulationstheoretische Zugriff auf die Reorganisationsrealitäten des nachfordistischen Kapitalismus auf erhebliche

Probleme. Regulationstheorie taugt – mit Gramsci – kaum noch „die tatsächliche Wirklichkeit in einer anderen Umgebung als der, worin sie entdeckt worden ist, besser zu erkennen“. Diese „Unfruchtbarkeit“ wurzelt in einer gewissen Borniertheit eines sich immer mehr formalisierenden Forschungs- und Deutungsrepertoires, das sich in einer Standardisierung des verwendeten Indikatorensystems, d.h. eines mehr oder weniger fixierten „Settings“ zu analysierender institutioneller Formen, und einer zunehmenden Mathematisierung, d.h. einer Orientierung auf makroökonomische Stabilitätsanforderungen, ausdrückt. Um nicht missverstanden zu werden: es gibt durchaus die Möglichkeit, die Regulationstheorie als politökonomische Theorie und Kritik zu revitalisieren. Am Anfang einer solchen Rückkehr zu den Traditionen kritischer Gesellschaftstheorie könnten Reflexionen über den Begriff der Regulation stehen.

Regulationsweise oder Regulationsdispositiv?

Bekanntlich hat sich Lipietz mit der Formel von der Regulation als einer „geschichtlichen Fundsache“ schon immer gegen funktionalistische bzw. versöhnerische Vorstellungen vom Verhältnis von Akkumulation (Ökonomie) und Regulation (Politik) gewehrt. Mit diesem Begriff sollten vielmehr Klassenkonflikte und politische Kämpfe, als deren Prozessresultat eine Regulationsweise sich herauschält, ins Zentrum der Untersuchung treten. Regulation als „Fundsache“ bedeutet die Verabschiedung von jeder irgendwie gearteten Idee einer „logischen Korrespondenz“ bzw. eines notwendigen „Entsprechungsverhältnisses“ von prosperierendem Akkumulationsregime und einem kohärenten Set regulativer Normen und Institutionen, der den aktuellen Diskurs so umtreibt. Dieses Forschungsprogramm wurde jedoch zum einen nie eingelöst. Faktisch bildeten nie die sozialen Auseinandersetzungen, sondern immer nur ihre Ergebnisse in geronnener Form den Analysegegenstand. Zum anderen

unterstellt diese Konzeption der Regulation eine quasi politisch-voluntaristische Offenheit der Geschichte und vernachlässigt systematisch strukturell verankerte Herrschaftsverhältnisse. Gerade weil Regulation als „Prozess ohne steuerndes Subjekt“ (Joachim Hirsch) historisch daher kommt, bezeichnet sie keinen kontingenten Prozess, sondern ist selbst kapitalistisch

formbestimmt. Genau dies entgleitet der Analyse zunehmend, genauso wie der Regulationstheorie eine Kritik der Politik zunehmend fremd wird.

Die relative Autonomie der Politik, von der jede nicht-ökonomistische Gesellschaftskritik ausgehen muss, gebiert beispielsweise bei Aglietta (2000: 40) eine herrschaftsfreie Zone, wenn er davon ausgeht, dass der Kapitalismus das Regulationsprinzip nicht in sich trage. „Dieses befindet sich (vielmehr) in der Kohärenz der sozialen Vermittlungen, die die Kapitalakkumulation auf den Fortschritt ausrichten“. Regulation wird damit aber nicht mehr aus der kapitalistischen Vergesellschaftung und ihren Widersprüchen entwickelt, sondern voluntaristisch, normativ „aufgepfropft“. Gesellschaftskritische Bescheidenheit paart sich mit Regulationsoptimismus. Was Aglietta aber als Beginn des Regulationsprozesses vorstellt, was dem neuen Akkumulationsregime sozusagen aufgepfropft werden soll, ist in Wahrheit bereits in die Widerspruchskonstellation des Kapitalismus und damit in die tendenziell „totalisierende Natur“ des kapitalistischen Produktionsverhältnisses (Ingrao/Rossanda) eingelassen und lässt sich als doppelte Grenzziehung herrschaftstheoretisch fassen und präzisieren.

Die relative Autonomie der Politik in modernen Gesellschaften fungiert nicht nur als eine politische Form, in der die erweiterte Reproduktion ungleicher Verhältnisse immer wieder gelingen kann; sie eröffnet auch Emanzipationspotenziale. Politische Regulation weist – als Möglichkeit – über das bestehende System der Herrschaft hinaus. Faktisch vollzog sich in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaftsformation politökonomischer Wandel aber immer über zwei widerstrebende Tendenzen: zum einen eine spezifische politische Konstitution des kapitalistischen Marktes, die die dem Kapital eigene Tendenz zur „freien Menschenverwüstung“ (Marx) begrenzt; zum anderen durch die Ausbildung von spezifischen Handlungskorridoren, die dieser „Kette der Regulation“ selbst Grenzen setzen, weil das über die Systemgrenzen hinausweisende Potential von Regulationsprozessen von einem historischen Bürgertum oder einem hegemonialen Bündnis der gesellschaftlichen Kräfte aufgegriffen und eingehegt und damit in mit dem vorherrschenden ökonomischen Organisationsprinzip vereinbarende Formen gepresst wird.

Forschungsstrategisch lassen sich solche Prozesse der „Reproduktions-Regulation“ (Bob Jessop), in der sich also Grundformen kapitalistischer Herrschaft immer wieder durch neuartige institutionelle Formen der Bearbeitung antagonistischer Verhältnisse reproduzieren, in der Frage formulieren, wie es einem historisch konstituierten Bürgertum gelingt, „die Herausforderung der permanenten Umwälzung seiner Existenz-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

grundlagen (anzunehmen), sich selbst (zu) transformieren und zu einen neuen Kompromiss- und Regulationsmodus seiner Herrschaft zu finden" (Demirovic 1997: 141). Es geht um die „Regenerationsfähigkeit des Kapitals“: „Wie es permanent dazu gezwungen ist, seine eigenen widersprüchlichen Impulse mit sozialen und ökonomischen Organisationsformen zu verknüpfen, die es zum Vorteil seiner eigenen ‚Logik‘ entsprechend zurechtbiegen kann (Hall 1989: 31). Das Regulationsprinzip also als integraler Bestandteil kapitalistischer Kontrolle, wie es der frühe Aglietta (1979a: 123, 190) durchaus treffend beschrieben hat.

Erst in diesem historisch sich immer neu austarierenden Zusammenspiel von Ökonomie und Politik wird darüber „entschieden“, welche konkreten Formen die Arbeitsgesellschaft annimmt und ob bestimmte Ziele der ökonomischen Restrukturierung verwirklicht werden können oder nicht. Dies ist für jede Periodisierung essentiell. Regulation bezeichnet keine Regulationsweise im statischen Sinne, sondern einen sozialen und politischen Prozess und spezifische politische Praxisformen. Der „Regulationsprozess“ (Painter/Goodwin 1995) bildet die Grundlage jeder Gesellschaftsformierung. Regulationsverhältnisse schreiben die Pfade politökonomischer Entwicklung fest. Letztere können als ein „Regulationsdispositiv“ (Becker 2002: 165ff.) konzipiert werden, als ein „heterogenes Ensemble“, in dem unterschiedliche Regulationsebenen (Weltmarkt, Nationalstaat, Region; Ökonomie, Gesellschaft, Politik) spezifisch in-Beziehung-gesetzt werden, Widersprüche und Konflikte zum Prozess kommen und ein Regulationsmodus von Herrschaft etabliert wird. In jeder Formation stehen die Regulationsebenen in einem Gesamtzusammenhang. Ihr konkretes Wirken ist allein im Kontext der anderen Elemente zu verstehen. Ihre Stellung zueinander kann, wenn auch nicht völlig beliebig, verändert werden. Solche Verschiebungen im Regulationsgefüge aber werden zum Anlass, geronnene Institutionensysteme (Ordnungen) zu sprengen, neue Regulationsprozesse zu generieren und einen neuen Modus der Herrschaft zu etablieren. Dabei kommen nicht unbedingt die aus der Geschichte bekannten Formen zum Prozess, die aus ihrem historischen Entstehungs- und Funktionskontext herausgesprengt und zu allgemeinen Reproduktionsbedingungen kapitalistischer Gesellschaften stilisiert werden – etwa all jene (verteilungspolitischen) Formen, die im Fordismus eine sowohl makroökonomische wie soziale Kohärenz generierten.

Ein zentrales Problem der Regulationstheorie liegt also darin, dass die von ihr standardmäßig eingefangenen Formen sozialer Konflikte und (institutionalisierter) Kompromisse die aktuelle Geschichte kapitalistischer Expansion nicht mehr tragen. Werfen wir also einen Blick auf die auf die treibenden

Kräfte des nachfordistischen Regulationsdispositivs und auf die Neuzusammensetzung einer „kondominalen Herrschaftsstruktur“ (Otwin Massing). Meine These ist, dass sich im nachfordistischen Kapitalismus grundlegende Verschiebungen im Regulationsgefüge eingestellt haben, die sich zunächst innerhalb der bestehenden, im Fordismus ausgebildeten institutionellen Formen des „rheinischen Kapitalismus“ vollziehen, diese aber zunehmend inhaltlich entkernen. Solche Formen der Regulation nenne ich geschliffene Regulation. Die Gewerkschaften als „intermediäre Organisationen“ der fordistischen Formation sind die ersten, die diese Veränderungsprozesse mit aller Gewalt zu spüren bekommen.

Geschliffene Regulation im neuen Marktregime

Insbesondere das bundesdeutsche System industrieller Beziehungen samt der Funktionen der Gewerkschaften gilt den Vertretern einer neo-institutionalistischen Kapitalismustheorie (Hall/Soskice 2001) als eine nicht zu erobernde Bastion des „rheinischen Kapitalismus“. Nichtsdestotrotz sind seit kurzer Zeit die Gewerkschaften zum Synonym für „Blockierer“ und „Verhinderer“ vermeintlich notwendiger Reformen geworden. Faktisch jedoch haben sie jahrelang wenig blockiert, das Gegenteil ist sogar der Fall: innovative Formen betrieblicher oder regionaler Regulation sind durch Gewerkschaften oft erst initiiert worden. Und dennoch: die Folgen des strukturellen Wandels in der BRD mussten von den Gewerkschaften in den letzten Jahren vor allem ohnmächtig hingenommen werden, obwohl dieser Wandel selbst teilweise auch im politischen Tausch oder in den Institutionen der industriellen Beziehungen aktiv gestaltet und gestützt wurde. In diesem Regulationsprozess wurden sukzessive Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen durchgesetzt. Heute, wenn es darum geht, einen Paradigmen- bzw. Systemwechsel in der Sozialpolitik zu blockieren, fehlt ihnen im Rahmen des bestehenden Systems industrieller Beziehungen die Mobilisierungs- und Durchsetzungsmacht.

Empirische Studien zur Reorganisationsrealität des „flexiblen Kapitalismus“ (Dörre 2002) haben inzwischen deutlich zeigen können, dass sich innerhalb der formalen Stabilität der institutionellen Formen des fordistischen Klassenkompromisses bzw. des „rheinischen Kapitalismus“ ein qualitativer Wandel in den Verhandlungsbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit durchgesetzt hat. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich in „der Hülle des Alten“ bereits Konturen eines neuen Produktionsmodells, wenn nicht einer neuen Formation des Kapitalismus herausgebildet haben. Wir haben diese als „neues Marktregime“ (Dörre/Röttger 2003) bezeichnet. Die verbreitete Rede vom Beharrungsvermögen bestehender instituti-

www.sozialismus.de



Bernd Riexinger: Perspektiven des Protestes gegen Sozialabbau; Redaktion Sozialismus: Politische Bewegungstherapie Die Agenda 2010 und die Perspektiven für 2004; Gine Elsner/Gerhard Stuby: Arzt & Angestelltenversicherung – Plädoyer für den Einbezug der Freien Berufe in die Gesetzliche Rentenversicherung

Klemens Himpele: Ein Bildungsangebot, aber in der Ausstattung rot, grün, gelb, oder schwarz; Kay Beiderwieden: »Lehr-geld« – Investitionen in das eigene Arbeitsvermögen; Klaus Bullan: Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert oder zurück? Bildung in Deutschland 2003

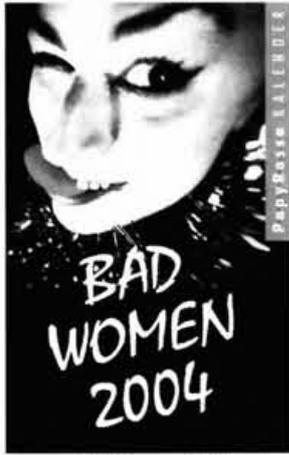
Michael Wendt: Brüning light Tarifpolitik im Öffentlichen Dienst

Tony Platt: Wieder eine Sache von Zucht und Mildtätigkeit. Geschichte und Gegenwart der Wohlfahrt in den USA; »Wir müssen mit dem Freihandel brechen!« Interview mit Arturo Huerta González (Mexiko); John P. Neelsen: Ökonomismus pur. Vom »Sozialismus chinesischer Prägung; Redaktion Sozialismus: Die Mauer. Keine Aussichten auf Frieden in Nahost

Stefan Zenklusen: Die Einsamen und der Twist. Zu bisher unveröffentlichten Essays Pierre Bourdieus; Antje Trosien: »Lilja 4-ever« (Filmkritik)

Supplement: Karl Mai/Klaus Steinitz Ostdeutschland auf der Kippe Eine gesamtdeutsche Bilanz nach 13 Jahren

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)
Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/280 505 68
e-Mail: redaktion@sozialismus.de



Bad Women 2004

Taschenkalender; 224 S.; EUR 7,95

Freche Sprüche, tolle Bilder, makabre Witze, böse Karikaturen und allerlei Infos zu chaotischen Weibern aus Geschichte und Gegenwart, Internet und Phantasie

PapyRossa Verlag – PRV

Luxemburger Str. 202, 50937 Köln – Tel.: (02 21) 44 85 45
 Fax: 44 43 05 – mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de



Conrad Schuhler Unter Brüdern EUR 11,00

Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt – Gemeinsamkeit und Konkurrenz, Interessengleichheit und Konflikt



Helena Saña Macht ohne Moral EUR 15,90

Was uns politisch, ökonomisch und historisch in die Sackgasse geführt hat und wie wir wieder aus ihr herauskommen

Wo die öffentliche Schuldenlast herkommt und wo sie hingehet und wie dem abgeholfen werden kann

Herbert Niemann Die Schuldenfalle EUR 15,80

Vom Paradoxon kapitalistischen Wohlstands und seiner Überwindung – eine Einführung in die politische Ökonomie

K. G. Zinn Wie Reichtum Armut schafft EUR 14,80



oneller Arrangements im Verhältnis von Kapital und Arbeit auf jeden Fall verdeckt den sich innerhalb der alten Formen vollziehenden Bruch in der Qualität der Kapital-Arbeits-Beziehungen.

Was steht also beim aktuellen „Tade-Union-Bashing“ zur Disposition? Zuvorderst der politische Ökonomismus“ (Richard Hyman) der Gewerkschaften, der auf einer Balance aus Konflikt und Kooperation bzw. Gegen- und Gestaltungsmacht basierte und in einer Art von „strategischen Beziehungen“ zwischen Staat und Gewerkschaften einen Prozess der Dekommodifizierung der Arbeitskraft hervorbrachte. Faktisch bildete die Klassenkämpfe des Fordismus keine Triebkräfte der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse mehr, sondern wurden „Geburtsheifer eines Systems paritätischer Regelungen der Arbeitsbeziehungen, das sich – zumeist mit staatlicher Beihilfe – in allen liberalkapitalistischen Ländern in je spezifischen Institutionen herausbildete“ (Müller-Jentsch 1996: 498). In diesem politischen Ökonomismus, der den „keynesianischen Staat“ des Fordismus hegemonial trug, gelang es, die strukturelle Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit auf der betrieblichen Ebene durch kollektivvertragliche Regeln abzumildern. Dieser Klassenkompromiss basiert auf einer „sich selbst organisierenden Arbeiterbewegung“ in der „großen Industrie“, also auf Erfahrungen der Bipolarität zwischen „denen“ und „uns“, letztlich auf antagonistischer Vergesellschaftung durch abstrakte Arbeit. Wie Robert Castel (2000: 315) treffend hervorgehoben hat, bezeichnete der Fordismus die „Auflösung der revolutionären Alternative und der Neuaufteilung des gesellschaftlichen Konfliktpotentials nach einem anderen Muster als dem der Klassengesellschaft, nämlich dem der Lohnarbeitsgesellschaft“.

Auch hier aber: Tempi passati. Im kapitalistischen Restrukturierungsprozess im Gefolge der Weltwirtschaftskrise 1975/75 schwanden zunehmend die Bedingungen, unter denen das Kapital zu Kompromissen gezwungen werden konnte. Die „sich selbst organisierende Arbeiterklasse“ verschwand nicht auf den „Gängen der Arbeitsämter“ – wie der Soziologie Ulrich Beck glaubt; ihr wurden auch durch den Umbau der Unternehmensstrukturen die Grundlagen entzogen. „Vor zwanzig Jahren genügte einem Gewerkschaftsfunktionär zwei Versammlungen, um an einem einzigen Tag mit mehreren Tausend Beschäftigten in Kontakt zu treten und persönlich die Stimmung zu beurteilen“ (Leonardi 2001: 755). Großunternehmen werden im Prozess globaler Reorganisation aber geradezu „pulverisiert“; gewerkschaftliche Organisationsarbeit wird zur Sisyphus-Arbeit. Darüber hinaus bricht das nachfordistische Unternehmen mit dem Vergesellschaftungstypus der Lohnarbeitsgesellschaft. Im Kern lässt sich innerhalb der noch bestehen-

den institutionellen Formen eine Bewegung ausmachen, in der die Bewertungsmaßstäbe „industrieller Demokratie“ ökonomisiert und die Ware Arbeitskraft re-kommodifiziert wird, d.h. abhängige Arbeit wird wieder stärker an Marktrisiken rückgebunden. Und tatsächlich sind institutionelle Garantien für die abhängig Beschäftigten nur noch solange etwas wert, wie sie sich mit der wirtschaftlichen Situation des Betriebs und seinen Reorganisationsstrategien vereinbaren lassen. In neuen Unternehmensorganisationen (Profitcentern etc.) kommt infolge erodierender Tarifdemokratie ein neuer Typus der Integration von Arbeit zum Prozess. Das kapitalistische Unternehmen „integriert die Arbeit (nun) auf individuelle Weise vollkommen in die Logik des Unternehmens, indem sie sie – sowohl räumlich als auch bezüglich der juristischen Normen – als kollektives Subjekt des-integriert. [...] Die Interessen der abhängig Beschäftigten verlieren dabei ihre Identität und Autonomie, das heißt die zwei Ankerpunkte, auf die sich – bis vor nicht allzu langer Zeit – die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeiterkontrolle und nach demokratischer Beteiligung an der Unternehmensführung gründeten“ (ebd.: 756f.). Die Stellung des Unternehmens in der Hierarchie der kapitalistischen Weltökonomie markiert das zentrale Koordinatensystem, an dem sich betriebliches Handeln ausrichtet. Vor allem Betriebsräte erlangen Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse im wettbewerbskorporatistischen Standortmanagement und in der Organisation „kompetitiver Solidarität“ (Wolfgang Streeck). Die Präge- und Bindekraft des Institutionensystems dagegen erodiert. Von Seiten kritischer GewerkschafterInnen werden zunehmend die durch Öffnungsklauseln im System der Tarifdemokratie bereits ermöglichten Tarifvereinbarungen auf Betriebsebene kritisiert, durch die zwar die formale Hülle des Tarifvertrages gewahrt bliebe, in denen jedoch arbeitspolitisch jeder „Haltegriff“ fehle, der den Sturz in den interessenpolitischen Rückschritt wenn nicht aufhalten, so doch in Maßen halten könne. Dabei sollen die Institutionensysteme der industriellen Beziehungen definitionsgemäß doch substantielle Normen und prozedurale Regeln für Kollektive zur Verfügung stellen, die erlauben, Pfadentwicklungen auf Dauer zu stellen. Sie „stecken den Rahmen der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit ab; sie legen fest, welche Formen, Gegenstände und Akteure zugelassen sind und welche Handlungsmöglichkeiten diesen für die Lösung spezifizierter Probleme zur Verfügung stehen“ (Müller-Jentsch 1996: 498). Genau das gelingt im neuen Regulationsgefüge aber nicht mehr. Die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit läuft aus dem Ruder; Gewerkschaften werden entweder „über den Tisch gezogen“, weil ihre Verhandlung nur noch in subalternen Formen, nämlich in-

nerhalb der von der Unternehmenslogik festgelegten Koordinaten verläuft, oder zum Abschluss freigegeben. Handlungskorridore politökonomischer Entwicklung werden so neu vermessen. Vor allem bilden sich im neuen Regulationsdispositiv gesellschaftlicher Arbeit neue Formen der Verschränkung von betrieblicher Reorganisation und weltökonomischen Umbrüchen. Arbeitsregulation wird unmittelbarer den Verwertungsinteressen des kapitalistischen Weltmarkts unterstellt (Röttger 2003a).

Hier wurzelt der Mythos, der dem Festhalten an den „Befreiungspotenzialen“ des Postfordismus durch „verhandelte Strategien“ der Modernisierung anhaftet. Weil die nachfordistische Ökonomie in einem neuen Regulationsdispositiv agiert, in die neue strategische Beziehungen zwischen Kapital und Staat eingebaut sind, fungieren die beschriebenen Erosionsverhältnisse innerhalb der bestehenden Ordnung der industriellen Beziehungen nicht als vereinzelte Phänomene eines Wandels im Arbeits- und Produktionsprozess, die durch „neue Regulationen“ eingefangen werden können; sie sind vielmehr als „Ensemble“ eines historischen Bruchs unentwirrtbar eingewoben in eine gründliche Rekombination des gesamtgesellschaftlichen Bedingungsgefüges der Regulation. Theoretisch gewendet: dem bestehenden System industrieller Beziehungen wird nicht eine idealtypische, neoliberale oder US-amerikanische, im „benchmarking“ ermittelte Regulationsweise aufgeherrschet; durch die im Regulationsprozess kapitalistischer Restrukturierung verschobenen Kräfteverhältnisse und durch die Durchsetzung neuer (finanzieller) Normen innerhalb der kapitalistischen Weltökonomie hat sich die wechselseitige Bedingungskonstellation von Arbeit und Politik dergestalt verschoben, dass sich die bestehenden Regulationssysteme als internationales System neu austarieren. Kern dieses Prozesses ist die Tendenz zur Durchsetzung einer weltmarkt-gültigen, hegemonialen Produktionsnorm (Aglietta 1979b), eines vermeintlichen „Sachzwang Weltmarkt“, der aber als ein politischer und sozialer Prozess funktioniert. Neue Regulationsverhältnisse selbst werden zu „Subjekten des Wettbewerbs“ und „Objekten der Produktion“ – zu „Orten, an dem die Ressourcen lokaler Gesellschaftlichkeit mobilisiert und ‚verbraucht‘ werden, d.h. umgewandelt und in das Innere der abstrakten Kreisläufe der globalen Ökonomie transferiert werden“ (Revelli 1999: 114ff.). Wettbewerbskorporatismus wird zur „gesellschaftlichen Manier“ (Marx). Eine fundierte regulationstheoretische Analyse dieser neuen Formen der Regulation steht jedoch weitgehend aus.

Was bleibt?

Im Unterschied zur institutionalistischen Kapitalismustheorie besteht also wenig Anlass, auf die Beharrungstendenzen der geronne-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



ne Strukturen der Regulation zu vertrauen. Die Regulationstheorie könnte wirklichkeitswissenschaftlichere Akzente setzen und so einen Gegenpol zu eher verharmlosenden Vorstellungen strukturellen Wandels und nachfordistischer Reform bilden. Das setzt aber voraus, dass sie ihre verschütteten Traditionen wiederbelebt und sich auf die Analyse der Herrschaftsförmigkeit des Regulationsprozesses konzentriert. Dass diese herrschaftliche Organisation ein hochgradig zerbrechliches Gebilde darstellt, das vergänglich und damit auch historisch veränderbar ist, versteht sich von selbst. Die Bedingungen eines solchen Bruchs jedoch müssen neu bestimmt werden. Auch das wäre ein eine Forschungsperspektive, die ich eine neo-regulationistische nennen würde (Röttger 2003b). Es kann aber nicht Aufgabe kritischer Gesellschaftstheorie sein, Regulation im Rahmen des neuen Akkumulationsregimes neu zu erfinden. Regulation muss sich so auf einen schmalen Korridor verengen. Das Ergebnis solcher Bemühungen wäre allenfalls eine reformistische Illusion, die vorgaukelt, sozialen Fortschritt innerhalb herrschender Formen zu erzielen, tatsächlich aber nur den dem nachfordistischen Akkumulationsregime immanenten Imperialismus des Reichs der Notwendigkeit politisch nachvollzieht.

spw 1 / 2004

Literatur:

- Aglietta, M. (1979a): *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*, London.
- Aglietta, M. (1979b): Die gegenwärtigen Grundzüge der Internationalisierung des Kapitals. Die Wertproblematik, in: Christian Deubner et al., *Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion*, Frankfurt/M., 70-124.
- Aglietta, M. (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg.
- Becker, J. (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*, Marburg.

- Castel, R. (2000): *Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz.
- Demirovic, A. (1997): *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*, Münster.
- Dörre, K. (2002): *Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus*, Wiesbaden.
- Dörre, K. / Röttger, B. (Hg.) (2003): *Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells*, Hamburg.
- Dräger, K. (2001): Baustelle Neomarxismus. Die Regulationstheorie und Robert Brenner zu den Turbulenzen in der Weltwirtschaft, in: *Prokla* 123, 177-202.
- Hall, S. (1989): *Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus*, Hamburg.
- Hall, P.A. / Soskice, D. (eds.) (2001): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford.
- Leonardi, S. (2001): Flexible Arbeit und Krise der sozialen Repräsentativität der Gewerkschaften, in: *WSI-Mitteilungen*, H. 12, 750-758.
- Lipietz, A. (1985): *Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff „Regulation“*, in: *Prokla*, H. 58, 109-137.
- Lipietz, A. (1998): *Nach dem Goldenen Zeitalter. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften*, Hamburg.
- Müller-Jentsch, W. (1996): *Arbeitsbeziehungen*, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 1, 497-502.
- Painter, J. / Goodwin, M. (1995): *Local governance and concrete research: investigating the uneven development of regulation*, in: *Economy and Society*, Vol. 24, No.3, 334-356.
- Revelli, M. (1999): *Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit*, Münster.
- Röttger, B. (1997): *Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes*, Münster.
- Röttger, B. (2001): *New Economy – old theory. Die Regulationstheorie am Ende der Fahnenstange?*, in: *in: blätter des informationszentrums 3. Welt (iz3w)* H. 254, 38-41.
- Röttger, B. (2003a): *Arbeit – Emanzipation – passive Revolution. Metamorphosen der Arbeitspolitik und die Zukunft der Gewerkschaften*, in: *Kurswechsel*, H. 3/2003, 8-21.
- Röttger, B. (2003b): *Verlassene Gräber und neue Pilger an der Grabesstätte. Eine neo-regulationistische Perspektive*, in: Ulrich Brand, Werner Raza (Hg.), *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster, 18-42.

Fragen zum Kapitalismus heute

Die Debatte um Empire, Postfordismus und die Transformation des Kapitalismus

Von Thomas Günther/Annett Herrmann/Boris Michel/Hans-Günter Thien/Ceren Türkmen

Michael Hardt und Antonio Negri (2002) haben mit ihrem vieldiskutierten „Empire. Die neue Weltordnung“ für Furore gesorgt und Leben in eine weitgehend erstarrte und ritualisierte Debatte um die Zukunft des Kapitalismus gebracht; das hat ihnen viel – zum Teil berechnete – Kritik eingebracht (vgl. z.B. Brand 2002, Köbler 2003). Es scheint uns nicht sinnvoll, diese hier zu wiederholen, sondern wir wollen versuchen, im Anknüpfen an drei ihrer zentralen Begriffe, nämlich dem der immateriellen Arbeit, des Empire und dem der Multitude, ihre Problematik aufzunehmen und weiterzuführen. Gewissermaßen als Hintergrundfolie dazu dient uns das bekannte Konzept einer kritischen Regulationstheorie mit seiner These vom Übergang vom Fordismus zum Postfordismus, wie es hierzulande insbesondere durch Joachim Hirsch (2002; Hirsch/Roth 1986) bekannt geworden ist.

Fordismus und Postfordismus stehen dabei als Begriffe für unterschiedliche gesellschaftlich-politische Strukturen, die gewissermaßen durch das Scharnier des Neoliberalismus, der vom einen zum anderen überleitet, verbunden sind. Postfordismus meint die Auflösung des im Fordismus vorherrschenden Klassenkompromisses und seiner Implikationen als Voraussetzung für eine weitergehende Internationalisierung des Kapitals, was die Frage des Imperialismus neu aufwirft. D.h. auch die Frage nach der Internationalisierung der Klassenverhältnisse und insbesondere die nach einer internationalen Bourgeoisie. Dabei stellt sich die Frage nach der neuen Rolle des Nationalstaats.

Soviel zumindest scheint klar, dass sich die Internationalisierung *innerhalb* der einzelnen Nationalstaaten ziemlich einheitlich als gravierende Veränderung der bislang eingespielten Standards abspielt. Schlagwortartig heißt das: Neuzuschnitt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, Neuverteilung der Arbeit, zunehmende Arbeitslosigkeit, Einschränkung des öffentlichen Bereichs. Kurz: Das institutionelle Gefüge des Sozialstaats, das die Anpassung, Disziplinierung und Segmentierung der Lohnabhängigen gewähr-

leistete und wesentlich zur Durchsetzung des fordistischen Konsummodells beigetragen hatte, wurde durch die Akkumulationsschwierigkeiten zu einer Belastung des Kapitalprofits und wird nunmehr umgemodelt. Die ökonomische Krise des Fordismus, die eine Krise der fordistischen Hegemonialformen bedeutet, verschiebt die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, vertieft alte gesellschaftliche Spaltungen und erzeugt vielfältig neue.

Wissensgesellschaft?

Wenn Hardt/Negri in diesem Zusammenhang auf die zentrale Bedeutung der „Immateriellen Arbeit“ hinweisen, so ist ihnen in Anbetracht der Wissens-Explosion im Zuge der Verallgemeinerung der Neuen Technologien vorderhand Recht zu geben; aber gegenüber einer bei ihnen vorherrschenden Substanzialisierung dieser immateriellen Arbeit im Sinne einer Anthropologisierung, auf die dann auch noch politisch gesetzt wird, ist von ihrem Einsatz im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess keine einheitliche Wirkung zu erwarten. Hardt (2003, 83), spricht sogar explizit von einer „Anthropologie der Multitude“.

Allerdings verändert sich die Art und Weise der „technologischen Anwendung der Wissenschaft“, wie schon Marx (1974, S. 587) die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital kennzeichnete. Das meint aber gerade nicht, dass wir es bei dem, was häufig als Postfordismus bezeichnet wird, mit einer „Wissensgesellschaft“ zu tun hätten, besteht das Spezifische doch gerade darin, Wissen in vermehrtem Ausmaß in Wert zu setzen, es verwertbar zu machen. Die Auswirkungen aber sind keine einheitlichen, sondern sie ergeben sich gerade in Verbindung mit den nach wie vor unterschiedlichen Ausprägungen des Produktions- und Reproduktionsprozesses auch ihrer stofflichen Seite nach, also als uneinheitliche und widersprüchliche.

„Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch [dadurch]; daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren sucht, während es andererseits die Arbeitszeit als einzi-

ges Maß und Quelle des Reichtums setzt. ... Nach der einen Seite ruft es also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur, wie der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben, um die Schöpfung des Reichtums unabhängig (relativ) zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit. Nach der andren Seite will es diese so geschaffnen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit, und sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffnen Wert als Wert zu erhalten“ (ebd., 593)

Hardt/Negri versuchen, die politischen Implikationen dieses Prozesses im Begriff der „Multitude“ positiv zu fassen, fassen diese allerdings wiederum substanzhaft und unterschätzen die interne Differenzierung des Neuzuschnitts des gesellschaftlichen Arbeitskörpers und seiner Auswirkungen. Wenn im Unterschied zur Lohnarbeitsgesellschaft des Fordismus insbesondere die Zwischenklassen bewegt werden, die Prekarität zunimmt und ganze Personengruppen abgeschrieben werden (vgl. Castel 2000, 357f), so ist momentan noch keineswegs ausgemacht, wie sich das auf Basis der gegebenen politischen Herrschaftsstrukturen, der Lebensstile und sozialen Milieus tatsächlich auswirken wird.²

Postfordismus?

Das gilt ähnlich für das Theorem des Postfordismus; zwar ist es mehr als nur plausibel, dass die Anwendung neuer Technologien (vgl. Castells „Netzwerkgesellschaft“ 2001) die industrielle Antwort auf die „Krise des Fordismus“ ist, aber der von vielen Autoren gezogene Schluss, dass es sich dabei schon um eine „postfordistische Produktionsweise“ handele, scheint problematisch. Einerseits bleibt zu fragen, ob es sich bei dieser neuen Entwicklung wirklich um eine generelle Abkehr vom Fordismus handelt, ob sich also eine neue und in sich geschlossene Qualität von Produktion und Dienstleistungen abzeichnet, oder ob „Postfordismus“ nicht doch eher eine Art von „Ultrafordismus“ oder eine Zwischenform darstellt, der sich durch Flexibilisierung kennzeichnen lässt (vgl. Dörre/Röttger 2002). D.h. weitere Effektivierung durch Entkoppelung der betrieblichen Maschinennutzungszeiten von den individuellen Arbeitszeiten der Beschäftigten, durch Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeiten (Ausweitung von Schichtarbeitssystemen)

Thomas Günther, Annett Herrmann, Boris Michel und Ceren Türkmen sind Studierende am Institut für Soziologie der Universität Münster, Prof. Dr. Hans Günther Thien ist dort Hochschullehrer und Verleger des Verlags Westfälisches Dampfboot.

men, Wochenendarbeit, Kopplung der individuellen Arbeitszeit an den Betriebszweck); statt weiterer Arbeitszergliederung auch ganzheitliche Arbeitsvollzüge, lean-production, just-in-time-Produktion, zeitparallele Produktentwicklung, Konstruktion und Produktplanung, durch die Betonung der Ganzheitlichkeit des Rationalisierungsgeschehens, Gruppenarbeit etc.. Das gilt andererseits erst recht, wenn die angedeuteten Veränderungen beim Einkommen, den Konsummöglichkeiten und der sozialen Absicherung berücksichtigt werden: Entgegen den *allgemeinen* Verheißungsversprechen (wie auch ihrem direkten Gegenteil), sind reale Differenzierungsprozesse zu verzeichnen. Das, was sich allgemein als Verbesserung/Reduzierung, Gleichheit/Ausgrenzung darstellt, enthält empirisch sehr unterschiedliche Facetten; Zeit und Raum werden verdichtet und gleichzeitig fragmentiert. (vgl. Rinderspacher 1982, 1985). Kaum irgendwo zeigt sich das so deutlich wie bei MigrantInnen und Frauen; in der Transformation der Fordismen verändert sich die Genderproblematik. Es ist – einhergehend mit der Aufsplitterung zuvor eingengter gesellschaftlicher Formen – eine Pluralisierung der Geschlechterverhältnisse zu beobachten, die jedoch nicht die grundsätzlichen Machtverhältnisse beseitigt. Vielmehr führt die Vervielfältigung geschlechtsspezifischer Regulationen und existierender Lebensverhältnisse vor allem zu einer Verringerung der Wahrnehmung dieser sozialen Ungleichheitsform.

Regionale Transformationsprozesse

Im Gefolge der Bedeutungsänderung der Nationalstaaten findet eine Transformation auf regionaler und lokaler Ebene statt, damit ändert sich das Verhältnis nicht nur zwischen global und national, sondern auch das zwischen deutlich kleinräumlicheren Einheiten, wie zwischen Stadt und Region oder Quartier und Stadt. Nicht nur Nationalstaaten treten in Wettbewerb zu einander, dieser findet sich ebenso auf der Ebene von Städten und Regionen wieder, so dass Stadtpolitik immer mehr zu unternehmerischem Standortmarketing wird. In diesem Zusammenhang verändert sich das Verhältnis zwischen einzelnen geographischen Regionen, es kommt zu einer Re-Hierarchisierung der Städte und Regionen (etwa Global Cities und Shrinking Cities). Dabei finden sich auf allen diesen Ebenen spezifische und widersprüchliche Beziehungen zwischen Markt, Staat, Zivilgesellschaft, wobei auf lokaler Ebene, insbesondere im Bereich einer auf Aktivierung setzenden Sozialpolitik ein Bedeutungsgewinn von Non-Profit-Organisationen zu beobachten ist (Mayer 2003). Zivilgesellschaft kann dabei nicht als unabhängig vom – oder, wie in (neo)liberalen Argumentationen, sogar konträr zum – Staat betrachtet werden (wie dies auch der Begriff der NGO zu suggerieren versucht). Einleuchten-

der ist die Beschreibung von Antonio Gramsci, der Zivilgesellschaft als staatliche Erweiterung begreift. Wie der frühe Kapitalismus Menschen zu Arbeitern geformt hat, die willens und in der Lage waren, in Fabriken zu arbeiten, so erfordern auch die gegenwärtigen Regulationsweisen spezifische Subjekte. Dafür ist es nicht nur von Nöten, die gegebene Bevölkerung zu segmentieren, durch rassistische, nationalistische und sexistische Herrschaftslinien zu zerteilen, sondern ebenso die erforderlichen Subjekte hervor zu bringen. Wir fragen deshalb nicht nur nach der empirischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Arbeitskörpers, sondern mit Foucault (2000) auch nach den Anforderungen, die an die Subjekte gestellt werden; nicht nur nach den Arten, nach denen Menschen regiert werden, sondern auch nach den Weisen, wie sie sich selbst regieren. In dem Maße, in dem im Zuge der neoliberalen Veränderungen und Umstrukturierungen Ökonomie und Soziales als Antagonismen begriffen werden, die Ökonomie aber zum gesellschaftlichen Leitbild wird, löst sich dieses Spannungsverhältnis durch die De-Sozialisierung des Sozialen auf, mit dem selbstverantwortlichen Individuum als Unternehmer seiner selbst, als Ich-AG (vgl. Rose 2000).

Zwar kann die gegenwärtige Entwicklung weltweit als grundlegende Transformationskrise des fordistischen Kapitalismus gefasst werden, die sich insgesamt vor allem durch verkürzte Wirtschaftszyklen, steigende Massenarbeitslosigkeit, Segmentierung der Gesellschaft und Verschärfung des internationalen Wettbewerbs auszeichnet. Aber: Anscheinend gibt es (noch) Grenzen einer planer Verallgemeinerung der Ausprägungen dieses Prozesses, Grenzen, die sich vor allem in der historischen Besonderheit von Nationalstaaten, d.h. der politischen Verfasstheit der Nationalstaaten geltend machen. Man könnte auch sagen: Die Einheitlichkeit des Prozesses besteht in der Beseitigung des fordistischen Kompromisses, aber die neoliberalen Transformationen weisen enorme Differenzen und immanente Widersprüche auf.

Gerade vor diesem Hintergrund zeigt sich die Schwäche der Sachzwangrhetorik. Wesentlich für eine neue Weltordnung ist die Auflösung des Fordismus. Dabei werden Hauptelemente der fordistischen Regulation beseitigt. An deren Stelle treten Prozesse, deren Resultate nicht widerspruchsfrei in einem Postfordismusbegriff gefasst

werden können. Es kann also von ihrer Form nach unterschiedlich beschaffenen Fordismus- und Postfordismusbegriffen ausgegangen werden. Die Fassung einer postfordistischen Regulation kann schnell problematisch werden, wenn die aktuellen Gesellschaftsstrukturen begrifflich zu stark festgelegt werden. Vieles spricht dafür, die derzeitigen Zustände in ihrem ständigen Wandel zu betrachten, bei dem politische Kräfteverhältnisse eine entscheidende Rolle spielen. Während – trotz der national differenten Beschaffenheiten – von einem Fordismus als Strukturbegriff gesprochen werden kann, trifft dies auf die Postfordismen nicht zu. So kann dieser Begriff *derzeit* lediglich den Prozess der Transformation zusammenfassen, Postfordismus kann aber (noch) keinen stabilen Regulationsmodus einfangen. Eigentlich kann das, was sich Postfordismus nennt, erst nach seiner Überwindung treffend beschrieben werden (vgl. Demirovic 2003). So kann der Begriff nur wörtlich genommen werden und, den Prozess der vornehmlich neoliberalen Transformationen des Fordismus zusammenfassen.

Internationalisierungsprozesse

Das gilt ähnlich für den Begriff des *Empire* bei Hardt/Negri oder den neuerlich mit Recht wieder in die Debatte gebrachten Begriff des Imperialismus (vgl. Prokla 133). Wenn man Hardt/Negri durchaus das Verdienst zusprechen kann, den Internationalismus als Kern eines heutigen Befreiungs-Diskurses (wieder) ins Bewusstsein gebracht zu haben, so bleiben ihre Bestimmungen diffus. Zugespitzt kann formuliert werden, dass ein unklar bleibender Begriff von Globalisierung und ein zu geringes Vorantreiben einer Analyse der kapitalistischen Globalisierung und vor allem eine ungenügende Reflektion der konkreten zwischenstaatlichen Beziehungen und ihrer Entwicklung vorherrschen (vgl. Buckel 2003), während Setzungen und Hoffnungen auf die Bewegung dominieren. Soviel scheint klar: Im Gefolge der zunehmenden Internationalisierung des Kapitals



Foto: Christian Kiel (Berlin)

werden die globalen Asymmetrien sich zuspitzen und sich den Nationalstaaten gegenüber als zunehmende Konkurrenz unter nationalen Wettbewerbsstaaten (Hirsch) geltend machen. Die reichen Länder besitzen in diesen schiefen Interdependenzen viel größere Chancen und weniger Risiken im Rahmen der kapitalistischen Globalisierung. Sie sind es, die die derzeitige Form der Globalisierung vorantreiben. Europa ist auch in diesem Zusammenhang zu denken. Gleichzeitig hat der europäische Prozess eine Wirkung nach innen. So zeigt sich vieles, was als neoliberale Globalisierung bezeichnet wird, als Europäisierung. Man denke nur an die EU-Konvergenzkriterien. In dem Zusammenhang ist Europa nicht als Macht zu denken, die globale wirtschaftliche Asymmetrien abbaut (auch wenn manche in Europa dies gerne möchten). Auch bei einem teilweise umfangreicheren Sozialsystem in einigen europäischen Ländern handelt es sich um eine „eurokapitalistische Regulation“ (Röttger).

Entgegen der weit verbreiteten These von dem Bedeutungsverlust des Nationalstaates halten wir es für erforderlich, die Nationalstaaten im Weltzusammenhang und in ihrer unterschiedlichen Eingebundenheit in diesen zu analysieren (Altvater/Mahnkopf 2004). Diese Frage lenkt das Bild des Nationalstaates, der eigentlich gemeint war, auf den fordistischen Staat, der Bestandteil eines kapitalistischen Regulationszusammenhangs ist/war. Der Rede vom Bedeutungsverlust des Staates geht also eine Einengung und ebenso eine Mystifizierung einher. Denn die Problematiken der fordistischen Regulation, in denen der Staat keineswegs als Opposition zu Gesamtkapitalien auftrat und nicht als demokratische Verallgemeinerung, sondern als Hegemonieapparat zu denken ist, bleiben ausgeblendet.

Die Aktualität einer Kritik der Politischen Ökonomie

Schon Gramsci (1996) weist darauf hin, dass der Freihandel eine staatliche Regulation ist.

Dies ist auch bei den vorgeblich neoliberalen Freihandelsumsetzungen vorhanden. Zum ersten wird Freihandel bei diesen Verhandlungen nicht wirklich durchgesetzt, was an den europäischen und nordamerikanischen – zumeist auch nicht monetären – Einfuhrbeschränkungen sichtbar wird. Wer z.B. der brasilianischen Regierung sein Gehör schenkt, dem offenbart sich eine Klage über den Protektionismus des Nordens. Zum zweiten ist recht offensichtlich, dass dieser Freihandel staatlich ausgehandelt ist. Darüber hinaus setzen die Nationalstaaten den juristischen Rahmen und stellen ihren Gewaltapparat zur Durchsetzung dieser Form der kapitalistischen Globalisierung zur Verfügung.

Eine Dichotomie zwischen Staat und Ökonomie ist also nicht vorhanden. Es besteht eine politische Ökonomie, deren Form zu kritisieren ist. Und dies schließt eine Staatskritik ein, die nicht auf die USA zu reduzieren ist. Diese Kritik darf bei „BU\$H“ nicht enden, sondern zu ihr gehört auch eine Betrachtung von Europa und – um ebenso zuzuspitzen – „SCHRÖD R“. Wobei diese Personifizierungen durchaus selbst kritikwürdig sind. Hier gerät die Kritik an der derzeitigen US-amerikanischen Politik sehr nah an einen simplen Antiamerikanismus. Das neoliberale Dogma geht nicht nur von den USA aus. Auch der Abbau von Freihandel (wie letztlich durch Stahlimportzölle) sind Bestandteil amerikanischer Politik. So geradlinig verlaufen kapitalistische Globalisierungsprozesse nicht. Die Annahme ist irrig, dass mit der EU eine soziale und ökologisch verträgliche Form von Globalisierung gegeben sei.

Aufgabe der Sozialdemokratie

Hierzulande und in Europa kommt der Sozialdemokratie besondere Bedeutung zu: Als sich in den 60er bis 70er Jahren eine Krise für die so genannte Vollbeschäftigung abzeichnete, die als Teil der Krise des Fordismus zu betrachten ist, wurde der Begriff der Vollbeschäftigung zu einer Utopie, deren zwanghaftes Scheitern sich in einem Wandel der Sozialdemokratie abzeichnete. Der ursprüngliche sozialdemokratische Ansatz, nämlich den Kapitalismus schrittweise immer mehr zu sozialisieren und zu demokratisieren, wurde aufgegeben und ersetzt durch eine Leitidee, nach der sich Geschichte im Rahmen von Globalisierung nach naturgesetzähnlichen Prozessen entwickelt. Dabei weist die vorherrschende Strö-

mung der SPD sich die Aufgabe zu, nur noch den Versuch einer möglichst gerechteren Entwicklung zu unternehmen (Mahnkopf 2000). Hier besteht ein Grundwiderspruch: Während zum einen eine unveränderbare Entwicklung vorausgesetzt wird, wird andererseits behauptet deren Abmilderung sei möglich.

Der Wandel der Sozialdemokratie hat aber noch eine andere entscheidende Implikation. So ist an die Stelle des alten Zukunfts- und Fortschrittsmodells kein neues getreten. Die Sozialdemokratie begrenzt sich selbst im ideologischen Diskurs auf eine Verringerung von größeren Übeln. Neueste Vorstöße von der Parteispitze deuten auf die Entwicklung einer neuen „Vision“ hin, die als Umkehrung der Gründungsziele gesehen werden können. So war die Verringerung und zum Teil auch die Beseitigung (der Folgen) sozialer Ungleichheit sozialdemokratisches Programm und Grund für die Parteigründung gewesen. Soziale Distanz erscheint also als eine Forcierung sozialer Ungleichheit – zu der nicht nur Bildungschancen, sondern auch die Differenzierung im Bildungssystem gehören – als positiv für die Entwicklung eines nationalen Wettbewerbsstandortes. Die Fragestellung, ob diese Neuorientierung die Auflösungserscheinungen innerhalb der SPD, die sich (ebenso wie bei Gewerkschaften) auch in einer drastischen Verringerung von Mitgliedern zeigt, stoppen kann oder ob vielmehr dieser Wandel selbst als Auflösung gesehen werden kann, da nur noch der eingeführte Markennamen der Partei übrig bleibt, soll hier offen bleiben.

Sozialer Protest und politische Gestaltung

Man kann aus all dem sicherlich kein „Ende der Politik“ (Scharenberg/Schmidtke 2003) ableiten; eher im Gegenteil. Aber weder der Weg in die luftigen Höhen einer imaginierten Multitude (der Widerstand) noch der Griff ins Arsenal altbekannter linker Politikkonzepte (die Arbeiterbewegung) dürften weiter helfen. Selbst das Konzept eines „radikalen Reformismus“ (Hirsch), dessen inhaltliche Ausarbeitung allemal wichtig ist, verbleibt vielleicht noch zu eng im bekannten Rahmen. Beide Wege, die ja schon den Hintergrund der frühen Spaltung der Linken in einen sozialdemokratischen und sozialistischen Flügel bildeten, also sich am Streit zwischen Sozialreform oder Sozialrevolution ausrichteten, können als gescheitert angesehen werden (vgl. Holloway 2002). In jeweils unterschiedlicher Weise hatten beide Positionen Unrecht. Weder ließ sich der Kapitalismus zu Tode sozialisieren, noch war es möglich, über den Staat die gesellschaftlichen Produktionszusammenhänge zu revolutionieren. Durch dieses – eigentlich schon lange absehbare – Scheitern müssen alte Fragen neu aufgeworfen und neue gestellt werden. Auf jeden Fall muss



Foto: Christian Kiel (Berlin)

eine „gesellschaftliche Linke“ (Revelli 1999) auf der Höhe der Zeit sein, ohne deren Gewordenheit zu vergessen; dass dabei sowohl Bemühungen von neueren politischen Bewegungen von a(tta)c bis Z(apatistas) eine wichtige Rolle spielen, sollte ebenso klar sein wie die nach wie vor soziale Einbeziehung der zeitweise als „alte soziale Bewegungen“ etikettierten ArbeiterInnenbewegung, die sich beim Blick auf den Weltzusammenhang ja keineswegs als veraltet darstellt (vgl. Silver 2003). Das Feld ist eröffnet und zu gestalten.

spw 1 / 2004

Literatur

- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit 2004: Grenzen der Globalisierung, Münster
- Atzert, Thomas/Müller, Jost (Hrsg.) 2003: *Kritik der Weltordnung*, Berlin
- Dies. 2004: Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire, Münster (i. V.)
- Brand, Ulrich 2002: Die Revolution der globalisierungsfreundlichen Multitude. „Empire“ als voluntaristisches Manifest, in: *Das Argument* (44), Nr. 245, S. 209-220
- Buckel, Sonja 2003: Global „Non-State“ – Überlegungen für eine materialistische Theorie des Rechts, in: dies./R.-M. Dackweiler/R. Noppe (Hrsg.), *Formen und Felder politischer Intervention*, Münster, S. 50-68

- Castel, Robert 2000: *Die Metamorphosen der sozialen Frage*, Konstanz
- Castells, Manuel 2001ff: *Die Netzwerkgesellschaft* (3 Bde.), Opladen
- Demirovic, Alex 2002: Stroboskopischer Effekt und die Kontingenz der Geschichte. Gesellschaftstheoretische Rückfragen an die Regulationstheorie, in: U. Brand/W. Raza (Hrsg.), *Fit für den Postfordismus*, Münster, S. 43-57
- Demirovic, Alex/Bojadzic, Manuela (Hrsg.), *Konjunkturen des Rassismus*, Münster
- Dörre, Klaus 2002: Neubildung von gesellschaftlichen Klassen. Zur Aktualität des Klassenbegriffs, in: *Widerspruch* (22), Nr. 43, S. 79-80
- Dörre, Klaus/Röttger, Bernd (Hrsg.) 2003: *Das neue Marktregime*, Hamburg
- Foucault, Michel 2000: Die Gouvernementalität, in: U. Bröckling/S. Krasmann/Th. Lemke (Hrsg.), *Gouvernementalität der Gegenwart*, Frankfurt, S. 41-68
- Gramsci, Antonio (1996): *Gefängnishefte*, Bd. 7, Hamburg
- Hardt, Michael/Negri, Antonio 2002: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/New York
- Hardt, Michael 2003: Im Zwielicht der bauerlichen Welt. Zur Klassenanalyse des Empire, in: Th. Atzert/J. Müller, S. 65-90
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland 1986: *Das neue Gesicht des Kapitalismus*, Hamburg
- Hirsch, Joachim 2002: *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*, Hamburg
- Holloway, John 2002: *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, Münster
- Kößler, Reinhart 2003: Rezension zu Hardt/Negri, in: *Peripherie* (23), Nr. 90/91, S.350-353

- Mahnkopf, Birgit 2000: Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit, in: *Prokla* (30), Nr. 121, S. 489-526
- Marx, Karl 1974: *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*, Berlin
- Mayer, Margit 2003: Das Potenzial des Regulationsansatzes für die Analyse städtischer Entwicklungen am Beispiel territorialer Anti-Armutspolitik, in: U. Brand/W. Raza (Hrsg.), *Fit für den Postfordismus*, S. 265-280
- Negri, Antonio 2003: *Rückkehr. Anatomie eines bewegten Lebens*, Frankfurt/New York
- Panitch, Leo/Gindin, Sam 2003: *Global Capitalism and American Empire*, in: *Socialist Register*
- Prokla 133: *Imperialistische Globalisierung*, Münster 2003
- Revelli, Marco 1999: *Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit*, Münster
- Rinderspacher, Jürgen P. 1982: Krise der Zeiterfassung und industrielle Zeitwirtschaft, in: *Prokla* H. 46, S. 119-133
- Ders. 1985: *Gesellschaft ohne Zeit*, Frankfurt/New York
- Rose, Nikolas 2000: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens, in: U. Bröckling/S. Krasmann/Th. Lemke (Hrsg.), *Gouvernementalität der Gegenwart*, Frankfurt, S. 72-109
- Scharenberg, Albert/Schmidtke, Oliver (Hrsg.) 2003: *Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen*, Münster
- Silver, Beverly J. 2003: *Forces of Labor. Worker's movement and Globalization since 1870*, Cambridge et.al.
- Thien, Hans-Günter 2002: Die soziale Frage neu entdeckt: Gespaltene Gesellschaften, in: O. Brüchert/Ch. Resch (Hrsg.), *Herrschaft und Befreiung*, Münster, S. 26-42

Das neue Marktregime

Zwischenbilanz einer Debatte

Von Klaus Dörre, Bernd Röttger

Gibt es ein nachfordistisches Produktionsmodell?

Wie nicht anders zu erwarten, fallen die Antworten kontrovers, ja mitunter gegensätzlich aus. Die Differenzen beginnen schon mit dem historischen Ausgangspunkt der Debatte. Sie betreffen Kategorien, die Einordnung empirischer Phänomene und nicht zuletzt die arbeitspolitischen Konsequenzen. Wir wollen an dieser Stelle darauf verzichten, die kritischen Kommentierungen der Produktionsmodell-These einer ausführlichen Würdigung zu unterziehen. Ein solches Unterfangen wäre ohnehin problematisch, weil auch wir bei wichtigen Einschät-

zungen unterschiedlicher Meinung sind. Wir ziehen es deshalb vor, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und eigene Lernprozesse zu skizzieren.

1. Lernprozesse: Vom Produktionsmodell zum Marktregime

Aller analytischen Differenzen zum Trotz gibt es einen roten Faden unserer Argumentation: Die Arbeitsgesellschaften des fordistischen Kapitalismus befinden sich in einem dramatischen Wandlungsprozess. Noch ist die Restrukturierung in vollem Gange. Offenkundig bringt sie eine bunte Vielfalt an Arbeits- und Organisationsformen hervor. Die-

se unbestrittene Pluralität bedeutet freilich nicht, dass arbeitspolitisch alles möglich ist. Was auf den ersten Blick als Koexistenz unterschiedlicher Arbeitswelten erscheinen mag, ist oft genug das systemische Produkt einer Reorganisation von Wertschöpfungsketten, die qualifizierte Wissens- und Facharbeit am oberen Ende mit einfachen Tätigkeiten, prekären Beschäftigungsverhältnissen und geringfügigen Partizipationschancen an ihrem unteren Ende kombiniert (Dörre 2002: 224 ff.; Lüthje 2001). Festzuhalten bleibt, dass sich der Übergang zu einem neuen Produktionsmodell keinesfalls an einem auf Requalifizierung zielenden „Produktionskonzept“ oder gar an dessen Weiterung zu einem Ansatz „innovativer Arbeitspolitik“ (Kern/Schumann 1998: 88 ff.) festmachen lässt.

Der Bruch mit dem alten Produktionsmodell vollzieht sich auf einer anderen Ebene. Die „Verschiebung von Marktgrenzen“ (U. Brinkmann) in der Gesellschaft wie auch in Betrieben und Unternehmen stellt ein Phänomen dar, das das Terrain der „tayloristisch-fordistischen Syndromatik“ überschreitet. Man kann, diesen Wandel als Geburt einer Kontrollstrategie definieren, deren Implementation noch nichts über das erreichte Niveau kapitalistischer Restrukturierung aussagt. Man mag, die marktzentrierte Herrschaft als Ausdruck einer höchst labilen, krisenhaften Umbruchsituation deuten. Oder man kann in marktförmiger Steuerung den Funktions-

Dr. Klaus Dörre, Jahrgang 1957, Leiter des Forschungsinstitutes Arbeit, Bildung, Partizipation (FIAB) Recklinghausen, spw-Mitherausgeber

Dr. Bernd Röttger, Jahrgang 1961, arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am FIAB

Der Beitrag ist eine leicht veränderte Fassung des Schlusskapitels aus dem von Klaus Dörre und Bernd Röttger herausgegebenen Band „Das neue Marktregime – Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells“ erschienen im VSA-Verlag, Hamburg 2003

mechanismus eines nachfordistischen Kapitalismus sehen, in welchem das marktradikale Dogma zum gesellschaftsstrukturierenden Prinzip geronnen ist.

Über diese unterschiedlichen Positionen hinweg bleibt ein kleinster gemeinsamer Nenner. Die Transformation des fordistischen Kapitalismus und seiner Produktionsweise vollzieht sich wesentlich im Medium von Macht und Herrschaft. Präziser: Hinter dem scheinbaren Sachzwang Markt verbirgt sich ein neues Kontroll- und Herrschaftssystem, das nicht nur in Betrieben und Unternehmen, sondern auch in Staat und Gesellschaft über ein verzweigtes Netz an Stützpunkten verfügt.

Von Kontrolle sprechen wir, sofern die Transformation von konkret-nützlicher in abstrakte, kapitalbildende Arbeit gemeint ist. Steuerung und Herrschaft bezeichnen die – auch über Hierarchien und Weisungsbefugnisse abgesicherte – Durchsetzung bestimmter Arbeitspolitiken. Regulation meint die Herstellung von Entsprechungsverhältnissen (z.B. von sozialen Kompromissbildungen), die die soziale Kohärenz einer kapitalistischen Formation sicherstellen sollen.

Die politische Durchsetzung marktförmiger Steuerungsmechanismen lässt sich als Übergang von einem Herrschaftssystem, das nicht ausschließlich, aber doch wesentlich, auf Formen autoritativer Macht beruhte, zu einem Herrschaftstyp, der, ebenfalls nicht ausschließlich, aber doch primär, auf der diffusen Macht des Marktes basiert, begreifen. Autoritative Macht ist „von Gruppen oder Organisationen gewollt und bejaht“, sie „impliziert klare Anweisungen und bewussten Gehorsam“. Diffuse Macht „verteilt sich in einer eher spontanen, unwillkürlichen, dezentralen Weise über die Bevölkerung“. Sie produziert „gleichartige Sozialpraktiken, die zwar ebenfalls Machtbeziehungen implizieren, aber keine explizit von oben verfügten“. Diffuse Macht beruht „nicht auf Anweisung und Gehorsam, sondern

auf einem Einverständnis, dass diese Praktiken natürlich oder moralisch oder im augenscheinlichen Gesamtinteresse begründet sind“ (Mann 1994: 24).

Die Durchsetzung des marktzentrierten Herrschaftstyps vollzieht sich in einem vielschichtigen Prozess ohne homogenes strategisches Subjekt. Wie die Restrukturierungen im ökonomischen und politischen Feld verlaufen und aufeinander einwirken, ist bislang noch kaum erforscht worden. Dies kann im übrigen auch nur im Rahmen einer breit angelegten Forschungsstrategie geschehen, die Veränderungen in Teilbereichen empirisch ausleuchtet.

Belegt ist bislang nur, dass sich die Wechselwirkungen zwischen und innerhalb der Felder nicht im Sinne einfacher Kausalbeziehungen deuten lassen. Möglicherweise ist die Frage nach der Durchsetzung transnationaler Produktions- und Tauschnormen ein erfolversprechender Weg, um hier ein wenig Licht ins Dunkel zu bringen. Das Konzept transnationaler Produktionsnormen weitet die Analyse über das Produktionsmodell hinaus auf das weltwirtschaftliche Zusammenspiel von Ökonomie und Politik aus. Hegemoniale Produktions- und Tauschnormen (Aglietta 1979) beziehen über das Produktionsmodell hinaus den Weltmarkt, die Struktur internationaler Arbeitsteilung und das darauf bezogene Staatensystem ein. Transnationale Produktionsnormen sind keine völlig neue Erscheinung, sie existierten auch in früheren Stadien kapitalistischer Entwicklung. Anders als in der Ära des expandierenden Fordismus vollzieht sich die Etablierung und Ausbreitung einer hegemonialen Produktionsnorm gegenwärtig als ein Prozess, der alle weltmarktorientierten Ökonomien annähernd gleichzeitig erfasst.

Wichtig ist dabei für uns, dass sich das Konzept der transnationalen Produktionsnormen an den von uns vorgeschlagenen Machtbegriff anschließen lässt.

Die diffuse Macht des Marktes

Die diffuse Macht des Marktes zwingt die Akteure auf allen Handlungsebenen zur Reduktion von Komplexität. Das geschieht über die Kreation, Durchsetzung und Verbreitung von Leitbildern, von Deutungsmustern und Handlungsschemata, die Handlungskorridore definieren. Ganz im Sinne von Michal Manns (1994: 46) Definition ideologischer

Macht kann das Wissen um vielschichtige Prozesse wie den der weltwirtschaftlichen Restrukturierung niemals „umfassend an der Praxis überprüft und bestätigt werden“. Darin wurzelt die Überzeugungskraft eines ideologischen Globalis-

mus (Krugmann 1999: 27) und seiner Produktivitätsmythen, welche die Ungewissheiten und Unwägbarkeiten des internationalen Restrukturierungswettlaufs in Plädoyers für marktkonforme Praktiken umzumünzen in der Lage sind. Gleich, was passiert, die Anhänger der Marktorthodoxie wissen immer schon, was zu tun ist. Ihre Lösung für jedes beliebige Problem lautet: ‚Mehr Markt!‘ So lange es noch Regeln gibt, die die Marktkräfte begrenzen, findet diese Orthodoxie ein Objekt der Kritik. Zu Recht hat Pierre Bourdieu (1998) den Marktradikalismus mit einer Theodizee, einem Glaubenssystem, verglichen, dessen fraglose Hinnahme die Hand-

lungsweisen wichtiger gesellschaftlicher Akteure bestimmt. Die Verankerung dieses Glaubenssystems in den Gremien, Institutionen und Politikarenen eines international verflochtenen Metropolenkapitalismus lässt sich als *Normierung* gesellschaftlicher Praxis begreifen.

Die transnationale Durchsetzung und Institutionalisierung marktkompatibler Produktionsnormen wollen wir in einer vorläufigen Arbeitsdefinition als *nachfordistisches* oder *flexibles Marktregime* bezeichnen. Der Begriff des Marktregimes soll die Aufmerksamkeit auf die Herrschafts- und Kontrolldimension ökonomisch-industrieller Restrukturierung lenken. Die Kategorie des Marktregimes ist enger als die des Produktionsmodells, weil sie nicht an konkrete Aussagen über das erreichte Niveau industrieller Restrukturierung gebunden ist. Zugleich weist sie über das Produktionsmodell hinaus, weil sie auf unterschiedlichen Ebenen den Zusammenhang von Produktionsmodell, Akkumulationsregime und gesellschaftlicher Regulationsweise thematisiert. Anders gesagt: Mit der Verankerung marktkompatibler Produktions- und Tauschnormen an den Schnittstellen von ökonomischem und politischem Feld verändern sich zugleich die Regeln, nach denen das „game of profit making“ (Rugrook/van Tulder 1995) gespielt wird. Marktzentrierte Herrschaft und Kontrolle bedeutet regelverändernde Politik innerhalb wie auch an den Grenzen des ökonomischen Feldes.

Mit den Machtverhältnissen und den Formen kultureller Hegemonie verändert sich zugleich das Koordinatensystem der Arbeitspolitik. „Die erste Koordinate bezeichnet das veränderte Kräfteverhältnisse der Klassen. Die zweite Koordinate betrifft das neue Wesen der technischen Ausstattung und die dritte Koordinate ist die Absage an alle politischen Alternativen, das Ende der langen Epoche revolutionärer Mythen und Anfechtungen der bürgerlichen Gesellschaft, von denen sich gesellschaftliche Veränderungen nährten.“ (Clark 2000: 88, Übersetzung spw).

2. Ein Produktionsmodell, viele Produktionsmodelle?

Was die im Begriff des Marktregimes vorgenommene Betonung der Herrschafts- und Kontrolldimension industrieller Restrukturierung zu leisten imstande ist, lässt sich in Auseinandersetzung mit einer neueren, regulationstheoretisch inspirierten Studie von Boyer und Freyssenet (2003) zeigen. Boyer/Freyssenet entfalten ihre Argumentation in expliziter Abgrenzung zu Vorstellungen eines one best way industrieller Restrukturierung, wie ihn das Leitbild ‚Lean Production‘ Anfang der 1990er Jahre zu verkörpern beanspruchte. Den beiden Autoren gelingt es durchaus überzeugend, die Einwirkung von Konjunkturen und Kräfteverhältnissen in der Weltwirtschaft auf das Rationalisierungsleit-

Die Durchsetzung des marktzentrierten Herrschaftstyps vollzieht sich in einem vielschichtigen Prozess ohne homogenes strategisches Subjekt.

bild zu illustrieren. So bezog die ‚Lean Production‘ ihre Wirkungsmacht wesentlich aus der Exportoffensive japanischer Automobilhersteller in den 1980er Jahren. Ihre Rezeption in Europa begann freilich zu einem Zeitpunkt, als die sozioökonomischen Voraussetzungen dieser Offensive in Japan bereits zu schwinden begannen. Ähnlich verhält es sich mit dem auf Globalisierung und Finanzialisierung fußenden „angelsächsischen Modell“ (ebd.; S. 140 ff.). Seine Rezeption und Verbreitung setzte zu einem Zeitpunkt ein, als die amerikanische Wachstumsdekade ihren Zenit bereits überschritten hatte.

Die Vorstellung eines one best way industrieller Restrukturierung wird von Boyer/Freyssenet nun in doppelter Weise attackiert. Zunächst relativieren die beiden Autoren den historischen Ausgangspunkt der Argumentation. Die Periodisierung der Industriegeschichte als Abfolge homogener Produktionsmodelle (Craft Production, Taylorismus-Fordismus, Postfordismus) lasse sich nicht aufrecht erhalten. Es gebe keine nationalen Produktionsmodelle. Statt dessen müsse in jeder Phase von der Existenz konkurrierender Produktionsmodelle (in der japanischen Automobilindustrie z.B. Toyotismus und Hondaismus) ausgegangen werden. Das zweite Argument lautet, die Vielfalt der Produktionsmodelle werde durch die Globalisierung der Automobilindustrie nicht aufgehoben. International agierende Konzerne seien noch immer zur Anpassung ihrer Produktionsmodelle an national-spezifische Kontexte gezwungen. Die Abhängigkeit vom einmal eingeschlagenen, institutionell eingetragenen Pfad industrieller Modernisierung bestehe weiter. Allenfalls könne von einer Tendenz zur Ausdifferenzierung und Hybridisierung spezifischer Produktionsmodelle gesprochen werden (ebd.: 142).

Boyer/Freyssenet definieren Produktionsmodelle nun „als unternehmensspezifische Governance-Kompromisse“. Ein Produktionsmodell ermögliche die dauerhafte Umsetzung einer Profitstrategie, wenn diese dem Wachstumsmodus des Landes angepasst sei, in welchem das Unternehmen aktiv werde. Die eingesetzten Mittel (Produktpolitik, Produktionsorganisation, Arbeitsbeziehungen) müssten kohärent und für alle beteiligten Akteure akzeptabel sein (ebd.: 43).

Soweit diese Argumentation der Modellierung von Produktionsmodellen ihre Statik nimmt, ist sie sicherlich ein analytischer Fortschritt. Boyer und Freyssenet nähern sich damit allerdings einer Argumentation an (Abkehr vom one best way industrieller Restrukturierung), wie sie in der deutschen Industriosozologie schon seit langem zum com-

mon sense gehört. Und letztlich bleibt auch die Vorstellung konkurrierender Produktionsmodelle hinter der realen Dynamik betrieblicher Reorganisation zurück, die aus der immanenten Widersprüchlichkeit handlungsleitender Managementkonzepte resultiert. Unser entscheidender Kritikpunkt ist jedoch ein anderer. Fraglich ist, ob die Internationalisierung der Unternehmen die auf einer starken Verknüpfung von Heimatmarkt und Produktionsmodell beruhenden pfadspezifischen Anpassungsmechanismen tatsächlich unangetastet lässt (vgl. Jürgens 2003: 10 f.). Anders gesagt: Hinter der Pluralität konkurrierender Produktionsmodelle droht das „Gemeinsame hinter der Vielfalt“ zu verschwinden. Dass es solche Gemeinsamkeiten gibt, klingt bei Boyer und Freyssenet nur am Rande an. So etwa, wenn sie auf die Tendenz zur Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse eingehen, oder wenn sie von der Renaissance einer Flexibilisierungsstrategie sprechen, die die Deregulierung so weit voran treibe, dass eine „Balkanisierung der Gesellschaft“ die Folge sei.

Veränderungen im institutionellen Korsett unternehmensspezifischer Governance-Kompromisse lassen sich aber nur feststellen, sofern die unternehmensübergreifende Dimensionen solcher Kompromissbildungen berücksichtigt werden. Die Wirkungen betrieblicher Wettbewerbspartnerschaften z.B. lassen sich zureichend nur erfassen, wenn sie im Kontext zunächst des nationalen Systems industrieller Beziehungen untersucht werden. Belässt man es bei einem

Blick, der sich auf die Binnenstruktur unternehmensspezifischer Governance-Kompromisse beschränkt, können die Auswirkungen mikroökonomischer Wettbewerbspakte auf übergreifende Regulationssysteme

und Gewerkschaftspolitiken leicht übersehen werden.

Hält man hingegen an der Kategorie des nationalen Industrie- und Wirtschaftsmodells fest, hat man die Dynamik des neuen Marktregimes noch keineswegs erfasst. Das verdeutlicht eine von Hall und Soskice (2002) vorgelegte Studie. Ihre These lautet, eine erfolgreiche Anpassung veränderte weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen sei auf der

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Grundlage sowohl liberalisierter als auch koordinierter Märkte möglich. Erfolgreich seien Restrukturierungsprozesse immer dann, wenn sie innerhalb jenes institutionellen Rahmens verblieben, der die nationale Spezifik des jeweiligen Modernisierungspfades ausmache.

Gegen diese Position lässt sich einwenden, dass sie die Fähigkeit dominanter (was nicht unbedingt heißt: hegemonialer) Mächte unterschätzt, inter- und transnationale Institutionen für eigene Interessen zu instrumentalisieren und sie für den Export des eigenen Kapitalismusmodells zu nutzen. Wie Boyer und Freyssenet, so unterschätzen auch Hall und Soskice letztlich die Macht- und Herrschaftsdimension des neuen Marktregimes.

Diese Dimension ins Blickfeld gerückt zu haben, ist ein Verdienst neuerer Ansätze der Internationalen Politischen Ökonomie. (Vgl. z.B. Strange 1994, Stopford/Strange 1995, Strange 1997.) Verschiedene Autoren haben gezeigt, dass die Stabilisierung neuer weltwirtschaftlicher Entwicklungsmuster sich nicht mehr primär nationalstaatlich, sondern vorrangig über eine Internationalisierung des Staates vollzieht. Dieser Internationalisierungsprozess geht mit einer tiefen Krise sozialstaatlicher Institutionen einher. Den Nationalstaaten fällt eine aktive Rolle bei der Durchsetzung marktcompatibler Produktions- und Tauschnormen zu. „States against Markets“ (Boyer/Drache 1996) ist daher eine Formel mit beschränktem Realitätsgehalt. Die Re-Kommodifizierung von Arbeitskraft, wie sie sich in allen Metropolenkapitalismen abzeichnet, ist immer auch ein Resultat staatlicher Politik. Dies zu behaupten, bedeutet nicht, eine gleichmacherischen Wirkung intensiver Marktvergesellschaftung zu unterstellen. Noch immer drückt die Schwerkraft habitualisierter Verhaltensweisen und etablierter Institutionen ökonomischen Aktivitäten ihren Stempel auf. Doch jenseits der institutionellen „Filter“ wirken gleichgerichtete ökonomische und politische Kräfte.

Halten wir fest: Das von uns so bezeichnete neue Marktregime mündet nicht zwangs-

läufig in ein nachfordistisches Wachstumsmodell. Seine – auch vorhandenen – produktiven mikroökonomischen Kräfte können aufgrund schwacher Regulationen makroökonomisch destabilisierend und krisenhaft wirken. Das Marktregime begründet jedoch eine dynamische Herrschaftsordnung, die bislang in der Lage war, die zahlreichen Krisen- und Konfliktherde einigermaßen zu entschärfen. Aus diesem Grund halten wir den Regimebegriff, der eine Versteigung sozialer Praktiken ausdrückt, für angemessen.

3. Das Terrain der Arbeitspolitik neu vermessen

Diese Argumentation muss zwangsläufig Einwände provozieren: Ist sie nicht allzu hermetisch? Lässt sie überhaupt noch Raum für arbeitspolitische Alternativen? Unsere Antwort lautet: Erst die analytische Durchdringung des Marktregimes schärft den Blick für Handlungsspielräume. Dass intensivierte Marktvergesellschaftung die Handlungskorridore verengt hat, innerhalb derer sich arbeitspolitische Entscheidungen bewegen, ist zunächst nur eine analytische Feststellung. Der Einschätzung, dass sich die Restrukturierung auf der Grundlage einer „politischen Niederlage der organisierten Arbeiterbewegung in den wichtigsten kapitalistischen Ländern und der Hinnahme einer gemeinsamen wirtschaftlichen Disziplin durch die Länder des OECD-Raumes“ (Castells 2001: 20) vollzogen hat, wird man schwerlich widersprechen können. Es ist jedoch noch nicht entschieden, wohin die Reise geht. So ließe sich das nachfordistische Marktregime weiter radikalisieren. Dass die kooperationswilligen deutschen Gewerkschaften nun als „Kartell der Neinsager“ (Focus 12/2003: 31 ff.) attackiert werden, dem die konservative Presse lauthals einen „Winter der Unzufriedenheit“ wünscht, um das „Ende des deutschen Korporatismus“ (FAZ, 6. März 2003) zu besiegeln, spricht für die Relevanz einer solchen politischen Option.

Die Grenzen arbeitspolitischer Handlungskorridore lassen sich jedoch auch in die entgegengesetzte Richtung verschieben.

Bereits der Nachweis institutioneller Vielfalt im globalen Kapitalismus signalisiert Handlungsspielräume. In seinen arbeitspolitischen Konsequenzen bleibt er aber defensiv, weil Alternativen letztlich nur als modifizierte Fortsetzung des rheinischen Kapitalismus und seiner Institutionen gedacht werden können. Nach unserer Auffassung unterschätzen entsprechende Szenarien die Veränderungsdynamik des „flexiblen Kapitalismus“. Offensive Strategien kommen nicht umhin, das Terrain der Arbeitspolitik neu zu vermessen. Es ist nicht unsere Aufgabe, ausgefeilte arbeitspolitische Programmatiken zu entwerfen. Wir können jedoch einige Felder skizzieren, auf denen sich eine zeitgemäße Arbeitspolitik zu bewähren hat.

Ein zentrales Handlungsfeld ist die veränderte Arbeitslandschaft. Hier wird es künftig darum gehen, wieder Regeln durchzusetzen, die die destruktiven Wirkungen des Marktregimes begrenzen. Während der zurückliegenden Jahre haben Interessenvertretungen und Gewerkschaften den Umbau des Produktionsmodells eher erlitten als aktiv beeinflusst. Programmatisch orientierten sich die deutschen Gewerkschaften seit Mitte der 80er Jahre an den Fortschrittsversprechen nachtayloristischer Produktionskonzepte (Kern/Schumann 1984). Diese Versprechen haben sich nicht erfüllt. Die eigentliche Herausforderung ist jedoch eine andere. Obwohl es monotone Teilarbeiten nach wie vor in großem Umfang gibt, lässt sich eine zeitgemäße Arbeitspolitik auf klassische Taylorismuskritik nicht mehr gründen. Für einen Großteil derer, die noch immer von abhängiger Arbeit leben – seien es Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen, seien es die vielbeschworenen „modernen Wissensarbeiter“ mit individualisierten Arbeitsverträgen – besitzt diese Kritik kaum noch praktische Relevanz.

Daher stellt sich die Schlüsselfrage nach den Kriterien für „gute Arbeit“ neu.

In diesem Zusammenhang müssen wir erkennen, dass die Managementseite einen Gutteil der – wie Luc Boltanski und Eve Chiapello (1999) es nennen – „künstlerischen“ Kritik am Kapitalismus erfolgreich adaptiert hat. Arbeitspolitische Erneuerung bedeutet daher, zunächst

ein Kampf um Begriffe zu führen. Kategorien wie Autonomie, Selbstverantwortung und Partizipation, die ihres emanzipatorischen Gehalts beraubt sind, gilt es mit neuen Inhalten zu füllen. Eine kritische Reformulierung dieser Begriffe wird die gesamte Vielfalt flexibler Arbeitsformen in den Blick nehmen müssen. Prekarisierungstendenzen, ungebremste Biegsamkeit gegenüber dem Markt, Leistungsintensivierung und psychosoziale Belastungen, das Zerstören von Routinen, der Zwang zu permanenter Reorganisation und die Kollonisierung des Privatlebens durch die Anforderungen marktcompatibler Erwerbsarbeit können zum Ausgangspunkt einer Kritik der nachfordistischen Arbeitswelt werden. Gut möglich, dass diese Kritik in Konflikte um eine Humanisierung der Arbeitswelt mündet (Pickshaus/Urban 2002), die nun an den Ambivalenzen flexibelmarktgetriebener Produktion ansetzt.

Der Verlauf solcher Konflikte wird davon abhängen, ob es Interessenvertretungen und

Gewerkschaften gelingt, die besonderen Subjektivitäten anzusprechen, die das nachfordistische Marktregime hervorgebracht hat. Im Unterschied zu vielen Positionen, die in der Debatte um die „Subjektivierung der Arbeit“ (vgl. z.B. :

Baethge 1999, Moldaschl/Voß 2002, Faust u.a. 2000, Pongratz 2002.) geäußert werden, akzentuieren wir allerdings den äußeren Zwang, dessen Internalisierung marktcompatible Subjektivitäten hervorbringt. Schon wegen der destruktiven Wirkungen des Marktregimes – Verschärfung von Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, Überausbeutung und Unterforderung – geht die soziale Bindekraft lohnabhängiger Erwerbsarbeit auch in der noch immer relativ geschützten „Zone der Integration“ verloren. Wir bezweifeln daher, dass der „Arbeitskraftunternehmer“ oder die „abhängig Selbständigen“ zwangsläufig die Zukunft der Arbeitsgesellschaft oder gar eine „höhere Stufe der Produktivkraftentwicklung“ verkörpern. Nach unserer Auffassung muss es darum gehen, der fortschreitenden Rekommodifizierung von Arbeitskraft neue Grenzen zu setzen. Allerdings – und das ist der innovative Moment der Debatte um nachfordistische Subjektivitäten – benötigt eine Politik der Regelsetzung eine libertäre Ausrichtung. Sie darf das Freiheitsversprechen marktzentrierter Managementkonzepte nicht ignorieren. Statt dessen sollte sie versuchen, positiv an solche Versprechen anzuknüpfen, um so die widerständigen Momente postfordistischer Subjektivität zu stärken (Hirsch 2001: 270 ff.). Nicht die bloße Abwehr von Marktflexibilität, sondern positive, auf die Mehrung von Le-

Kategorien wie Autonomie, Selbstverantwortung und Partizipation, die ihres emanzipatorischen Gehalts beraubt sind, gilt es mit neuen Inhalten zu füllen.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Schwerpunkte 2003

Januar/Februar 2003	Identität und Politik	Heft 129
März/April 2003	Berufsorientierung	Heft 130
Mai/Juni 2003	Moderner Sozialstaat	Heft 131
Juli/August 2003	140 Jahre SPD, Linke was nun?	Heft 132
September/Oktober 2003	Gerechtigkeit	Heft 133
November/Dezember 2003	25 Jahre spw	Heft 134

Nach AutorInnen:

Alvaro, Comin	„Lula wird gegen die Vorgaben der USA kämpfen“ (Interview)	134/34
Annen, Niels /Scholz, Rüdiger	Wann wir schreiten Seit' an Seit'	134/5
Annen, Niels/Böhning, Björn	Gerechtigkeit im Generationswechsel	133/26
Annen, Niels	„Hamburger Erklärung“	129/12
Bäcker, Gerhard	Sozialabbau im Namen der „Generationengerechtigkeit“?	133/35
Bahr, Egon	Zum Tod von Dieter Lutz	129/11
Band, Matthias/Frank, Werner	Unternehmensgeschichte und die Probleme von heute	129/48
Banscherus, Ulf/Böhning Björn/ Breuer, Tanja	Einleitung zum Schwerpunkt	130/19
Banscherus, Ulf/Böhning Björn/ Gombert, Tobias	Berufsorientierung und sozialer Umbau als sozialistisches Reformkonzept	130/35
Benzenberg, Ingo	Berufliche Weiterbildung als Förderinstrument für Regional-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik	130/38
Böhning B./ Herter M./ Lenz B./ Spiegel, A./Walter C	Politik der nächsten Generation (Teil 1)	130/54
Böhning B./ Herter M./ Lenz B./ Spiegel, A./Walter C	Einige Überlegungen zum Verhältnis von Sozialdemokratie und junger Generation	130/54
Böhning, Björn/ Welti Felix	Politik der nächsten Generation (Teil 2 und Schluss)	131/55
Bontrup, Heinz-J.	Sinnloser Sozialabbau	130/10
Bontrup, Heinz-J.	Mitbestimmung – eine polit-ökonomische Begründung	129/44
Bräunlein, Peter	Zur Anatomie des Krieges	132/45
Breuer, Tanja	Rezension: Namibia (Rez.)	134/58
Bülow, Marco	Berufsausbildung und -orientierung im internationalen Vergleich	130/27
Bülow, Marco	Die Energiewende als nachhaltigstes Projekt dieses Jahrhunderts	130/17
Burmeister, Kai	Vormarsch der Sonnenenergie fortsetzen	134/12
Burmeister, Kai	Positive Effekte durch Kinderbetreuung	131/35
Burmeister, K./Böhning, B./ Nahles, A./Welti F.	Gesundheitspolitik für Versicherte, Patienten und Beschäftigte (Rez.)	131/59
Burmeister, Kai	Sozialstaat im Streit – Einleitung zum Schwerpunkt	131/14
Burmeister, K./Böhning, B./Gombert, T.	Vietnam – Marktwirtschaft mit sozialistischer Prägung?	134/38
Butterwegge, Christoph	Die Agenda unserer Generation: Frieden. Leben. Solidarität.	132/10
Caglar, Gazi	Krise, Umbau und Zukunft des Sozialstaates	132/54
Cavalli, Franco	Migration und „Kultur“	129/50
Chawla, Tanja / Schui, Herbert	Der Linkskurs der SPS und die Wahlen 2003	129/42
Dietzl, Horst/Woop, Gerry	SPD-Wirtschaftsprogrammatik nach 1945	132/25
Dokumentation	Programmatische Erneuerung bei der PDS .	134/48
Dörre, Klaus	Erklärungen von SPD-Abgeordneten zum „Gesundheitskonsens“	133//4
Ehrmann, Christoph	Statement zur Jubiläumsfeier	134/19
Eith, Ulrich	Bildungsfinanzierung und Bildungsgerechtigkeit	130/31
Erlor, Gernot	Zwischen Tradition, Modernisierung und Hoffnung	129/22
Ernst-Dieter Rossmann	Die Linke und der Irakkonflikt	129/12
Franz, Ulf-Birger	Bildung, Forschung, Innovation – „Guter Geist“ der Agenda 2010?	134/7
Göll, Edgar	Der Sozialstaat unter dem „demographischen Fallbeil“?	131/23
Göll, Edgar	„McWar“ – US-Imperium made by BU\$H	130/40
Grönebaum, Stefan	„Schuld ist immer das Opfer.“ – Zur Lage in Kuba	134/39
Grumbach, Gernot	Die Genossen, das Geld und die Gemeinden	133/53
Guggemos, Michael	Neue Zeiten denken – die Tagung der SPD Hessen-Süd	133//6
Hall, Anja	Statement zur Jubiläumsfeier	134/20
Hamburger Erklärung	Qualifikationsentwicklung in einer sich wandelnden Arbeitswelt	130/20
Hegele, Dorothea	Gemeinsame Erklärung von Sozialdemokraten und Grünen gegen den Irak-Krieg	129/13
Heimann, Horst	Förderprogramme auf dem Prüfstand	131/8
Heimann, Horst	Nicht alle Wege des Marxismus führten nach Moskau	131/51
Heise, Arne	Die Linke muss die Welt auch interpretieren!	133/51
Hindersmann, N./Lindner, O.Klant, T./ Vollmer, S./Wagner, J/Wieduwilt, S.-B.	Das sozialdemokratische „Markenprofil“ schärfen	130/4
Hoff, Benjamin Immanuel	Die WTO-Verhandlungen in der Doha-Runde	133/39
Höpken, Bernd	PDS – ohne Politikwechsel keine Zukunft	132/36
Jeschke, Lars	Politik für Menschen.	132/12
Karasch, Jürgen	attac – Der Ratschlag	130/14
Kebir, Sabine	Hartz – Gewinner und Verlierer	130/12
Kinds Müller, Werner	Statement zur Jubiläumsfeier	134/24
Kinds Müller, Werner	Was heißt soziale Gerechtigkeit heute?	131/37
Klages, Sönke	Europa nach dem Konvent	132/47
	Was will die SPD heute unter Sozialer Gerechtigkeit verstehen?	133/22

Klatt, Martin	Neue Wege der Sozialdemokratie (Rez.)	129/57
Klundt Michael	Der Umbau des Sozialstaates und seine Auswirkungen auf Jugendliche	131/32
Klundt, Michael	(Kinder-)Armut und Generationen-Debatten	129/28
Klundt, Michael	Armut und Reichtum (Rez.:	133/57
Koch, Max	Von den Nachbarn lernen? Deregulierung und Re-Regulierung in den Niederlanden und Großbritannien	131/ 19
Köster, Dietmar	Düsseldorfer Theater um die Koalitionskrise in NRW	132/4
Kühn-Mengel, Helga	Präimplantationsdiagnostik: gesunde Kinder auf Bestellung	130/13
Laberenz, Lennart	Kritik der reinen Oberfläche (Rez.:	133/58
Lange, Andreas	Die Lebensführung Jugendlicher und ihre beruflichen Perspektiven in einer Bildungs- und Wissensgesellschaft	130/23
Larcher, Detlev von	Statement zur Jubiläumsfeier	134/25
Larcher, Detlev von	Euro-Spot	129/10
Lingemann, Dietmar	Die Resultate der Agenda-Debatte der Bündnisgrünen .	132/40
Meier Jürgen	Vom Sozialismus in die Reformfalle?	131/44
Meyer Christoph	Vaterlandslose Gesellen?	131/47
Michael Müller	Die Herausforderungen annehmen – neuen Fortschritt gestalten	134/9
Möbbeck, Susi	Statement zur Jubiläumsfeier	134/32
Müller, Michael	Grand Hotel am Abgrund – die SPD-Linke ist zur Gestaltung verdammt	132/29
Mützenich, Rolf	Irak Konflikt und US-Strategie	130/44
Mützenich, Rolf	Deutsche Truppen in den Kongo	132/50
Nahles, Andrea	Für eine ökologisch und sozial nachhaltige Wachstumspolitik	129/4
Nahles, Andrea	Gerhard Schröder und der Herrscher der Molosser: Pyrrhus	130/6
Nahles Andrea	SPD-Linke einigt sich auf Änderungsanträge zum SPD-Sonderparteitag	131/4
Nahles Andrea/Schuster Joachim	Von der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung	131/40
Nahles, Andrea	Erfolg mit begrenzter Haltbarkeit? .	134/4
Nahles, Andrea	Statement zur Jubiläumsfeier	134/32
Nietan, Dietmar	Hohmann ist kein Einzelfall	134/11
Olczyk, Hans-Joachim	Die Deutschland AG (Rez.)	129/59
Olczyk, Hans-Joachim	Schiffbau ist noch mehr als Schiffe bauen	133//9
Opielka, Michael	Der Gesundheits"konsens"	133/29
Parlamentarischen Linke	Anpassen oder Gestalten	129/6
Peter, Horst	kurzum	130/2
Peter, Horst	Warum ich es ablehne, Kranke für den Arztbesuch eine Gebühr entrichten zu lassen.	131/ 10
Peter, Horst	Kurzum	132/2
Peter, Horst/Rünker Reinhold	Gerechtigkeit – Einleitung zum Schwerpunkt	133/11
Peter, Horst	kurzum	134/2
Peter, Horst	Einleitung	134/13
Peter, Horst	Statement zur Jubiläumsfeier	134/31
Peter, Horst/Sprafke Norbert	Aspekte der Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen	130/9
Petersen, Thieß	Privates versus gemeinschaftliches Eigentum	130/50
Petersen, Thieß	Unterkonsumtion, Überakkumulation und die Reform der sozialen Sicherungssysteme	134/54
Pfeiffer Hermannus	Riester Rente: Reklame-Rummel	131/27
Pickshaus, Klaus	Gesundheitsreform muss am Arbeitsplatz beginnen .	132/13
Pignerol, Bernard	Das Dilemma der französischen Linken	132/44
Pronold, Florian	Das Mitgliederbegehren: „Wir sind die Partei“	131/6
Putz Friedrich	Arbeitslosengeld II – Sozialhilfeniveau oder noch tiefer?	131/41
Putz, Friedrich	Hartz IV – des Kaisers neue Kleider für Arbeitslose? .	134/51
Reiner, Sabine	Steuern auf Zinserträge – hat der Fiskus etwas zu verschenken?	130/48
Rentzsch, Christian	Linksrutsch in der französischen sozialistischen Partei!	132/42
Reuter, Judith	Rückwärts mit A-Gender 2010? Sozialstaat und Geschlechterverhältnis	131/22
Röspel, René	Keine EU-Gelder für verbrauchende Embryonenforschung	134/10
Rossmann, Ernst-Dieter	Drei lange Linien für eine Bildungspolitik von links	129/9
Rünker, Reinhold	spw-intern	129/56
Rünker, Reinhold	Alltägliche Lebensführung und Politik	129/39
Rünker, Reinhold	spw-intern	130/59
Rünker, Reinhold	Die Agenda 2010-Debatte: Disziplin frisst Seelen auf.	131/7
Rünker, Reinhold	spw intern	131/58
Rünker, Reinhold/Nahles, Andrea/		
Peter, Horst	Zum Standort der sozialistischen Linken in der SPD .	132/17
Rünker, Reinhold	spw-inten .	134/59
Sachs, Marcel	Die Vermarktlichung der deutschen Gesundheitsversorgung	133/48
Schäfer-Gümbel, Thorsten	Hessen-SPD: Zwischen Zusammenbruch und Neuanfang.	132/6
Schauff, Frank	Das Kosovo-Dilemma (Rez.)	132/57
Scheer, Hermann	Die Wirtschaftsfelder der Zukunft	129/52
Scheer, Hermann/Erlar, G./ Müller, M.	Initiative für ein ökologisches Zukunfts-Investitionsprogramm	129/5
Schicha, Christian	Mediendiskurse und Politik	129/25
Schmucker Rolf	Regimewechsel im Gesundheitswesen	131/29
Scholle, Thilo	Global Action for Peace – IUSY-Festival 2003	133/44
Scholle, Thilo	Lebensgeschichten türkischer MigrantInnen in der BRD (Rez.)	134/59
Scholz, Olaf	Umverteilen – aber was?	133/19
Scholz, Olaf	Was will die SPD heute?	134/26
Schön, Sabine	Lebensformen zwischen Tradition und Utopie (Rez.)	132/59
Schratzenstaller Margit	Die Finanzierung des Sozialstaats: Wer bezahlt die Rechnung?	131/16
Schuster, Joachim	Große Koalition als Dauerbündnis	132/8
Skarpelis-Sperk, Sigrid	Herausforderungen für die Ökonomie im 21. Jahrhundert	134/15

Skarpelis-Sperk, Sigrid	Nach Cancun ist vor Honkong	134/41
SPE-Fraktion	EUROSPOT: Perspektiven für ein soziales Europa	134/8
Stettler, Wolf/Zimmermann, Adrian	Die Schweiz sagt Nein zum „freien Strommarkt“	130/45
Struck, Olaf	Die Gerechtigkeitsdebatte in der SPD – ein Überblick	133/13
Tausend, Claudia/Mattes, Ralf	Bayern-SPD – Abschied von der Volkspartei?	133/7
Verein „Soziale Republik Europa“	Völker Europas, Völker der Welt verhindert den Krieg gegen den Irak!	129/10
Vester, Michael	Schieflagen sozialer Gerechtigkeit	129/14
Vester, Michael	Die Vertrauenskrise der Sozialdemokratie	132/32
Vilmar, Fritz	Keine Friedhofsruhe in der DDR (Rez.)	132/58
Vogel, Hans-Jochen	SPD 1863 – 1933: Emanzipation, Demokratie und Diktatur (Interview mit	134/44
Voß, Günter G.	Systemveränderer ganz ohne Ziel zuhause	131/11
Wagner, Jan/Walter, Cornelia/ Klecha, Stephan	Jugendwahn in Niedersachsen	132/7
Weeber, Joachim	Alterssicherung: Herausforderungen und Lösungen .	132/51
Weihrich, Margit	Warum wählen wir?	129/36
Welskopp, Thomas	Theorieverständnis und Politik im ersten Jahrhundert der Sozialdemokratie	132/21
Welti, Felix	Gesundheitspolitik am Tiefpunkt	132/15
Wendl, Michael	Balanceakt – Der Tarifkompromiss im öffentlichen Dienst	129/8
Westphal, Thomas	kurzum	129/2
Westphal, Thomas .	Kurzum	130/2
Westphal, Thomas	kurzum	133/2
Wiele, Björn	Schill Out!	133/10
Wiese, Inken	Der palästinensische „Dritte Weg“	133/46
Willert, Michaela	Geschlechtergerechtigkeit – Von Leitbildern zu Leidbildern?	133/31
Wolfgang Zellner	Friedensmacht Europa – gibt es eine geopolitische Alternative zur US-Hegemonie?	134/21
Woski-Prenger, Friedrich	Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf, Globalisierung der Unsicherheit (Rez.)	130/58
Zachert, Ulrich	Mehr Beschäftigung durch weniger Kündigungsschutz?	130/16
Zander Ingo	Bob Woodward, Bush at War – Amerika im Krieg (Rez.)	130/58
Zander, Ingo	Nach dem Fortschritt (Rez.):	133/56
Zauner Margrit	Die Entsorgung der Frauenpolitik	131/13
Zimmermann, Burkhard	DL21-Jahresagung: Zwischen Bedeutungszuwachs und Krötenschlucken	133/4

Nach Rubriken

DL21-Beiträge

Annen: 129/12; Annen: 134/5; Bahr: 129/11; Björn Wiele: 10; Böhning: 130/10; Bülow: 130/17; Bülow: 134/12; Burmeister/Böhning/Gombert: 132/10; Detlev von Larcher: 129/10; Erler: 129/12; Grumbach: 133/6; Hamburger Erklärung: 129/13; Hegele: 131/8; Höpken: 132/12; Jeschke: 130/14; Karasch: 1130/2; Köster: 132/4; Kühn-Mengel: 130/13; Müller: 134/9; Nahles: 131/4; Nahles: 129/4; Nahles: 134/4; Nietan: 134/11; Olczyk: 133/9; Parlamentarischen Linke: 129/6; Peter: 131/10; Pickshaus: 132/13; Pronold: 131/6; Röspel: 134/10; Rossmann: 129/9; Rossmann: 134/7; Rünker: 131/7; Schäfer-Gümbel: 132/6; Scheer/ Erler/ Müller: 129/5; Schuster: 132/8; SPE-Fraktion: 134/8; Tausend/Mattes: 133/7; Verein „Soziale Republik Europa“: 129/10; Voß: 131/11; Wagner/Klecha/Walter: 132/7; Welti: 132/15; Wendl: 129/8; Zachert: 130/16; Zauner: 131/13; Zimmermann: 133/4;

Internationale Politik

Bontrup: 132/45; Comin: 134/34; Göll: 130/40; Göll: 134/39; Hindersmann/Klant/Vollmer/Wagner/Wieduwilt: 133/39; Kai Burmeister: 134/38; Kindsmüller: 132/47; Mützenich: 130/44; Mützenich: 132/50; Pignero: 132/44; Rentzsch: 132/42; Scholle: 133/44; Skarpelis-Sperk: 134/41; Stettler/ Zimmermann: 130/45; Wiese: 133/46;

Schwerpunktbeträge:

Annen/Böhning: 133/26; Bäcker: 133/35; Banscheraus/ Gombert/Böhning: 130/35; Banscheraus/Böhning/Breuer: 130/19; Benzenberg: 130/38; Breuer: 130/27; Burmeister: 131/35; Burmeister/Böhning/Nahles/Welti: 131/14; Chawla/Schui: 132/25; Dörre: 134/19; Ehrmann: 130/31; Eith: 129/22; Franz: 131/23; Guggemos: 134/20; Hall: 130/20; Hoff: 132/36; Kebir: 134/24; Kindsmüller: 131/37; Klages: 133/22; Klundt: 131/32; Klundt: 129/28; Koch: 131/19; Lange: 130/23; Larcher: 134/25; Lingemann: 132/40; Möbbeck: 134/32; Müller: 132/29; Nahles /Schuster: 131/40; Nahles: 134/32; Opielka: 133/29; Peter: 134/31; Peter: 13; Peter: 133/11; Pfeiffer: 131/27; Putz: 131/41; Reuter: 131/22; Rünker/Peter/Nahles: 132/17; Rünker: 129/39; Schicha: 129/25; Schmucker: 131/29; Scholz: 133/19; Scholz: 134/26; Schratzenstaller: 131/16; Skarpelis-Sperk: 134/15; Struck: 133/13; Vester: 129/14; Vester: 132/32; Weihrich: 129/36; Welskopp: 132/21; Willert: 133/31; Zellner: 134/21;

Theorie & Strategie

Band/ Frank: 129/48; Böhning /Herter/Lenz/Spiegel/ Walter/ 130/54; Böhning /Herter/Lenz/Spiegel/Walter 131/55; Bontrup: 129/44; Butterwegge: 132/54; Caglar: 129/50; Cavalli: 129/42; Dietzl: 134/48; Grönebaum: 133/53; Heimann: 131/51; Heimann: 133/51; Meier: 131/44; Meyer: 131/47; Petersen: 130/50; Petersen: 134/54; Putz: 134/51; Reiner: 130/48; Sachs: 133/48; Scheer: 129/52; Vogel: 134/44; Weeber: 132/51;

Sachregister

Arbeitsmarkt-, Beschäftigungspolitik/Zukunft der Arbeit

Dörre: 134/19; Guggemos: 134/20; Karasch: 1130/2; Koch: 131/19; Nahles /Schuster: 131/40; Pickshaus: 132/13; Putz: 131/41; Putz: 134/51; Zachert: 130/16;

Bildung, Wissenschaft & Forschung

Banscheraus/ Gombert/Böhning: 130/35; Banscheraus/Böhning/Breuer: 130/19; Benzenberg: 130/38; Breuer: 130/27; Ehrmann: 130/31; Hall: 130/20; Kühn-Mengel: 130/13; Lange: 130/23; Rossmann: 129/9; Rossmann: 134/7; Scholz: 134/26;

Büsnis 90/Die Grünen

Lingemann: 132/40

Eigentum & Wirtschaftsdemokratie

Band/ Frank: 129/48; Bontrup: 129/44; Petersen: 130/50;

Europapolitik

Larcher: 129/10; Hegele: 131/8; Kindsmüller: 132/47; Larcher: 134/25; „Soziale Republik Europa“: 129/10; SPE-Fraktion: 134/8;

Finanz-, Haushalts-, Steuerpolitik

Grönebaum: 133/53; Reiner: 130/48; Schratzenstaller : 131/ 16;

Friedenspolitik, Außen- und Sicherheitspolitik

Annen: 129/12; Bahr: 129/11; Bontrup: 132/45; Erler: 129/12; Hamburger Erklärung: 129/13; Mützenich: 130/44; Mützenich: 132/50; Zellner: 134/21;

Generationengerechtigkeit

Annen/Böhning: 133/26; Bäcker: 133/35; Franz : 131/23; Pfeiffer: 131/27; Weeber: 132/51;

Gewerkschaften/Tarifpolitik

Bontrup: 129/44; Guggemos: 134/20; Wendl: 129/8; Zachert: 130/16;

Geschichte

Band/ Frank: 129/48; Chawla/Schui: 132/25; Heimann : . 131/51; Meier : 131/44; Nietan: 134/11; Peter: 13; Rünker/Peter/Nahles: 132/17; Vogel: 134/44; Welskopp: . 132/21;

Gerechtigkeitsdiskurs

Annen/Böhning: 133/26; Bäcker: 133/35; Kindsmüller : 131/ 37; Klages : 133/22; Opielka: 133/29; Peter: 133: 11; Scholz : 133/19; Scholz: 134/26; Struck : 133/13; Willert: 133/31;

Geschlechterdiskurs

Reuter : 131/22; Willert: 133/31; Zauner : 131/13;

Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Hindersmann/Klant/Vollmer/Wagner/Wieduwilt/. 133/39; Kebir: 134/24; Skarpelis-Sperk: .134/15; Skarpelis-Sperk: 134/41;

Jusos

Böhning /Herter/Lenz/Spiegel/ Walter/ 130/54; Böhning /Herter/Lenz/Spiegel/Walter: 131/55; Burmeister/Böhning/Gombert: 132/10; Scholle: 133/44;

Kapitalismusanalyse

Dörre : 134/19; Guggemos: 134/20; Skarpelis-Sperk: .134/15;

Klassenentwicklung, -bewusstsein

Bontrup: 129/44; Rünker: 129/39; Vester: 132/32;

Kultur, Medien, Internet

Caglar: 129/50; Schicha: 129/25;

Länderberichte

Burmeister (Vietnam): 134/38; Cavalli (Schweiz): 129/42; Comin: (Brasilien): 134/34; Göll (Kuba): 134/39; Göll (USA): 130/40; Mützenich (Kongo): 132/50; Pignerol (Frankreich): 132/44; Rentzsch (Frankreich): 132/42; Stettler/ Zimmermann (Schweiz): 130/45; Wiese (Palästina): 133/46;

PDS

Dietzl: 134/48; Hoff: 132/36

Politisches System, Parteienentwicklung

Eith: 129/22; Klundt: 129/28; Rünker: 129/39; Schicha: 129/25; Vester: 129/14; Vester: 132/32; Weihrich: 129/36;

Sozialdemokratie (Deutschland, national/regional)

Annen: 134/5; Björn Wiele:(Hamburg) 10; Grumbach: (Hessen-Süd) 133: 6; Heise: 130/4; Köster (NRW) 132/4; Möbbeck: 134/32; Müller: 134/9; Nahles: 131/4; Nahles: 134/32; Nahles: 129/4; Nahles: 130/6; Nahles: 134/4; Parlamentarischen Linke: 129/6; Pronold: 131/6; Rünker: 131/7; Schäfer-Gümbel (Hessen): 132/6; Scheer/ Erler/ Müller: 129/5; Scholz: 134/26; Schuster (Bremen): 132/8; Tausend/Mattes (Bayern): 133: 7; Vogel: 134/44; Voß: 131/11; Wagner/Klecha/Walter (Niedersachsen). 132/7;

Sozialdemokratie, International

Cavalli (Schweiz): 129/42; Pignerol (Frankreich): 132/44; Rentzsch (Frankreich): 132/42;

Soziale Bewegungen

Höpken: 132/12; Jeschke: 130/14; Larcher : 134/25;

Sozialistische Theorie

Heimann :. 131/51; Heimann: 133/51; Meier : 131/44; Meyer : 131/47; Müller: 132/29; Peter: 134/13; Petersen: 130/50; Petersen: 134/54; Rünker/Peter/Nahles: 132/17; Rünker: 129/39; Vogel: 134/44; Welskopp: . 132/21;

Sozialstaatsentwicklung

Böhning: 130/10; Burmeister : 131/35; Burmeister/Böhning/Nahles/Welti: 131/14; Butterwegge: . 132/54; Franz : 131/23; Karasch: 1130/2; Kindsmüller : 131/ 37; Klundt : 131/32; Klundt: 129/28; Koch : 131/ 19; Nahles /Schuster: . 131/40; Opielka: 133/29; Peter : 131/ 10; Peter : 134/31; Petersen: 134/54; Pfeiffer: 131/27; Pickshaus: 132/13; Putz : 131/41; Putz: 134/51; Reuter : 131/22; Rünker : 131/7; Sachs: 133/48; Schmucker : 131/29; Scholz: 134/26; Schratzenstaller : 131/ 16; Vester: 129/14; Weeber: 132/51; Welti: 132/15;

Umwelt & Technik

Bülow: 130/17; Bülow: 134/12; Kühn-Mengel: 130/13; Röspel: 134/10; Scheer: 129/52;

Wirtschaftspolitik

Bontrup: 129/44; Chawla/Schui: 132/25; Hegele :. 131/8; Olczyk: 133: 9; Petersen: 134/54; Scheer: 129/52; Skarpelis-Sperk: .134/15;

Verzeichnis der besprochenen Bücher:

Autor	Titel	besprochen durch	in Heft
Albrecht, Ulrich et. alt.	Das Kosovo-Dilemma	Schauff, Frank	132/57
Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit,	Globalisierung der Unsicherheit (Woski-Prenger, Friedrich	130/58
Birnbaum, Norman	Nach dem Fortschritt (Rez.)	Zander, Ingo	133/56
Frenzel, Martin	Neue Wege der Sozialdemokratie	Klatt, Martin	129/57
Höpner, Martin	Die Deutschland AG	Olczyk, Hans-Joachim	129/59
Melber, Henning (Hrsg.)	Namibia	Bräunlein, Peter	134/58
Notz, Gisela	Lebensformen zwischen Tradition und Utopie	Schön, Sabine	132/59
Paetow, Holger	Gesundheitspolitik für Versicherte, Patienten und Beschäftigte	Burmeister, Kai	131/59
Prokop, Siegfried	Keine Friedhofsruhe in der DDR	Vilmar, Fritz	132/58
Richter, Michael	„gekommen und geblieben“ – Lebensgeschichten türkischer MigrantInnen in der BRD	Scholle, Thilo	134/59
Rügemer, Werner	Armut und Reichtum (Rez.)	Klundt, Michael	133/57
Todd, Emmanuell	Weltmacht USA. Ein Nachruf.	Laberenz, Lennart	133/58
Woodward, Bob	Bush at War – Amerika im Krieg	Zander, Ingo	130/58

bensqualität gerichtete Beweglichkeit hätte der programmatische Focus einer solchen Strategie zu sein. Eine neue Arbeitsverfassung, die Perioden der Erwerbstätigkeit mit Lern-, Qualifizierungs- und Familienphasen verknüpft; eine soziales Sicherungssystem, das „Bastel-Biographien“ einen stabilen Rahmen bietet; eine Demokratisierung der Geschlechterhierarchien, die Nachfrage nach hochwertigen Dienstleistungen und damit auch Arbeitsplätze schafft; eine zeitgenössische Definition „guter“ Arbeit, verkoppelt mit einer neuen Generation industrieller Rechte, die individuelle Vertragssicherheit stiftet und die Partizipationschancen abhängig Arbeitender erhöht, gehören in das Zentrum einer solchen „Politik der Teilhaberechte“ (Dörre 2002: 406 ff.). Besitzt eine solche arbeitspolitische Vision in einer von marktradikaler Globalisierung und neo-imperialistischen Herrschaftsansprüchen geprägten Welt überhaupt Realisierungschancen? Als Antwort sei eine historische Analogie erlaubt. Auch die tayloristisch-fordistische Syndromatik kam nicht als sozialstaatlich pazifizierte, gewerkschaftliche kontrollierte „Artikulation“ zur Welt. Es bedurfte harter sozialer Auseinandersetzungen, um sie mit Regulationsformen zu verbinden, die, wie es Aglietta (2000) ein wenig emphatisch formuliert, „sozialen Fortschritt“ ermöglichten. Heute benötigen die Arbeits- und Produktionsformen des flexiblen Kapitalismus wiederum eine neue Regulationsweise, um die der Kampf geführt werden muss. Um konfliktfähig zu werden, sollte eine Lektion aus der jüngsten Etappe industrieller

Die Verankerung von demokratischen Prinzipien und solidarischen Gerechtigkeitsvorstellungen in der Arbeitswelt kann in größere wirtschaftliche Effizienz münden.

Restrukturierung allerdings gelernt werden: Die Verankerung von demokratischen Prinzipien und solidarischen Gerechtigkeitsvorstellungen in der Arbeitswelt kann in größere wirtschaftliche Effizienz münden. Wird ihre Legitimität primär oder gar ausschließlich an die Erfordernisse eines „globalen Standortwettbewerbs“ geknüpft, scheinen solche Prinzipien verzichtbar, wann immer sie den Nachweis wirtschaftlichen Nutzens nicht erbringen können. Emanzipatorische Ansprüche der abhängig Arbeitenden werden sich daher immer wieder gegen bonierte Partialinteressen und mit ihnen verknüpfte Produktivitätsmythen behaupten müssen. Sie benötigen eine autonome Fundierung, die außerhalb der Logik des nachfordistischen Marktregimes ansetzt. Natürliche ist das eine alte Erkenntnis. Im flexiblen Kapitalismus muss sie aber neu gelernt werden. Und das wohl auch von arbeitsorientierter Wissenschaft.

Literatur:

- Aglietta, M. (1997): *Régulation et crises du capitalisme*. Neuausgabe, ergänzt um ein Nachwort. Paris.
- Aglietta, M. (2000): *Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*. Hamburg.
- Baethge, M. (1999): *Subjektivität als Ideologie. Von der Entfremdung in der Arbeit zur Entfremdung auf dem (Arbeits-)Markt?*. In: Schmidt, G. (Hrsg.): *Kein Ende der Arbeitsgesellschaft*. Berlin, S. 29 – 44.
- Boltanski, L.; Chiapello, E. (1999): *Le nouvel esprit du capitalisme*. Paris.
- Bourdieu, P. (1998): *Gegenfeuer*. Konstanz
- Boyer, R.; Drache, D. (Ed. 1996): *States against Markets*. London/New York.

spw 1 / 2004

spw

intern

In unserem letzten Heft ist uns ein unangenehmer Fehler unterlaufen. Die Angaben zur Person des Autors Olaf Scholz fehlten. Sie lauteten: Olaf Scholz, SPD-Generalsekretär, lebt in Hamburg, war 1982-1988 stellv. Juso-Bundesvorsitzender und von 1986 bis 1990 Mitherausgeber der spw. Den Fehler bitten wir zu entschuldigen.

Am 3. April findet ein europaweiter Aktionstag gegen Sozialabbau statt. Zahlreichen Organisationen wie DGB, Jusos und attac rufen hierzu auf. Auch spw unterstützt den Aktionstag. Attac nutzt den Aktionstag, um mit einer Unterschriftenaktion gegen die Politik der Bundesregierung zu mobilisieren. So sehr wir das inhaltliche Ansinnen unterstützen, das dort formuliert wird, so sehr bedauern wir, dass wieder nur die SPD in den Fokus der Kritik genommen wird. Um der Ehrlichkeit Genüge zu tun sollte nicht unerwähnt bleiben, dass sich gerade Teile von Bündnis 90/Die Grünen als Motor der Entkernung des Sozialstaats sehen. (s. hierzu den Beitrag von Dietmar Lingermann in spw 132).

Die spw-Frühjahrstagung findet am 24. April in Hamburg zum Thema „Medien – Macht –

- Boyer, R.; Freyssenet, M. (2003): *Produktionsmodelle. Eine Typologie am Beispiel der Automobilindustrie*. Berlin.
- Castells, M. (2001): *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil 1 der Trilogie Das Informationszeitalter*. Opladen 2001.
- Cattero, B. (Hrsg.) (1998): *Modell Deutschland. Modell Europa. Probleme, Perspektiven*. Opladen.
- Clark, T.C. 2000: *Origins of the Present Crisis*, in: *New Left Review*, April 2000, 85-96.
- Dörre, K. (2002): *Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus*. Wiesbaden.
- Faust, M.; Jauch, P.; Notz, P. (2000) *Befreit und enturzelt. Führungskräfte auf dem Weg zum ‚internen unternehmer‘*. Mering.
- Focus 12 (2003): *Kartell der Neinsager*, S. 30-48.
- Hank, R. (2003) *Winter der Unzufriedenheit*, in: *FAZ*, 6. März 2003.
- Hall, P. A.; Sockice, D. (Ed.) (2001): *An Introduction to Varieties of Capitalisms*, in: dies. (eds.), *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford, 1-68.
- Jürgens, U. (2003): *Vorwort zur deutschen Ausgabe*, in: Boyer; Freyssenet (Hrsg.), a.a.O., S. 9 – 11.
- Hirsch, J. (2001): *Wo bleibt das Subjekt für einen ‚radikalen Reformismus‘*, in: Bieling, H.J. u.a. (Hrsg.): *Flexibler Kapitalismus. Analysen. Kritik. Politische Praxis*. Hamburg.
- Kern, H./Schumann, M. (1984): *Das Ende der Arbeitsteilung?* München.
- Kern, H./Schumann, M. (1998): *Kontinuität oder Pfadwechsel?* In: Cattero (Hrsg. 1998), S. 85 – 98.
- Krugman, P. (1999): *Der Mythos vom totalen Wirtschaftskrieg*. Frankfurt/M.
- Lüthje, B. (2001): *Standort Silicon Valley. Ökonomie und Politik der vernetzten Produktion*. Frankfurt/M.
- Mann, M. (1994): *Geschichte der Macht Bd. 1. Von den Anfängen bis zur griechischen Antike*. Frankfurt/M.
- Moldaschl, M.; Voß, G. (Hrsg.) (2002): *Subjektivierung von Arbeit*. Mering.
- Pickhaus/Urban 2002
- Pongratz, H. J. (2002): *Subordination. Inszenierungsformen von Personalführung in Deutschland seit 1933*. Mering.
- Ruigrok, W./van Tulder, R. (1995): *The Logic of International Restructuring*. London/New York.
- Stopford, J./Strange, S. (1995): *Rival States, Rival Firms. Competition for World Market Shares*. Cambridge. Neuausgabe.
- Strange, S. (1994): *States And Markets*. London.
- Strange, S. (1997): *The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy*. Cambridge.

Hegemonie“ in den Räumen der Hochschule für Wirtschaft und Politik, von-Melle-Park, in Hamburg statt.

Es diskutieren u. a.:

Prof. Dr. Hans J. *Kleinsteuber* (Universität Hamburg) zu Konzentrationsprozessen im Mediensektor;

Dr. Christiane *Leidinger*: *Medien – Macht – Konzentration: zur Entstehung medialer Waren*;

Barbara *Stolterfoht* (Vorsitzende Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPWV): *Mediale Inszenierungen am Beispiel der Rürup-Kommission und des Bürger-Konvents*. Weiter Informationen unter: www.promsnord.de oder per eMail an jahrestagung@spw.de.

Wir bitten um eine Anmeldung per mail über kai.burmeister@t-online.de oder per Post an : ProMS Nord, c/o Kai Burmeister, Wendische Straße 74, 23558 Lübeck.

Politik in der Weltgesellschaft

Von Christoph Zöpel

„Governance in a Global Society“ lautet der Titel des programmatischen Reports, den die Sozialistische Internationale (SI) im Oktober 2003 auf ihrem XXII. Kongress in Sao Paulo beschlossen hat. Als erste globale Gemeinschaft demokratischer Parteien hat die SI damit eine gemeinsame Grundlage für die Weltgesellschaftspolitik. Sie wird weiter zu entwickeln sein und sie kann Orientierung für die globalpolitische Programmatik der SI-Mitgliedsparteien werden. Exemplarisch könnte die SPD ihre Parteitagebeschlüsse zu weltpolitischen Problemen, die bis 1999 Beschlüsse zur Außen- und Sicherheitspolitik hießen, dann 2001 und 2003 Beschlüsse zur Internationalen Politik, ab 2005 „Beschluss zur Politik in der Weltgesellschaft“ betiteln. Sozialdemokratische Programmatik, auf welcher Ebene auch immer, beruht auf praxisorientierter Theorie und Werten. Jede gute Theorie beruht in großem Maße auf historischer Erfahrung. Diese Anforderungen sind auch an „Governance in a Global Society“ zu stellen, und seine Wirkung wird davon abhängen, wie überzeugend sie für Gesellschaften und Staaten mit unterschiedlicher historischer und kultureller Erfahrung erfüllt sind.

Globalisierung

Das beginnt mit dem Verständnis von Globalisierung, der gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen, die auf diesen Begriff gebracht sind. Es soll auch bei Unterschieden der sozial-ökonomischen Entwicklung und für verschiedene kulturelle Identitäten gültig sein. Die SI versteht Globalisierung programmatisch unter fünf Aspekten: Sie stellt Grundelemente der politischen und gesellschaftlichen Ordnung der letzten 100 Jahre in Frage. Der Nationalstaat verliert an Bedeutung. Trans-nationale und sub-nationale Akteure übernehmen Entscheidungsbefugnisse des Staates.

Sie ist dem technischen Fortschritt vergleichbar, aus sich heraus weder politisch noch ethisch gut oder schlecht. Sie läßt sich definieren als Integration des Güter- und Finanzverkehrs wie der kulturellen Kontakte und der Information in globalem Maßstab. Sie ist eine Quelle wirtschaftlichen Reichtums – größere Märkte steigern die Produktivität und beschleunigen so das Wachstum von Einkommen und Lebensstandard. Sie ist eine Quelle kulturellen und sozialen Reichtums dank weltweiter Offenheit und

Zugang zu unterschiedlichen Kulturen. Sie kann zu mehr Freiheit durch Überwindung sprachlicher, staatlicher oder religiöser Grenzen führen.

Sie öffnet Chancen für die Teile der Menschheit, die in der politischen und ökonomischen Ordnung der Zeit nach dem 2. Weltkrieg zurückgeblieben sind; das kann gelingen mit der Ausbreitung der Ideen von Demokratie und offenen Gesellschaften, Menschenrechten und Nachhaltigkeit, der Ausbreitung eines komplexen Systems von Global Governance, mit gegenseitigen Vereinbarungen an Stelle einer Politik der Stärke. Sie ist aber gleichzeitig eine Quelle der wachsenden Trennung von Reich und Arm, der Umweltzerstörung und globaler Wanderungen verbunden mit kulturellen Konflikten.

Sie ist Quelle riesiger Ungleichheiten, bedingt durch spekulative Kapitalbewegungen und unregelmäßige Handelsströme. Die schon alternative globale Politikoptionen formulierende Gegenüberstellung des real Guten und Schlechten der Globalisierung sagt: ist sie bestimmt von liberaler Finanzlogik, schafft sie wirtschaftlichen und kulturellen Reichtum, der ungleich verteilt ist. Damit hat sie die Herausforderung für demokratische Politik im globalen Maßstab geschaffen, diese Vorteile gerecht zu verteilen und zur Chance für alle zu machen.

Mit guten Gründen blickt „Governance in a Global Society“ nur gut 100 Jahre zurück auf die historische Epoche, in der moderne Sozialstaatlichkeit entstand, die für die Herausbildung sozialdemokratischer Parteien wesentlich war. Es beschreibt als das technikgeschichtlich Neue die globalen ubiquitären Informationsmöglichkeiten in Echtzeit. Für ein historisch-interkulturelles Verständnis und für die politisch-wertbezogene Gestaltung der Globalisierung durch eine globale sozialdemokratische Parteiengemeinschaft ist allerdings ein längerer Entwicklungsprozess relevant. Er läßt die Globalisierung verbunden sein mit der Kolonisierung der Welt durch europäische Mächte und Kulturen, die dabei untereinander in kriegerischer Auseinandersetzung standen. Diese Kolonialisierung umfaßt gewaltsame Eroberung und politische Beherrschung, christliche Missionierung, ökonomische Ausbeutung, ethnische Unterdrückung, aber auch Beeinflus-

sung durch das Weltbild der Aufklärung in ihrer wissenschaftlich-technischen wie ethisch-politischen Dimension. Diese Kolonialisierung vollzieht sich mit dem Vordringen von Europäern nach Afrika, Asien, Amerika und Australien zum Ende des 15. und in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Sie erfaßt in Kategorien der politischen Herrschaft alle größeren Regionen mit den Ausnahmen China, Japan und Osmanisches Reich. Prototypisch mündet sie in die Herausbildung neuer Staaten mit europäisch-stämmiger, die politische Macht innehaltender Bevölkerung, so in Nordamerika, Lateinamerika und Australien, oder in Befreiungskriege der eingeborenen Bevölkerung gegen die europäischen Kolonialherren. Ihr Ende sind die Weltkriege des 20. Jahrhunderts. Sie führen zu globalen Institutionen, deren Mitglieder die Staaten sind, und damit verbunden zu globalen Regelwerken, die den Verkehr von Gütern und Personen erleichtern.

Von dauerhafter Wirksamkeit auch nach Ende der politischen und wirtschaftlichen Kolonialisierung bleibt die Ausbreitung des europäischen Weltbildes der Aufklärung, ihrer wissenschaftlich-technischen wie ihrer ethisch-politischen Bedeutung. Dabei ist es für globalpolitisches Wirken der Sozialdemokratie wesentlich, dieses Weltbild nicht als einzigartig und unterschieden von jeglichen anderen kulturellen Leistungen und Prägungen zu begreifen, Wissenschaft und Technik, exemplarisch Chinas oder Arabiens, autochthone Demokratie in verschiedensten vormodernen Gesellschaften sind historische Fakten. Dennoch ist die Globalisierung des kontinuierlichen Prozesses technischen Fortschritts mit dieser europäischen Beeinflussung der Welt verbunden. Die immer neuen technischen Produkte werden von verschiedensten Kulturen angewendet, vor allem Kriegstechniken, dann auch Mobilitätstechniken – der islamistische Kämpfer mit Handy in der Bergwüste ist das symbolische Bild der Adaption „westlicher“ Technik, wo sie für die Pflege sozialbezogener kultureller Werte nicht als schädlich aufgefaßt wird.

Den Prozess technischen Fortschritts hat dabei eine zunächst naturwissenschaftlich-geophysikalische, dann sozialwissenschaftliche Welterklärung begleitet. Ohne Galileo oder Kopernik und ohne die maritimen Technologien portugiesischer Wissenschaftler hätte die Globalisierung im 16. Jahrhundert nicht begonnen, ohne systemtheoretische Weltmodelle wäre ihre sozialökonomische und sozialökologische Gestaltung nicht möglich.

Diese so erkannte Gestaltungsnotwendigkeit der globalen Entwicklung wirft nun Europa auf sein Versagen bei der Praktizierung des ethisch-politischen Anspruchs der Aufklärung zurück. Menschenrechte, die Idee des Friedens und die Demokratie wurden in Europa seit dem 18. Jahrhundert keineswegs durchgängig politische Praxis, noch weniger wurden sie im Zuge der Kolonialisierung exportiert – im Gegenteil. Totalitäres europäisches Denken beeinflusste auch die nicht kolonialisierten asiatischen Mächte, Japan wie China. Und so dürfte beim Streit um die globale Anerkennung von Menschenrechten und Demokratie weniger die nicht europäische kulturelle Identität ein entgegenstehender politisch wirksamer Faktor sein, sondern die Adaption anti-aufklärerischer europäischer Ideologien.

Die globale Gesellschaft

Die sozialwissenschaftliche Erklärung der Welt, Theorien der Globalisierung haben die Weltgesellschaft zum Gegenstand, bzw. schaffen sie zumindest begrifflich. Gesellschaft in der Definition Luhmanns ist das jeweils umfassendste System menschlichen Zusammenlebens. Dieses Zusammenleben setzt potentiell die Berührung oder Vernetzung jedes Menschen mit jedem anderen voraus. Dies erfordert eine gewisse Dichte des Zusammenlebens, die sich global durch den Anstieg der Weltbevölkerung von 0,5 Mrd. 1500, auf 1,7 Mrd. 1900, auf 2,5 Mrd. 1950 und 6,1 Mrd. 2000 ergeben hat, eine Entwicklung, die sich auf 8,9 Mrd. 2050 fortsetzen wird. Diese Bevölkerungsentwicklung ist technologisch ermöglicht, quantitativ als Folge des Fortschritts medizinischer Wissenschaft, die jetzt zunehmende Vernetzung als Folge des Fortschritts von physischen und virtuellen Mobilitätstechniken. Diese globale Vernetzung von potentiell über 6 Mrd. Menschen macht sie als Teile eines globalen Systems wie als eine lebensweltliche Globalgesellschaft erfahrbar; in Global Cities mit Millionen Einwohnern stärker als in immer noch unbesiedelten Wüsten, Eis- oder Urwaldregionen, temporär bei globalen Events stärker als in der Routine des Alltags. Aber der schnelle Transport von Informationen, Gefahren oder Gewalt, das Nebeneinander von Sprachen und kulturellen Sitten sind ubiquitär geworden.

Globale Politik

Menschliches Zusammenleben macht soziale Regeln erforderlich und diese Regeln schafft und implementiert Politik. Was mit Stammes- und dann Stadtgesellschaften begann, was in der Moderne zur Ausprägung von Gesellschaft und Staat führte, ist offenkundig im 21. Jahrhundert ein Faktum, nicht nur ein Postulat für die Welt. Und für die Welt wiederholen sich die politischen Grundfragen: wer, wie und für wen? Das Spiel um die

Macht und ihren Nutzen – theoretisch fundiert durch Machiavelli – und das Bemühen um das „gute Leben“ – philosophisch expliziert durch Aristoteles – begegnen sich in einem weiteren Abschnitt historischer Entwicklung. Dabei hat Aristoteles in globaler Dimension Aufholbedarf, trotz globalpolitischer Entwürfe etwa durch Kants Idee vom ewigen Frieden oder Marx' globale klassenlose Gesellschaft. Die Regulierung von gewalttätiger Machtausübung im Westfälischen Frieden führte nicht zu weltbezogener sozialökonomischer Gestaltung, sondern zu einer internationalen Politik, die vom Chaos zwischen-nationalstaatlicher Macht bestimmt ist. Und die dominante Theorie der internationalen Beziehungen setzt auf den Fortgang dieser globalpolitischen Entwicklung. Paul Kennedy, der „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ zwischen 1500 – dem Beginn der Kolonialisierung und damit der Globalisierung – und 2000 glänzend analysiert hat, prognostiziert: „Das internationale System, ob es nun eine Zeitlang von sechs oder nur von zwei großen Mächten beherrscht wird, bleibt anarchisch – das heißt, es gibt keine größere Autorität als den souveränen, egoistischen Nationalstaat.“ Die internationale Politik, die Außenpolitik der Staaten folgt gern dieser Theorie. In der Anarchie die Position des eigenen Staates zu stärken ist dabei der Zweck der Diplomatie, die damit Anerkennung erfährt, wiewohl der Zweck mehr und mehr zum sublimen Selbstzweck wird im Sinne Max Webers Bürokratie-Analyse.

Paul Kennedys Prognose muss nicht Realität werden, wegen schon feststellbarer Tatsachen und wegen alternativer Handlungsoptionen. Die Tatsachen liegen im Aufkommen von Machtfaktoren, die den Einfluss der Staaten konterkarieren. Konzerne und global agierende Finanzinstitutionen übertreffen längst den Einfluss der Mehrzahl der 185 UNO-Mitglieder, und selbst im Verhältnis zu den zwei Supermächten, den USA und China, ist ihr Einfluss beträchtlich. Die alternativen Handlungsoptionen liegen im globalpolitischen auch handlungsorientierten Bewußtsein einer globalen Zivilgesellschaft, in globalen Institutionen und einer global organisierten Demokratie. Die notwendigen Konzepte sind auf dem Weg, ihre Umsetzung muss nicht utopischer sein als die Vision einer Europäischen Union 1950 oder einer Demokratie in Indien 1900.

Die Entwicklung der Weltgesellschaft: Nachhaltigkeit

„Governance in a Global Society“ beantwortet zunächst die politische Grundfrage: wie? Globale Entwicklung als Gestaltungsaufgabe von Politik soll nachhaltig sein. Die sozialökonomische und sozialökologische Erklärung der Weltgesellschaft durch die Weltmodelle der 70er Jahre, allen voran Forresters und Meadows, zeigt die Herausforderung nachhaltiger Politik auf. Die Endlichkeit der Ressourcen und die Grenzen des Wachstums sind unabweisbar. Sie sind in eine Politik technologischer und gesellschaftlicher Innovationen gemündet, deren Implementierung Erfolge wie neue Risiken zeitigt.

Der dreidimensionale Ansatz, ökonomisch, ökologisch und sozial, des Konzepts nachhaltiger Entwicklung ist zwar inzwischen begrifflich akzeptiert, muss aber immer wieder gegen eindimensionale Umdeutungen verdeutlicht werden. Indem die SI die Dreidimensionalität unterstreicht, macht sie deutlich, dass gerade global Nachhaltigkeit Entwicklung zur Voraussetzung hat. Die Entwicklungspolitik des Nordens für den Süden seit den 60er Jahren eröffnete Ansätze globaler Verteilungspolitik. Im Nord-Süd-Report der Brandt-Kommission Ende der 70er Jahre, dessen aktuelle Bedeutung „Governance in a Global Society“ unterstreicht, ist Entwicklung dann aber mehr als der Übergang von arm zu reich, von der agrarischen zu einer industriellen und urbanen Wirtschaft. Entwicklung umfaßt materiellen Reichtum, menschliche Würde, menschliche Sicherheit, Gerechtigkeit und Gleichheit. Die ungleiche Verteilung dieser Güter zwischen entwickelten und Entwicklungsländern resultiert zwar in einseitiger Abhängigkeit der letzteren, aber in globaler Instabilität. Auf dieser Grundlage eines Konzepts interdependenter globaler Entwicklung konnte die Brundtland-Kommission ihr dreidimensionales Nachhaltigkeitskonzept entfalten und übergreifend die Ge-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Foto: Christian Kiel (Berlin)



nerationen-Perspektive dieser Strategie formulieren, nachhaltige Entwicklung befriedigt die Bedürfnisse der gegenwärtigen ohne Beeinträchtigung der Möglichkeiten zukünftiger Generationen.

Es ist festzuhalten, dass Willy Brandt und Gro Harlem Brundtland nicht allein aufgrund ihrer politischen Biographie mit ihren Berichten programmatisch sozialdemokratische Globalpolitik vorbereitet haben. Ihre Implementierung vollzieht sich in den derzeitigen Verfahren globalpolitischer Entscheidungsfindung, nämlich durch UN-Konferenzen wie vor allem in Rio de Janeiro 1992 und mit dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg, durch die Nachhaltigkeitspolitik der einzelnen Staaten sowie durch völkerrechtliche Verträge. Das entspricht der derzeitigen Institutionalisierung von globaler Politik. „Governance in a Global Society“ schlägt als nächsten zentralen institutionellen Schritt die Bildung eines zweiten UN-Sicherheitsrates vor, der kontinuierlich Beschlüsse zur globalen Politik nachhaltiger Entwicklung treffen kann.

Gesunde Umweltpolitik, Wirtschaftlicher Fortschritt in einer globalen Wirtschaftsordnung und Soziale Gerechtigkeit sind die übergreifenden programmatischen Begriffe für die Politikfelder dieser drei Nachhaltigkeitsdimensionen. Sehr bewußt ist die ökologische Dimension an die erste Stelle gesetzt, weil sie im Kontext wiedererstarkten neoliberalen Wachstumsdenkens am häufigsten zurückgestellt wird. Gesunde Umweltpolitik umfaßt erneuerbare Energie, Klimapolitik nach Kyoto, Abfall, Chemikalien, biologische Vielfalt, Wasser und Böden, Umweltmedien, deren Probleme global mit unterschiedlichem Erfolg angegangen wurden, in jedem Fall aber weiterhin auf durchgreifende Lösungen warten.

Für die ökonomische Dimension ist Ausgangspunkt die unterminierte Fähigkeit der Staaten, ihre Wirtschaft zu steuern. Aber die Notwendigkeit dazu ist bestehen geblieben, die entsprechenden Mechanismen, Regulierung, Umverteilung und öffentliche Güter

tisch deutlich, benachteiligt das WTO-Regelwerk die Entwicklungsländer. Erforderlich sind die Reform des Agrarmarktes, Umweltstandards, Arbeitsstandards, die Berücksichtigung kultureller Identitäten und Gender-sensitiven.

Um all das zu erreichen, ist die Zusammenarbeit der WTO mit den internationalen Finanzinstitutionen wie mit den globalen Institutionen in Verantwortung für Arbeit, Umwelt und Kultur erforderlich.

Dabei bedürfen die internationalen Finanzinstitutionen selbst der Reform, Voraussetzung ist der Abschied vom Washington Konsensus zugunsten einer Politik, die auf die ökologischen, sozialen und historischen Bedingungen und Erfordernisse der jeweiligen Volkswirtschaften mehr Rücksicht nimmt. Eine solche Politik muss dabei Ansprüchen einer größeren Transparenz genügen.

Die globale Finanzpolitik benötigt zur Finanzierung von Entwicklung und globalen öffentlichen Gütern global erhobene Finanzmittel. Globale Besteuerung ist dazu erforderlich – bevorzugt als Steuer auf den internationalen Handel mit Gütern und Leistungen.

Globaler ökonomischer Fortschritt wird nicht erreicht werden ohne nachhaltige Beschäftigung als zentrales makroökonomisches Ziel. Dies entspricht der Bedeutung von Arbeit für die menschliche Existenzsicherung.

Diese Aufgabe vernetzt sich mit der sozialen Dimension von nachhaltiger Entwicklung. Die *Millennium Development Goals* der UNO, ihre erste Implementierung bei der Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung 2002 in Monterrey und Verpflichtungen zur Steigerung der *Official Development Aid* (ODA), der staatlichen Entwicklungshilfe geben die Zielrichtung an. Weiterer Schuldenerlass für die Entwicklungsländer, Umsetzung der Arbeitskonventionen der *International Labour Organisation* (ILO) und die Verpflichtung der transnationalen Unternehmen auf soziale Ziele sind die nächsten Aufgaben. Dem Bericht der ILO Weltkommission zur sozialen

müssen Mechanismen einer globalen ökonomischen Ordnung werden. Das gilt für den globalen Güter- und Leistungs-markt, das gilt für den globalen Finanzmarkt. Bislang, und nach Cancun noch einmal dras-

Dimension der Globalisierung kommt hohe programmatische Bedeutung zu.

Die Chancen der Weltbürger: Menschenrechte

Auf die Frage „für wen?“ demokratischer globaler Politik antwortet „Governance in a Global Society“ mit: für alle. Diese Antwort ist die Grundlage globaler Menschenrechtspolitik und der Einlösung der ethisch-politischen Ansprüche der Aufklärung.

Die Umsetzung der Menschenrechtsvereinbarungen muss intensiviert werden. Dabei stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen der Souveränität der einzelnen Menschen und der Souveränität der Staaten. Ein multilateraler Rahmen für Menschenrechtsinterventionen gegen Staatsterrorismus ist notwendig.

Allerdings sind die Verletzungen von Menschenrechten durch Staaten bzw. durch Konflikte zwischen Staaten weniger zahlreich als die Gefährdungen der individuellen Sicherheit innerhalb von Staaten, durch deren unzureichende Fähigkeit, die Sicherheit ihrer Einwohner zu garantieren. Deshalb wird als erste Dimension globaler Menschenrechtspolitik menschliche Sicherheit als Herausforderung an Politik (Governance) angesprochen. Das zugrunde liegende Problem verfehlter Staatlichkeit erfährt seit dem 11. September höchste internationale Aufmerksamkeit, aber die Betroffenheit des dadurch möglichen Terrorismus ist in den weniger entwickelten Ländern drastisch höher als in den USA oder in Europa. Die Abwehr dieser Gefahren erfordert weltweit abgestimmte Verbrechensbekämpfung und –prävention. Dazu sind der Wiederaufbau von Staatlichkeit und regionale Zusammenarbeit in Teilen der Welt erforderlich.

Die zweite Dimension globaler Menschenrechtspolitik ist das Menschenrecht auf kulturelle Identität. Es wurde im Erarbeitungsprozess von „Governance in a Global Society“ vor allem von Repräsentanten der SI-Mitgliedsparteien aus islamischen Staaten betont. Dabei ist die Abgrenzung gegen universelle Ansprüche der „westlichen“ Kultur offenkundig. Offenkundig ist allerdings auch, dass die Globalisierung von Gesellschaften in einer Welt mit kulturellen Unterschieden stattfindet. Diese Unterschiede müssen anerkannt werden, denn eine Welt ohne Grenzen, aber mit kulturellen Unterschieden ist konfrontiert mit kulturellen Konflikten und Migration.

Der Zugang zu kultureller Vielfalt im Prozess der Globalisierung kann eine Quelle humanen Reichtums sein, setzt aber Interdependenz zwischen dem Menschenrecht auf kulturelle Identität und globaler Demokratie voraus.

Dieses Erfordernis stellte sich in vormoderne Gesellschaften nicht, kulturelle Identitäten konnten bei unzureichender Information über andere zur Abgrenzung und damit

auch zur Bildung und Stabilisierung von Staatlichkeit genutzt werden. Die globale Ausbreitung von Informationen hat diese Möglichkeiten verändert.

Globale Informationsausbreitung hat auch die Anreize zu Migration aus ökonomischen, politischen oder neuerdings ökologischen Gründen gesteigert. Dabei wurden die Unterschiede zwischen grenzüberschreitender und Binnenmigration, betrachtet als weltgesellschaftlicher Prozess, immer bedeutungsloser. Binnenmigration hat wesentlich zur Bildung von Mega-Cities, wie Sao Paulo mit bis über 20 Mio Einwohnern, beigetragen. Diese Mega-Cities sind multikulturell, sie sind größer als viele Staaten und machen die globale Selbstverständlichkeit deutlich, dass alle Gesellschaften – als Teile der globalen Gesellschaft – multikulturell werden können.

Dass in diesen multikulturellen Gesellschaften kulturelle Unterschiede ökonomische Benachteiligungen bedingen können, dass dann Verteilungauseinandersetzungen zu kulturellen Konflikten führen und dass in kulturellen Konflikten Machtlösungen durch religiös-kulturelle Fundamentalismen getragen sind, gehört zu den Schattenseiten der globalen kulturellen Vielfalt. Ihre Vorteile werden nur global genutzt werden können, wenn eine globale Kohäsionspolitik die ökonomischen Benachteiligungen, die kulturellen und auf sie gestützte politische Konflikte abbaut.

Die dritte Dimension globaler Menschenrechtspolitik ist soziale Integration durch Bildung. Es besteht ein Zusammenhang zwischen Bildung und Lebenserwartung, zwischen der Fähigkeit zu lernen und zu schreiben und der Teilhabe an humanen Möglichkeiten. Noch sind etwa 1 Mrd. Menschen Analphabeten und so das Ziel der UN, formuliert 2000 beim Welt-Bildungs-Forum, bis 2015 die volle Alphabetisierung weltweit zu erreichen, eine ethische Notwendigkeit. Dieses Ziel wird nur durch staatliche Politik, die Bildung als öffentliches Gut versteht, erreicht werden. Bildung kann nicht privatem Angebot, global grenzüberschreitend ermöglicht im GATS-System, überlassen werden.

Dies gilt auch im Blick auf die neuen informationstechnologischen Herausforderungen. Die digitale Spaltung zwischen entwickelten und Entwicklungsländern ist zu einem fundamentalen globalen Verteilungsproblem geworden. Diese Spaltung zu schließen ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass alle Menschen die Chance haben, die informationellen, ökonomischen wie kulturellen, Möglichkeiten der Weltgesellschaft zu nutzen.

Der globale politische Prozess: Demokratie

Die politische Grundfrage: „wer?“ beantwortet „Governance in a Global Society“:

„Die Zeit ist gekommen, effektive demokratische Strukturen globaler Politik zu schaffen.“ Akteure globaler Politik sollen demokratisch legitimierte Repräsentanten der globalisierten Gesellschaften und damit der Weltgesellschaft sein. Sie werden nur demokratisch „agieren“, wenn ihr Handeln transparent ist und global zur Diskussion steht.

Die Entwicklung entsprechender Strukturen muss und kann ansetzen bei den seit Ende des 1. Weltkriegs entstandenen globalen Institutionen und globalen Regelwerken. Sie beruhen auf völkerrechtlichen Verträgen. Das bedeutet ein Primat der Regierungen, kontinuierlich der bürokratischen Administrationen und veränderungsunterworfen der politischen Spitzenrepräsentanten. Auch in Demokratien ist die Mitwirkung der Parlamente an internationaler bzw. globaler Politik unzureichend. Mit dem Aufbau internationaler, globaler wie regionaler, Institutionen sind auch dort bürokratische Administrationen entstanden, die allenfalls durch die mitgliedstaatlichen Administrationen kontrolliert werden oder durch die berechnete oder unberechtigte Einschränkung der Mitgliedsbeiträge.

Transparenz ist entstanden durch das Engagement von zivilgesellschaftlichen Organisationen, denen allerdings demokratische Legitimation fehlt, ein Argument, das allerdings zunächst leicht wiegt angesichts der mangelhaften Legitimierung der internationalen Institutionen, deren Agieren sie öffentlich machen.

Demokratie auf globaler Ebene hängt ab von der Leistungsfähigkeit wie der Legitimität der Institutionen. Die Forderung nach *Good Governance* richtet sich deshalb an die Staaten wie die globalen und regionalen Staatenorganisationen. Ohne ein flächendeckendes Staatensystem ist *Global Governance* letztlich nicht möglich – die UN-beschlossenen Interventionen in Afghanistan entsprechen diesem Prinzip, ihr Ziel ist *state building*. Die Koordinierung der globalen Politik der globalen Institutionen ist unzulänglich, in der Sache wie in den Verfahren. Das hat hauptsächlich Gründe politischer und ökonomischer Machtinteressen – der UN-Sicherheitsrat als Instrument der Supermächte, die internationalen Finanzinstitutionen (IFI's) dominiert von den G7, dem zwischenstaatlichen Entscheidungszentrum der globalen Wirtschaftspolitik. Institutioneller Schwerpunkt der Vorschläge in „Governance in a Global Society“ sind zwei UN-Sicherheitsräte, der bestehende reformiert, ein zweiter gleichberechtigter verantwortlich

für nachhaltige Entwicklung; seine Aufgabe müßte auch die Koordinierung der IFI's, der ILO, der WTO und der UN-Umweltorganisationen sein.

Die Demokratisierung der globalen Institutionen und damit der globalen Politik setzt nun eine klare konzeptionelle Entscheidung voraus: die Entscheidung für ein globales System repräsentativer, also parlamentarischer Demokratie. Ein solches System muss transparent sein und politische Alternativen möglich machen. Repräsentanten politischer Alternativen sind dabei politische Parteien, die ihre Legitimation durch Wahlen erfahren. Die unübersichtliche Diskussion über die Schwächen von Parteien und die Defizite des Parlamentarismus hat bislang nicht zu Alternativen geführt, es sei denn historisch gescheiterten undemokratischen. Es ist also die insoweit alternativlose Aufgabe der Parlamente der Staaten und der dort vertretenen Parteien gemeinsam ein globales parlamentarisches System aufzubauen. Nukleus kann dafür die Interparlamentarische Union sein, die seit 1889, also länger als das Völkerbund-UN System besteht. Treibende Kräfte müssen die großen demokratischen Parteiengemeinschaften sein, die Sozialistische Internationale, die Internationale Demokratische Union, dann auch die Liberale Weltunion und Global Greens Conference.

Mit „Governance in a Global Society“ und dem darin enthaltenen 11 Punkte Aktionsplan für Globale Demokratie hat die SI hierzu einen wesentlichen Schritt getan, der jetzt weitere Schritte, auch ihrer Mitgliedsparteien und in Zusammenarbeit mit anderen Weltgemeinschaften demokratischer Parteien, möglich macht:

spw 1 / 2004

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

45

Wissen, Bildung, Informationstechnologie

Wissensgesellschaft, Internet-Politik; Kommunikationstechnologien in Afrika und Lateinamerika, UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft; Online-Gewerkschaft; Globaler Bildungsmarkt, Privatisierung des öffentlichen Bildungswesens, Bildungsarmut; Arbeit in der Dienstleistungsökonomie

A. Gorz, J. Becker, R. Kössler, R. Fischbach, R. Rilling, Ch. Spehr, St. Meretz, B. Ringger, Ch. Flatz, U. Afemann, W. Ludwig, I. Lohmann, R. Tobler, J.S. Volken, G. Pardini, W. Schöni

Diskussion

M.R. Krätke : Soziale Gerechtigkeit und SPD
A. Demirovic : Adorno – Freiheit und Menschheit
R. Graf : Gramsci für das 21. Jahrhundert

216 Seiten, € 16.- (Abo. € 27.-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 1 - 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Eine andere Welt ist möglich

Bericht vom Weltsozialforum in Mumbai

Von Kai Burmeister, Lars Klingbeil und Simone Burger

Nachdem die globalisierungskritische Bewegung bereits dreimal im brasilianischen Porto Alegre zusammenkam, wurde mit dem viertem Weltsozialforum (WSF) im indischen Mumbai (Bombay) der Sprung auf einen anderen Kontinent gewagt. Der nachfolgende Beitrag soll einige Eindrücke der Juso-Delegation schildern, die Ergebnisse zusammenfassen und Perspektiven des Protests beschreiben.

Über 100.000 Menschen aus über 150 Ländern sind zum Weltsozialforum nach Mumbai gefahren, um sechs Tage über nahezu alle Facetten einer *anderen Welt* zu debattieren. Die indische Megacity mit 15 Mio. Einwohnern am arabischen Meer ist für sich genommen schon ein Beleg für die Spaltung zwischen Arm und Reich. So wechseln sich im Straßenbild auf engstem Raum Häuser großer Hotelketten, Einkaufszentren und Niederlassungen europäischer sowie amerikanischer Unternehmen und Banken mit unzähligen Blechhütten auf Fußwegen, riesigen Slums sowie Familien, die einfach ohne Hütte auf der Straße leben, ab. Diese Eindrücke allein lassen das Weltsozialforum notwendig erscheinen, um eine notwendige Verständigung für die politische Strategie für *eine Welt* fortzusetzen.

Alles in allem ist festzuhalten: Das Weltsozialforum war wieder mal ein Erfolg. Durch die Ausrichtung des Forums in Indien sind viele neue Themen auf die Agenda gerückt, die bisher kaum eine Rolle spielten: Das Kastenwesen, Rassismus und auch die Rolle der Frau (vor allem in Indien) nahmen in der politischen Diskussion eine wichtige Rolle ein. Im Gegensatz zum letzten Europäischen Sozialforum, wo die Frauen sich vor dem offiziellen Beginn getroffen haben und keine Rolle im dortigen offiziellen Prozess gespielt haben, wurde das Frauenthema ins WSF integriert. Auch die „unberührbaren Dalit“, die unterste Kaste im indischen System, nutzten die Tagung, um ihre Anliegen vorzubringen. Gerade die progressiven Kräfte in der Region dürften durch das WSF eine Stärkung erfahren haben. Auch die Delegation aus Pakistan von über 1.000 Personen war ein wichtiges Signal für Frieden in der Region.

Man bleibt unter sich

Aus Deutschland waren knapp 270 Teilnehmer nach Mumbai gereist. Darunter waren neben vielen Einzelpersonen u.a. Vertreter der Gewerkschaften, von Attac und anderen NGOs, der Kirchen, sowie der parteinahen Stiftungen von SPD, Grünen und PDS. In über 1200 Veranstaltungen wurde über verschiedenste Aspekte diskutiert. Die Themen reichen vom Welthandelssystem über die Situation im Irak und der von Kleinbauern bis hin zur Menschenrechtssituation in Burma. Auch hier standen viele Themen der Region im Mittelpunkt der Diskussion: Wasser als Menschenrecht, das Kastenwesen oder Projekte wie etwa Großstaudämme, die Siedlungen in der Region gefährden. Diese Vielfalt wurde von einigen Journalisten als ein „diffuses globales Protestkonglomerat ohne Botschaft“ beschrieben, von dem „kein Signal mehr ausgehe“. Liegt hierin tatsächlich eine Schwäche des Weltsozialforums?

Die thematisch vielfältigen Workshops spiegeln die unterschiedlichen Problem- und Konfliktlagen auf den fünf Kontinenten wieder. Die Darstellung an sich stellt demnach ein positives Angebot des WSF dar, defizitär war hingegen die mangelnde Verbindung der unterschiedlichen Themen sowie der Akteure. So blieb man vor allem unter sich und nur selten gelang es, wirkliche globale Netzwerke unter den Akteuren zu schaffen.

Mit schlechtem Beispiel ging hier die eigene Familie voran: Die Sozialistische Internationale (SI) veranstaltete mehrere Workshops, zu der nahezu ausnahmslos Mitglieder der Familie geladen waren. Ein Podium, auf dem 12 SI-VertreterInnen sitzen und sich untereinander erzählen wie wichtig und groß die eigene Organisation sei, hatte einen bizarren Charakter. Der Anspruch, stärker in den Dialog mit anderen progressiven Kräften zu treten, konnte nicht ernsthaft eingelöst werden. Insofern hat die SI und der auf europäischer Ebene initiierte Prozess des Global Progressive Forums eine Chance vertan, sich mit der sozialen Bewegung zu verzahnen. In vielen Gesprächen wurde dabei jedoch deutlich, dass es in der sozialen Bewegung



durchaus weniger Berührungspunkte zu den Parteien gibt, als es Öffnungsprozesse der Parteien gegenüber Akteuren der sozialen Bewegung gibt. Dennoch sei darauf hingewiesen, dass Parteien immer noch nicht offiziell Teil des WSF sind. Auch die SPD sollte ihr eigenes Agieren überdenken: Aus anderen Ländern kamen wenigstens sozialdemokratische Delegationen, aus Deutschland kamen drei Abgeordnete – eine koordinierte Delegation gab es jedoch nicht. Allerdings muss auch drauf hingewiesen werden, dass das Parlamentarierforum in Mumbai sehr mangelhaft organisiert war und ein wirklicher Austausch so nicht stattfinden konnte. Auch die europäischen Gewerkschaften sind sich des Potentials des WSF anscheinend nicht bewusst: War zwar die Beteiligung der Gewerkschaften aus Südafrika, Indien und Südkorea sehr groß, wurde dem WSF von Seiten der europäischen Gewerkschaften keine allzu große Bedeutung beigemessen. Als eine wichtige Anmerkung muss hervorgehoben werden, dass die Arbeit nicht an gewohnten politischen Maßstäben gemessen werden sollte, wie man sie in Deutschland kennt. So war es für den tagungsraum-erprobten Juso ungewöhnlich, dass während des gesamten Festivals durchgängig verschiedene indische Gruppen, beispielsweise Vertreter der Dalit, ausschließlich mit Gesang und Sprechchören auf dem Gelände demonstrierten. Diese Form der politischen Darstellung erklärt sich vor dem Hintergrund, dass in Südasien ein Großteil der Armen dieser Erde lebt und die Analphabetenrate in Indien bei 43 Prozent liegt. Bei diesem hohen Niveau rücken auch andere politischen Artikulationsformen als uns bekannte Programmdiskussionen in den Mittelpunkt.

Dennoch soll auch nicht verschwiegen werden, dass sich unter den Teilnehmenden

Kai Burmeister ist Mitglied im Juso-Bundesvorstand, Lars Klingbeil ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender, Simone Burger ist Leiterin des Nord-Süd-AK der Jusos. Die drei waren für die Jusos auf dem Weltsozialforum dabei.

auch zahlreiche fragwürdige Gruppen befunden haben, die sich auf religiös-esoterische Ideen bezogen haben und die eben nicht auf politische Veränderungen der bestehenden Verhältnisse ausgerichtet waren. Diese spielten jedoch nur ein Nischendasein und der Minimalkonsens des Forums lag eindeutig auf einer politischen Strategie. Im Gegensatz zum ESF fehlten auf dem WSF radikale Gruppen, diese hatten sich allerdings auch nicht dem Gegenforum „Mumbai Resistance“ angeschlossen, sondern waren zu Hause geblieben. Es deutet sich immer mehr an, dass sich die besonders radikal gebenden Gruppen aus dem politischen Dialog zurückziehen.

Einen etwas zynischen Charakter hatten die abendlichen Kulturevents auf dem Festivalgelände. Umrahmt von über den Zaun schauenden Einheimischen amüsierte man sich bei exotischer Musik. Bei künftigen Foren sollte ermöglicht werden, die Kulturveranstaltungen doch auch für die lokale Bevölkerung zu öffnen, um einen Minimaldialog zu eröffnen.

Globale Aktionseinheit oder Karneval?

Sowohl von Seiten einiger Medien als auch vom parallel in der unmittelbaren Nähe zum WSF stattfindenden Treffen militanter Gruppen unter dem Motto „Mumbai Resistance“ wurde kritisch hinterfragt, ob das Forum denn mehr als ein bunter Karneval sei und ob außer endlosen Reden denn auch Ereignisse greifbar seien.

Zunächst ist festzuhalten, dass das WSF ursprünglich als Gegenpol zum alljährlich in Davos stattfindendem World Economic Forum (WEF) gegründet wurde. Damit sollte unterstrichen werden, dass es eben neben der Logik der globalen Profitmaximierung noch eine Logik der solidarischen Sicherung der Lebensgrundlagen für alle gibt. Das WSF tagt seitdem den Slogan „Eine andere Welt ist möglich!“. In Porto Alegre haben sich unterschiedlichste Gruppen zusammengefunden um Vorstellungen über diese *andere Welt* auszutauschen. Das WSF war nie die Jahreshauptversammlung einer globalen Aktionseinheit, sondern immer nur ein plurales globales Forum. Letztes Jahr wurde das Treffen vom sich damals ankündigenden Irakkrieg geprägt und viele der weltweiten Gegenaktionen wurden hier geplant. Insofern ist das Entscheidende eher, welche Konsequenzen die einzelnen Organisationen für ihre Arbeit vor Ort ziehen. Es sollte beim WSF mehr um den Geist und nicht um einzelnes Detail gehen des sonst üblichen Organisationslebens gehen.

Die strategische Dimension dieser Entscheidung wird von der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy wie folgt begründet: „Keine einzelne Nation kann sich dem Projekt der korporativen Globalisierung aus eigener Kraft widersetzen. Immer wieder haben wir erlebt, dass die Helden unserer Zeit schrumpfen, wenn es um

das neoliberale Projekt geht. Außergewöhnliche, charismatische Männer, Giganten in Opposition, werden machtlos auf der globalen Bühne, wenn sie Staatsoberhäupter werden.“ Der aus diesen Sätzen zu ziehende Schluss ist für die politische Strategie denkbar einfach. Zwar sind Bündnisse in die reale politische Machtsphäre häufig geboten, doch ist Regierungspolitik gerade für viele Staaten des Südens eben begrenzt und die Bewegung hat die Aufgabe der vorwärtstreibenden Kritik. Insofern sollte das WSF als ein Ort der Vernetzung der progressiven Kräfte aus Bewegungen und Parteien verstanden werden. Es sollte hier um das Schmieden einer Allianz eben dieser fortschrittlichen Kräfte gehen. Absprachen für konkrete Kampagnen wurden zwischen verschiedenen Akteuren hier getroffen, aber das WSF ist selbst kein handlungsfähiger Akteur. Wie sollte dies auch laufen und organisiert werden. Die Kleinbauerninitiative aus Sri Lanka wird eben nur begrenzt gegen die Kürzung der deutschen Sozialversicherung mobilisieren können und Flüchtlingsströme in Südostasien interessieren eben bei uns auch nur wenige Experten.

Trotz dieser Entscheidung, auf dem Weltsozialforum keine konkreten Vereinbarungen oder Anträge zu verabschieden, hat sich in Mumbai in vielen Diskussionen dennoch deutlich der Wunsch vieler Teilnehmer gezeigt, neben der Präsentation von Inhalten in die strategische Debatte einzusteigen und wenigstens Aktionen mit einem hohen symbolischen Wert zu verabreden.

Exemplarisch kann hierfür ein Beispiel genannt werden, das Arundhati Roy während ihrer Rede auf der Eröffnungsveranstaltung vorgeschlagen hat. Sie forderte, zwei wichtige Unternehmen auszuwählen, die vom Krieg im Irak profitieren und diese durch globale Aktionen „dicht zu machen“. Mit welchen Mitteln und Aktionen ließ sie dabei offen. Auf dem WSF wurde dieser Vorschlag vielfach diskutiert und die politische Sinnhaftigkeit erörtert. Das konkrete Ziel dieser Aktion soll nun Coca Cola sein und gerade in Indien wird diese Kampagne große Unterstützung erhalten. In vielen Entwicklungsländern hat die direkte Aktion gegen verschiedene TNKs Tradition, da die Menschen hier direkt mit den Auswirkungen der Unternehmenspolitik konfrontiert sind.

Ausblick

Nächstes Jahr wird das Weltsozialforum wieder in Brasilien stattfinden. Für die Vernetzung von fortschrittlichen Kräften in Bewegungen, Gewerkschaften und auch Parteien bleibt das WSF ein wichtiges Datum. Hierbei ist allerdings Realismus gefragt, die Revolution steht durch ein Treffen von 100.000 nicht bevor. Wer also keine Wunder erwartet und wer auch über den Reiz des Neuen hinaus am Gedankenaustausch interessiert ist, sollte das WSF für sich zu nutzen wissen.

Eine wünschenswerte Entwicklungsrichtung des WSF ist neben der bestehenden starken Basisgruppenorientierung die Diskussion um ein Bündnis fortschrittlicher Kräfte in Bewegungen und Regierungen. Beispielhaft kann hierfür eine Veranstaltung über die Perspektiven der G20-Gruppe angeführt werden. Die G20-Gruppe, u.a. von Brasilien, Indien und Südafrika gebildet, fordert innerhalb der WTO ein Öffnung der Agrarmärkte des Nordens und war mit eine Ursache für das Scheitern von Cancun. Regierungsvertreter stellten auf dieser Veranstaltung die nächsten geplanten Schritte der Gruppe innerhalb der Welthandelsrunde vor, NGO-Vertreter machten in ihren Statements deutlich, dass die jeweiligen G20-Regierungen gegenüber ihren Kleinbauern bedingungslos gegenüberreten und die Forderung nach einer gerechten WTO illusionär sei. Gerade solch produktiven Debatten zwischen Bewegungen und Fortschrittlichen in den jeweiligen Regierungen sind spannend und sollten anstelle des Schmorens im eigenen Saft verstärkt werden. Es geht dabei ausdrücklich nicht um irgendwelche Hoffnungen, dass Süd-Regierungen es von sich aus bessere Politik machen, aber vielleicht können so strategische Allianzen besonders in Fragen von IWF/Weltbank und WTO entwickelt werden. Über solche Diskussionen können Teile des WSF dann auch zu handlungsleitenden Ergebnissen für eigene politische Kampagnen kommen.

Im europäischen Kontext ist die politische Tagesordnung zudem schon gesetzt. Für den 2. und 3. April mobilisieren sowohl die europäischen Gewerkschaften als auch andere Aktive der sozialen Bewegungen für ein soziales Europa. In allen europäischen Ländern werden an diesen Tagen die Menschen auf die Straße gehen und gegen Sozialabbau und die Privatisierung öffentlicher Güter demonstrieren. Der Geist des Weltsozialforums wird die Demonstrationen in Deutschland sicherlich stärken.

spw 1/2004



Wahlen als „Hilfeschrei“

Das „alte“ Georgien mit neuem Führungspersonal

von Dietrich Sperling

Neue Spitze auf alter Pyramide

Schewardnadse ist in Pension, Saakashwili, Bujardnadse und Schwania in vorhandenen Ämtern oder neu in alten Funktionen – und Nogaïdeli wieder Finanzminister. Damit sind im neuen obersten Führungszirkel andere Absichten vorhanden, als sie im vorhergehenden Führungszirkel gegeben waren. Und sonst?

Das in Georgien vorhandene und möglicherweise besteuerebare Wirtschaftsgeschehen ist unverändert. Der mit diesem Wirtschaftsgeschehen umgehende Staatsapparat auch: Polizisten, Steuer- und Zollbeamte, Soldaten, Lehrer, Richter, Ministerialbeamte aller Ränge sind nicht nur dieselben, sondern sie beziehen auch dieselben Gehälter: Zu niedrig, um ihre Familien durchzubringen. Und häufig nur mit Monaten an Verspätung ausgezahlt. Diese Staatsbediensteten werden weiterhin tun müssen, was sie bisher taten:

- Polizisten: Strafmandate erteilen oder auf sie verzichten, um Zusatzeinkommen zu erzielen.
- Steuer- und Zollbeamte: Zahlungen einfordern oder auf sie zugunsten „privater“ Ablösungen verzichten, um für ihre Familien zu sorgen,
- Soldaten: Dienste so verrichten, dass Nebeneinkommen erzielbar sind,
- Lehrer: Nachhilfeunterricht erteilen und Zensuren „anheben“ und Zugangsberechtigungen vergeben und Prüfungsergebnisse aufbessern, damit sie ihre Familien ernähren können.
- Richter: Wie in Brecht's Kaukasischen Kreidekreis sich verhalten, allerdings ohne es zu Beginn der Verhandlung zu sagen: „Ich nehme“, um ihre Familien versorgen zu können,
- „Beamte aller Ebenen (Bürgermeister werden „zentral“ ernannt und gehören dazu): Amtshandlungen vornehmen, die „Nebenwirkungen“ im Privatbereich haben, um...

Georgiens Wirtschaft und äußere Einflüsse

Und die USA leisten weiter humanitäre Hilfe in Form von „geschenkten Getreidelieferungen“, die dann der Staat Georgien gegen Geld verkauft, um die unzulänglichen Gehälter für die Staatsbediensteten zu zahlen.

Damit ist völlig klar: die neue Führung braucht Hilfe, mehr und andere als bisher, nicht damit sie ihre „anderen“ Absichten beibehält, sondern damit sie sie verwirklichen kann. Diese Hilfe muss eine langfristig orientierte Hilfe zur Wandlung des Wirtschaftsgeschehens sein.

Hat der Westen daran ein Interesse? Das kommt drauf an. Wenn das Wirtschaftsgeschehen den westlichen Wirtschafts- und Regierungseliten dient, dann ja. Wenn nicht, dann nicht.

Was sind die für Georgiens Schicksal maßgeblichen westlichen Wirtschaftsinteressen? Unterschiedlich, jedenfalls ein bisschen zwischen Westeuropa und den USA. Die Unterschiedlichkeit bezieht sich auf die Funktionen Georgiens (im Südkaukasus) für das jeweils eigene Wirtschaftsgeschehen.

Was „bietet“ Georgien der Außenwelt? Einen Teil des Transportkorridors für „kaspisches und zentralasiatisches“ Öl und Erdgas. Die Pipelines sind im Bau, das Nordseeöl und –gas werden weniger. Europas Abhängigkeit von russischer und mittelöstlicher Energieversorgung wächst. Diversifizierung von Energiequellen und Transportwegen ist „interessant“. Dazu eignet sich der Südkaukasus. Dies haben USA und Europa als Interesse gemeinsam, allerdings mit einigen Unterschieden im Detail.

Der konfliktgeladene Südkaukasus

Im Südkaukasus ist die Funktion des Transportkorridors durch einige Konflikte bedroht: drei durch Waffenstillstände „eingefroren“ (Karabach, Abchasien, Südossetien), einen durch Zurückdrängen „nicht ausgebrochen“ (Adjarien).

Für das „Kontrollieren“ der Intensität dieser Konflikte gibt es außerhalb der Region gelegene „Bestimmungsfaktoren“: die Politiken der USA, Russlands, der Türkei und des Iran. Diese vier Staaten haben unterschiedliche Einflusstärken und sind untereinander durch pragmatische Allianzen oder gezähmte Rivalitäten verflochten.

Die darin enthaltene „Dynamik“ macht Georgien mit seinen drei Konfliktgebieten mehr oder weniger „handlungsbeschränkt“ abhängig.

Alle vier Konflikte plus der Tschetschenienkonflikt an der Nordgrenze Georgiens machen den Südkaukasus zu einem Raum, der

für wirtschaftliche Investitionen von außen nur bei hohen Subventionen interessant ist. Die inneren Märkte (Austauschvorgänge) funktionieren angesichts offizieller Blockaden an vielen Grenzen nur mit intensiver „Korruption“. Alle Grenzen sind zwar „durchlässig“. Auch in karabachischen Panzern fließt azerbaidschanisches Öl, das durch Georgien transportiert wurde. Aber es kommt nicht durch rechtsstaatlich gesichertes Marktgeschehen dorthin, sondern nur durch korrupte Rechtsverletzungen, allerdings bei Wissen der jeweiligen politischen Führungen. Und das gilt an mehr Stellen des Südkaukasus: Aserbaidschan-Armenien, Armenien-Türkei, Südossetien-Russland, Abchasien-Russland.

Mit anderen Worten: Weder die inneren Bedingungen des südkaukasischen Raums noch die äußeren Einflüsse machen das gesamte Gebiet attraktiv für ein Wirtschaftsgeschehen, das ohne Korruption und ohne organisierte Kriminalität funktionieren sollte. Auch auf andere Bedingungen gerichtete Wünsche, Hoffnungen, Absichten der neuen georgischen Führung ändern an diesen Bedingungen nichts.

Wer „Wesentliches“ ändern wollte, müsste also die „Konflikthaltigkeit“ des Südkaukasus verringern. Und dazu müsste die Bedeutung der „Rivalität“ der äußeren Mächte für die innere Entwicklung gemindert werden.

Die inneren Konflikte waren Manipulationsmasse für Einflussnehmer von außen. Daran haben mehr als 10 Jahre moralischer Vorwürfe gegenüber oder zwischen den Einflussnehmern nichts geändert. Russland wird die Sezessionsbestrebungen nicht ohne offene oder verdeckte Hilfen lassen. Die USA werden eine antirussische „containment“-Politik fortsetzen und die Abkapselung des Iran weiter betreiben. Und darüber hinaus die Türkei in unterschiedlichen Bestrebungen bestärken, damit sie im Nahostkonflikt stabil bleibt und nicht die palästinensische Seite unterstützt. Völlig unabhängig davon, was der Beobachter des südkaukasischen Geschehens von außen oder von innen für richtig oder falsch, für gut oder verwerflich hält, mehr als 10 Jahre „Konflikte-Orientierung“ durch Einfluss von Außen haben gelehrt: So läuft es im Südkaukasus.

Und die im Südkaukasus vorhandenen Feindbilder haben zu „stabilen“, geradezu „zementierten“ Gegensätzen geführt, die für Georgien kurzfristig als unveränderliche Konstanten fürs die eigenen Abhängigkeiten betrachtet werden müssen.

Wer der neuen georgischen Führung helfen will, muss ebenfalls auf die kurze Frist mit diesen Konstanten rechnen. Und auf mittlere und längere Sicht muss er diese Konstanten verändern.

Europas Rolle

Europa hat einen Beauftragten für den Südkaukasus, auch wenn nur wenige das wissen. Er ist von Brüssel ernannt und ein finnischer Diplomat. Sein Name ist Heiki Talvitie und er kennt das südkaukasische Konfliktgeschehen und die Macht der äußeren Faktoren seit vielen Jahren aus unmittelbarem persönlichen Miterleben.

Kurzfristig sollte Europa mit seiner Hilfe „Finanzierungshilfen“ für die neue Führung Georgiens finanzieren, nicht nur um Wahlkämpfe zu führen, sondern um die Korruptionsabhängigkeit von „Führungseliten“ zu vermindern.

Gleichzeitig muss Europa Talvities Dienste einfordern, um die Konfliktintensität im Südkaukasus zu verringern. Dazu müssen Querverbindungen zwischen den bisher völlig arbeitsteiligen Bemühungen um die „Lösung“ der Konflikte hergestellt werden.

Um Abchasien kümmert sich die UNO, um Ossetien und Karabach kümmern sich unterschiedliche „Missionen“ der OSCE. Zumindest „EU-Europa“ muss in allen drei Konflikten „konzentriert“ auftreten und den Konfliktparteien der drei Konflikte den „regionalen“ Charakter und die regionale Wirkung der jeweiligen Konflikte verdeutlichen. Und was den vierten (am Ausbrechen gehinderten) Adjarien-Konflikt in Georgien angeht, muss es mehr konzertierte Bemühungen der nationalen Diplomaten der EU-Staaten geben, um auch dort für Intensitätsminderung zu sorgen.

Und das alles muss geschehen bei intensivem Bemühen, dafür Verständnis und Kooperation von Russland und den USA zu erhalten.

Warum muss Europa das leisten? Weil seine künftige Energieversorgung von den Förderstätten in Russland und dem Kaspischen Raum, abhängig sein wird und für den letzteren den Südkaukasus als Durchgangs-Transport-Gebiet braucht. Und ebenso braucht es die Türkei als Durchgangsraum für Energierohstoffe aus dem Mittleren Osten.

Diese Sachlage ist für Europa und die USA im Prinzip gleich. Aber die Quantitäten der aus diesen Räumen für den eigenen Bedarf stammenden Energierohstoffe sind sehr unterschiedlich. Russland wird von Europa viel stärker gebraucht als die USA. Diversifizierte Energiequellen und Transportwege brauchen jedoch beide, auch in dem Wissen, dass weitere „Energiegroßverbrauchsregionen“ auf den Weltmärkten auftreten (China, Indien).

Deshalb muss Europa mehr und anderes als die USA tun, damit der konfliktthaltige Süd-

kaukasus Bestrebungen zum „Gemeinsamen Markt“ zu werden entwickelt. Die Versuche der Entwicklungshilfe aus den EU-Staaten müssen in dieser Hinsicht stärker „konditioniert“ werden und mehr Außenhandel für einen seine Entspannung betreibenden Südkaukasus in Aussicht stellen!

Georgiens politische Landschaft

Georgien hat interessante Traditionen, die mit der deutschen Geschichte manche Querverbindung haben. Es hatte 1918 die erste sozialdemokratische Mehrheitsregierung, die fast als erstes die heutige Universität in Tiflis gründete. Sie respektierte damit eine bildungsbürgerliche Orientierung auf Deutschland, die es bereits im zaristischen und vorzaristischen Georgien gegeben hatte. Siemens hatte dort Fabriken. Deutsche Bergwerks-Unternehmen interessierten sich für georgische Rohstoffe, Eisenbahninteressen galten der Verbindung nach Persien. Und für Georgien stand das damalige Deutschland für die Beziehungen zu Europa.

In bolschewistischer Zeit war Georgien nicht nur privilegiert, denn es war Stalins Heimatland, auch das von Berija. Die nicht-georgischen Ethnien gerieten allerdings unter Siedlungsdruck, nachdem sie zu zaristischer Zeit teilweise sogar unter Aussiedlungszwang geraten waren.

Unter Schewardnadse als KPdSU-Parteisekretär gab es bereits zu Beginn der 80er Jahre erste Auflockerungen, er zeigte schon vor Gorbatschow „Perestroika-Signale“.

Das erklärt zum Teil seine lang andauernde Beliebtheit in Georgien. Aber die unterdrückten Ethnien sahen in seinem postsowjetischen Verhalten eher eine „Stalin-Nachfolge-Politik“. Das erklärt zum Teil seine Erfolglosigkeit im Umgang mit den noch dauernden Sezessionskonflikten.

Die von ihm gegründeten und geführten politischen Kräfte müssen sich neu orientieren – und damit deren Oppositionsgruppen auch. Die neue Führung wird also veränderte Anhängerscharen an sich binden – und da sie vermutlich nicht „einig“ sein wird, ihre Koalitionsfähigkeit im Auge behalten müssen. Saakashwili, Burdjanadse und Schwania waren bis zum Umsturz keineswegs ein Herz und eine Seele. Ob Schwania als möglicher Ministerpräsident mit Saakashwili als Präsident eine vernünftige Zusammenarbeit entwickeln kann, ist fraglich. Kaum einer kann präzise einschätzen, wie unterschiedlich intensiv sie „pro-amerikanisch“ und folglich „anti-russisch“ ihre Haltungen formen möchten, um ihrem gemeinsamen Heimatland wirklich dienen zu können. Und wird die US-Administration nicht erfolgreich mit Verlockungen arbeiten und damit die Konfliktgeladenheit des ganzen Südkaukasus ahnungslos und unbewusst bis ahnungsvoll und bewusst verstärken?

Die Chance, innerhalb der georgischen Wählerschaft mit einem antirussischen Feindbild



Wahlplakat des georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili

zu operieren und damit Anhänger zu sammeln, ist groß. Aber ein so erlangter Wahlsieg führt zu keinerlei „Entspannung“ im Südkaukasus und den innergeorgischen Konflikten! Die Parlamentswahlen im März werden darum eine Neuformierung der bisherigen politischen Gruppierungen mit sich bringen und möglicherweise bereits eine Aufspaltung der gemeinsam erfolgreich gewesenen derzeitigen Führungsgruppe.

Die georgische Gesellschaft ist in sich in keinerlei eng gebundene Gruppen aufteilbar, die klare Konturen für politische Parteien abgeben könnten. Am ehesten wären da noch tief spaltende „ethnische“ Orientierungen denkbar. Aber wer die armenischen, azerbaidschanischen und auch die innergeorgischen Minderheiten diskriminiert, provoziert merkwürdige georgische Nationalgefühle. Das gab es schon einmal zum Ende der Sowjetzeit, als Gamsachurdia sogar muslimisch orientierte Georgier zu „Gästen“ in ihrer uralten Heimat erklärte. Die Bevölkerung Georgiens ist leicht zu spalten und schwer zu einigen. Und Feindbildpflege nach außen (gegen Russland) kann schnell in Feindbildpflege im Innern und zu vermehrter Sezessionsbereitschaft umschlagen.

Die nächsten Monate bis zu den Parlamentswahlen können darum leicht eine Entwicklung bringen, die Georgiens Zukunft – und damit die des Südkaukasus mit mehr Fragen belastet, als Antworten auffindbar wären. Das Europa der EU hätte darum allen Grund, sich intensiv mit den inner-georgischen Vorgängen zu beschäftigen und ihre Orientierung mit zu betreiben. Die USA und Russland werden sich um Georgien kümmern. Leider kaum gemeinsam zum gemeinsamen Nutzen!

Und ziemlich leicht könnte daraus wieder eine „inner-europäische“ Gewaltanwendung entstehen. Denn Georgien liegt in Europa – auch wenn andere Europäer es erst merken würden, wenn es zu spät ist.

Rechtsruck in der Schweiz

Von Wolf Stettler und Adrian Zimmermann

Das Ultimatum

Es ist der Abend des 19. Oktobers 2003. Die Schweiz hat ein neues Parlament gewählt. Wieder gewinnt die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei (SVP). In der „Elefantenrunde“ der Bundesratsparteien stellt SVP-Präsident Ulrich Maurer ein in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaats einmaliges Ultimatum: Entweder die übrigen Parteien wählen auf Kosten der Christdemokratischen Volkspartei (CVP) Christoph Blocher, den schweizerischen Chemieindustriellen und Architekten des Erfolgskurses der SVP in den Bundesrat oder die Partei verlasse die Regierung. Knapp 2 Monate später wählt die vereinigte Bundesversammlung Blocher anstelle der christdemokratischen Bundesrätin Ruth Metzler in die Regierung. Erstmals seit 1872 wurde ein Mitglied der Kollegialbehörde abgewählt. Die seit 1959 unveränderte „Zauberformel“ (2 FDP – 2 CVP – 2 SP – 1 SVP) ist Geschichte. Um den rechten Durchmarsch komplett zu machen wird für den zurückgetretenen freisinnigen Finanzminister nicht die liberale Bernerin Christine Beerli, sondern der rechtsfreisinnige Appenzeller Hans-Rudolf Merz gewählt. Ein Sammler von Verwaltungsratsmandaten, in den 80er Jahren Gegner des in seinem Kanton erst 1989 eingeführten Frauenstimmrechts und – wie Christoph Blocher – einst in der apartheidfreundlichen Südafrika-Lobby aktiv. Der Erfolg der SVP überrascht: SP, CVP, Grüne und kleinere Links- und Mitteparteien haben in der Bundesversammlung eine knappe Mehrheit. Oberflächlich betrachtet, verdankt Blocher seinen Sieg folgenden drei Faktoren:

- Der Kapitulation der einstmals staatsstragenden Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) vor seinem Ultimatum
 - Einem 3er-Grüppchen kommunistischer Nationalräte, die sich mit einer halsbrecherischen Alles-oder-nichts-Strategie profilieren wollten und deshalb nicht für Metzler stimmten
 - Mehreren rechten CVP-Vertretern, die ihre eigene Bundesrätin opferten, um eine Mitte-Links-Regierung ohne SVP zu verhindern.
- Die eigentlichen Gründe für den Erfolg des Ultimatums liegen aber tiefer: In einem Klassengleichgewicht der Schwäche, wie es sich in den letzten Jahren nicht nur in der Schweiz ausgebildet hat. In diesem Land, das eine einmalig direkte Umsetzung sozialer in politische Kräfteverhältnisse kennt, ist diese Diagnose aber

leichter zu stellen, als in Ländern, wo der Staatsapparat ein grösseres Eigenleben führt.

Die Krise der bürgerlichen Hegemonie

Das Bürgertum ist durch den Zusammenbruch seiner führenden Fraktion, des Zürcher Bahnhofstrassenfreisinn in der Swissair-Krise geschwächt.

Freisinn und Christdemokraten haben bei der (klein-)bürgerlichen Wählerschaft verloren, die SVP wurde mit ihrem rechtspopulistischen Programm zur wählerstärksten Partei.

Dieser Trend wird kräftig gefördert: Das Gros der Wahlkampfspenden von Hochfinanz und Grossindustrie dürfte dieses Mal an die SVP geflossen sein. Funktionäre des Grosskapitals haben unverhohlen die Wahl der SVP empfohlen und starken Druck für die Wahl Blochers in den Bundesrat und eine rechtsbürgerliche Vierermehrheit ausgeübt.

Entscheidend dafür ist, dass die Differenzen der 90er Jahre zwischen Blocher und den etablierten Kreisen in der Grossbourgeoisie weitgehend obsolet sind: Nach deren Einschwenken auf den Weg bilateraler Verträge mit der EU anstelle der multilateralen Integration in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder gar in die EU sind die innerbürgerlichen Differenzen in der Europa-Frage vernachlässigbar. Zudem ist die Investorengruppe um Blochers Freund Martin Ebner im New-Economy-Crash untergegangen, was den Gegensatz zwischen den Rentier-Newcomern um Blocher und den alteingesessenen grossbürgerlichen Zürcher, Basler und Genfer Familienclans und ihrem Management entschärft hat. Damit sind aber auch Blochers Pläne geplatzt mit Hilfe der Ebner-Gruppe die dominante Investorengruppe der schweizerischen Grossindustrie aufzubauen, er setzt daher wieder auf die Politik.

Blocher als Retter des Bürgerblocks

Blochers Rede an der Albisgüetli-Tagung vom Januar 2002 kann als Appell an das Bürgertum verstanden werden, sich unter seiner Führung neu zu formieren. Rede handelt vom Unterschied zwischen „wahren und falschen Eliten“. Blocher greift die Empörung und Verunsicherung über die vielen Firmenskandale auf und macht das individuelle Fehlverhalten einiger (freisinniger) Manager dafür verantwortlich, denen er die „wahre Elite“ der paternalistisch-fürsorglichen Unternehmer entgegenstellt. Blocher will mit dieser Rede linker Kritik zuvor-

kommen, die auch bürgerlichen Wählerschichten zunehmend einleuchtet.

Die Schwäche der Linken

Die Linke hat in den vergangenen Jahren eine Reihe entscheidender defensiver Abstimmungserfolge errungen, die Gewerkschaften konnten wichtige Teilerfolge in Streiks durchsetzen. (Für das Beispiel des Referendumserfolgs gegen die Strommarktliberalisierung vgl.: Wolf Stettler, Adrian Zimmermann, Die Schweiz sagt Nein zum „freien Strommarkt“, in: spw 130 (2003) S. 45 ff.) Die Wirtschaftspolitik konnte teilweise in eine interventionistischere Richtung verschoben werden. Weite Bevölkerungsschichten sind klar gegen weitere Deregulierungs- Privatisierungs- und Abbaumassnahmen.

Doch die parteipolitische Linke kann diese Erfolge noch zu wenig in Wahlerfolge umsetzen. Dies hängt damit zusammen, dass ihre Analysen oberflächlich bleiben, dass sich viele Exponentinnen nicht von sozialliberalen Illusionen lösen konnten. Deshalb hatten sie der ideologischen Offensive Blochers wenig entgegenzusetzen, sie beschränkten sich auf parteipolitische Polemik gegen den Wirtschaftsfreisinn – wobei sie die anderen bürgerlichen Parteien und v.a. die SVP schonten. Klassentheoretische und kapitalismuskritische Analysen, wirtschaftsdemokratische Alternativen sucht man in Stellungnahmen linker Politiker weitgehend vergeblich.

„Rechtsruck im Bundesrat – der Widerstand ist schon parat“

Unter diesem Slogan formierten sich schon am 10. Dezember selbst spontane Demonstrationen. Der Schock des 10. Dezember hat neue Bewegung in die Linke gebracht. Noch am selben Tag haben sich Komitees vorab von jungen Frauen gebildet, die den Rechtsruck und die krasse Untervertretung der Frauen in der Regierung nicht kampflos hinnehmen wollen. Viele dieser jungen Frauen sind bereits bei den JUSO, der Partei oder den Grünen organisiert. Es ist zu hoffen, dass auch AktivistInnen der globalisierungskritischen Bewegung, die bis jetzt die Parteipolitik gemieden haben, umdenken und daraus der Partei neue junge Aktivisten zufließen werden, die für den notwendigen bewegungspolitischen Schwung sorgen, den die Partei für ihre soziale Oppositionspolitik braucht.

Gelingt es, die Partei wieder eindeutig auf die Interessen der Lohnabhängigen auszurichten und dem Bürgerblock mit inner- und ausserparlamentarischer Oppositionspolitik das Regieren schwer zu machen, kann die SP bei den nächsten Wahlen wieder stärkste Partei werden.

Gesundheitsreform für wen?

Was bedeutet die Gesundheitsreform für sozial benachteiligte Menschen?

Von Gerhard Trabert

Wenn Du arm bist musst Du in Zukunft noch früher sterben!

Seit über 10 Jahren gibt es auch im deutschsprachigen Raum gesicherte Erkenntnisse zum Zusammenhang und zur gegenseitigen Einflussnahme von Armut und Gesundheit bzw. Krankheit. Immer noch wird diesem Kontext sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Fachöffentlichkeit zu wenig Beachtung geschenkt. Die Gesundheitsmodernisierungsvorschläge von Regierung und Opposition führen zu einer weiteren Verschlechterung der Versorgungssituation sozial benachteiligter Menschen. Eine weitergehende Privatisierung im Gesundheitswesen, die Erhöhung von zu erbringenden Eigenleistungen und Zuzahlungen, die Streichung von bestimmten Leistungen belastet insbesondere sozial benachteiligte Menschen. Zudem führt der Sozialabbau, die Vorschläge hinsichtlich der Angleichung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld (sogenanntes Arbeitslosengeld 2) zu einer Zunahme von Armut. Sozial benachteiligte Menschen werden somit dreifach benachteiligt: Die bisherigen finanziellen Unterstützungen werden eingeschränkt und teilweise reduziert, die Ausgaben für die Behandlung von Krankheit erhöhen sich, die Behandlungsleistungen werden eingeschränkt. Die Armut wird in Deutschland zunehmen und somit auch die Erkrankungsquote sozial benachteiligter Menschen. Letztendlich wird auch die Sterblichkeit armer Menschen in unserer christlich humanistisch geprägten Gesellschaft zunehmen.

Fakten:

Bestimmte Bevölkerungsgruppen, die besonders von Armut betroffen sind, wie z. B.:

- Kinder zwischen 0 – 15 Jahren
- Alleinerziehende Elternteile (in der Regel Mütter)
- Familien mit mehr als 3 Kindern
- Arbeitslose Menschen
- Wohnungslose Menschen
- Ausländische Mitbürger
- in Zukunft verstärkt alte Menschen, chronisch Kranke und Behinderte haben ein signifikant erhöhtes Erkrankungs- sowie Sterblichkeitsrisiko.

Bei Erwachsenen führt Krankheit in verstärktem Maße zu Armut, bei Kindern führt die Armut in ihrem späteren Leben gehäuft zu Krankheit, dies ergab u.a. eine wissenschaftliche Studie der Universität Marburg. Sieht man sich die Erkrankungsraten sowie das Erkrankungsspektrum der von Armut betroffenen Menschen in unserer Gesellschaft genauer an, so lassen sich erhöhte Quoten z.B. für das Auftreten von Herz- Kreislauf- und Krebserkrankungen feststellen. So ist der Herzinfarkt heute keine „Managerkrankheit“ mehr, wie noch in den 70er und 80er Jahren, sondern eine lebensbedrohliche Erkrankung die gehäuft bei Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen gesellschaftlichen Status auftritt. Bestimmte Krebserkrankungen treten ebenfalls gehäuft bei ökonomisch benachteiligten Menschen auf. Der Kranken- und Unfallverletztenanteil ist generell bei Sozialhilfeempfängern wesentlich höher als im Bevölkerungsdurchschnitt. Bei Kindern die von Einkommensarmut betroffen sind, findet man gehäuft Infekte, Zahnerkrankungen und psychosomatische Beschwerdekompexe. Die Bundesvereinigung der Kinderärzte wies schon im Jahre 2000 darauf hin, dass jedes fünfte Grundschulkind zu Beruhigungsmitteln und Medikamenten greift. In höheren Jahrgängen macht dies bereits jedes dritte Kind. Zusätzlich zum Kontext der Psychosomatik treten psychiatrische Erkrankungen in den Vordergrund, und hier besonders Depressionen. Dies führt dann wiederum bei vielen Betroffenen zu Selbstmordversuchen. Die Selbstmordrate ist gerade bei arbeitslosen Menschen im Vergleich zu Erwerbstätigen deutlich erhöht. Aber nicht nur die Häufigkeit ist erhöht, sondern auch die Suizidversuche mit tödlichem Ausgang.

Gerade hier werden die existentiell bedrohlichen Facetten der oft bagatellisierten sogenannten relativen Armut in unserer Gesellschaft deutlich. So ergaben verschiedene Studien, erhöhte Unfallquoten (speziell Verkehrsunfälle) mit tödlichem Ausgang für von Armut betroffene Kinder und hier besonders für ausländische Kinder. Die Sterblichkeit von arbeitslosen Menschen ist um das 2,6fache höher als bei Erwerbstätigen. Nach einer Untersuchung der Medizinischen Hochschule Hannover ha-

ben arme Menschen eine ca. sieben Jahre kürzere Lebenserwartung als reichere Mitbürger. Die Erhöhung der Lebenserwartung, aufgrund z.B. verbesserter medizinischer Therapieformen, betrifft besonders Menschen mit einer höheren Schulausbildung.

Wie sehen jetzt die Regierungs- und Oppositionsvorschläge hinsichtlich einer sogenannten Gesundheitsmodernisierung, unter Berücksichtigung der erwähnten Zusammenhänge von Armut und Krankheit aus:

Bestimmte Leistungen werden gestrichen z.B. Krankengeld (Regierung). Es ist der Ausstieg aus der Solidarfinanzierung.

Zahnbehandlungskosten werden eingeschränkt und durch eine private Absicherungspflicht umfinanziert. Wird die Schichtzugehörigkeit in Zukunft am Zahnstatus ablesbar sein. Es soll keine Befreiung mehr für die Zuzahlung bei Fahrtkosten und für Arznei-, Verband- und Heilmittel geben. Die Belastungsgrenze beträgt 1% des Bruttoeinkommens für chronisch Kranke und 2 % für alle übrigen Versicherten. (Dies geht der AOK z.B. noch nicht weit genug, sie hätten die „2%-Regelung“ gerne für alle.) Obwohl zum Thema „chronisch Kranke“ schon jetzt die Deutsche Krebshilfe und die Deutsche AIDS-Hilfe über zunehmende Anträge von betroffenen Patienten bezüglich einer finanziellen Unterstützung aufgrund der schlechter werdenden Einkommenssituation berichten. Die Zuzahlungen bei Arznei- und Verbandmitteln betragen für Sozialhilfeempfänger mindestens 1 Euro. Dies fließt aber in die Berechnung des Sozialhilferegelsatzes (ca. 290 Euro außerhalb von Einrichtungen und ca. 85 Euro in Einrichtungen) bisher überhaupt nicht ein. So dass diese Regelung einer Erniedrigung der Sozialhilfe entspricht.

Die Opposition wollte gar eine Finanzbeteiligung von 10% an den Behandlungskosten! Leistungen werden stark eingeschränkt z.B. Sehhilfen werden nur noch bis zum 18. Lebensjahr und bei stark sehbehinderten Menschen erstattet. Werden wir in Zukunft nicht mehr Brillen für Bangla Desh sondern für wohnungslose Menschen in Deutschland sammeln müssen.

Fahrtkosten müssen selbst getragen werden. (Was ist mit dem Krebspatienten der bisher zur Chemotherapie gefahren und wieder abgeholt wurde, da er nach der Behandlung hierzu körperlich nicht mehr in der Lage war. Was ist mit dem Dialysepatienten?)

Das Krankenhaustagegeld wird auf 10 Euro pro Tag und bis zu 28 Krankenhausbehandlungstage erhöht. Dies trifft auch auf medizinische Rehabilitationsmaßnahmen und Vorsorgekuren für Mütter zu. Schon jetzt ist der Anteil alleinerziehender Mütter an Mutter-Kind-Rehamaßnahmen überdurchschnittlich hoch, wobei verschiedene Wohlfahrtsverbände von notwendigen finanziellen Zuschüssen berichten, damit die betroffenen Mütter und Kinder überhaupt an diesen medizinischen Maßnahmen teilnehmen können.

Prof. Dr. med. Dipl. Sozialpädagogin Gerhard Trabert, Vorsitzender des Vereins Armut und Gesundheit in Deutschland e.V., Leiter der Arbeitsgruppe „Armut und Gesundheit“ der Nationalen Armutskonferenz Deutschlands; Mitglied der Arbeitsgruppe „Armut und Gesundheit“ des Bundesgesundheits- und sozialministeriums.

Einführung der 10 Praxisgebühr. Aus Untersuchungen in Schweden wissen wir, dass die Einführung einer Praxisgebühr dazu führt, dass gerade sozial und damit auch finanziell benachteiligte Menschen seltener zum Arzt gehen. Es gibt aber auch positive Verbesserungsvorschläge:

§20 SGB V zur Gesundheitsprävention (besteht schon seit 2001) soll besonders die Situation sozial benachteiligter Menschen verbessern unter Berücksichtigung sinnvoller Setting-Ansätze, d.h. das man z.B. mehr Gesundheitspräventionsangebote vor Ort, in dem Lebensumfeld der Menschen anbietet (z.B. in sozialen Brennpunkten). Allerdings muss die praktische Umsetzung dieses Gesetzes rascher erfolgen. Von den veranschlagten Ausgaben pro Versicherten in Höhe von 2,56 Euro, wird von den Krankenkassen bisher im Durchschnitt erst 0,91 Euro investiert. (Die AOK liegt mit 1,44 Euro an der Spitze der Krankenkassen.)

Die Zugehörigkeit von Sozialhilfeempfänger an der GKV, d.h. das Sozialhilfeempfänger mit der Versichertenchipkarte ausgestattet werden, und somit bisher bestehende teilweise diskriminierende Komponenten bei der Ausstellung eines speziellen „Sozialhilfekrankenscheines“ reduziert werden.

Eine seit Jahren von uns geforderte Novellierung des §37 SGB V (Häusliche Krankenpflege) der eine strukturelle Versorgungsbenachteiligung von wohnungslosen Menschen darstellt. (Den GKV-Versicherten Wohnungslosen steht demnach kein Anspruch auf ambulante Krankenpflege gegenüber den Krankenkassen zu, da §37 SGB V einen eigenen Haushalt zur Voraussetzung hat. Dies wird durch den neuen Gesetzesentwurf ausgeschlossen.)

Neben der Kritik an den vorgeschlagenen strukturellen „Reformen“ sind wirkliche inhaltliche Reformen, die zu einer wirklichen Versorgungsverbesserung von sozial benachteiligten Menschen führen, und nicht unbedingt mehr Kosten erfordern, vielleicht kurzfristig aber mittel- bis längerfristig deutliche Einsparungen erbringen, notwendig. Da das Gesundheitssystem viele arme Menschen nicht erreicht, sind Überlegungen einer veränderten Struktur der medizinischen Versorgung notwendig. Die klassische Komm-Struktur im ärztlichen Bereich (Patient kommt zum Arzt) ist durch die Praktisierung einer Geh-Struktur, der Arzt geht zum Patienten, zu ergänzen. Ein medizinisches Versorgungsangebot „vor Ort“, innerhalb sozialer Brennpunkte, Wohnungsloseneinrichtungen, Arbeitsämter, Schulen, Kindergärten usw. ist notwendig. Dies sollte interdisziplinär durch eine enge Zusammenarbeit von Sozialarbeit, Arzt und Pflege geschehen.

Das Ziel dieser komplementären Versorgungsstrukturen muss eine Reintegration der Betroffenen in das bestehende Regelsystem sein, im Sinne einer Implementierung der Versorgungsangebote. Es darf keine spezielle „Arbeitsmedizin“ etabliert werden.

Gedankensplitter zu Fehlentwicklungen im Gesundheitssystem

Nicht bei Sozialhilfeempfängern muss gespart werden sondern bei der Bezahlung von Zahnärzten und Kieferorthopäden, bei Labormedizinern und Radiologen. Gerade diese Berufsgruppen verdienen am meisten unter den Ärzten, und stehen oft für überflüssige Doppelun-

tersuchungen. Aber auch scheinbar rational und objektiv getroffene Indikationsstellungen wie z.B. die hohe Rate an kieferorthopädischen Behandlungen, Coronarangiographien (Herzkatheteruntersuchungen), Hysterektomien (Gebärmutterentfernungen) usw. müssen in Frage gestellt werden. Ist es zu akzeptieren dass Medikamente hierzulande oft wesentlich teurer sind als im Ausland?

Aber hier sind die Gesprächspartner oder -gegner im Hinblick auf einen Finanzierungs- bzw. Leistungserbringungsabbau mächtige Berufsverbände und die Pharmaindustrie. Dies sind zum Teil Globalplayer die ihr Handwerk der Lobbyarbeit verstehen und natürlich ganz andere Machtfaktoren ins Spiel bringen können als z.B. die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeempfänger oder der Wohnungslosenhilfe.

Neue kreative Finanzierungsvorschläge sind gefragt. Warum nicht eine freiwillige Abgabe der Pharmaindustrie, der Zigaretten- und z.B. Alkoholindustrie für die medizinische Behandlung von sozial benachteiligten Menschen fordern. Sie profitieren am meisten von dem Risikoverhalten der Betroffenen. Es gibt genügend Geld in unserer Gesellschaft, es war, ist und bleibt ein Verteilungsproblem vorhandener Ressourcen. Zudem ist eine transparente Vermittlung von sozial gerechter Verteilung was die finanzielle Belastung angeht, unbedingt notwendig und kann zu einer großen Akzeptanz auch von hohen Steuersätzen führen (siehe Schweden).

Die angestrebten Leistungskürzungen führen zu einer kurzfristigen finanziellen Entlastung der Haushalte, mittel- und längerfristig muss bei zu erwartenden erhöhten Erkrankungsquoten bei sozial benachteiligten Menschen mit höheren Ausgaben gerechnet werden.

Nicht Sozialhilfeempfänger klagen auf einem hohen Niveau sondern Beamte, Politiker und auch die schon erwähnten bestimmten Facharztgruppen (z.B. Labormediziner, Radiologen). Muss man das kollektive politische Gerede vom scheinbar notwendigen Sozialleistungsabbau wirklich akzeptieren? Über 400 Wissenschaftler haben bisher den sogenannten „Sozialaufruf“ unterzeichnet, der diese Politik des Sozialabbaus verurteilt, und Alternativen darlegt.

Das Solidarprinzip im Gesundheitswesen ist aufrechtzuerhalten. Privatisierungstendenzen von elementaren Gesundheitsleistungen müssen gestoppt werden, Zuzahlungen müssen unter dem Aspekt einer strukturellen Benachteiligung chronisch Kranker und behinderter Menschen kritisch hinterfragt werden.

Die anstehenden Reformen und Neustrukturierungen werden zu einer weiteren Benachteiligung bezüglich der Gesundheitsversorgung und zu einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes von ökonomisch benachteiligten Menschen führen

Eine demokratisch-humanistisch ausgerichtete Gesellschaft wird sich daran messen müssen, wie sie mit den schwächsten Gesellschaftsmitgliedern umgeht.

INTERVENTION

Zeitschrift für Ökonomie

Im Frühjahr 2004 erscheint erstmalig die Zeitschrift INTERVENTION. ZEITSCHRIFT FÜR ÖKONOMIE. Mit ihren Beiträgen greift sie in ökonomische Theoriediskussionen ein. Sie interveniert, weil sich der theoretische Ansatz und die wirtschaftspolitischen Folgerungen des Mainstream der Ökonomik häufig auf ein zu einfaches Ergebnis reduzieren: mehr Markt, mehr Wettbewerb, mehr Deregulierung. INTERVENTION bietet stattdessen ein Forum für Beiträge, die in der Theorie die historische und gesellschaftliche Bedingtheit ökonomischer Prozesse aufnehmen und in der wirtschaftspolitischen Praxis den Fokus auf die Möglichkeiten gestalten und eingreifenden Handelns legen. INTERVENTION ist keinem einzelnen Paradigma verpflichtet, sondern verfolgt einen pluralen Ansatz. Ziel von INTERVENTION ist es, alternativen Standpunkten eine Darstellungsmöglichkeit zu bieten und zu Austausch und Diskussion zwischen ökonomischen Schulen anzuregen.

INTERVENTION bietet Raum für englisch- und deutschsprachige Beiträge unterschiedlicher Art. Die Rubrik „Artikel | Articles“ umfasst

grundlegende Texte, die ein anonymes Begutachtungsverfahren durchlaufen. Im „Forum“ erfolgt eine Analyse und Kommentierung aktueller wirtschaftlicher Themen und Entwicklungen. Diese Beiträge wirbt die Redaktion zeitnah ein. INTERVENTION wird künftig halbjährlich herauskommen. Die zweite Ausgabe erscheint im Herbst 2004 mit einem Schwerpunkt zu finanzpolitischen Fragen.

Artikeleinreichungen für den referierten Teil sowie Rezensionen sind jederzeit willkommen. Einsendungen werden in deutscher und englischer Sprache akzeptiert. Artikel können unter der Email-Adresse redaktion@zeit-schrift-intervention.de oder unter der unten stehenden Postadresse eingereicht werden.

An einem Abonnement der Zeitschrift oder an der kostenlosen Zusendung des ersten Heftes als PDF-Datei Interessierte wenden sich bitte an abo@zeitschrift-intervention.de oder an unsere Postadresse: INTERVENTION, Zeitschrift für Ökonomie, c/o Prof. Ralf Blendowske, FB MN, FH Darmstadt, Schöfferstraße 3, 64295 Darmstadt, Deutschland

Weitergehende Informationen zur Zeitschrift, zur Einsendung von Beiträgen sowie zu den Abonnementbedingungen sind auf unserer WWW-Site <http://www.zeitschrift-intervention.de> einsehbar.

Kommunale Armuts- und Reichtumsberichte

Von Heike Hellmeister, Christian Möls, Olaf Perrey, Ulrich Rückin, Roy Schmidtke

Überschuldung ist eine zunehmende sozialpolitische Problemlage. Inzwischen wurde zwar erkannt, dass die betroffenen Haushalte Hilfestellungen benötigen. Der „Privatkonkurs“ wurde eingeführt. Als Bestandteil kommunaler Sozialberichterstattung aber fristet das Thema Überschuldung weiter ein randständiges Dasein. Wir haben im Rahmen der Initiative „Osnabrücker Sozialkonferenz“ Anforderungen an einen kommunalen Überschuldungsbericht entwickelt, die wir jetzt in Kurzform darstellen werden.

Ursachen und Folgen von Überschuldung

Überschuldung hat in den letzten 14 Jahren dramatisch zugenommen. Waren im Jahr 1989 noch 1,3 Mio. Haushalte betroffen, so ist die Zahl bis ins Jahr 1999 auf 2,7 Mio. angewachsen. Tendenz steigend. In einer Kreditgesellschaft ist es sicherlich „normal“, dass Haushalte sich verschulden. Langlebige Konsumgüter oder gar Immobilien können eben meist nicht aus dem Ersparten finanziert werden. Wenn die Schulden aus dem laufenden Einkommen nicht mehr bezahlt werden können, wird aus Verschuldung Überschuldung. Warum passiert das immer häufiger? Hier spielen vielfältige Faktoren eine Rolle. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, wie eine zunehmende Zahl an Geringeinkommen und aggressive Werbepraktiken der Finanzanbieter sind einerseits zu nennen. Andererseits sind es oft kritische Lebensereignisse wie Scheidung/Trennung, Unfall/ Krankheit, Schwangerschaften sowie mangelnde finanzrechtliche Kenntnisse, die zum Entstehen von Überschuldung beitragen. Der wichtigste Faktor für Überschuldung ist aber heute die Arbeitslosigkeit. Sie tritt i.d.R. unvorhersehbar ein. Aufgrund der dann plötzlich radikal geminderten Haushaltseinkommen können die Betroffenen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen und sie sind plötzlich überschuldet.

Die Folgen von Überschuldung sind drastisch. Die Schuldner werden unvorbereitet mit Mahnbescheiden, Vollstreckungstiteln, dem Gerichtsvollzieher konfrontiert. Einkommen und Sachen werden gepfändet, die

Eidesstattliche Erklärung wird abgegeben. Konto- oder Arbeitsplatzverlust können folgen. Überschuldete Haushalte stehen unter starkem psychosozialen Stress. Viele ziehen sich aus sozialen Bezügen zurück, weil sie glauben, jetzt nicht mehr mithalten zu können.

Überschuldung und ihre Bedeutung für die Sozialberichterstattung

Aber überschuldete Haushalte haben in den letzten Jahren auch Erleichterungen erfahren. Erstens sind die finanziellen Spielräume seit dem Jahr 2002 durch die Anhebung der Pfändungsfreigrenzen deutlich erweitert worden. Alleinstehende dürfen auf jeden Fall 930 € behalten, bevor die Pfändungen anfangen, für Unterhaltspflichtige liegt der Wert noch höher. Damit sind die meisten betroffenen Haushalte heute praktisch pfändungsfrei.

Zweitens wurde der Zugang zum Insolvenzverfahren erleichtert, weil die Gerichtskosten gestundet werden. Das bedeutet, jeder betroffene Haushalt kann jetzt theoretisch am Verbraucherkonkurs teilnehmen – vorausgesetzt, er findet eine Beratungsstelle, die ihn unterstützt. Insgesamt sind also die rechtlichen Möglichkeiten größer geworden.

Doch auch wenn heute Überschuldung nicht unmittelbar zu Armut führen muss, ist sie weiter mit diesem Themenbereich verknüpft:

Überschuldung kann weiter in eine Armutssituation führen. Unmittelbar, indem z.B. „Angstraten“ aus unpfändbaren Einkommensanteilen gezahlt werden, was die Existenz gefährdet. Oder mittelbar, indem Schulden zum Verlust des Kontos und des Arbeitsplatzes führen, was dann Armut zur Folge haben kann.

Überschuldung verhindert das Entkommen aus einer Armutssituation. Wer z.B. aufgrund eines kritischen Lebensereignisses in eine Armut- und Überschuldungssituation gerät, wird es – gerade beim heutigen Arbeitsmarkt – deutlich schwerer haben, einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden. Auf Anfrage ist Überschuldung vom Arbeitssuchenden wahrheitsgemäß anzugeben, bei

Nichtangabe kann dies ein Kündigungsgrund sein.

Zusammengefasst lässt sich also sagen, dass das Thema Überschuldung nach wie vor von großer Relevanz für eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist. Überschuldung kann als *ein* wichtiger Faktor angesehen werden, der die Lebenslage von Haushalten wesentlich mitbestimmt.

Anforderungen an einen Überschuldungsbericht

Ein Überschuldungsbericht muss zunächst fragen: Wie viele Menschen vor Ort sind konkret betroffen?

Zur Erfassung stehen verschiedene Indikatoren bereit, z.B. Miet- und Energieschulden, Anzahl der Pfändungen, Kreditkündigungen, Anzahl der Eidesstattlichen Erklärungen, Repräsentativbefragungen. Alle sind wichtig, wirklichen Aufschluss geben aber nur die Eidesstattlichen Erklärungen. Da nicht jeder Überschuldete eine E.E. abgibt, sind ergänzende Repräsentativbefragungen von hoher Bedeutung.

Entwicklung der Überschuldungsfälle

Aus den Zahlen zum Überschuldungsumfang sind *sozialpolitische Handlungsfelder*, zum Beispiel Beratungs- und Aufklärungsbedarf, *fest zu legen*. Diese Zahlen müssen regelmäßig erfasst werden, um die Überschuldungsentwicklung zu überprüfen. Nur so ist es möglich Überschuldung in gesellschaftliche Veränderungsprozesse einzuordnen und die eingeleiteten Hilfen zu evaluieren. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene lässt sich so auch überprüfen, ob Gesetzesveränderungen wie beispielsweise das Insolvenzrecht die Überschuldungssituation verändern.

Struktur überschuldeter Haushalte

Es muss ermittelt werden, welche Personengruppen von Überschuldung betroffen sind. Dazu gehört die Erfassung von Informationen zu Geschlecht, Alter, Familienstand, Bildung, Einkommensarten und -höhe, um spezifische Problemlagen zu erkennen. Diese Daten sollen aber nicht für sich alleine stehen, sondern müssen mit weiteren Daten der Erhebung vernetzt werden. Nur so können ein spezieller Handlungsbedarf und Unterstützungsleistungen festgelegt werden. Hierbei können Fragen im Mittelpunkt stehen, ob besonders Frauen durch Bürgschaften in eine Überschuldungssituation gera-

ten. Dort wäre dann mehr Informationsarbeit zu leisten.

Schuldenstruktur und Gläubigerstruktur

Es ist zu ermitteln, welche Schuldenarten vorliegen. Der Blick in die Statistik einer Osnabrücker Schuldnerberatung zeigt z.B., dass ein Grossteil der Schulden aus Krediten stammt. Aber auch Schulden, die die direkte Existenz bedrohen, wie Miet- und Energieschulden, haben einen hohen Anteil. Vielfach liegen bei öffentlichen Gläubigern (Finanzämtern, Arbeitsamt, Sozialamt, Jugendamt, GEZ oder „Bafög-Amt“) Schulden vor. Hieraus kann spezieller Handlungsbedarf abgeleitet werden.

Auch muss die Liste der Schuldenarten ständig angepasst werden. Telekommunikationsschulden sind z.B. in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen und heute schon eine zählbare Größe, die nicht mehr unter Sonstiges abzuhaken ist. Eine differenzierte Erfassung ist notwendig, um Entwicklungen in der „Kreditgesellschaft“ feststellen und wirksam gegensteuern zu können.

Ein solcher Bericht muss auch danach fragen, wer an der Überschuldung beteiligt ist. Eine detaillierte Erfassung der Gläubiger (Banken, Versandhäuser, Ämter, Telekommunikationsunternehmen etc.) ist notwendig, um Forderungen nach politischen und gesetzlichen Veränderungen zum Schuldnerschutz abzuleiten und in den politischen Prozess einzubringen.

Ursachen

Weiterhin sollen Informationen zu den Ursachen von Überschuldung ermittelt werden. Arbeitslosigkeit, Unfall, Scheidung, Konsumverhalten wurden bereits exemplarisch genannt. Ziel muss es hierbei sein, die *Schuldendynamik* qualitativ aufzudecken: Es ist z.B. sicherlich in unserer Gesellschaft normal, die Wohnungseinrichtung mit einem Kredit zu finanzieren. Kommt es dann zu einer starken Einkommenseinbuße durch Wegfall eines Einkommens, zum Beispiel durch Kinderbetreuung, ist die Zahlung der Raten nicht mehr gewährleistet. Welchen Verlauf die Verschuldung in dieser Situation nimmt, ist sehr unterschiedlich. Oft wird ein neuer Kredit aufgenommen, um den alten zu finanzieren. Wenn dann keine Verbesserung der Einkommenssituation eintritt, ist der Weg in die Überschuldung fast vorprogrammiert.

An welchem Punkt, durch welche Auslöser schlägt Verschuldung in Überschuldung um? Hier ist durch die Erkenntnisse der Erhebung gezielte Präventionsarbeit zu leisten. Folgen

Ein umfassender Bericht muss auch die sozialen und individuellen Folgen von Überschuldung erfassen. Führt die bestehende Situation zu Wohnungsverlust oder zu Arbeitslosigkeit? Leiden die Betroffenen unter einem Verlust sozialer Anerkennung? Entste-

hen besondere familiäre Konflikte oder Krankheiten?

Geraten die Überschuldeten in einen Sog hinein, weil durch den Verlust des Girokontos zusätzliche Kosten entstehen, oder weil die Arbeitssuche zusätzlich erschwert wird?

Auch die Ermittlung dieser Daten soll dazu dienen, gezielte Hilfsangebote zu entwickeln.

Umgang mit Überschuldung

Eine Erhebung zu diesem Themenkomplex muss auch fragen, ob die Betroffenen die bestehenden Hilfsangebote in Anspruch nehmen. Dabei muss erkundet werden, warum sie *nicht* genutzt werden. Liegt es an mangelnder Information? An zu langen Wartezeiten? An der schlechten Erreichbarkeit?

Daneben sollte auch erfasst werden, wen die Betroffenen als erste Ansprechpartner wählen. Ist es die Schuldnerberatungsstelle, der Pastor, das Betriebsratsmitglied oder die Sozialarbeiterin aus dem Stadtteiltreff? Hier ließen sich bestehende und akzeptierte Hilfsangebote effektivieren, indem durch gezielte Informationen die Kompetenzen der Ansprechpartner erhöht werden. So könnte „Erste Hilfe“ zum Thema Überschuldung direkt geleistet werden, beispielsweise die Erstellung eines fristgerechten Widerspruchs, um dann die Betroffenen an die zuständigen Stellen weiterzuleiten.

Kommunale Ansatzpunkte zur Prävention

Auch wenn sozialpolitische und gesetzliche Veränderungen schwerpunktmäßig auf der Bundes- und teilweise Länderebene anzusiedeln sind, gibt es doch Präventionsmöglichkeiten vor Ort. Dazu zählen:

Verbesserte Aufklärung und Informationen über Überschuldung und Entschuldungsmöglichkeiten. In Presseveröffentlichungen und Infobroschüren könnte über die Hintergründe von Überschuldung informiert werden, Strategien für den Umgang mit Überschuldung („Was ist zu tun, wenn ...“) könnten erläutert werden. Schuldenberatungsstellen könnten hier vorgestellt werden.

Ausbau von Schuldenberatung. Es ist allgemein bekannt, dass Beratungsstellen für Überschuldete vollkommen überlaufen sind. Wartezeiten von 3-4 Monaten sind inzwischen üblich. Präventionsarbeit und zeitintensive allgemeine Sozialberatung können unter diesen Bedingungen aber kaum noch stattfinden, nur ein Bruchteil der Fälle, die ein Insolvenzverfahren durchlaufen könnten, kann real bearbeitet werden. D.h. wir haben hier ein sozialpolitisches Gesetz, das von vielfach nicht in Anspruch genommen werden kann, weil die Beratungskapazitäten fehlen. Der Ausbau von kommunaler Schuldenberatung ist deshalb dringend geboten.

Mehr Hilfestellungen bei bürokratischen Verfahren. Schuldner/innen sind im Umgang mit

Mahnbescheiden/ Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen etc. oft überfordert. Die Schuldenberatungsstellen oder Verbraucherzentralen könnten um „Schulden-Erste-Hilfe-Fachkräfte“ erweitert werden, die ohne vorherige Wartezeiten sicher stellen, dass der Schuldnerschutz gewährleistet ist. Eine Möglichkeit wäre auch, Rechtspfleger/innen, Bankkaufleute, Sozialberater soweit auszubilden, dass Überschuldete bereits vor Ort qualifizierte Erstberatung erhalten.

Begleitung („mit Schulden leben lernen“). Überschuldung stellt eine wirtschaftliche und eine psychische Belastung für den Haushalt dar. Dies erfordert Sozialberatung, die sowohl die psycho-soziale Stabilisierung des Haushaltes sicher stellt, als auch Unterstützung bei der hauswirtschaftlichen Planung bietet. Diese „begleitende Beratung“ könnte bei der Schuldenberatung angesiedelt werden oder im Rahmen einer „Allgemeinen Sozialberatung“ erfolgen.

Einrichtung kommunaler Bildungsarbeit zum Thema Verschuldung/ Überschuldung. Geschulte Präventionskräfte könnten in Schulen/ Gemeinschaftszentren/ öffentlichen Veranstaltungen die Gefahren von Verschuldung und Überschuldung aufzeigen und finanz-rechtliche Kenntnisse vermitteln sowie Grundlagen der hauswirtschaftlichen Planung vermitteln. Die Einstellung von Präventionskräften im Rahmen von Schuldenberatung wäre hier eine Möglichkeit.

Kommunale Vereinbarung über ein „Girokonto für alle“. Die Kommunen, als Gewährträger der Sparkassen, könnten mit diesen vereinbaren, dass jedeR Kunde/Kundin ein Girokonto erhält (bzw. behält), welches auf Guthabenbasis geführt und bei Pfändungen nicht gekündigt wird. Denkbar wäre auch eine Verabredung mit dem Amtsgericht, dass unsinnige Kontopfändungen per se zurück gewiesen werden.

Die hier benannten kommunalen Präventionsansätze wären im Rahmen einer kommunalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung natürlich zu evaluieren.

Schluss

In Zeiten politisch knapp gehaltener Kassen sind Forderungen nach sozialpolitischer Aufklärung – und dazu sollten Sozialberichte dienen – schwerer denn je durchsetzbar. Hierzu bedarf es breiter Bündnisse. Wir bemühen uns zur Zeit in Osnabrück mit weiteren engagierten Personen und Institutionen im Rahmen der Osnabrücker Sozialkonferenz ein solches Bündnis zu schaffen und werden im Frühjahr 2004 unsere Anforderungen an ein „Projekt sozial gerechte Stadt“ – Bausteine für eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung – vorlegen. Bei Interesse können die gesammelten Informationen im Internet abgerufen werden: www.osna-bruecker-sozialkonferenz.de abgerufen werden.

Die Steuerreform als Fortsetzung der neoliberalen Agenda 2010

Konsequenzen des Vermittlungskompromisses zur dritten Stufe der Steuerreform

Von Michael Mohri

Das im Vermittlungsausschuss beschlossene Paket beinhaltet als vorläufiger Schlussstein der „Agenda 2010“ umfangreiche Gesetzesänderungen, die hier mit Ausnahme der Unternehmensbesteuerung in wichtigen Grundzügen dargestellt werden (Quellen: FAZ 16.12.2003, S.12; FR 16.12.2003, S.2; SPD-Bundestagsfraktion 2003). Anschließend werden die makroökonomischen Wirkungen und das makroökonomische Umfeld analysiert. Dabei wird deutlich werden, dass die Therapie der Bundesregierung falsch ist. Abschließend werden kurzfristige politische Handlungsanforderungen formuliert.

Steuer- und Finanzpolitik

Bei der Einkommensteuer steigt der Grundfreibetrag für das Jahr 2004 auf 7.664 Euro (bei Ehegatten: 15.328 Euro). Der Eingangsteuersatz sinkt von 19,9 auf 16,0 Prozent, der Spitzensteuersatz von 48,5 auf 45,0 Prozent. Im Jahr 2005 werden sich die Steuersätze zwischen 15,0 und 42,0 Prozent bewegen. Zur Gegenfinanzierung werden die Entfernungspauschale für Fahrten zur Arbeitsstätte, der Arbeitnehmerpauschbetrag und der Sparerfreibetrag gesenkt. Einen Überblick über die individuelle Entlastung bei der Einkommensteuer gibt Tabelle 1.

Tabelle 1 zeigt, dass die absolute Entlastung mit steigendem Einkommen zunimmt. Dies lässt sich, da sich der höhere Grundfreibetrag bei steigenden Einkünften wegen der Progressionswirkung überproportional auswirkt, kaum vermeiden, könnte aber durch eine geschickte Tarifgestaltung begrenzt werden. Durch den auf 45% abgesenkten Spitzensteuersatz werden die Einkommensbezieher jenseits von 60.000 Euro besonders stark entlastet. Diese haben jedoch eine geringe Konsumneigung, was den konjunkturbelebenden Effekt der Steuersenkung mindert. Der Umstand, dass Verheiratete mit einem Kind häufig geringer entlastet werden als Ledige, stellt einen weiteren sozialen Missstand dar.

Weiter soll zur Gegenfinanzierung das Subventionsvolumen der Eigenheimzulage um 30 Prozent sinken. Die Tabaksteuer wird in drei Stufen zu je 1,2 Cent pro Zigarette er-

höht. Weiter sind Privatisierungserlöse in Höhe von 5,3 Milliarden Euro eingeplant. Außerdem werden entsprechend der Kochsteinbrück-Liste neben dem Arbeitnehmerpauschbetrag und dem Sparerfreibetrag weitere Subventionen in einem Schritt um 12% gestrichen (Belastungswirkung insgesamt: 1,2 Mrd. Euro).

Beschlossen wurde auch eine Steueramnestie, durch die nicht erklärte Einnahmen (nach Abzug einer Werbungskostenpauschale von 40%) pauschal mit 25% besteuert werden. Dadurch werden hinterzogene Einnahmen effektiv mit nur 15% besteuert. Von dieser Amnestie werden erhebliche Mehreinnahmen erhofft.

Die dringend notwendige Gemeindefinanzreform wird aufgeschoben. So werden Freiberufler entgegen des ursprünglichen Vorhabens der Bundesregierung nicht gewerbesteuerpflichtig. Ebenso werden ertragsunabhängige Größen wie Zinsen, Mieten und Pachten nicht in die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer einbezogen. Die Kommunen sollen aber durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage um 3 Mrd. Euro, im Rahmen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) ab 2005 im Saldo um weitere 2,5 Mrd. Euro entlastet werden.

Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Weiter wurden wichtige arbeitsmarkt- und sozialpolitische Änderungen beschlossen, bei denen es sich um einschneidende Änderungen handelt:

Die Schwelle, bis zu der Betriebe vom Kündigungsschutz ausgenommen sind, wird von fünf auf zehn Mitarbeiter erhöht. Diese Regelung gilt nur für neu eingestellte Beschäftigte. Nach Schätzungen des DGB könnten dadurch 2 Mio. Arbeitnehmer aus dem gesetzlichen Schutz herausfallen.

Für Arbeitslose soll künftig im Prinzip jede angebotene Arbeit zumutbar sein, sofern sie „nicht sittenwidrig“ (Kriminalität, Prostitution) ist. Die Anforderung, dass die angebotene Stelle einer tariflichen oder ortsüblichen Bezahlung entsprechen muss, wurde gestrichen.

Gesetzliche Öffnungsklauseln im Tarifrecht wird es zwar nicht geben, jedoch werden Arbeitgeber und Gewerkschaften in einer Protokollerklärung aufgefordert, „freiwillig“ eine Flexibilisierung der Flächentarifverträge zu vereinbaren. Konsequenzen bei Ausbleiben einer solchen Regelung wurden in der Protokollnotiz aber nicht angedroht. Hiervon und auch von der Zumutbarkeitsregelung geht ein erheblicher Druck auf das Tarifgefüge aus.

Gesamtwirtschaftliche finanzielle Entlastung

Hier sind zum näheren Verständnis mehrere (Teil-) Stufen der Steuerreform zu unterscheiden:

Die zweite Stufe der Steuerreform. Diese wurde zur Finanzierung der Flutschäden von 2003 auf 2004 verschoben, war bereits Gesetz und deshalb nicht unmittelbarer Verhandlungsgegenstand des Vermittlungsausschusses. Diese führt zu Entlastungen der Steuerzahler in Höhe von ca. 6 Mrd. Euro.

Der erste Teil der dritten Stufe der Steuerreform. Die dritte Stufe der Steuerreform sollte ursprünglich 2005 einsetzen, dann nach den Vorstellungen der Bundesregierung komplett auf 2004 vorgezogen werden und hat ohne Gegenfinanzierung ein Entlastungsvolumen von 15,6 Mrd. Euro (DIW 2004, S. 24). Diese dritte Stufe wurde nach dem Kompromiss des Vermittlungsausschusses jedoch in zwei Phasen aufgeteilt. Der erste Teil wird im Jahr 2004 realisiert und führt – ohne Einberechnung der Gegenfinanzierung – zu weiteren Bruttoentlastungen von 9 Mrd. Euro.

Schließlich der zweite Teil der dritten Stufe der Steuerreform. Dieser setzt in 2005 ein und beträgt ohne Gegenfinanzierung 6,6 Mrd. (= 15,6 Mrd. – 9,0 Mrd.) Euro.

Als sei die Differenzierung in Stufen und Teilstufen der Steuerreform nicht schon kompliziert genug, setzt nun ein wahres Wirrwarr über die „wahre“ Entlastungswirkung ein: Fest steht, dass die Entlastung im Jahr (aus der zweiten Stufe und dem ersten Teil der dritten Stufe der Steuerreform) ohne Gegenfinanzierung 15,0 Mrd. Euro beträgt. Von Interesse ist aber neben der Verteilungswirkung letztlich die Nettoentlastung (abzüglich Gegenfinanzierung), da nur sie Auskunft darüber gibt, inwieweit Haushalte und Unternehmen nach Berücksichtigung der oben

dargestellten Gegenfinanzierung tatsächlich entlastet wurden. Im Textteil der jüngsten Prognose des DIW (DIW 2004, S. 24) wird allein auf die Entlastung durch den ersten Teil der dritten Stufe der Steuerreform abgestellt, da nur diese zur Beurteilung der konjunkturellen Wirkung der Beschlüsse des Vermittlungsausschusses von Belang ist. Diese wird nach der Reduzierung der Pendlerpauschale mit 8 Mrd. Euro beziffert. Bei der Prognoseberechnung scheint das DIW aber differenzierter vorgegangen zu sein, wie noch zu diskutieren sein wird.

Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums beträgt die Nettoentlastung durch die dritte Stufe der Steuerreform im Jahr 2004 gerade einmal 636 Mio. Euro. Hinzu kommt die Entlastung durch die zweite Stufe der Steuerreform, welche auch netto 6 Mrd. Euro betragen dürfte, was insgesamt 6,6 Mrd. Euro ergibt. In den Folgejahren ergeben sich durch den Mix aus Steuersenkung und Gegenfinanzierung aber erhebliche Mehrbelastungen der Steuerzahler, die für das Jahr 2005 nach Angaben des Finanzministeriums ca. 9 Mrd. Euro betragen (FR 23.12.2003, S. 12). Diese Rechnung ist um die finanziellen Belastungen weiterer so genannter Reformmaßnahmen im Sozialbereich zu ergänzen, die teilweise bereits vorher beschlossen wurden und in Tabelle 2 dargestellt sind.

Demnach betragen die Belastungen durch verschiedenen Formen des Sozialabbaus 5,6 Mrd. Euro in 2004 und 14,5 Mrd. Euro in 2005, insgesamt also ca. 20 Mrd. Euro. Die Belastungen im Sozialbereich treffen eher Einkommensschwache mit einer höheren Konsumneigung. Allerdings sollen die Arbeitnehmerhaushalte in 2004 durch sinkende Krankenkassenbeiträge entlastet werden, deren Eintreten und Höhe aber derzeit vielfach noch ungewiss ist. Insgesamt geht von diesen Gesetzesänderungen aber eine erhebliche Belastung der Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalte aus.

Rechnet man die steuerlichen Nettoentlastungen bzw. -belastungen und die Belastungen durch den Sozialabbau zusammen, ergibt sich in 2004 eine Gesamtentlastung von 1 Mrd. (= 6,6 Mrd. – 5,6 Mrd.) Euro, in 2005 eine Gesamtbelastung von 23,5 Mrd. (= – 9 Mrd. – 14,5 Mrd.) Euro. Dabei ist nicht auszuschließen, dass insbesondere die für das Jahr 2005 angekündigten Belastungen im Sozialbereich bereits im Jahr 2004 eine kontraktive Wirkung entfalten können, wenn die Betroffenen vorsorglich ihre Sparquote steigern. Hinzu kommen Appelle zur Steigerung der privaten Altersvorsorge.

Makroökonomische Wirkungen der dritten Stufe

Die makroökonomische Wirkung der dritten Stufe der Steuerreform ist nach der Prognose des DIW (2004, S. 16f) geringfügig, die gesamtwirtschaftliche Produktion wird dadurch in 2004 um nur 0,2% steigen. Damit

befindet man sich im Bereich von Messfehlern, was ein ausgesprochen mageres Ergebnis darstellt. Laut Textteil der jüngsten Prognose scheint das DIW (2004, S. 24) die Berechnung des durch die Steuerbeschlüsse ausgelösten Produktionszuwachses auf ein Entlastungsvolumen von 8 Mrd. Euro (Entlastung durch den ersten Teil der dritten Stufe abzgl.

Reduzierung der Pendlerpauschale) zu beziehen. Laut einem Interview mit dem DIW-Präsidenten Zimmermann dürfte man aber eine geringere Entlastungswirkung zugrunde gelegt haben. Demnach wurde berücksichtigt, dass die Kreditfinanzierung nur einen Anteil von 25% ausmacht (nach der Korrektur des Ergebnisses des Vermittlungsausschusses sind es ca. 30%; FAZ 17.12.2003, S. 11) und der Rest durch Belastungen an anderer Stelle finanziert wurde (Zimmermann 2003).

Binnenmarkt schwach – Aufschwung durch Export?

Wie sieht die Gesamtprognose des DIW für das Jahr 2004 aus? Über die Entwicklung in 2003 (vorläufige Werte) und die Prognose für 2004 für Deutschland, die Europäische Währungsunion und die Europäische Union gibt Tabelle 3 Auskunft. Da Deutschland sowohl in der EWU als auch in der EU ökonomisch ein großes Gewicht hat, werden zur besseren Vergleichbarkeit Zahlen angegeben, bei denen der Einfluss Deutschland herausgerechnet ist.

Für Deutschland prognostiziert das DIW für 2004 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, das ist die Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen, von 1,4%. Davon sind nur 0,8% konjunkturell bedingt, 0,6% gehen auf den Zuwachs an Arbeitstagen zurück (DIW 2004, S. 17). Dabei bleibt die Entwicklung im privaten Verbrauch schwach; der öffentliche Verbrauch wird sogar rückläufig sein.

Das prognostizierte niedrige Wachstums basiert auf einer deutlichen Zunahme des Exports bei schwächer steigenden Importen, was zu einem weiteren Anstieg des Außenbeitrags auf 110,3 Mrd. Euro (zu Preisen von 2004) führen soll. Dies soll – zusammen mit dem niedrigen Zinsniveau – eine Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen nach sich ziehen. Im Kern bleibt die Entwicklung der Binnennachfrage weiterhin schwach, die Erholung der Konjunktur stützt sich nach dieser Prognose hauptsächlich auf eine Zunahme

Tab. 1: Vergleich Einkommensteuer 2003 und 2004

Bruttolohn jährlich	Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag 2003		Entlastung 2004 jährlich	
	ledig	verheiratet 1 Kind	ledig	verheiratet 1 Kind
20.000	2.504	92	289	92
30.000	5.681	2.172	408	468
40.000	9.447	5.214	553	609
50.000	13.785	8.265	711	725
60.000	18.715	11.570	966	812
80.000	28.957	18.820	1.713	1.057
100.000	39.181	27.246	2.442	1.395
150.000	64.766	52.173	4.290	2.905

Quelle: FAZ 18.12.2003, S. 13 / DATEV

des Welthandels aufgrund der prosperierenden Entwicklung in den USA und Ostasien, insbesondere in China. Für Deutschland sind darüber hinaus Zuwächse des Exports in die ost- und mitteleuropäischen Länder von Bedeutung (DIW 2004, S. 17-20).

Die Wirkungen auf den Arbeitsmarkt sind gering. Die offizielle Arbeitslosenquote wird in 2004 lediglich von 10,3 auf 10,2 Prozent zurückgehen. Dabei ging in 2003 die Zahl der Arbeitslosen zurück, obwohl die Zahl der abhängig Beschäftigten um 1,5% sank, was sich primär durch eine Manipulation der Statistik erklärt (DIW 2004, S. 21ff).

Kein Standortproblem

Die Entwicklung der Exporte zeigt auch, dass Deutschland entgegen der weit verbreiteten neoliberalen Behauptung kein Standortproblem hat. Erstens sind die Angebotsbedingungen in Deutschland schon seit Jahren günstig. Das wichtigste gegenwartsbezogene Kriterium für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist der Außenbeitrag, also der Überschuss der Exporte über die Importe. Dieser erreichte bereits im Jahr 2002 mit 90,7 Mrd. Euro den höchsten Wert nach der Einheit und nahm in 2003 trotz Dollar-Abwertung noch einmal auf 96,2 Mrd. Euro zu (DIW 2004, S. 41)

Entscheidend beigetragen hat dazu die geringe Steigerung der Lohnstückkosten: Diese sind nach einer Grafik des DIW zwischen 1995 und 2003 real nahezu konstant geblieben. Deutschland weist seit 1995 zusammen mit Österreich den geringsten Anstieg der Lohnstückkosten in der Europäischen Währungsunion auf. Verglichen mit den wichtigsten Konkurrenten hat nur Japan eine schwächere Entwicklung der Lohnstückkosten zu verzeichnen (DIW 2004, S. 38). Dort sanken die Lohnstückkosten sogar, was für Japan alles andere als vorteilhaft war. Die sinkenden Lohnstückkosten drückten auf breiter Front die Preise und führten zu einer Deflation, was dort eine tiefe Wirtschaftskrise auslöste, die aufgrund einer expansiven Geld- (Nullzins-Politik) und Fiskalpolitik mittlerweile

Besserungstendenzen aufweist, aber (noch) nicht überwunden ist (DIW 2004, S. 4).

Betont sei, dass in die Berechnung der Lohnstückkosten bereits die so genannten Lohnnebenkosten (wie Sozialversicherungsbeiträge) eingerechnet sind. Die Entwicklung in Deutschland kann damit erklärt werden, dass die Lohnnebenkosten in die Tarifvereinbarungen Eingang gefunden haben, was zusammen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und nach Abzug der Inflationsrate zu eben diesem geringen realen Anstieg geführt hat. Diese Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften hatte aber auch zur Folge, dass die Binnenkonjunktur in den letzten Jahren sehr schwach war.

Das zweite Gegenargument lautet, dass sich ein Standortproblem darin zeigen müsste, dass sich die Situation in Deutschland von denen in anderen Ländern signifikant unterscheidet. Dies ist verglichen mit anderen Ländern der Europäischen Währungsunion nicht der Fall, sondern die Probleme der meisten Länder der Europäischen Währungsunion sind gegenwärtig ähnlich, wenn auch etwas schwächer ausgeprägt. Wie ein Blick auf Tabelle 3 zeigt, ist im Durchschnitt dieser Länder (ohne Deutschland) die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ähnlich schwach. Die standardisierten Arbeitslosenquoten sind im Durchschnitt ähnlich hoch. Hiervon bilden nur die Niederlande (2003: 3,8%; Schätzung für 2004: 5,0%), Österreich (4,4% bzw. 4,7%), Irland (4,6% bzw. 4,9%) und Luxemburg (3,7% bzw. 4,0%) eine Ausnahme (DIW 2004, Tab. 1.1). Im Durchschnitt nähern sich die Länder der Europäischen Wirtschaftsunion der 3%-Defizitgrenze, was außerhalb Deutschlands vor allem auf die Entwicklung in den großen Ländern Frankreich und Italien zurückgeht (DIW 2004, Tab. 2.2). Es gibt nur einen deutlichen Unterschied: Die Entwicklung der Binnennachfrage verläuft in den anderen Ländern der Europäischen Währungsunion meist besser, die Exportentwicklung meist schwächer als in Deutschland.

Nur die Entwicklung in den EU-Ländern außerhalb der Europäischen Währungsunion (Großbritannien, Schweden, Dänemark) verläuft trotz unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Ausrichtung deutlich besser, was den Durchschnitt in der Gruppe der EU-Länder (ohne Deutschland) anhebt. Diese Entwicklung legt die Frage nahe, ob die Entwicklung in den EWU-Ländern nicht eine Folge der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ist, welche die Zinsen nur zögerlich gesenkt hat und sich bislang weigert, anders als die japanische und die chinesische Notenbank am Devisenmarkt zu intervenieren. Dabei könnte schon eine Zinssenkung der Aufwertung des Euro entgegenwirken.

Makroökonomische Risiken

Die Qualität einer Prognose ist erheblich von den zugrunde gelegten Annahmen abhängig, die exogenen Charakter haben, also

nicht im Prognosemodell erklärt werden, aber die Ergebnisse wesentlich bestimmen. Zwei Annahmen seien besonders herausgestellt und näher diskutiert: zum einen über die Wechselkurse, insbesondere zwischen US-Dollar und Euro, zum anderen über die Nominallohnentwicklung.

Entwicklung des Wechselkurses zum Dollar

Dargestellt wurde bereits, dass der prognostizierte Aufschwung im Wesentlichen von der Exportentwicklung bzw. dem Außenbeitrag bestimmt sein soll. Der Export wird makroökonomisch kurzfristig durch zwei ökonomische Variablen bestimmt: Ein steigendes Auslandseinkommen befördert die Importe des Auslands und somit die Exporte des Inlands. Ein steigender Wechselkurs (in Mengennotierung als US-Dollar durch Euro) dagegen bedeutet eine Aufwertung des Euro, verringert die Exporte und erhöht (bei normaler Reaktion) die Importe, so dass der Außenbeitrag sinkt. In den letzten Monaten konnten wir im Verhältnis zu den USA tendenziell beide, aber gegenläufigen Effekte beobachten. Dadurch war im Jahr 2003 die reale Entwicklung der Exporte in die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA (USA, Kanada, Mexiko) rückläufig, konnte aber durch Exporte nach Ostasien und die mittel- und osteuropäischen Länder überkompensiert werden (DIW 2004, S. 17). Im Ergebnis war die Entwicklung der Exporte des Jahres 2003 trotz Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar expansiv. Eine expansive Entwicklung der Exporte ist aber keineswegs sichergestellt. Ob sie eintritt, hängt davon ab, ob der Euro insbesondere gegenüber dem US-Dollar weiter aufwertet und wie stark bzw. abrupt der Effekt dann sein würde. Interessanterweise hat das DIW in der jüngeren Prognose (DIW 2004) keine explizite Wechselkurs-Prognose abgegeben, wie dies noch in der Prognose vom Juli 2003 der Fall war (DIW 2003b, S. 438). Damals wurde der Dollar-Euro-Wechselkurs mit 1,16 prognostiziert. Bei Erstellung der jüngeren DIW-Prognose (und auch zum Zeitpunkt der Erstellung des Artikels) lag dieser bei 1,22 (+5,17%). Wechselkursprognosen sind angesichts der Tatsache, dass die Ökonomen über keine prognosefähige Theorie des Wechselkurses verfügen, nun einmal auch Glückssache. Implizit scheint das DIW davon auszugehen, dass eine abrupt starke Abwertung des US-Dollars ausbleiben wird, weil

der US-Dollar seit dem Frühjahr 2002 bereits um 27% abgewertet hat. Dies ist eine entscheidende Annahme, was daran deutlich wird, dass das DIW eher beiläufig davor warnt, dass im gegenteiligen Fall der weltweite Aufschwung zum Erliegen kommen würde (DIW 2004, S.4). In den letzten Jahren konnten aber abrupte und krisenhafte Abwertungen beobachtet werden, die beim US-Dollar angesichts eines US-Leistungsbilanzdefizits von derzeit ca. 5% des Bruttoinlandsprodukts (NZZ 19.09.2002, S. 13) nicht ausgeschlossen werden können, was auch vom Nobelpreisträger Joseph Stiglitz so gesehen wird (Interview in FR 31.1.2004, S. 10). Hier besteht ein Risiko, das eintreten kann, aber nicht eintreten muss. Wenn es aber eintritt, dann droht eine erhebliche Destabilisierung.

Druck auf die Nominallöhne

Der Anstieg der Nominallohnlohne war seit 1995 sehr schwach, wodurch Deutschland im vergangenen Jahr bereits an den Rand einer Deflation gebracht wurde (DIW 2004, S. 39). Mittlerweile verlangt der Arbeitgeberverband Gesamtmetall, ermuntert durch vorangegangene Initiativen der öffentlichen Arbeitgeber und die Protokollerklärung des Vermittlungsausschusses, eine weitgehende Öffnungsklausel: Betriebe sollen die Arbeitszeit von 35 auf 40 Stunden, d.h. um 14,3%, verlängern können und dabei selbst entscheiden, ob die Verlängerung der Arbeitszeit bezahlt wird oder nicht (FR 23.01.2004, S.11). Hier soll offensichtlich eine geschwächte Gewerkschaft niedergerungen werden, was einen Auftakt für weitere Angriffe auf andere Gewerkschaften darstellen dürfte. Eine Verlängerung der Arbeitszeit um 14,3% führt nur dann nicht zu erhöhter Arbeitslosigkeit, wenn die Produktion ebenfalls um 14,3% steigt, was unrealistisch ist. Unter realistischen Annahmen kommt es zu Entlassungen und es sinken die Lohnstückkosten, was wie im Fall Japans einen erheblichen Druck auf die Preise ausübt und eine Lohn-Preis-Spirale nach unten in Gang setzen kann.

Tab. 2: Finanzielle Auswirkungen der Maßnahmen

im Sozialbereich in Mrd. Euro	2004	2005
Gesundheitsreform		
Zuzahlungen	-3,0	-3,0
Leistungseinschränkungen		-2,0
Wegfall des Sterbegeldes	-0,4	-0,4
Beitragszahlung für Zahnersatz		-3,5
Rentenversicherung		
Übernahme des vollen Beitrags zur Pflegeversicherung	-1,2	-1,6
Aussetzen der Rentenanpassung	-1,0	-1,0
Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe		-3,0
Summe	-5,6	-14,5

Quelle: DIW 2004, Tab. 3.5

Tab. 3: Reale Wachstumsraten, Haushaltssituation, Arbeitslosenquoten und Beschäftigung

	Deutschland		Europäische Währungsunion ohne Deutschland		Europäische Union ohne Deutschland	
	2003 (vorläufig)	2004 (Prognose)	2003 (vorläufig)	2004 (Prognose)	2003 (vorläufig)	2004 (Prognose)
Nachfragekomponenten						
(reales Wachstum)						
privater Verbrauch	-0,2	0,7	1,8	1,4	2,0	2,2
öffentlicher Verbrauch	0,4	-0,3	2,1	1,5	2,4	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	-3,2	1,7	-0,9	2,1	-0,2	2,6
Exporte von Waren und Dienstleistungen	1,4	4,4	-0,6	3,1	-0,5	3,2
Importe von Waren und Dienstleistungen	1,6	3,1	0,9	3,0	1,0	3,0
BIP (reales Wachstum)	0,0	1,4	0,7	1,8	0,8	1,9
Bruttoschulden	64,3	66,2	70,3	70,8	k.A.	k.A.
Finanzierungssaldo	-4,0	-3,4	-2,8	-2,8	k.A.	k.A.
offizielle Arbeitslosenquote (%)	10,3	10,2	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
standardisierte Arbeitslosenquote (%)	9,3	9,2	8,5	8,7	7,6	7,7
Erwerbstätige	-1,2	-0,3	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
abhängig Beschäftigte	-1,5	-0,6	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Quellen: DIW 2004, Tab. 1.1, 1.2, 2.2, 3.4

Deflationsgefahr vorüber ?

Mittlerweile ist das DIW in Bezug auf die Deflationsgefahr optimistischer als noch vor einem halben Jahr, als erhebliche Gefahren für eine deflationäre Entwicklung gesehen und theoretisch begründet wurden (DIW 2003b, S. 450f). Das ist nicht mehr der Fall, allerdings wird noch vorsichtig gewarnt, dass die Entwicklung der Konjunktur in Deutschland an einem Scheidepunkt stehe (DIW 2004, S. 15). Deflation bedeutet ein nachhaltiges Sinken des Preisniveaus (negative Inflationsraten), was zerstörerische Wirkungen für eine Volkswirtschaft hätte. Denn die Unternehmen versuchen dann, die sinkenden Erlöse durch Kostensenkungen mittels Entlassungen oder Nominallohnsenkungen zu kompensieren. Die Erlöse sinken erstens deshalb, weil die Preise sinken, ohne dass der Absatz (nennenswert) steigt, weil es für die Konsumenten rational ist, auf noch niedrigere Preise zu warten. Zweitens sinkt durch die sich parallel ausbreitende Arbeitslosigkeit die kaufkräftige Nachfrage. Drittens unterbleiben Investitionen, da die Investitionsgüter zu heutigen Preisen gekauft werden müssen, die damit produzierten Waren in der Zukunft aber möglicherweise nur zu sinkenden Preisen abgesetzt werden können. Viertens droht wegen steigender Realzinsen eine Überschuldung von Unternehmen. Die Volkswirtschaft säße dann in einer Falle, wie sie für die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre charakteristisch war und welche bekanntlich politisch katastrophale Folgen hatte. Der Einfluss der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Geldpolitik, ist dann erheb-

lich eingeschränkt, da die Notenbank den (nominalen) Leitzins nicht unter null senken kann und trotz einer Nullzins-Politik wegen des sinkenden Preisniveaus dann der Realzins steigt. Folglich ist es umso wichtiger, lange bevor sich eine Deflation herausbildet, zu erkennen, dass sich die Wirtschaft in diese Richtung bewegt und primär durch eine expansive Geldpolitik, aber auch eine Schulden finanzierte Fiskalpolitik unterschieden und mit großem Finanzvolumen gegenzusteuern (DIW 2003a, s. 34 ff). Nicht nur von einer Senkung der Nominallöhne oder einer Verlängerung der Arbeitszeit gehen deflatorische Wirkungen aus. Auch bei einer drastischen Abwertung des Dollar würde die Deflationsgefahr wieder aufleben – und zwar über mehrere Kanäle: Erstens ginge dann sehr wahrscheinlich die wirtschaftliche Stagnation ins vierte Jahr und eine deflatorische Lücke über einen so langen Zeitraum dürfte bereits zu einem erheblichen Druck auf die Preise führen. Zweitens übt eine Abwertung des Dollar über sinkende Importpreise direkt einen Druck auf das Preisniveau aus. Drittens dürfte eine Abwertung des Dollar auch gegenüber der chinesischen und japanischen Währung die Gefahr beinhalten, dass deren Handelsströme teilweise nach Europa umgelenkt würden. Das zusätzliche Angebot an Importwaren würde dann einen weiteren Druck auf das Inlandspreisniveau ausüben. Damit würde – ohne staatliche Intervention – der Druck, die Löhne zu senken oder die Arbeitszeit zu verlängern, zunehmen, was wiederum deflationären Druck erzeugt.

Zusammenfassung

Sah es anfangs noch so aus, als habe sich die Bundesregierung bei der dritten Stufe der Steuerreform keynesianischer Konzepte bedient, zeigt sich bei genauerer Analyse, dass es sich im Kern um die Fortsetzung der bisherigen neoliberalen Politik handelt. Arbeitnehmer werden bei der Steuerreform kaum entlastet, bei Einbeziehung der Sozialkürzungen vielmehr deutlich belastet. Hinzu kommen Verschlechterungen im Kündigungsschutz, bei der Zumutbarkeitsregelung für Arbeitslose und der Druck auf die Gewerkschaften, die Tarifverträge zu flexibilisieren. So gesehen, wäre ein Scheitern des Vermittlungspakets besser gewesen. Expansive Impulse gehen in 2004 hauptsächlich von der zweiten Stufe der Steuerreform aus. Für 2005 ist der konjunkturelle Impuls der Finanzpolitik negativ. Möglicherweise wird in der nächsten Zeit die Diskussion aufkommen, an der Steuerreform zeige sich die Unwirksamkeit des Keynesianismus. Dieser kann jedoch nicht für eine Politik in Haftung genommen werden, die das genaue Gegenteil betreibt.

Anforderungen an die SPD-Linke

Die SPD-Linke sollte sich bei weiterer Abwertung des Dollar frühzeitig und entschieden für sofortige Zinssenkung der Europäischen Zentralbank und ein groß dimensioniertes und Schulden finanziertes Beschäftigungsprogramm aussprechen. Wichtige Indikatoren und die gegenseitige Verstärkung der multiplikativen Wirkungen sprechen dabei für ein gemeinsames Programm der EWU-Länder. Ob

dies zustände käme, ist aber fraglich, da die anderen EWU-Länder einen etwas robusteren Binnenmarkt aufweisen und der Handlungsdruck nicht ganz so groß ist. Wichtig ist vor allem eine schnelle Umsetzung, so dass es sinnvoll erscheint, zunächst ein nationales Programm aufzulegen und dann dafür einzutreten, ein europäisches Programm nachzulegen. Dies würde bedeuten, in 2004 keine Haushaltskonsolidierung durchzuführen, sondern die Verschuldung sogar zu erhöhen. Die Folge wäre, dass auch in 2005 das Maastricht-Kriterium einer maximalen Neuverschuldung von 3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verfehlt würde. Diese aber einzuhalten, wurde dem EU-Finanzministerrat jedoch zugesagt, wofür dieser im Gegenzug vorerst auf die Erhebung einer Geldstrafe von 0,5% des BIP (ca. 10 Mrd. Euro) verzichtet hat. Gegen diesen Beschluss hat wiederum kürzlich die EU-Kommission, vertreten durch den Wirtschafts-Kommissar Solbes, Klage beim Europäischen Gerichtshof eingereicht (FR 29.1.2004, S.5). Damit hat dieser sich offensichtlich gegen den Kommissionspräsidenten Prodi durchgesetzt, der noch im Herbst 2002 erklärte, dass das 3%-Kriterium, wie alle starren Regeln, dumm sei (SZ 18.10.2002, S. 17). Denn eine sklavische Orientierung an diesem Kriterium würde die Finanzpolitik ausgerechnet dann handlungsunfähig machen, wenn sie, wie im Fall nahender Deflation, zu expansivem Han-

deln geradezu aufgefordert wäre. Außerdem zeigen die Erfahrungen Deutschlands der letzten Jahre, dass bereits in der Stagnation eine Konsolidierung nicht gelingen kann. Das würde erst recht gelten, wenn die Deflation mangels rechtzeitigen Gegensteuerns eintreten würde. Dann würden die Defizitziele jahrelang deutlich verfehlt, wie man aus den japanischen Erfahrungen lernen kann (DIW 2003b, S.452). Darüber hinaus bestünde die Gefahr, dass die Deflation auf die anderen Länder der Europäischen Wirtschaftsunion übergreift, womit diese zu einer Deflationsgemeinschaft würde, was dazu führen dürfte, dass diese wahrscheinlich auseinander fiel. Notwendig ist deshalb nicht nur, dass Defizit-Kriterium zumindest flexibler zu gestalten, sondern die Währungsunion so zu reformieren, dass im Zielkatalog Wachstum, dessen gerechte Verteilung und Vollbeschäftigung den gleichen Rang wie das Inflationsziel einnehmen (Zinn 1999, S.91f u. 100). Eine entsprechende Debatte muss offensiv geführt werden.

Durch die Stagnation der letzten Jahre mit ihrer Gefahr der Destabilisierung hin zur Deflation ist klar geworden, dass Nullwachstum keine Lösung darstellen kann. Bei Nullwachstum im Sinne von Stillstand würde das kapitalistische Wirtschaftssystem irgendwann kollabieren (Flassbeck 2003). Auch die teilweise innerhalb der SPD-Linken beobachtbare Wachstumsgläubigkeit führt

nicht weiter. Zum einen stoßen dauerhaft höhere Wachstumsraten an die Grenzen von Ökologie und Ressourcenbestand. Zum anderen bräuchte man dauerhafte Wachstumsraten von ca. 5%, um die Arbeitslosigkeit drastisch zu reduzieren, was unrealistisch erscheint. Von daher ist es notwendig, die Debatte um die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich wieder zu eröffnen, auch um gegenüber den Arbeitgeberverbänden mit deren Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit wieder in die Offensive zu kommen. Angesichts dieses Angriffes müssen die Gewerkschaften in ihren Tarifikämpfen Unterstützung finden.

spw 1 / 2004

Literatur

- DIW 2003a: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2003/2004, in: DIW-Wochenbericht Nr. 1-2/2003
 DIW 2003b: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2003/2004, in: DIW-Wochenbericht Nr. 27-28/2003
 DIW 2004: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2004/2005, in: DIW-Wochenbericht Nr. 1-2/2004
 SPD-Bundestagsfraktion 2003: Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag (Hg.), Agenda 2010: Die Ergebnisse der Beratungen im Vermittlungsausschuss – Ein Überblick, Berlin 17.12.2003
 Flassbeck, Heiner, 2003: Autos kaufen keine Autos, in: Freitag 18.07.2003, S. 13
 Zimmermann, Klaus, 2003: Ein Scheitern wäre besser gewesen, in: Handelsblatt 16.12.2003, S. 9
 Zinn, Karl Georg, 1999: Sozialstaat in der Krise: zur Rettung eines Jahrhundertprojekts, Berlin: Aufbau

Uwe Danker
 Markus Oddey
 Daniel Roth
 Astrid Schwabe

Am Anfang standen Arbeitergrotschen

140 Jahre Medienunternehmen der SPD



Am Anfang standen Arbeitergrotschen

140 Jahre Medienunternehmen der SPD

Uwe Danker
 Markus Oddey
 Daniel Roth
 Astrid Schwabe

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
 220 Seiten, brosch.,
 Zahlreiche Abb. und Dokumente
 Euro 34,00 ISBN 3-8012-0334-4

„Populär, intelligent, eine gut gelungene Zusammenfassung der wissenschaftlichen Literatur“

– Peter Glotz



Sie tickt seit langem – doch explodieren muss sie nicht!

Anmerkungen zur „demographische Zeitbombe“

Von Olaf Struck

Kein Tag vergeht, ohne dass nicht irgend einer unser parlamentarischen Vertreter die Alterung der Gesellschaft zum Argument für neuerliche Sparrunden gebraucht. Die Sozialversicherungssysteme und allen voran das Rentensystem werden zerbersten – so das Argument – wenn die demographische Bombe in zwei oder drei Jahrzehnten platzt. Der konstatierte Ausweg: Vorbeugend runter mit den sozialen Leistungen, nur so sei der Sozialstaat zu erhalten. Entgegen dieser zunehmend verbreiteten Auffassung möchte ich im folgenden zeigen, dass es durchaus Alternativen zu einem solchen Szenario gibt.

1. Ausgangssituation: Die Furcht vor Überalterung

In den letzten Jahren wuchs die Befürchtung, dass wir uns auf eine globale Alterskrise zu bewegen. Und immer häufiger konnten wir lesen, dass diese Verschiebung der Alterspyramide mit enormen sozialen Krisen einhergehen wird. Befürchtet wird, dass die wachsende Zahl der Älteren einen stark wachsenden Anteil der öffentlichen Mittel verbrauchen wird, ohne einen eigenen Beitrag zur Wohlstandsentwicklung beizusteuern. Die größte Sorge gilt dem Rentensystem. Dies stehe – so die Auffassung – aufgrund der Änderung des Altersaufbaus der Gesellschaft kurz vor dem Zusammenbruch. Immer weniger junge Menschen werden für ein menschenwürdiges Leben der Älteren aufkommen können.

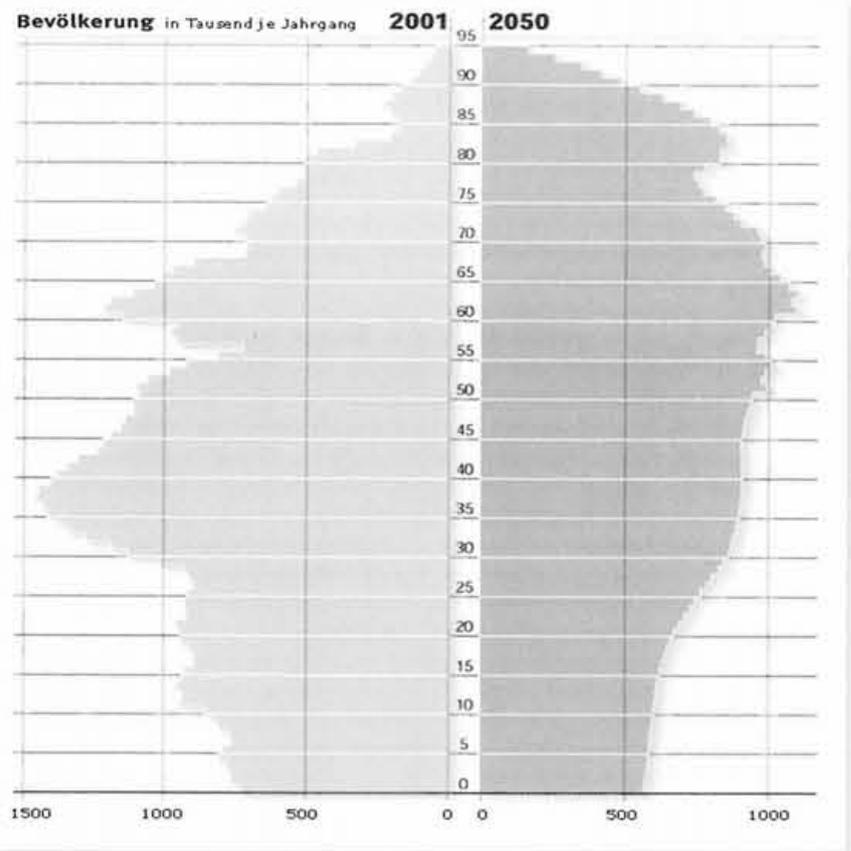
Doch die Befürchtungen reichen noch weiter. So warnen einige Experten – bspw. Im Rahmen der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ des deutschen Bundestages u. ä. – vor der Vertiefung einer Gerechtigkeitslücke und einem sich bereits abzeichnenden Generationenkonflikt. Es sei nur noch eine Frage der Zeit sei, bis jüngere Arbeitnehmer es ablehnten, für den Lebensabend der älteren „Nassauer“ zu sorgen. Vor diesem Hintergrund titelte Der Spiegel schon im Juli 1989: „Krieg der Generationen“ und junge Abgeordnete des Bundestages plapperten voller Profilierungssucht die Argumente nach. Darüber hinaus rechnen einige „Experten“ mit zunehmenden sozialen In-

tegrationsproblemen zwischen einheimischen und ausländischen Lohnabhängigen, wenn Gesellschaften aufgrund stetig sinkender Verfügbarkeit jüngerer einheimischer Arbeitskräfte dazu übergehen, verstärkt Zuwanderung ermöglichen. Peter Peterson,

so Peterson, „könnte eine Weltwirtschaftskrise hervorrufen, die Demokratien unter sich begräbt“ (Peterson 1999)

Mit dem Schlagwort »demografische Zeitbombe« (Abbildung 1) wird in den industrialisierten Ländern die Erwartung beschrie-

Die demographische Zeitbombe



Quelle: Destatis 2003

Grafik: F.A.Z.

Vorsitzender des Amerikanischen Rates für Auswärtige Beziehungen, äußerte die Befürchtung, dass die globale Altersentwicklung westlicher Gesellschaften erheblich bedrohlichere Folgen zeitigen könne als die häufig diskutierten Probleme einer Verbreitung von nuklearen, chemischen oder biologischen Waffen, der Klimaveränderung, die Folgen der Globalisierung oder der Zunahme ethnische Konflikte. „Das globale Altern“,

ben, dass sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung weiter erhöht und diese Alterung früher oder später prekäre Ausmaße annimmt. Gemeinhin misst man sie als Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung. Für fast alle Industrienationen gilt dann, dass der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in den nächsten 30 bis 40 Jahren um 40 Prozent ansteigen wird. In Deutschland beispielsweise wird der Anteil der über 60-Jährigen, der derzeit noch bei 26 Prozent liegt, auf etwa 40 Prozent im Jahre 2040 angewachsen sein. Das Durchschnittsalter steigt in dem Zeitraum von heute 41 Jahre auf 46 Jahre (Abbildung 2).

Soweit so gut. Zunächst ist jedoch zu fragen, warum das „Altersproblem“ ausgerechnet jetzt einen solchen Stellenwert gewinnt. Denn dass das Durchschnittsalter moderner Gesellschaften zunimmt, ist kein neues Phänomen. Seit 150 Jahren haben in allen modernen Gesellschaften die Menschen ihre Lebensverläufe auf lohnabhängige Erwerbsarbeit ausgerichtet, wodurch es zu Rückgängen der Geburtenzahlen kam. Zugleich steigt im Zuge des Fortschritts in Gesundheit und Technik die allgemeine Lebenserwartung. In dieser Zeit ist in den Industriestaaten die Lebenserwartung in jeder Dekade um zweieinhalb Jahre gestiegen. Ein Grund zur Freude, so sollte man meinen. Warum sorgt Alterung gerade jetzt für Aufregung.

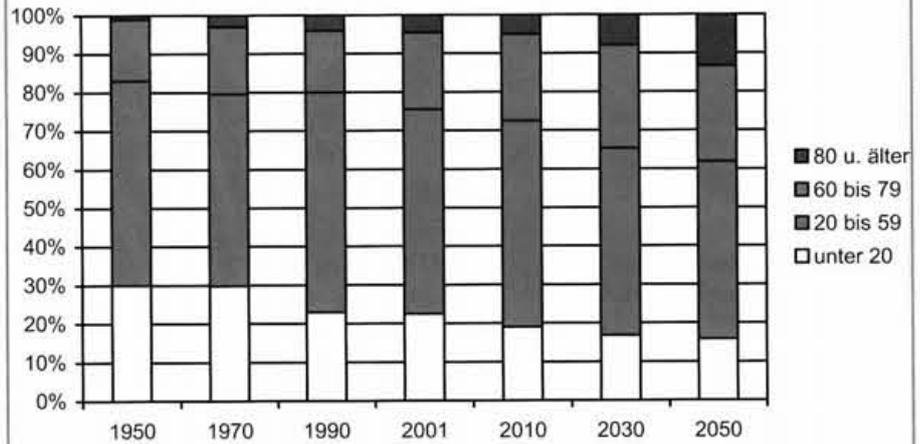
Fachleute, die vor demografisch bedingten wirtschaftlichen oder sozialen Krisen warnen, begründen diese düsteren Prognosen stets mit der gleichen Bezugsgröße: dem Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung. Sie betrachten gebannt diese Zahl und gehen offenbar davon aus, dass alles andere in der Gesellschaft statisch ist.

Um diese Annahme zu untermauern, wird meist auf die steigende Abhängigkeitsquote bzw. fallende Versorgungsquote verwiesen. Mit der Versorgungsquote bemisst man das zahlenmäßige Verhältnis der Personen im berufstätigen Alter zwischen 15 und 65 zu denen im Rentenalter über 65. Zur Zeit schätzt man, dass diese Quote von heute 4,2 bis zum Jahr 2040 auf 2,2 fallen wird (Pack u.a. 1999). D.h. in 30 Jahren müssen etwa 2 Erwerbstätige die Mittel für den verdienten Ruhestand eines Rentners erwirtschaften. Auf den ersten Blick scheint diese Argumentation durchaus einleuchtend: Ein sinkender Anteil Menschen im arbeitsfähigen Alter kann nicht eine wachsende Zahl von Rentnern auf hohem Niveau „mitversorgen“. Allerdings, ist dieses Argument irreführend. Dies zeigt schon der einfache Aspekt, dass die Anzahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter, die als erforderlich angesehen wird, um einen gesicherten Ruhestand eines Rentners zu finanzieren, auch schon in der Vergangenheit erheblich zurückgegangen ist, ohne dass dies zugleich Krisen ausgelöst hätte. 1900 betrug die Versorgungsquote noch 14 zu 1, 1960 gerade noch 6 zu 1 und heute eben 4,2 zu 1. Die vielzitierte Versorgungsquote ist also ein unzuverlässiger Gradmesser dafür, wie sich eine älter werdende Bevölkerung versorgen lässt.

2 Entschärfungsstrategien

Betrachtet man das wachsende Durchschnittsalter im Kontext einer sich dynamisch entwickelnden Gesellschaft, relativiert sich das beschworene Problem beträchtlich. Auch wenn einzelne Relativierungsaspekte schon des öfteren Gegenstand von Artikel dieser Zeitschrift waren (u.a. Weeber SPW 132, Welti SPW 117) möchte ich die Gründe

Abbildung 2: Altersgruppen in Prozent der Gesamtbevölkerung



Quelle: Destatis 2003 (von 2010 an Prognose mittleres Bevölkerungsszenario)

aufgrund ihrer Bedeutung für Reformalternativen noch einmal systematisch zusammenfassen:

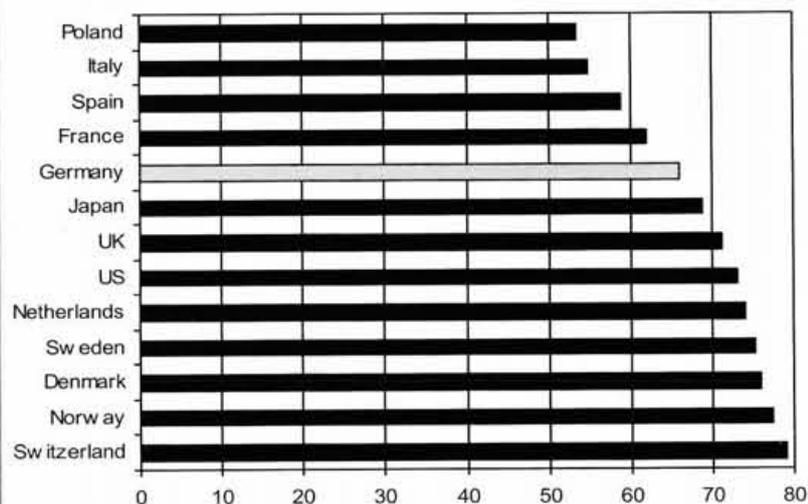
I. Erstens: Die Produktivität steigt. Die industrialisierten Länder haben im Laufe dieses Jahrhunderts einen enormen Wohlstandszuwachs erlebt, während der Anteil an Älteren über 60 von 5% um 1900 auf heute 26% gestiegen ist. Dennoch wird niemand ernsthaft behaupten, dass die Menschen zu Zeiten Kaiser Wilhelms II. besser gelebt hätten. Warum sollen wir nun auf einmal davon ausgehen, dass es zumindest eine gewisse Produktivitätsentwicklung in den nächsten 30 bis 40 Jahren nicht mehr geben wird? Die Produktivität eines Berufstätigen wird sich bis zum Jahr 2040 verdoppeln, wenn wir einen Produktivitätszuwachs von jährlich 2% unterstellen. Das Modell, das der Versorgungsquote zugrunde liegt, negiert Produktivität und Fortschrittsvermögen.

II. Zweitens: Die Versorgungsrelationen verschieben sich. Die genannten statistischen Quoten lassen zum einen außer Acht, dass

eine Zunahme der Gruppe der Älteren einhergeht mit einem Rückgang der Zahl der zu versorgenden Jüngeren. Darüber hinaus versorgen schon jetzt die etwa 28 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland die knapp 80-millionenköpfige Bevölkerung. Dabei ist die Gesamtquote derjenigen, die selbst kein Einkommen erwirtschaften, im Laufe der letzten Jahrzehnte erstaunlich konstant geblieben. Ausweitung von Bildungszeiten, die zum Teil auch das Resultat von schwierigen Arbeitsmarktübergängen nach der Ausbildung sind, eine hohe Zahl von registrierten Arbeitslosen von derzeit 4,8 Millionen sowie gut weitere 3 Millionen Menschen, die in Maßnahmen oder Zuhause auf Arbeitsangebote warten, bieten ein Potential von Personen, die gerne bereit sind, in zukünftige Versorgungslücken einzuspringen. Die Beschäftigungsrate variiert aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen und sie variiert zeit-, regionen- und länderspezifisch.

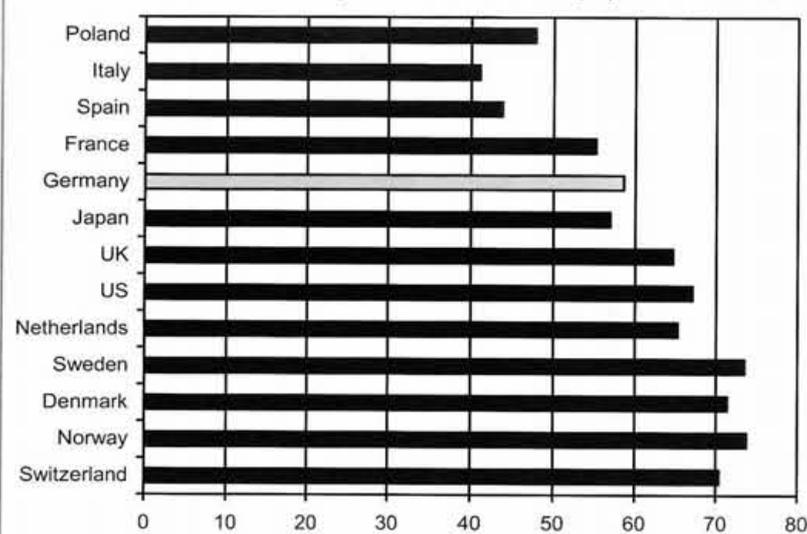
In Italien beispielsweise beträgt der Anteil der Berufstätigen an der Zahl der Arbeitsfähigen

Abbildung 3: Aktiv Erwerbstätige in der Alterspopulation (15-64) in %



Quelle: OECD Employment Outlook 2002

Abbildung 4: Aktiv erwerbstätige Frauen in der Alterspopulation (15-64) in %



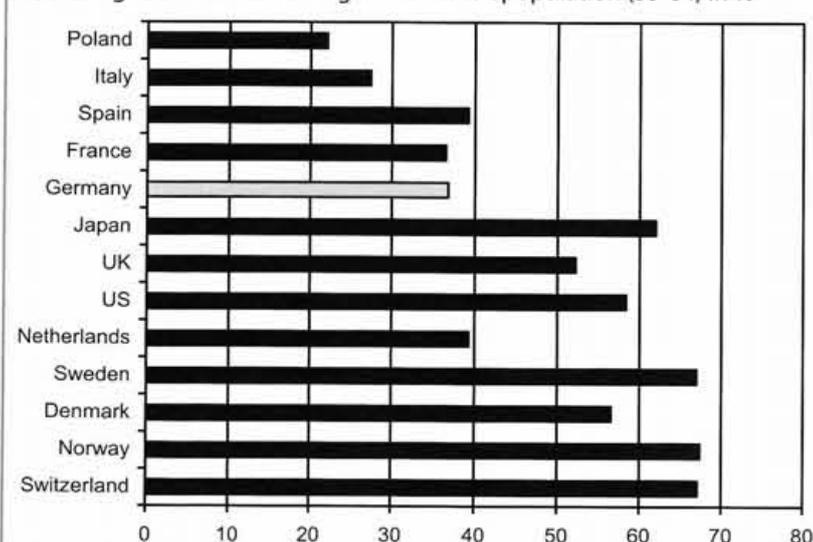
Quelle: OECD Employment Outlook 2002

higen zwischen 15 und 65 Jahren etwa 55 Prozent, in Deutschland sind es 66, in den USA, Japan oder England gut 70, in den Niederlanden, Schweden, Dänemark, Norwegen 75 und in der Schweiz 80 Prozent (Abbildung 5). Diese Unterschiede stehen in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Altersstruktur der jeweiligen Bevölkerung. Bestimmt werden sie vor allem von der Struktur des jeweiligen Arbeitsmarktes, der Konjunktur sowie von soziokulturellen Faktoren, die beispielsweise einen großen Einfluss auf den Anteil berufstätiger Frauen haben. Daraus folgt, dass, sollte in abstrakten Zahlen die Alterung der Bevölkerung zu einem Absinken der Versorgungsquote führen, sich dies jederzeit durch eine Erhöhung der Zahl der tatsächlich Berufstätigen im Arbeitsalter ausgleichen ließe.

Eine Steigerung um fünf Prozent könnte allein dadurch erreicht werden, dass die Teile der Bevölkerung mit einer heute unterdurch-

schnittlichen Zahl von Berufstätigen aufholen. Heute sind 62 Prozent der Frauen und 80 Prozent der Männer im Arbeitsalter berufstätig (Abbildung 6). Würde der Anteil der berufstätigen Frauen auf 80 Prozent steigen, wäre die notwendige Zunahme schon so gut wie hergestellt. Berücksichtigt man, dass die Frauen der Babyboom-Generation als erste halbwegs gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben, ist es nicht abwegig davon auszugehen, dass die Beschäftigungsrate bei 40- und 60-jährigen Frauen im Laufe der nächsten 20 Jahre auf das Niveau von Schweden oder der Schweiz steigen wird. Das Beispiel des Anteils berufstätiger Frauen zeigt, wie vergleichsweise rasch Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt einen höheren Altersdurchschnitt der Bevölkerung ausgleichen können. Die Möglichkeiten, solche Veränderungen dann, wenn es notwendig ist, durch eine konkrete Beschäftigungs- und Familienpolitik herbeizuführen, sind groß.

Abbildung 5: Aktiv Erwerbstätige in der Alterspopulation (55-64) in %



Quelle: OECD Employment Outlook 2002

Ill. Ein dritter Mangel der derzeit diskutierten Versorgungsquote ist die Annahme, ältere Menschen könnten zur Produktivität nicht beitragen. In Deutschland sind derzeit nur knapp 38 Prozent aller 55-64-Jährigen auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig (Abbildung 7). Auch hier liegen wir hinter anderen Industrienationen zurück. Berücksichtigt man, dass im Laufe der letzten 30 Jahre immer mehr Berufstätige frühzeitig in Rente gegangen sind, stößt man auf ein weiteres Potenzial an Arbeitskräften. Die Zunahme der Frühverrentung hatte vor allem wirtschaftliche und keine demografischen Gründe. Frühverrentung wurde staatlicherseits erfolgreich eingesetzt, um die Arbeitslosenquote insbesondere auch von Jugendlichen zu senken. Politisch war die Frühverrentung für Regierungen ein attraktives Mittel der Beschäftigungspolitik. Auch für viele Firmen war sie vorteilhaft, da ihnen ein kostengünstiges Flexibilitätsinstrument in die Hand gelegt wurde. Dies ist in bestimmten Phasen gesellschaftlicher Entwicklung richtig, zukünftig aber falsch. Denn: Frühverrentung ist immer auch Vergeudung von Produktivkraft. Und viele Menschen, die frühzeitig verrenten werden, würden gerne weiter berufstätig sein, wenn sie denn die Wahl hätten. Zudem ist sie Ausdruck der Situation in Unternehmen, die Arbeitskräfte verschleissen lassen, indem der Erhalt und der Aufbau von Bildung im Alter und zum Teil auch die gesundheitlichen Belastungen vernachlässigt werden (siehe hierzu auch Beiträge in George, Struck 2000). Die mit dem Altersteilzeitgesetz und der pauschalen Erhöhung der Rentenzeiten unzureichend zögerlich eingeleitete Umkehr dieser Politik ist gerade vor dem Hintergrund der derzeit schwierigen Situation für Ältere in Unternehmen lediglich ein erster rahmender Schritt zum Erhalt und Aufbau des produktiven Vermögens Älterer. Wie falsch es ist, davon auszugehen, dass Überalterung und eine fallende Versorgungsquote unvermeidlich zusammentreffen, zeigt die hohe Zahl leistungsfähiger alter Menschen. Genauso wenig kann man davon ausgehen, dass Menschen dieses Alters in 30 Jahren so sein werden, wie die von heute. Die Größe der potenziell arbeitsfähigen Bevölkerung geht mit einem steigenden Altersdurchschnitt nicht zurück, sondern kann im Gegenteil deutlich zunehmen. Da immer mehr Menschen auch im fortgeschrittenen Alter gesund und leistungsbereit sind, besteht kein Grund, an einem realen Rentenalter von 61 oder einer gesetzlichen Maßgabe von 65 oder 67 festzuhalten. Menschen, die das Rentenalter erreichen, verwandeln sich nicht über Nacht von aktiven Berufstätigen in unproduktive Versorgungsfälle. Der 76-jährige Notenbankchef der USA, Alan Greenspan, wäre in Deutschland schon seit 11 Jahren zwangsverrentet. Mit zunehmender Gesundheit und Lebenserwartung wird auch die Zahl älterer Menschen steigen, die arbeiten können und länger arbeiten wollen. Vorausge-

setzt: Weiterbildung und Arbeitsplatzgestaltung orientieren sich nicht allein an den Bedürfnissen Jüngerer.

So sollte etwa das Rentenalter oder der Zugang zu Bildung keine unverrückbare Größe sein, sondern auf persönlicher Entscheidung beruhen. Korridorregelungen, wie beispielsweise in Finnland, liefern hierfür Beispiele. Die Zwangsverrentung, im öffentlichen Dienst und in vielen Tarifverträgen fixiert, könnte abgeschafft und durch flexiblere Regelungen ersetzt werden. Vorausgesetzt: Die Zeit der Arbeit ermöglicht es in stärkerem Maße als bislang Qualifizierung anzupassen und Gesundheit zu erhalten.

Fasst man die Ergebnisse zusammen, dann zeigt sich, dass eine Quote, die der Wirklichkeit näher kommen soll, das Verhältnis zwischen den Rentnern, den Kindern und den nicht-arbeitenden Erwachsenen im Arbeitsalter mit der Zahl derjenigen vergleicht, die berufstätig sind – ein Aspekt auf den auch schon Weeber in der SPW 132 verweist). Eine solche Quote sieht dann anders aus, als wenn man nur Rentner gegen Erwerbsfähige stellt: Ein Erwerbstätiger versorgt dann schon heute ungefähr 3 Menschen, sich selbst und zwei weitere. Diese Zahl zeigt, wie produktiv die arbeitende Bevölkerung bereits heute ist. In dreißig bis vierzig Jahren könnte, wenn man von einem Zuwachs der Produktivität von durchschnittlich 2% ausgeht, jede berufstätige Person in der Lage sein 5 Personen auf heutigem Lebensstandardniveau zu versorgen. Unberücksichtigt ist dabei noch, dass sich – wie ich zuvor gezeigt habe – die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter, die arbeiten wollen, sowie der Prozentsatz derjenigen, die tatsächlich Arbeit haben, verändern wird und verändern lässt. Hierdurch ergeben sich erhebliche Entlastungspotenziale. Diese Zahl der real Erwerbstätigen verändert sich rascher und merklicher als die Altersstruktur einer Bevölkerung. Und anders als die Altersstruktur, ist die Erwerbstätigenquote leichter zu beeinflussen. Sie spiegelt in Form von Arbeitslosigkeit die wirtschaftliche Lage wider, doch sie dokumentiert auch gesellschaftliche Veränderungen, wie z.B. die steigende Zahl berufstätiger Frauen.

Die Vorstellung, der steigende Altersdurchschnitt der Bevölkerung führe zu einem Mangel an produktiven Arbeitskräften, lässt sich durch Fakten nicht belegen. Zieht man alle die genannten Faktoren in Betracht, dann wird deutlich, Veränderungen in der regionalen, der geschlechterspezifischen und vor allem in der generationalen Beschäftigungsquote sind geeignet, die erwarteten Probleme zu bewältigen, die durch ein Altern der Gesellschaft entstehen.

Schon kleine Korrekturen in den genannten Bereichen Familienpolitik (SPW 108, Baumeister 131, Willert 132) Weiterbildung (Hall SPW 130), Humanisierung des Arbeitslebens und Gesundheitsprävention (Wasem 125) würden ausreichen, um die Versorgungsquote auch zukünftig auszugleichen.

3 Fazit

Die Furcht vor einer Überalterung der Gesellschaft ist dann auch keine angemessene Reaktion auf wirtschaftliche Probleme oder die Situation am Arbeitsmarkt. Und der Fall der Versorgungsquote ist kein Naturgesetz. Die Furcht vor der Überalterung der Gesellschaft verursacht dabei zwei handfeste Probleme: Zum einen führen die derzeitigen Kürzungsmaßnahmen dann, wenn sie nicht durch Anreize zur Weiterbildung und alters- und frauengerechten Gestaltung von Beschäftigungssystemen begleitet werden, dazu, dass viele von uns in Zukunft schlechter leben werden als es nötig ist (Deml SPW 128).

Zum anderen führt das übertriebene Krisenszenario dazu, dass allein das Alter an sich als Problem wahrgenommen wird. Fast alle Industriestaaten haben bislang nicht auf die steigende Zahl gesunder älterer Menschen reagiert. Anstatt es zu begrüßen, dass ältere Menschen heute länger wertvolle Arbeit leisten und ein unabhängiges Leben führen können, fördern oder erzwingen wir aktiv oder durch Unterlassung nach wie vor den Vorrat

Wohlfahrt heute basiert auf Erwerbsarbeit. Und auch wenn sich vormalig unmittelbare individuelle Kopplungen zwischen Lohnarbeit und (Über-)Leben deutlich gelockert haben, ist der betrieblich organisierte Erwerbsarbeit auch weiterhin ein hoher Stellenwert für die Gestaltungsmöglichkeiten von Menschen beizumessen. Hieraus ergeben sich dann konkrete Anknüpfungspunkte für eine soziale und wohlfahrtssteigernde Neugestaltung von Alterung. So erscheint beispielsweise eine „Wiederbelebung“ des Konzeptes einer „Humanisierung des Arbeitslebens“, das vor etwa 25 Jahren Wirkungen erzielte, notwendig und möglich. Voraussetzung ist hier allerdings, dass in deutlich stärkerem Maße als damals Kopplungen zwischen Arbeit-, Familie-, Qualifikation- und Gesundheit in den Vordergrund gerückt werden. Unser Problem ist nicht der steigende Altersdurchschnitt. Unser Problem ist Vorstellung, dass die heute bestehenden Defizite unweigerlich auch die Defizite von Morgen sein werden und sich viele Experten und Politiker damit abfinden. Und unser Problem ist, dass die eingeleiteten Refor-

Solidarische Generationen?!

6. und 7. März 2004 im DGB-Haus Düsseldorf

Tagung der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema
Generationengerechtigkeit und Sozialstaatu.a. mit Prof.
Frank Nullmeier, Prof. Winfried Schmähl, Prof. Richard
Hauser, Prof. Gerhard Bäcker und Sebastian Brandl

Weitere Infos und Programm unter www.generationen-projekt.de.
Anmeldung per e-mail an Kai.Burmeister@t-online.de

bestand. Es gibt dafür keine biologischen, d.h. körperlichen oder kognitiven Gründe, dies ist seit langem Erkenntnis gerontologischer Forschungen. Die Abnahme von Informationsverarbeitungskapazitäten und Reaktionsgeschwindigkeit kann in Lernprozessen deutlich verzögert sowie durch Erfahrungswissen kompensiert werden. Die Brachlegung des Leistungsvermögens älterer geschieht aus sozialen Gründen, weil unserer Gesellschaft bislang nicht gelungen ist, gestaltend mit der gestiegenen Lebenserwartung umzugehen. Das Problem der Überalterung schaffen wir selbst, indem wir ältere Menschen zu unproduktiven Rentnern machen, eine Verbindung beruflicher und privater Lebensinteressen untergraben, die Qualifikationsentwicklung geringer Qualifizierter oder Arbeitslos gewordener Menschen vernachlässigen und den Nutzen von Gesundheitsprävention unterschätzen usw. Das bundesrepublikanische Wohlfahrtsstaatsmodell erweist sich so als wenig zukunftsfähig.

men der Sozialversicherungssysteme zu einer produktiven Wendung in einer alternden Gesellschaft wenig beitragen.

spw 1/2004

Literatur

- Burmeister, Kai: Positive Effekte für Arbeitsmarkt und Sozialversicherung durch Kinderbetreuung (SPW 131 (3/2003): 35-37)
- Deml, Jörg: Wer kündigt den Generationenvertrag? SPW 128 (6/2002): 47-51
- George, Rainer; Struck, Olaf (Hg.): Generationenaustausch im Unternehmen. München, Mering 2000
- Hall, Anja: Qualifikationsentwicklung in einer sich wandelnden Arbeitswelt. In: SPW 130 (2/2003): 20-22.
- Peterson, Peter: Gray drawn: The Global Ageing Crisis. In: Foreign Affairs. Januar/ Februar 1999.
- Pack, Jochen u.a. (1999): Zukunftsreport demographischer Wandel. Innovationsfähigkeit einer alternden Gesellschaft. Bonn: Bundesministerium für Bildung und Forschung. Berlin 1999
- Wasem, Jürgen: Eckpunkte einer neuen Gesundheitspolitik. In: SPW 125 (3/2002): 22-23.
- Weeber, Joachim: Altersicherung: Herausforderungen und Lösungen. In: SPW 132 (4/2003): 51-53
- Welti, Felix: Was ist Generationengerechtigkeit? In: SPW 117 (1/2001): 43-46
- Willert, Michaela: Geschlechtergerechtigkeit – Von Leitbildern zu Leitbildern? In: SPW 133 (5/2003): 31-34

Wirtschaft, die arm macht.

Horst Afheldt: *Wirtschaft, die arm macht. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft*, Kunstmann Verlag 2003

Horst Afheldt lässt seiner ersten Abrechnung mit dem Neoliberalismus „Wohlstand für Niemand?“ aus dem Jahr 1994 nun zehn Jahre später sein Buch „Wirtschaft die arm macht – vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft“ folgen. Der Autor, der sich als klarer und radikaler Analytiker zumindest seit seiner Kritik der Abschreckungsdoktrin („Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter“) Anfang der 1980er Jahre einen Namen gemacht hat, lässt diesmal das Fragezeichen weg. Die scheiternden Versuche der rot-grünen Bundesregierung mit Anpassung an neoliberale Glaubenssätze Wachstumsschübe anzustoßen und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen mögen ihn in seinem Vorhaben bestärkt haben, für einen wissenschaftlichen und politischen Ausbruch aus dem „neoliberalen Käfig der Globalisierung“ zu werben. Das Buch zielt auf die ideologischen Fundamente des marktradikalen neoliberalen Entwicklungswegs und soll nach Auffassung des Autors und auch des Verlegers wissenschaftlich und politisch nicht folgenlos bleiben. So hat der Verlag ein Lesezeichen in Mehrfarbendruck gefertigt, das als Schaubilder die vier analytischen Aussagen des Autors über Effizienz der neoliberalen Epoche der Weltwirtschaft global und national gewissermaßen zur allzeitigen Verfügbarkeit für jeden bereitstellt, der am politischen Diskurs teilnehmen will.

Seine Grundaussage ist: langfristige Entwicklungsstrukturen sind ideologieresistent und damit auch ideologieentlarvend. Sie zeigen wohin angebliche Patentrezepte geführt haben, was an wirtschaftlichen Entwicklungen unausweichlich ist und was politisch gesteuert werden kann.

Die vier Hauptbefunde des Autors, die dem Buch seine Richtung geben sind:

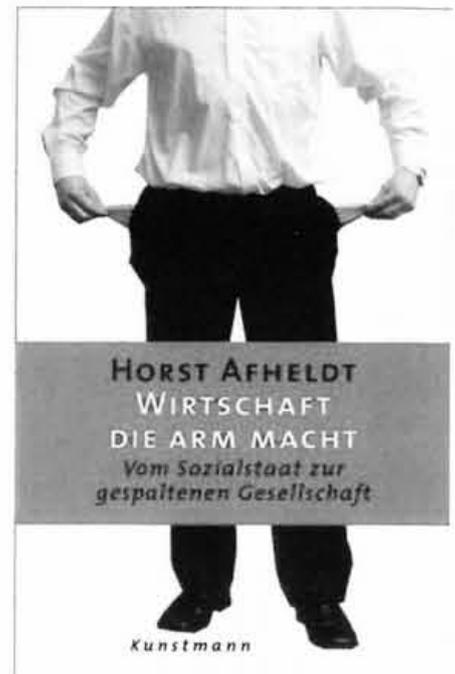
1. Das jährliche Wachstum des Weltsozialproduktes (pro Kopf der Bevölkerung) hat sich in der neoliberalen Epoche seit Mitte der 1970er Jahre gegenüber der keynesianischen Epoche von 1950 an halbiert.
2. Die Ungleichheit zwischen Gewinnerregionen (an der Spitze USA und Westeuropa mit signifikantem Abstand) und Verliererregionen wächst.
3. Das reale Bruttosozialprodukt der BRD wächst seit 1950 linear, das bedeutet abnehmende jährliche prozentuale Wachstumsraten.
4. Die Einkommensentwicklung der Bevölkerung der BRD tendiert zur Spaltung der Gesellschaft. Nur die Summe der Nettoeinkommen aus Unternehmen und Vermögen liegen deutlich über der Entwicklung des rea-

len Bruttoinlandsprodukts. Das monatliche Bruttoeinkommen je abhängig Beschäftigten stagniert im Durchschnitt unterhalb des realen Bruttoinlandsprodukts, das Nettoeinkommen sinkt seit Beginn der 1990er Jahre. Afheldt nimmt diese langfristigen Trends als Grundlage einer Diagnose für die Ursache des Versagens des Modells der offenen Weltwirtschaft, wenn man die allgemeine Wohlfahrtsmehrung als oberstes Ziel der Weltwirtschaft und der Wirtschaftspolitik ansieht. Das war schließlich der Konsens des Rheinischen Kapitalismus, wie er mit einem Zitat aus Ludwig Erhards Programmschrift „Wohlstand für alle“ unterlegt: „Maßstab und Richter über Gut und Böse der Wirtschaftspolitik sind nicht Dogmen der Gruppenstandpunkte, sondern ist ausschließlich der Mensch, der Verbraucher, das Volk.“

Für den Autor haben sich die Elemente der neoliberalen Reformansprüche „Wachstum steigern, Konjunktur ankurbeln, Gürtel enger schnallen, Löhne senken, Kündigungsschutz aufheben, Handelshemmnisse beseitigen, Unternehmen von Steuern und Abgaben entlasten“ in den letzten 30 Jahren als nicht wirksam erwiesen, um Wohlstand für alle zu realisieren. Die Vorstellung, dass Wachstum Arbeitsplätze und Wohlstand schaffe, sei nicht haltbar, fasst er zusammen. Damit sei davon auszugehen, dass Wachstumsschübe wegen der Stabilität des realen Wachstums als lineares Wachstum als Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit illusorisch sei, bekämpfbar sei bestenfalls konjunkturelle Arbeitslosigkeit, wenn die Konjunkturpolitik die Binnennachfrage stimuliere.

Die Diagnose fasst Afheldt in ökonomische Grundwahrheiten zusammen, um für eine realistische Bewertung angeblich alternativer politischer Patentrezepte anzutreten. Es fehle an der Bereitschaft zur vorurteilsfreien nüchternen Analyse der Wirklichkeit in Deutschland sowohl für das eigene Land als auch für die weltmarktbedingten Rahmenbedingungen, die wohlgemeinte Politikansätze konterkarierten.

- Steigende Arbeitsproduktivität auf der einen Seite und der Weltmarktrend zur Verbilligung der Erwerbsarbeit relativieren die Erfolgsaussichten aller Rezepte zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit. Dabei kann der Wettlauf um niedrige Löhne auf dem globalisierten Arbeitsmarkt nur verloren gehen für die Industrieländer;
- Der Standortwettbewerb der Volkswirtschaften auf dem Weltmarkt durch Minimierung der Produktionskosten führt zur Verschlechterung der Chancen, wenn versucht wird Unternehmen und Kapital stärker zu besteuern. Das relativiert die Erfolgsaussichten aller Konzepte zur Bekämpfung wachsender Ungleichheit in den Gesellschaften,
- Internationales Steuerdumping und Steuerfluchtmöglichkeiten zwingt die Staaten zu Einnahmenverzichten, so dass alle Versuche, die Pleite der öffentlichen Hände



und Reduzierung öffentlicher Leistungen zu vermeiden und die ökonomische Kompetenz des Staates zu verteidigen in der Gefahr des Scheiterns sind.

Die Schlussfolgerung Afheldts ist radikal: Was die Politik versucht, der eingeschlagene Weg ist verstopft durch die Bedingungen, die der weltweite Freihandel setzt. Die Politik diskutiert im „Käfig des weltweiten Freihandels“. Das Ergebnis ist ein Anpassungswettbewerb an die von ihm gesetzten Bedingungen. Besonders verstärkt wird der Anpassungszwang für die Staaten, die sich auf den Wettbewerb um die Exportweltmeisterschaft einlassen.

Jeder wird bei der Ineffizienz eines technischen Systems, eines Organisationssystems nach den Gründen fragen und nach den Änderungsnotwendigkeiten. Wenn die Änderung nicht möglich ist, wird er nach einem alternativen effizienteren System fragen. Afheldt plädiert für den Zielwechsel: statt Wachstum und Wachstum des Welthandels als Selbstzweck „Wohlstand für alle überall“ als oberstes Ziel der Weltwirtschaftsordnung. Das neoliberale Freihandelssystem erweise sich als nicht reformierbar, wenn den Gründen für die Ineffizienz nicht entgegen gewirkt werden könne.

- Minimierung der Kosten des Produzierens und des Kapitaleinsatzes führe zur Minimierung der als Lohn ausfallenden Kaufkraft;
 - Der Kampf um die Export-Weltmeisterschaft führe zum Wettbewerb um die besten Produktionsbedingungen ohne Rücksicht auf den Binnenmarkt;
 - Freihandel erschwere weltweit Arbeitsplätze;
 - Unregulierte Kapitalströme verursachten periodische Wirtschaftskrisen;
- Deshalb schaffe das ineffiziente neoliberale Modell schaffe weniger Wohlstand als

möglich, begünstige nur Wenige auf Kosten der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung und spalte die nationalen Gesellschaften.

Vor diesem Hintergrund formuliert der Autor Wegmarken einer anderen Politik.

1. Verlagern der Kosten für die Sozialsysteme auf alle. Favorisiert werden unterschiedliche steuerfinanzierte Lösungen. Leider bezieht er die Lösung über Bürgerversicherungssysteme nicht ein.

2. Die einseitige steuerliche Belastung des Faktors Arbeit gegenüber dem Kapital stoppen und schrittweise auf die Relationen zu Beginn der neoliberalen Epoche zurückfüh-

ren. Dazu seien Regelungen gegen die Steuerflucht eine zentrale finanzpolitische Aufgabe aller Staaten.

3. Dem Freihandel Regeln geben. Dazu seien – im Unterschied zu den beiden ersten Wegmarken – nationale Politiken erforderlich. Da dies schwer durchsetzbar sei, gehe es zunächst um die Regelsetzung auf Teilmärkten und deren Repolitisierung.

4. Europa solle Akteur für eine multipolare Weltwirtschaft werden, in der es als Garant für die Sozialstaatlichkeit stehe.

5. Elemente einer anderen Weltwirtschaftsordnung, die nur durch politische Interventionen erreichbar seien, zielen auf regional

notwendige Beschränkungen des freien Welthandels, Strategien zur Hebung der Masseneinkommen, regional differenzierte soziale und ökologische Schutzklauseln, regional differenzierte Mindestpreise für Arbeit.

Afheldts Buch ist spannende Pflichtlektüre für alle, die sich nicht zufrieden geben wollen mit der angeblichen Alternativlosigkeit der gegenwärtigen Politik und intellektuelle Herausforderung an die Phantasielosigkeit des gegenwärtigen politischen Diskurses.

(Horst Peter, Kassel)

Gelebte Geschichte

Hillary Rodham Clinton „Gelebte Geschichte“, Econ, München, 2003, 670 Seiten, 24,00 Euro

Hillary Clinton ist die wichtigste Politikerin in den USA. Über eine Bewerbung für die Präsidentschaft im Jahr 2004 ist viel spekuliert worden. Größtes Hindernis für einen solchen Schritt ist ihre Vergangenheit als „First Lady“ an der Seite von Bill Clinton im Weißen Haus zwischen 1993 und 2001, die ihr eine außerordentlich große Anzahl erbitterter GegnerInnen beschert hat. Die Republikaner setzten denn auch die Perspektive einer Präsidentschaftskandidatin Rodham Clinton ihrerseits gezielt zur Einwerbung von Spenden ein.

Ihre jetzt erschienene Autobiographie „Gelebte Geschichte“ kann als Versuch gewertet werden, einen Schlussstrich unter ihre Zeit im Weißen Haus zu ziehen, und die öffentliche Bewertung dieser Zeit zu verbessern. Das Werk ist biographisch nur von geringem Interesse. Interessant ist die Frage, welche Vorstellungen über aktuelle gesellschaftliche und politische Probleme sich dem Buch entnehmen lassen, und welche Lösungsansätze die Autorin anbietet.

Die Darstellung des Buches baut chronologisch auf dem Lebensweg Hillarys auf. Dabei zerfällt das Buch in mehrere Diskurse mit jeweils unterschiedlichen Adressatenkreisen.

Die Erinnerungen an die Jugendzeit wird in etwa den durchschnittlichen Erinnerungen von Mittelklasse-AmerikanerInnen aus der „Baby-Boom-Generation“ der ersten Nachkriegszeit entsprechen. Angefangen bei der Beschreibung des Alltagslebens über die gemeinsamen Spiele und Fernsehabe mit den Eltern bis hin zu den Erfahrungen in der Schule. Diese Anspielungen setzen sich mit der Beschreibung der Erziehungsversuche der Eheleute Clinton an ihrer Tochter fort. Eine Identifikation mit der Biographie der Autorin wird damit möglich.

Wann immer Hillary Clinton auf aktuelle gesellschaftliche oder wirtschaftliche Proble-

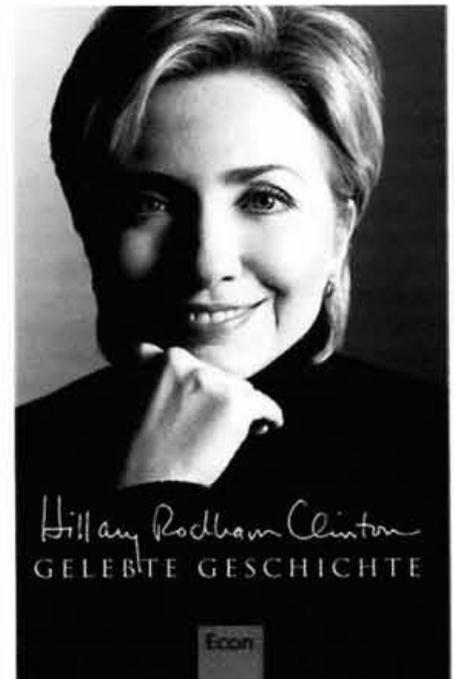
me zu sprechen kommt, bleiben die Analysen oberflächlich und die Antworten dürftig. Über Schlagworte kommt die Darstellung kaum hinaus.

Als die drei Pfeiler demokratischer Gesellschaft werden bei ihr die Begriffe „demokratische Regierung, freie Märkte, Zivilgesellschaft“ genannt. Zwar werden durchaus Probleme und Spaltungen der amerikanischen Gesellschaft angesprochen – Gesundheitsversicherung, Armut, Rolle der Frau. Dies geschieht jedoch stets vor dem Hintergrund, dass entschlossenes individuelles Handeln immer einen Weg aus solchen Krisen finden kann, ohne das Systemveränderungen nötig sind.

Ihre politischen Aktivitäten begannen auf Seiten der Republikaner. Der Bruch erfolgte u.a. auf Grund des Vietnamkriegs. Damit stellt sich Clinton in einer der großen polarisierenden Fragen der jüngeren amerikanischen Geschichte auf die Seite der Kriegskritiker.

Einziges im gesamten Text konsequent angesprochenes Thema sind die Frauenrechte. Hier präsentiert sich Hillary vor allem als Vorkämpferin für rechtliche Gleichheit und die Eröffnung von gleichen Berufs- und Karriere-möglichkeiten für Frauen, und dass im weltweiten Kontext. Eine gesellschaftliche Analyse, warum Frauen denn noch immer und weltweit benachteiligt sind, macht sie nicht. Begründet wird ihre Haltung mit der eigenen Erfahrung. Die Ablehnung, die ihr von vielen AmerikanerInnen entgegenschlägt, fußt nicht so sehr auf inhaltlichen Differenzen, sondern hat zu einem guten Teil mit unterschiedlichen Vorstellungen über die Rolle und das Auftreten von Frauen in Arbeitsleben und der Politik zu tun.

An innenpolitischen Themen werden vor allem der gescheiterte Versuch, eine Gesundheitsreform durchzuführen sowie die Sozialstaatsreformen der Regierung Clinton dargestellt. Das Scheitern der Gesundheitsreform um die Jahreswende 1993/94 wird von Hillary Clinton selbst als Zäsur in der Präsidentschaft von Bill beschrieben. Hillary hatte die Koordination des Reformprojektes über-



nommen, deren Kernpunkt die Eingliederung aller Amerikaner in ein Krankenversicherungssystem darstellte. Nach dieser Niederlage bewegte sich Clinton inhaltlich deutlich auf die Konservativen zu.

Eine Erklärung der Lewinsky-Affäre überlässt Hillary ausdrücklich dem Gatten. Etwas intensiver bedient Clinton in dem Buch jene, die sich weniger für ihre politischen Aktivitäten interessieren, sondern etwas über das Leben als „First Lady“ erfahren möchten. Wer wissen möchte, wann Hillary die Weihnachtsdekoration des Weißen Hauses ausgesucht hat (im Mai, und damit schon fast zu spät); welches Geschirr beim Empfang der Gouverneure aufzulegen ist; und dass Bill der Tochter Chelsea persönlich versucht hat, das Autofahren beizubringen, wird bedient. Lohnt sich die Lektüre des Buches für eine/n europäische/n Leser/in? Schwierig. Inhaltlich bietet das Buch wenig. Welche Politik von einer Präsidentin Hillary Clinton zu erwarten wäre, lässt sich nicht wirklich feststellen.

Clinton versucht, unterschiedliche Personengruppen anzusprechen. Die Darstellung ih-

rer politischen Aktivitäten während der Präsidentschaft von Bill ihre lange berufspolitische Erfahrung deutlich machen. Zweiter wichtiger Diskurs des Buches ist, sich selbst als typische Mittelklasse-Amerikanerin zu präsentieren. Angefangen mit der Beschreibung der eigenen Jugend, über den Umgang mit Krankheits- und Todesfällen im ei-

genen persönlichen Umfeld bis hin zur Fragen der Erziehung und Schulbildung der Tochter.

Interessant zu lesen ist das Buch deshalb vor allem im inner-amerikanischen Kontext als den Versuch, mit den „Schatten“ der Vergangenheit im Weißen Haus aufzuräumen, und das eigene Image von der aus der Rolle fal-

lenden First Lady hin zu einer ernsthaften Politikerin aus der Mittelschicht zu verschieben. Einen Einblick aus erster Hand in die Zwänge und Funktionsweisen des amerikanischen politischen Systems erhält der Leser in jedem Fall.

Thilo Scholle, Lünen

Fit für den Postfordismus?

Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, hg. von Ulrich Brand und Werner Raza, 1. Auflage, Münster: Westfälisches Dampfboot 2003.

„An die verlassenen Gräber der ursprünglichen Theorie kapitalistischer Regulation können nun freilich all diejenigen pilgern, die das Projekt einer „besseren Regulierung“ zu dem ihren gemacht haben, mit dem Ziel, die sozialen Konflikte in eine mit der Verwertung des Kapitals verträgliche Form zu bringen. Mit einer gesellschaftskritischen Perspektive hat dies kaum mehr etwas zu tun.“ (Röttger: 39)

Zum „ewigen Frieden“ hat – anders als Röttgers Zitat es nahe legt – die Regulationstheorie noch nicht gefunden. Allerdings gibt es genug potentielle Pilger: Kaum ein theoretischer Ansatz hat die sozialistische Linke in den letzten Jahren so geprägt wie die „Regulationstheorie“. Der Regulationsansatz war in der sozialistischen Linken wohl auch deshalb erfolgreich, weil es an dem kritischen Punkt der Auseinandersetzung, dem Staatsverständnis der sozialistischen Linken, ansetzte: „Im Unterschied zu vormalig eingängigen ökonomistischen Verkürzungen verstand die Regulationstheorie das Politische in der Ökonomie nicht als eine abgeleitete Herrschaftsform, sondern als Bedingung der Kapitalakkumulation.“ (Röttger: 18) Insofern bot und bietet der Regulationsansatz die Möglichkeit, die Rolle des Staates und des Politischen besser zu analysieren, als es mit der klassisch marxistischen Theorie möglich war.

Allerdings: Schlagwörter wie „Postfordismus“, „flexibler Kapitalismus“ oder „Regulation“ sind im linken politischen Raum zwar längst zum festen Begriffsinventar geworden, das aber nur noch selten die instabile Kräftekonstellation gegenwärtiger kapitalistischer Gesellschaften meint und diese kritisch untersucht. „Das Besondere der Regulationstheorie ist demgegenüber, in besonderer Weise die Krise, also das Unwahrscheinliche des Gelingens der Reproduktion ins Zentrum der Theorie zu stellen.“ (Demiroviæ: 46) Diese erweiterte Krisentheorie, die wesentlich durch die Analyse der Krisenkonstellation des „Fordismus“ geprägt wurde, wird politisch (zwangsläufig) verkürzt. Der Regu-

lationsansatz hat zwar im politischen Raum gewirkt, aber dadurch gerade an kritischer Wirkung verloren. „Regulation“ wird dann nicht mehr als ein Begriff verwendet, der die marxistische Theorie erweitert, sondern wird identifiziert mit den eigenen politischen Vorstellungen. Der Regulationsansatz und seine politische Rezeption zeigt damit exemplarisch, dass materialistische Theorie nie ohne Brüche als Ausgangspunkt politischer Ansätze genutzt werden kann.

Dass der Regulationsansatz hingegen wissenschaftlich äußerst „lebendig“ und auch produktiv bleibt, zeigt der von Ulrich Brand und Werner Raza herausgegebene Band „Fit für den Postfordismus“ deutlich. Er ist ein lesenswerter Beitrag, der vor politischen Verkürzungen warnt und gleichzeitig nicht den Elfenbeinturm als Ausblicksturm wählt. „Inwieweit nämlich ein herrschaftskritisches und emanzipatives Potenzial im Regulationsansatz angelegt ist und fruchtbar gemacht werden kann. Und zwar nicht in der schlecht-orthodoxen Annahme, Theorie hätte emanzipative Praxen „anzuleiten“, sondern in der Herausarbeitung der historisch-spezifischen strukturellen Bedingungen, Kräfteverhältnisse sowie Grenzen und Möglichkeiten sozialer Akteure – und damit auch Grenzen und Möglichkeiten praktischer Kritik in emanzipativer und verändernder Absicht.“ (Raza/Brand: 9).

Selten für Sammelbände enthält der Band dabei sowohl kritische Einstiege (so die zusammenfassenden Beiträge von Raza/Brand, Röttger, Becker und Demiroviæ) als auch weiterführende und vertiefende Diskussionen zu den weit verzweigten Forschungsfeldern, die der Regulationsansatz (inzwischen) hat (so zu Naturverhältnissen, Raum und Regulation, wissenschaftlicher Ökonomie, gesellschaftstheoretischer Einbettung und Kritik). Dabei kommt dem Band zugute, dass er im Kontext einer deutsch-österreichischen Tagung entstanden ist: Die Beiträge sind zwar eigenständig, bilden aber einen Diskussionszusammenhang ab.

Dass der Regulationsansatz sich kritisch an politischen Diskussionen beteiligen kann, können dann stellvertretend zwei Beiträge des Bandes zeigen:

Vanessa Redak greift in ihrem Artikel „Akku-mulationsregime des Vermögensbesitzes: People's Capitalism“ (Redak: 76-88) die Diskussion um ein finanzmarkt-dominiertes Wirtschaftsregime auf und vergleicht dazu die Ansätze von Boyer (2000) und Aglietta



(2000). Gerade Aglietta hat in der Neuauflage seines Standardwerks *Régulation du capitalisme* eine Art „Programm für die Gewerkschaften“ aufgestellt (vgl. Redak: 78), in dem er vor allem die Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer (sprich: Aktienbesitz) als wesentlichen Macht- und Durchsetzungsfaktor darstellt. Redak hingegen zeigt an statistischem Material, dass sich die reale Entwicklung durchaus nicht als Demokratisierung qua Aktienteilnahme definieren lässt: Einerseits steht die reale Vermögensverteilung dem entgegen – denn Aktien zu besitzen ist weitgehend ein Privileg der Vermögenden – und andererseits führe eine breite Streuung der Aktien gleichzeitig zur Machtkonzentration des Managements (Redak: 80) und der institutionellen Anleger. Es stelle sich daher die Frage, „ob ein politisch emanzipatorischer Weg nicht viel eher darin besteht, die Instabilitäten, Widerstände und Krisen, die ein solches Regime des Vermögensbesitzes hervorbringt, zuzuspitzen, als [...] affirmativ und eigentlich auch resignativ die bessere „Verwaltung“ der Fonds zu fordern.“ (Redak: 86) Gerade bei der gegenwärtigen Privatisierung der Sozialversicherungssysteme wird die Einschätzung und Analyse des Vermögensbesitzes eine zentrale Rolle für die sozialistische Linke spielen müssen. In dem Beitrag „Postfordismus und wissenschaftliche Ökonomie. Eine Reinterpretation des Regulationsansatzes“ setzt Bob Jessop den

Mainstream-Diskussionen um die „Wissensgesellschaft“ à la Stehr einen marxistisch fundierten Ansatz gegenüber. Anhand des Widerspruchs zwischen Tausch- und Gebrauchswert differenziert Jessop verschiedene Kapitalarten und untersucht das Konzept der „wissensbasierten Ökonomie“, das „Schritt für Schritt hegemonial als Grundprinzip und stra-

tegische Orientierung für eine wirtschaftliche, politische und soziale Neuordnung“ (Jessop: 95) durchgesetzt werde und das im Kern zu einer Landnahme vorher nicht-kapitalistisch organisierter gesellschaftlicher Teilsysteme führt. Die unterschiedlichen staatlichen Strategien, intellektuelles Eigentum einzubetten, die Jessop skizziert, zeigen dabei, dass es sich

nicht um einen neuen „Traum immer während der Prosperität“ (Lutz) handeln kann, sondern um einen widerspruchsvollen und krisenbehafteten, gesellschaftlichen Prozess, der die Frage nach der Rolle des Staates und politischen Handelns neu stellt.

Tobias Gombert, Münster

Nebensache Mensch

Rainer Roth, *Nebensache Mensch. Arbeitslosigkeit in Deutschland*, Frankfurt: DVS 2003, ISBN 3-932246-39-X

In einer Zeit, da bis tief in die Sozialdemokratie hinein unbestritten scheint, dass eine Politik zu Gunsten der Kapitalverwertung und zu Lasten der Arbeitslosen und der ärmeren Bevölkerungsschichten die einzige Lösung für die Überwindung von Massenarbeitslosigkeit und Stagnation darstellt, bietet Roth mit seinem neuen Buch ‚Nebensache Mensch‘ eine andere Sicht auf das Phänomen ‚Arbeitslosigkeit in Deutschland‘.

Er beschäftigt sich intensiv mit den Schwierigkeiten der sog. Problemgruppen also den Älteren, den Berufsanfängern, den Frauen, den Geringqualifizierten, den Ausländern und den Schwerbehinderten. Offenbar setzt sich immer stärker eine Sicht in den Medien und auch bei der Mehrheit der Bevölkerung durch, dass die Angehörigen dieser Schichten für ihre verminderten Chancen, für schlecht bezahlte Jobs und für Arbeitslosigkeit selbst verantwortlich seien. Diese Verkehrung von Ursache und Wirkung ist typisch für die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Diskussion in Deutschland und bildet eine wesentliche Grundlage für den fortschreitenden Verlust von Selbstwertgefühl bei den Betroffenen.

Roth schildert an vielen Einzelbeispielen, wie schnell eine stabile Lebensperspektive sich in eine abschüssige Bahn verwandeln kann, wie Familien unter der Arbeitslosigkeit von Mutter oder Vater zu leiden haben, wie ungesichert eine bestehende Qualifikation gegenüber sich hochdynamisch wandelnder Technologie ist. Hinter einer mit Akribie zusammengetragenen Palette von Untersuchungen zur Lage der Arbeitslosen und der zugespitzten Interpretation dieser Vielzahl von Befunden steht eine Überzeugung: Im Kapitalismus sind die Menschen Nebensache, die sich dem Profitinteresse gezwungenermaßen unterzuordnen haben. Welche Ursachen sind denn nun wirklich verantwortlich für eine Gesellschaft, die Massenarbeitslosigkeit erzeugt, die eine fortschreitende, sich verschärfende Spaltung von Arm und Reich in Gang gesetzt hat?

Hier greift Roth auf die Marxsche Theorie zurück und erkennt in der fortwährenden Umwälzung zu immer produktiveren, angeblich effizienteren Produktionsverfahren einerseits ein Mittel, die notwendige Arbeitszeit für die Erstellung eines Produkts zu verringern, was in Form von Ar-

beitszeitverkürzung dauerhaft für alle Beschäftigten zur Grundlage für ein stressfreieres und selbstbestimmteres Leben sein könnte, wenn nicht andererseits dieser Fortschritt sich innerhalb des Kapitalismus vollziehen würde. Unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen führt der technische Fortschritt zu Überproduktion und Krise. Marx hat diese Tendenz zusammengefasst im Gesetz tendenziell fallender Profitraten. Hiernach wird es für das Kapital im fortschreitenden Kapitalismus immer schwieriger, die Verwertung des eingesetzten Kapitals zu verbessern. Im Gegenteil, durch den vermehrten Einsatz von Maschinen (Sachkapital) wird immer höherer Kapitalvorschuss benötigt, um einen bestimmten Gewinn zu erzielen.

Es soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass auch unter Marxkennern und linken Ökonomen die Gültigkeit gerade dieses Gesetzes umstritten ist. Die Belege von Roth für die Gültigkeit dieses Gesetzes unter Verweis auf sinkende Nettoumsatzrenditen, sinkende Sachkapitalrenditen und sinkende Kapitalproduktivität sind nicht unproblematisch, da diese Kennziffern in ihrer Ermittlung genügend Fußangeln enthalten, um ihren Aussagewert bezweifeln zu können. Der behauptete Zusammenhang von sinkenden Profitraten und steigenden Aktienkursen erscheint ebenfalls gewagt. An der Börse werden Erwartungen in die Zukunft gehandelt, die wie bekannt ist, recht weit von der sich einstellenden Realität entfernt sein können. Die ‚echte‘ Profitrate steht nur in einem lockeren Band zur Gewinnerwartung, deshalb sind die Profitraten auch beim Börsendebakel der letzten Jahre nicht gestiegen, was im Umkehrschluss zur Roths These zu erwarten wäre.

Diese Einwände sind jedoch nur von untergeordneter Bedeutung. Stärkere Beachtung hätte meines Erachtens die Rolle der Geldpolitik und Nachfragepolitik in einer entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaft verdient. Auch die gewichtige stabilisierende Funktion eines umfangreichen staatlichen Sektors für die konjunkturelle Entwicklung und damit die Vermeidung von Höchstwerten bei der Massenarbeitslosigkeit könnte deutlicher beschrieben werden. Durch eine ausschließlich am Gerechtigkeitspostulat ausgerichtete Interpretation der herrschenden Wirtschaftsweise (und seiner daraus begründeten Ablehnung) bleiben die Möglichkeiten der Gegensteuerung im Kapitalismus möglicherweise unterbelichtet. Roths Credo: Gerechtigkeit ist im Kapitalismus nicht vorgesehen und – so vermute ich in der Konsequenz – auch nicht durchsetzbar. Ich

Rainer Roth



Arbeitslosigkeit in Deutschland

Nebensache Mensch

weiß nicht, ob die Herren Schröder und Scholz (Ex-Juso-Vorsitzender und ex KBW) dieser Interpretation große Vorbehalte entgegenbringen würden. Die Agenda 2010 ist doch nur Ausdruck davon, dass die Wirksamkeit von ökonomischen Instrumenten zur Ankurbelung der Konjunktur, die Verantwortlichkeit von Geld- und Haushaltspolitik für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dank der vorherrschenden neoliberalen Ideologie nicht (mehr) anerkannt wird. Vielleicht ist gerade an diesem Punkt die Frage der Mystifikation der Verhältnisse neu zu thematisieren: Wieso werden wirksame wirtschaftspolitische Instrumente nicht angewendet? Reicht schon der Verdacht, dass sie im Nebeneffekt dem Ziel sozialer Gerechtigkeit **nicht** zuwider laufen, aus, sie als untauglich zu brandmarken?

Es bleibt jedoch unbestritten, dass die gegenwärtig betriebene Politik der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Deregulierung und Privatisierung für die Mehrheit der (noch) Beschäftigten und Arbeitslosen eine Vielzahl von Zumutungen bereithält. Diese zu benennen, ihre Wirkungsweise darzulegen, und dies in einer engagierten bisweilen polemischen Sprache unterhaltsam und auch für NichtexpertInnen spannend aufbereitet zu haben, bleibt das Verdienst des vorliegenden Buches. Dem Bundeskanzler und SPD-Generalsekretär daher dringend zur Lektüre empfohlen!

Brigitte Stolz-Willig, (Frankfurt am Main)

25 Jahre spw – jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

Paket 1

Perspektiven rot-grüner Politik



Edibert Richter
Eine zweite Chance? Die Sozialdemokratie unter dem Druck der „Globalisierung“
300 S., EUR 15.50, sFr 27.80,
VSA-Verlag 2002

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 2

It's the economy, stupid!



Beck, Stefan; Caglar, Gülay; Greven, Thomas (Hrsg.)
Nach der New Economy – Perspektiven der deutschen Wirtschaft
233 S., EUR 15,30 - SFR 27,80, Verlag Westfälisches Dampfboot 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 3

Sozialistische Politik und Wirtschaft



Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug (Hrsg.)
Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden
256 Seiten, EUR 8,-; SFR 14,40

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 4

Sparen wir uns zu Tode?



Joachim Vockel
Kreislauf und Krise - Wirtschaftstheorien im Überblick. Eine illustrierte Skizze zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre
PapyRossa
Hochschulschriften 40
131 Seiten, EUR 15,- SFR 26,-

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Abo unter www.spw.de oder per eMail an verlag@spw.de